osteuropa

Im Namen des Volkes

Revolution und Reaktion

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. OSTEUROPA ist Forum des Ost-West-Dialogs und behandelt gesamteuropäische Themen. OSTEUROPA wurde 1925 von Otto Hoetzsch in Berlin gegründet. 1939 musste die Zeitschrift das Erscheinen einstellen. Von 1951 bis 1975 leitete sie Klaus Mehnert, bis 2002 Alexander Steininger.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com **ISSN** 0030-6428

OSTEUROPA wird u.a. in folgenden Datenbanken und Bibliographien ausgewertet: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Social Science Citation Index, Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, Worldwide Political Science Abstracts

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzkaja, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster. An diesem Heft Irina Avdeeva mitgearbeitet.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82
Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; <www.osteuropa.dgo-online.org>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).
Vorstand: Ruprecht Polenz, MdB (Präsident), Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Prof. Dr. Thomas Bremer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Jan Kusber, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Stefan Troebst.

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12 info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>
Konto: DGO, Commerzbank, Berlin (100 800 00), 04 148 630 00. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo 84,00 €, für Mitglieder der DGO, Studierende, Schulen 49,00 € (plus Porto), Einzelheft 10,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 12,00 €; im Ausland 28,50 €.
für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 1,00/4,00 €.
für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 3,00/4,50/6,00 €.

Berliner Wissenschafts-Verlag, Markgrafenstr. 12–14, 10969 Berlin, 030/841770-0; bwv@bwv-verlag.de.

Titelbild: Denkmal für die sowjetische Armee in Sofia am 23.2.2014.

© **OSTEUROPA/DGO** Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

osteuropa

64. JAHRGANG / HEFT 1 / JANUAR 2014

Pavel Felgengauer Operation „Russische Krim“
Wer zuerst schießt, verliert 3

Andrij Portnov Krieg und Frieden
Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine 7

Gerhard Simon Staatskrise in der Ukraine
Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution 25

Achim Spanger Unheilige Allianz
Putin und die Werte 43

Gemma Pörzgen „Soft Power“ und Imagepflege aus Moskau
Leichtes Spiel für PR-Offensive 63

Lorenz Erren Deutschlandforschung ohne Bücher
Buchlosigkeit in Russland 89

Karlheinz Kasper „Finden Sie Optina Pustyn’!“
Russische Literatur in deutscher Übersetzung 2013 99

Eva Spanka
Andreas Kahrs Die Bewegung marschiert
Ruch Narodowy und Polens extreme Rechte 129

Bücher und Zeitschriften

Elena Kropatcheva: Russia's Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition	*Tobias Meyer*	141
Anne Hultsch: Ein Russe in der Tschechoslowakei. Leben und Werk des Publizisten Valerij S. Vilinskij	*Ines Koeltzsch*	142
Philipp Blom, Veronica Buckley, Hg.: Das russische Zarenreich. Eine fotografische Reise 1855–1918	*Andreas Guski*	144
Wladislaw Hedeler, Hg.: Vom Schmieden neuer Menschen. Artikel der Lagerzeitung des Karlag „Putjowka"	*Felicitas Fischer von Weikersthal*	146
Grenzverkehr. I: Literarische Streifzüge zwischen Ost und West. II: Unterwegs. III: Aufbruch – wohin	*Christine Engel*	147
A.N. Burmejster: Duchovnost' i prosveščenie u istokov russkogo samosoznanija	*Frank Göbler*	148
Michael Kemper, Stephan Conerman, Eds.: The Heritage of Soviet Oriental Studies	*Rudolf A. Mark*	149
Arman Kirakossian, Hg.: Armenija i sovetsko-tureckie otnošenija v diplomatičeskich dokumentach 1945–1946 gg.	*Aschot Manutscharjan*	151
Stephen F. Jones, Ed.: War and Revolution in the Caucasus – Georgia Ablaze	*Florian Mühlfried*	153
Zuzanna Bogumił: Pamięć GUŁagu	*Martin Müller-Butz*	154
Lucian N. Leustean, Ed.: Eastern Christianity and the Cold War, 1945–1991	*Wolfram von Scheliha*	155

Abstracts 157

Pavel Felgengauėr

Operation „Russische Krim“

Wer zuerst schießt, verliert

Russland hat die Krim militärisch besetzt. Ziel ist es zu verhindern, dass die nach dem Sturz des Janukovyč-Regimes gewählte ukrainische Regierung die Lage in der Ukraine stabilisiert. Die Verteidigung der angeblich gefährdeten russischsprachigen Bevölkerung auf der Krim ist nur ein fadenscheiniger Vorwand. Diesen Vorwand benötigt der Kreml, um Streit unter den westlichen Staaten zu säen, damit diese die Besetzung hinnehmen und rasch zur Tagesordnung übergehen.

Als Viktor Janukovyč aufgab und sein Regime samt der Berkut-Truppen in nur einer Nacht verschwand, verlor Russlands Führung nicht die Fassung. Vielmehr begann sie augenblicklich mit der Umsetzung eines Plans, der das bewaffnete Eindringen und die Besetzung des Nachbarlands vorsah, das nicht freiwillig zur Halbkolonie in der sogenannten Eurasischen Union hatte werden wollen. Schon lange hatte man in Moskau glauben wollen, dass die Ukraine nach einer Machtübernahme der nach Europa ausgerichteten Opposition in Kiew zerfallen und gegebenenfalls als lose Konföderation weiterbestehen werde, deren südliche und östliche Gebiete im weiteren Verlauf unausweichlich der Eurasischen Union beitreten würden.

Doch das Janukovyč-Regime verschwand, in Kiew siegten die „Banden“, und nach einem langsamen Zerfall sah es nicht aus. Selbst auf der Krim wurden die wenigen demonstrierenden russischen Separatisten von Krimtataren verjagt. Daher fällten offensichtlich die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Russländischen Föderation auf einer Sitzung in Novo-Ogarevo die Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, bevor es der neuen Regierung gelingt, sich zu formieren und zu festigen.

Die erste Sitzung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zur Ukraine fand am 21. Februar statt, die zweite bereits am 25. Februar. Auf dieser wurde offensichtlich der Beschluss gefasst, unter dem Deckmantel großangelegter Militärübungen zur „Überprüfung der Kampfbereitschaft“, die am nächsten Tag „unerwartet“ begannen, Truppen und andere Kräfte auf die Krim zu verlegen. Die großen Truppenbewegungen in Russlands westlichem sowie im zentralen Militärbezirk – bis zu 150 000 Mann, Tausende gepanzerte Fahrzeuge, Hunderte Flugzeuge und Hubschrauber – sollten die amerikanische Aufklärung vom eigentlichen Ziel der Operation ablenken.

Pavel Felgengauėr, Militärbeobachter der *Novaja Gazeta*, Moskau
Der Text erschien auf Russisch in der *Novaja Gazeta* vom 3.3.2014.

Osteuropa, 64. Jg., 1/2014, S. 3–5

Gleichzeitig konnten das Einrücken der Truppen in Gefechtsposition, die Verteilung von Luftstreitkräften auf die vorhandenen Militärflugplätze und die Verlegung von Truppen aus Sibirien während der unangekündigten „Überprüfung der Kampfbereitschaft“ sehr nützlich sein, falls die „Operation Russische Krim“ wider Erwarten einen regionalen Krieg mit einer möglichen Beteiligung des Westens provozieren sollte. Bei dem Manöver wurden Lufttransportgeschwader eingesetzt und zusammengezogen, wie sie für eine Verlegung von Okkupationstruppen und ihrer Ausrüstung auf die Krim benötigt werden, Einheiten der ständigen „Friedenstruppen“ wurden aufgestockt – größtenteils mit Berufssoldaten –, in Gefechtsbereitschaft versetzt und für eine Operation im Ausland vorbereitet: die 15. Heeresbrigade und die 31. Brigade der Luftlandetruppen aus Ul’janovsk.

Verteidigungsminister Sergej Šojgu erklärte natürlich, die Übungen hätten mit der Situation in der Ukraine nichts zu tun. Dies erwies sich als Täuschungsmanöver. Am 27. Februar begann mit einer Reihe abgestimmter Aktionen zur Besetzung oder Blockade strategisch wichtiger Ziele – Straßen, Flughäfen, Telekommunikationseinrichtungen und Fernsehstationen, Gebäude der ukrainischen Armee sowie der Regierung – durch Infanterietruppen der Schwarzmeer-Flotte sowie durch heimlich aus Russland auf die Halbinsel verbrachte Sondereinsatztruppen die Umsetzung des Plans zur Eroberung der Krim. Die staatlichen Propagandamedien verbreiteten die lächerliche Behauptung, es handele sich um lokale „Selbstverteidigungskräfte“. Zwar beteiligten sich tatsächlich einige russischsprachige „Kosaken“ und Freischärler an den Aktionen auf der Krim. Doch diese waren eher Dekoration und sollten den Eindruck erwecken, es gebe auf der Krim eine breite Unterstützung für die Anwesenheit von Truppen aus Russland.

Die Vorhut der russländischen Truppen übernahm die Kontrolle über die wichtigsten Flughäfen im Südwesten der Krim, um einen Brückenkopf für die Verlegung von Luftlandetruppen zu schaffen. Im Rahmen des mit dem Verteidigungsministerium abgestimmten Einmarschplans verweigerte Russlands Außenministerium zur gleichen Zeit der auf legale Weise eingesetzten Regierung der Ukraine unter Arsenij Jacenjuk jegliche Verhandlungen oder auch nur Gespräche. Statt dessen betitelte sie die neue Regierung als Bandera-Bande. Gleichzeitig tauchte Janukovyč in Russland auf und bezeichnete sich als offiziell anerkannten „legitimen“ Präsidenten der Ukraine. Ganz offensichtlich ist er bereit, auf einem Militärlaster aus Russland in die Ukraine zurückzukehren.

Am 1. März landeten erstmals auf dem Flugplatz Gvardejskoe in der Nähe von Simferopol’ Transportflugzeuge des Typs Il-76: die Luftbrücke war eingerichtet. Von der Halbinsel Taman wurden Militärhubschrauber auf die Krim verlegt. Auf der Krim wurden die Kommunikationsverbindungen unterbrochen, Fernsehstationen und andere Medien übernommen, Flüge der zivilen Luftfahrt verschoben.

Ein überzeugender Vorwand für den Einmarsch, wie es ihn 2008 im Georgienkrieg gegeben hatte, wurde dennoch nicht gefunden. Die ukrainischen Truppen und Sicherheitskräfte weigerten sich beharrlich, das Feuer zu eröffnen, nicht einmal zur Befreiung eroberter Gebäude. Kein einziger „Bandera-Mann“ oder auch nur irgendein Mitglied der Selbstverteidigung des Majdan tauchte auf der Krim auf. Das angebliche Chaos auf der Halbinsel wurde, wenn überhaupt, allein von den russländischen Truppen und den örtlichen Kosaken geschaffen.

Einen Vorwand wie im Falle Georgiens braucht Russland nicht zuletzt, damit die westlichen Staaten einen Grund haben, untereinander zu streiten – und dann auch diese Aggression Russlands zu vergessen und zur Tagesordnung überzugehen. Noch wichtiger ist ein solcher Vorwand für die erhoffte Entwicklung in der Ukraine: Die Ukrainer sollen die Opposition und die „Bandera-Leute“ dafür verantwortlich machen, dass russländische Soldaten eingreifen mussten, um sie zu retten und zu befreien, wobei sie „ein wenig zu viel Gewalt“ eingesetzt hätten.
Doch die ukrainische Armee, die Polizei und andere bewaffnete Truppen, die mehrere hunderttausend Mann umfassen, darunter nicht wenige auf der Krim, sind von der unerwarteten Revolution demoralisiert und sitzen in ihren Kasernen. Die Kräfte der Selbstverteidigung des Majdan und die Regierung Jacenjuk verspüren auch nicht den brennenden Wunsch zu handeln. Die neue ukrainische Führung hat gerade erst gesiegt, nachdem sie drei Monate in der Kälte auf dem Majdan verbracht hat. Sie hat auf die moralische Kraft des Protests gesetzt und hat sich davon überzeugen können, dass der verliert, der zuerst schießt.

Aus dem Russischen von Volker Weichsel, Berlin

Roger Fenton: The valley of the shadow of death. Eine der frühesten Aufnahmen der Kriegsphotographie, Krim 1855.

Impressionen vom Majdan, Kiew, Ende Januar 2013. Fotos: Il'ja Varlamov

Andrij Portnov

Krieg und Frieden

Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine

Nachdem der ukrainische Präsident Janukovyč im November 2013 wider Erwarten das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnete, versammelten sich auf dem Majdan in Kiew mehrere Zehntausend Menschen, um gegen diese Volte zu protestieren. Der Protest verwandelte sich in eine breite Bewegung gegen das korrupte Regime und für ein Leben in Würde. Das Janukovyč-Regime versuchte gewaltsam, die Proteste zu unterbinden. Bei den Auseinandersetzungen starben über 80 Menschen. In den Augen des Majdan hatte das Regime jede Legitimität verloren; kurz darauf setzte das Parlament den Präsidenten ab. Die Ukraine steckt in einer tiefen Souveränitätskrise und steht vor den größten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen seit dem Zerfall der Sowjetunion.

Seit November 2013 durchlebt die Ukraine die größte politische und wirtschaftliche Krise in ihrer postsowjetischen Geschichte. Die Weigerung des Janukovyč-Regimes, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, löste eine Kette von Ereignissen aus, die für das Regime, die Opposition, die Europäische Union und Russland gleichermaßen überraschend kamen. Im Zuge dieser Ereignisse wurde deutlich, wie verbreitet in der ukrainischen Gesellschaft das Bedürfnis nach einer fundamentalen, „europäischen“ Neuordnung des politischen und wirtschaftlichen Lebens ist. Was heute zur Debatte steht, ist die grundsätzliche Frage nach der künftigen Gestalt und Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft und des ukrainischen Staates.

Andrij Portnov (1979), Dr. phil., Historiker, Chefredakteur der Internetseite <www.historians.in.ua>, Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin sowie Gastdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin

Von Andrij Portnov (zusammen mit Tetjana Portnova) erschien zuletzt in OSTEUROPA: Die „jüdische Hauptstadt der Ukraine“. Erinnerung und Gegenwart in Dnipropetrovs’k, in: Mikrogeschichte. Juden in Polen und der Ukraine. Berlin 2012 [= OE, 10/2012], S. 25–41. – Ukraine: Der Preis des Sieges. Der Krieg und die Konkurrenz der Veteranen, in: Altersbilder. Kriegserinnerungen, Demographie, Altenpolitik. Berlin 2010 [= OE, 5/2010], S. 27–41.

Der vorliegende Beitrag verdankt zahlreiche Anregungen einer Diskussionsveranstaltung zu den aktuellen Ereignissen in der Ukraine, die am 28. Januar 2014 am Institut für Slawistik der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand. Er schöpft außerdem aus den Blogs des Verfassers auf der Website *Uroki istorii,* <http://urokiistorii.ru>.

Die verpasste Chance von Vilnius

In der Nacht vom 21. auf den 22. November 2013 fand auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit *(Majdan Nezaležnosti)* die erste große Protestaktion gegen die Weigerung der Regierung statt, auf dem Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Am Samstag, den 23. November kam es in der ukrainischen Hauptstadt zu den größten Massenprotesten seit der Orangenen Revolution. Mehrere Zehntausend Menschen gingen für die europäische Integration auf die Straße. Um diese beginnende Protestbewegung richtig zu verstehen, bietet sich ein Vergleich mit der ersten, unerwartet großen Massendemonstration auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz (*Bolotnaja ploščad'*) vom Dezember 2011 an. Die Vermutung liegt nahe, dass ein erheblicher Teil, wenn nicht die Mehrheit der Demonstranten in Kiew sich nicht durch die Regierungserklärung über das „Aussetzen" der Verhandlungen mit der EU als solche vor den Kopf gestoßen fühlte, sondern durch die Art und Weise, in der dies bekanntgegeben wurde: Die Gesellschaft wurde ohne jede Debatte vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl buchstäblich einen Tag zuvor Vertreter derselben Regierung noch beteuert hatten, dass das Abkommen in Vilnius auf jeden Fall unterzeichnet würde. Eben die Art und Weise, in der der Regierungsbeschluss präsentiert wurde, rief die Wut der ukrainischen Bürger hervor – ähnlich wie seinerzeit in Russland die Art und Weise, in der der Präsidentenstab von Medvedev an Putin übergeben wurde, mittelbar Zehntausende auf die Straße brachte. In beiden Fällen war die jeweilige Entscheidung an sich zwar erwartet worden, aber die zynische Form ihrer Verkündung rief einen Proteststurm hervor. Weiter aufgeheizt wurde die Stimmung in der Ukraine durch Viktor Janukovyčs Verhalten, der noch am 21. November bei seinem Staatsbesuch in Wien davon gesprochen hatte, dass sein Land seinen EU-Integrationskurs fortsetzen werde und es dazu keine Alternative gebe. Faktisch spielte der Präsident der Ukraine sein Doppelspiel bis unmittelbar vor dem Vilnius-Gipfel weiter.

Es waren keine politischen Aktivisten, die in der Nacht vom 21. auf den 22. November zum Majdan zogen, und es waren keine politischen Führer, die sie dorthin gerufen hatten. Vielmehr handelte es sich um eine spontane Protestaktion aufgebrachter Nutzer sozialer Netze, die einige Hundert Menschen zusammenbrachte. Auch bei der Großdemonstration vom 23. November und bei den „Euro-Majdans" in anderen ukrainischen Städten bestanden die Demonstranten darauf, dass sie sich mit ihrer Forderung nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (oder genauer gesagt, mit ihrer Auffassung, dass der Platz der Ukraine als eines europäischen Landes in der EU sei) nicht in den Dienst einer der vorhandenen politischen Kräfte stellen wollten.

Zweierlei gilt es hier festzuhalten: Zum einen stellte der Text des Assoziierungsabkommens der Ukraine weder einen EU-Beitritt noch Visafreiheit für ihre Bürger in Aussicht. Mit anderen Worten gingen die Erwartungen der Demonstranten zunächst weit über den Inhalt und den Geist jenes Dokumentes hinaus, das in Vilnius hätte unterzeichnet werden sollen. Zum anderen waren die demonstrierenden Studenten in den ersten Tagen des Protests bemüht, ihre Aktionen von Politik im engeren, partei-

gebundenen Sinn freizuhalten.[1] Dahinter stand einerseits ihre tiefe Enttäuschung über die Opposition, andererseits die Befürchtung, der authentische Elan vieler Tausender Menschen könnte für irgendeinen Machtkampf instrumentalisiert werden. Gleichzeitig wurde jedoch schnell offensichtlich, wie sehr die Depolitisierung des Protests der Staatsmacht zupass kam. Die braven jungen Leute wollen nur das Beste für ihr Land und fallen nicht auf politische Provokationen herein – etwa in diesem Sinn wollte wohl auch Präsident Janukovyč verstanden werden, als er den protestierenden Studenten in einem Fernseh-Interview Beifall zollte.[2] Es folgte der erwähnte Gipfel in Vilnius, auf dem der ukrainische Präsident nicht einmal zur Unterzeichnung einer Absichtserklärung bereit war und sich in einem Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel beschwerte, man habe ihn gegenüber einem „sehr starken" Russland „allein" gelassen.[3]

Das Janukovyč-Regime schien mit seiner Taktik der Depolitisierung und Marginalisierung des Protests zunächst Erfolg zu haben. Doch in der Nacht zum Samstag, den 30. November 2013, wurde Kiew zum Schauplatz eines schockierenden Ereignisses: Unter dem Vorwand, auf dem Majdan müsse Platz für den traditionellen großen Weihnachtsbaum gemacht werden, schlugen Angehörige der Miliz-Spezialeinheit „Berkut" auf dem Platz übernachtende friedliche Studenten gnadenlos zusammen, jagten Protestteilnehmer, darunter auch Frauen, durch die Straßen und warfen sie zu Boden. Auf einem später veröffentlichten Video ist zu hören, wie ein Milizionär sein wehrloses Opfer hasserfüllt anbrüllt: „Auf die Knie, Dreckstück!"

Der Nachricht von der brutalen Räumung des Majdan folgten praktisch auf dem Fuß die Mitteilung, dass der Leiter der Präsidialadministration seinen Rücktritt eingereicht habe (den Janukovyč aber nicht annahm) sowie die Nachricht, dass eine Reihe von Abgeordneten der Obersten Rada aus der regierenden *Partei der Regionen* ausgetreten seien. Die Empörung über das Vorgehen der Behörden trieb am darauffolgenden Sonntag bis zu eine Million Menschen auf die Straßen Kiews. Damit wurde der Protest politisch und richtete sich eindeutig gegen die Regierung: Neben die Forderungen nach europäischer Integration traten nun Rufe nach einem Rücktritt des Präsidenten und des Ministerpräsidenten.

Die Führer der drei im ukrainischen Parlament vertretenen Oppositionsparteien Arsenij Jacenjuk (*Bat'kivščyna*, Vaterland), Vitalij Klyčko (UDAR; *Ukrains'kij Demokratičnij Al'jans za Reformy*; russ./ukr. Schlag) und Oleh Tjahnybok (*Svoboda*, Freiheit), waren auf einen so massenhaften Protest ebenso wenig vorbereitet wie auf die gezielten Provokationen im Umfeld des Protests, die in erster Linie dazu dienten, eindeutige Fernsehbilder von gewalttätigen Demonstranten zu produzieren und damit vor allem auch ausländische Beobachter des Geschehens abzuschrecken. Solche Provokationen spielten sich etwa beim angeblichen „Sturm" auf die Präsidialadministration unter Einsatz

---

1 Ein einschlägiges Beispiel ist eine Episode in L'viv, wo die protestierenden Studenten einen faschistoiden Parlamentsabgeordneten von der Partei *Svoboda* nicht ans Mikrofon ließen, woraufhin dieser sie als „Rotzbengel" beschimpfte.

2 Video dieses Interviews: Janukovyč pryvitav Jevromajdan opleskamy, 26.11.2013, <http://tsn.ua/politika/yanukovich-privitav-yevromaydan-opleskami-322222.html#article_video>.

3 Eine Videoaufzeichnung dieses Gesprächs wurde von der Pressestelle der Präsidentin Litauens,Dalia Grybauskaitė,veröffentlicht: Janukovič na sammiti v Vil'njuse, 29.11.2013, <http://news.bigmir.net/ukraine/777872-Janukovich-na-sammite-v-Vil-njuse--Ja-3-5-goda-odin--VIDEO-?>.

eines Baggers sowie während des Sturzes des Lenin-Denkmals gegenüber dem Bessarabischen Markt in der Kiewer Innenstadt ab.
In wessen Interesse lag die brutale Intervention am 30. November? Von wem kam der Befehl, den Majdan zu stürmen? Obwohl am folgenden Tag sowohl Präsident Janukovyč als auch der Generalstaatsanwalt die Anwendung von Gewalt verurteilten, wurde aus den Reihen der Miliz niemand entlassen. Die politische Verantwortung für die Gewalt lag in jedem Falle beim Präsidenten, der sie nicht zu verhindern gewusst hatte.

Euro-Majdan und „Anti-Majdan“

Am Sonntag, den 1. Dezember, demonstrierten Zehntausende in Kiew und in vielen Städten der Westukraine, deren Behörden und Sicherheitsapparate die Protestierenden teils unterstützten. Präsident Janukovyč hüllte sich am darauf folgenden Montag in Schweigen. Erleichtert wurde ihm dies offensichtlich dadurch, dass die Oppositionsführer keine durchdachte Strategie hatten; sie beschränkten sich auf die Forderung, das Parlament solle über den Rücktritt der Regierung abstimmen. Im Zuge der Massendemonstrationen besetzten Regierungsgegner in Kiew eine Reihe von Verwaltungsgebäuden, darunter die Stadtverwaltung, und das Protestlager kehrte auf den Majdan zurück.
Am 3. Dezember scheiterte der Versuch der Opposition, in der Obersten Rada genügend Stimmen für einen Rücktritt der Regierung zu sammeln. Am selben Tag brach Janukovyč zu einem Staatsbesuch in China auf. Während der Präsident der Ukraine chinesische Museen besuchte, ordneten Gerichte in Kiew die Verhaftung von neun angeblichen Teilnehmern des Sturms auf die Präsidialadministration an. Festgenommen wurden nicht die eigentlichen Initiatoren dieser Provokation, sondern friedliche Demonstranten, die ihrerseits von der Miliz verprügelt worden waren. Bei ihrer Verhaftung wurden sie mit derselben Verachtung und Härte behandelt wie die Opfer der Räumung des Majdan am 30. November. Der Vergleich mit dem „Fall Bolotnaja“, also den willkürlichen Festnahmen friedlicher Teilnehmer der Anti-Putin-Kundgebung auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz vom Mai 2012, ist insofern durchaus angebracht. Auch in Kiew wurden unschuldige Menschen zu Geiseln des Regimes und zum lebenden Beweis dafür, dass ihr Land nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien regiert wird.
Nicht minder wichtig ist die Tatsache, dass Präsident Janukovyč die Aufforderungen der für Europafragen zuständigen Abteilungsleiterin im US-Außenministerium Victoria Nuland und der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton, einen Runden Tisch einzurichten und eine Koalitionsregierung zu bilden, welche die Verantwortung für die unvermeidlichen, zwangsläufig schmerzhaften Wirtschaftsreformen übernehmen könnte, ignorierte. Gerade als die hohen Gäste aus der EU und den USA in Kiew weilten und wenige Tage nach dem Treffen der drei Ex-Präsidenten der Ukraine mit Janukovyč, bei dem die kritischen Äußerungen seiner Vorgänger diesen sichtlich erzürnt hatten, versuchten die Sicherheitskräfte in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember, das Protestlager auf dem Majdan zurückzudrängen und die von den Demonstranten errichteten Barrikaden teilweise abzubauen. Nach offizieller Darstellung handelte es sich um „Straßenräumarbeiten“, die dafür sorgen sollten, dass der städtische

Verkehr wieder reibungslos fließen könne. Das gesamte Geschehen ließ sich per Liveübertragung miterleben. Als sich die Einsatzkräfte näherten, wurden im Michaelskloster, das zum Zufluchtsort für Demonstranten geworden war, die Glocken der Klosterkathedrale Sturm geläutet. Innerhalb weniger Stunden versammelten sich auf dem Platz Hunderte von Kiewern, und gegen Morgen zog sich die Miliz zurück. Der Majdan jubelte – und der Protest wurde endgültig zu einer Bewegung nicht so sehr gegen das „Einfrieren der europäischen Integration" als vielmehr gegen das herrschende Regime.

Der gescheiterte „Sturm des Majdan" zog zahlreiche Reaktionen nach sich. Das US-amerikanische Außenministerium bezeichnete die nächtlichen Ereignisse als „abscheulich" („disgusting"). Das Europäische Parlament verabschiedete eine Entschließung zur Liberalisierung des Visaregimes mit der Ukraine – eine reine Absichtserklärung ohne jede bindende Wirkung. Um den Majdan herum wurden neue, wesentlich stabilere und eindrucksvollere Barrikaden errichtet. Schließlich trafen sich am 13. Dezember Präsident Janukovyč und die Führer der drei in der Rada vertretenen Oppositionsparteien zu einer Art „Rundem Tisch". Das Treffen wurde von keinem der landesweiten Fernsehsender übertragen, sogar in der Internet-Übertragung war der Ton beim Auftritt der drei Oppositionsführer heruntergeregelt. Das Gespräch selbst wurde überhaupt nicht gezeigt. Das Ganze war eine rein dekorative Veranstaltung, die zeigte, dass „die Staatsmacht von einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise nichts wissen will".[4]

Am darauffolgenden Tag, dem 14. Dezember, fand 200 Meter vom Majdan entfernt eine große Kundgebung mit Konzert zur Unterstützung von Präsident Janukovyč statt. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung wurden in einer konzertierten Aktion nach Kiew geschafft. Auf dieser Kundgebung erklärte Ministerpräsident Mykola Azarov, an einem visafreien Regime mit der EU, für das man im Gegenzug gleichgeschlechtliche Ehen legalisieren müsse, habe die Ukraine kein Interesse. (Tatsächlich hatte die EU nichts dergleichen verlangt; nach EU-Recht ist es lediglich verboten, Menschen aus welchen Gründen auch immer zu diskriminieren, unter anderem auch wegen ihrer sexuellen Orientierung.) Die offizielle Botschaft des „Anti-Majdan" lautete in etwa „Für Europa, aber später und zu besseren Konditionen", tatsächlich skandierte die dort versammelte Menge auf Anregung eines Abgeordneten der *Partei der Regionen* aber unter anderem auch „Putin! Putin!".

Gleichzeitig mit dieser Aktion erklärte die Generalstaatsanwaltschaft, drei hochrangige Beamte, darunter der Kiewer Bürgermeister Oleksandr Popov, stünden unter dem Verdacht des Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit dem brutalen Polizeieinsatz-gegen Demonstranten am 30. November. Praktisch sofort tauchten im Internet Passagen aus Verhörprotokollen auf, in denen Popov erklärte, auf wessen Anweisung er gehandelt habe: die des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Andrij Kljujev. Die Generalstaatsanwaltschaft und Kljujev dementierten umgehend und einmütig, letzterer übrigens in einem Interview nicht mit ukrainischen, sondern mit deutschen Journalisten: Er habe mit den Ereignissen des 30. November nichts zu tun.

---

[4] Jurij Ruban: Kruhli stoly. Porožni slova v komfortnych inter'jerach, in: Glavkom.ua, 13.12.2013, <http://glavcom.ua/articles/16134.html>.

Sinn und Zweck des „Anti-Majdan“ waren klar: Er sollte zeigen, dass auf dem Majdan nicht das Volk gegen die Regierung demonstrierte, sondern ein Teil der Ukraine gegen den anderen. Diese These ließ sich umso leichter in Umlauf bringen, da das Misstrauen gegen die Staatsmacht, das durchaus auch im Osten und Süden des Landes vorhanden war, sich dort praktisch nicht im Wählerverhalten niederschlug: Die national-demokratischen Oppositionsparteien werden in diesen Regionen traditionell als „fremd“ wahrgenommen; die regierende *Partei der Regionen* braucht sich nur darauf zu berufen, dass man sie wählen müsse, damit „die Nationalisten nicht ans Ruder kommen“.[5] In der Ukraine gibt es praktisch keine demokratische oppositionelle Kraft, die sich konsequent an die überwiegend russischsprachige Wählerschaft im Osten und Süden des Landes wendet.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es im soziokulturellen und politischen Sinne „zwei“ geographisch klar umrissene „Ukrainen“ gäbe, von denen die eine quasi nur davon träumen würde, sich mit Russland „wiederzuvereinigen“, während die andere in einem fort mit dem Amalgamieren von proeuropäischen und ultranationalistischen Einstellungen beschäftigt wäre. Die in englisch- wie auch russischsprachigen Publikationen regelmäßig wiederkehrende Behauptung, es gebe keine Ukraine als kulturell einheitliches Gebilde und eine „friedliche Trennung“ ihrer beiden Teile voneinander sei wünschenswert,[6] beschreibt die heutige Ukraine fälschlich als eine Art Analogon zur früheren Tschechoslowakei, deren slowakischer Teil sich „samtweich“ vom tschechischen Teil abtrennen ließ. Der interessante Umstand, dass es innerhalb des postsowjetischen politischen Raums und auch innerhalb der Ukraine unterschiedliche, koexistierende und konkurrierende Auffassungen darüber gibt, was „Ukrainisch-Sein“ eigentlich bedeute, bestätigt Rory Finnins außerordentlich wichtige Feststellung, wonach die These von der „Schwäche“ der nationalen Identität der Ukraine analytisch nutzlos sei: Es sei vielmehr an der Zeit, nach neuen Methoden und Begriffen zur Beschreibung der ukrainischen gesellschaftlichen Realität zu suchen.[7]

Am Vorabend des für Sonntag, den 15. Dezember angesetzten „Marsches der Millionen“ gegen den Beitritt der Ukraine zur Zollunion mit Russland befürchteten viele, es könnte versucht werden, einen „Zusammenstoß der beiden Ukrainen“ zu inszenieren. Doch die zunächst für denselben Tag angemeldete Kundgebung der *Partei der Regionen* wurde abgesagt. Der „Anti-Majdan“ zur Unterstützung der Regierung dagegen wurde zunächst für „unbefristet“ erklärt, wenige Tage später allerdings wurde die Zeltstadt in der Nähe der Obersten Rada aufgelöst. Offensichtlich, so die verbreitete Ansicht, hatte die Staatsmacht diesmal beschlossen, den Majdan zu ignorieren, in der Hoffnung, er werde sich selbst marginalisieren.

---

[5] Vladimir Paniotto: Net takoj partii, in: Kapital, 24.12.2013, <www.capital.ua/news/11079-net-takoy-partii>.

[6] So Orlando Figes: Is There One Ukraine? The Problem With Ukrainian Nationalism, in: Foreign Affairs, 16.12.2013, <www.foreignaffairs.com/articles/140560/orlando-figes/is-there-one-ukraine>. Figes' Aufsatz trug ursprünglich den Titel „There Is No Ukraine“. – Anton Šechovcovs Beobachtungen zu Verfassern russischsprachiger Publikationen, in denen ähnliche Gedanken vertreten werden: „Re-organisation“ of the Ukrainian space, or Putin's agents in Ukraine, <http://anton-shekhovtsov.blogspot.de/2013/12/re-organisation-of-ukrainian-space-or.html>.

[7] Rory Finnin: Ukrainians. Expect-the-Unexpected Nation, 20.12.2013, <www.crassh.cam.ac.uk/blog/post/ukrainians-expect-the-unexpected-nation>.

Nicht schlagen: Rettet das Land mit uns. Kiew im Januar 2014.

„Hilfe“ aus Russland, Hoffnung auf die EU

Am 17. Dezember flog Präsident Janukovyč zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau. Er kehrte zurück mit der Aussicht auf einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar und eine Senkung der Gaspreise von rund 400 auf 268,50 Dollar pro 1000 Kubikmeter. Russlands Präsident Putin, der sich in seiner Rolle des „guten Zauberers“ sichtlich wohl fühlte, erklärte, Russland werde dem „Bruderland“ helfen, „ohne irgendwelche Bedingungen“ zu stellen. Ein Kiewer „Hofjournalist“ kommentierte dies so:

> Wer hat das zentrale Bankinstitut der Europäischen Union – die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – denn daran gehindert, zum Beispiel für 15 Milliarden Euro ukrainische Staatsanleihen zu kaufen? Hat die Europäische Union vielleicht kein Geld für die Ukraine? Sehr schade. Russland hat sehr wohl Geld für die Ukraine, wie sich herausstellt.[8]

Tags darauf gaben beide Präsidenten Pressekonferenzen: Putin beantwortete in einem riesigen Saal die nicht immer angenehmen Fragen unter anderem von ausländischen Reportern; Janukovyč unterhielt sich an einem halbleeren runden Tisch mit Journalisten ausgewählter ukrainischer Medien.

Als die Fanfaren verstummt waren und der Nebel des festtäglichen Feuerwerks sich verzogen hatte, wurde klar, dass die Moskauer Geschenke keineswegs uneigennützig und durchaus nicht unbefristet waren (so sollte der Preisnachlass für Gas jedes Quartal überprüft werden); zudem waren sie unmissverständlich an das „richtige“ Verhalten des „jüngeren Bruders“ geknüpft.[9] Von einem formalen Beitritt der Ukraine zur Zollunion war nicht die Rede, weshalb weniger weitsichtige Beobachter nicht durchschauten, dass der Kreml hier auf ein neues Modell der Integration setzte: den Besitz bzw. die Kontrolle strategischer Bereiche der ukrainischen Wirtschaft.[10]

Von dieser Stufe aus fehlte nur noch ein kleiner Schritt bis zur „Abstimmung“ etwa der Außenpolitik. Mit dem Geld aus Russland konnte Janukovyč Zeit gewinnen und die offensichtlichsten Haushaltslöcher stopfen, keinesfalls aber ließen sich damit die strukturellen Probleme der ukrainischen Wirtschaft lösen, die unmittelbare Folgen der zahlreichen Fehler der amtierenden Regierung und ihrer Vorgängerregierungen waren. Dass die Ukraine an den Rand des Bankrotts geraten war, lag nicht an der bevorstehenden Unterzeichnung des Abkommens mit der EU, sondern an einem Übermaß staatlicher Kontrolle in der Wirtschaft, am ungünstigen Geschäftsklima, der allgegenwärtigen Korruption und dem unverantwortlichen Populismus der herrschenden Eliten.[11]

---

8 Vjačeslav Pichovšek: Dekabr’ 2013 goda, rabočij vizit Prezidenta Ukrainy v Moskvu, in: LB.ua, 17.12.2013, <http://lb.ua/news/2013/12/17/247980_dekabr_2013t_goda_rabochiy_vizit.html>.

9 Die Moskauer Absprache analysiert detailliert: Alla Eremenko u.a.: Zapomni, kak vse načinalos’, in: ZN.UA, 20.12.2013, <http://gazeta.zn.ua/internal/zapomni-kak-vse-nachinalos-_.html>.

10 James Sherr: Ukraine „is in a dangerous situation“, in: KyivPost, 23.12.2013, <www.Kyivpost.com/content/politics/james-sherr-ukraine-is-in-a-dangerous-situation-334161.html>.

11 Zum Ausmaß der Wirtschaftskrise und deren Ursachen: Boris Grozovskij: Bankrotstvo Janukoviča. Počemu Ukrainu ždet smena vlasti, 12.12.2013, <www.forbes.ru/ mneniya-column/mir/248507-bankrotstvo-yanukovicha-pochemu-ukrainu-zhdet-smena-vlasti>.

Die Regierung Azarov war bemüht, die kurzfristig errungene Möglichkeit, den Status quo um den Preis einer wirtschaftlichen Kapitulation aufrechtzuerhalten, als großen Erfolg darzustellen. Wesentlich überzeugender als die ukrainischen Partner wirkte in der Siegerpose jedoch Vladimir Putin, für den die Moskauer Absprachen nach Snowden und Syrien eine weitere Trophäe darstellten. Seine größte Illusion war wohl die tiefe Überzeugung, dass Ukrainer und Russen im Grunde genommen „ein Volk" seien.[12] In der postsowjetischen Periode ist Russlands Kulturpolitik in der Ukraine (oder besser gesagt, deren faktische Abwesenheit) stets von dieser Überzeugung ausgegangen. Damit war jede Möglichkeit, das Geschehen auf dem Majdan, ja generell die Stimmung in der ukrainischen Gesellschaft adäquat zu beurteilen, automatisch blockiert.

Gleichzeitig krankte die Diplomatie der meisten EU-Staaten (von einer durchdachten und koordinierten Außenpolitik der EU konnte man kaum sprechen) daran, dass sie die Logik des Kreml in der ukrainischen Frage entweder wirklich nicht verstand oder aber nicht verstehen wollte. Die europäischen Unterhändler, die Janukovyč immer wieder auf die Befreiung Julija Tymošenkos ansprachen, statt, wie er es erwartete, über Finanzhilfen und die Sicherung seiner Wiederwahl 2015 zu diskutieren, zeigten keinerlei Gespür für seine Position, und ebenso wenig begriffen sie, wie groß das Interesse des Kreml daran war, eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine zu vereiteln. James Sherr hat das sehr präzise formuliert: Während die Assoziierung für Brüssel eine Alternative zu einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft sei, betrachte Moskau sie als Erweiterung der EU mit alternativen Mitteln.[13] Dabei lehnten Deutschland und Frankreich auf dem EU-Gipfel vom 20. Dezember den Vorschlag Litauens ab, in dem Assoziierungsabkommen die Perspektive einer Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU zu erwähnen (die Weigerung, dies in den Text mit aufzunehmen, war zur Zeit der Präsidentschaft Viktor Juščenkos einer der Hauptgründe dafür gewesen, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnete). Darüber hinaus erklärte die EU, sie setze die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über das Abkommen aus, sei aber bereit, sie in der Zukunft wieder aufzunehmen; gegen die Moskauer Absprachen habe man im Prinzip nichts einzuwenden. Unterdessen fand in Kiew ein weiterer „Runder Tisch" statt (ohne den Präsidenten und ohne die Führer der Opposition, dafür mit anderen Vertretern derselben) – zeitgleich mit der Verleihung von Auszeichnungen an Milizangehörige, die an der Räumung des Euro-Majdan beteiligt gewesen waren.

Auf der bereits zur Tradition gewordenen sonntäglichen „Volksversammlung" auf dem Majdan am 22. Dezember verkündeten die Oppositionsführer die Gründung einer Organisation namens *Nationale Vereinigung Majdan* (Narodne ob"jednannja „Majdan", NOM). Diese ohne vorherige öffentliche Debatte geschaffene formlose Organisation, an deren Spitze ein Rat aus Abgeordneten, Journalisten, Musikern und dem Rektor der Kiewer Mohyla-Akademie stand, die de facto aber von der Opposition geleitet wurde, rief sofort zahlreiche Fragen und Verdächtigungen auf den Plan. Vor allem

---

[12] Timothy Snyder: Ukraine. Putin's Denial (13.12.2013), in: The New York Review of Books – Blogs, <www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2013/dec/13/ukraine-putins-denial/>. – Ders.: A Way Out for Ukraine?, 5.12.2013, <www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2013/dec/05/ukraine-protests-way-out/>.

[13] Džejms Šerr: Ukraina – Rossija – Evropa. Otpravlennyj treugol'nik, in: ZN-UA, 13.12.2013, <http://gazeta.zn.ua/internal/ukraina-rossiya-evropa-otravlennyy-treugolnik-_.html>.

wurde der Vorwurf laut, die Opposition versuche, Initiative zu simulieren, obwohl sie in Wirklichkeit keinerlei Strategie und Entschlusskraft besitze, und stelle sich ganz nebenbei an die Spitze einer Struktur, die erstens nicht von ihr gegründet und ihr zweitens intellektuell überlegen sei. Der Politologe Jurij Ruban bemerkte treffend, der Majdan suche eine Antwort auf ein Problem, das sich keinesfalls mit dem Sieg eines der Oppositionskandidaten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen werde lösen lassen.[14] Er versuche, mit anderen Worten, das Bedürfnis nach einem Reformprogramm zu formulieren, das es nicht gebe, und nach einer neuen gesellschaftlich-politischen Kraft, die es vorläufig ebenso wenig gebe.

Majdan: Versuch einer Begriffsbestimmung

An dieser Stelle ist es unabdingbar, zumindest versuchsweise zu klären, was der Majdan eigentlich ist. Wie erklärt sich das Phänomen seiner Selbstorganisation?

Hatten in den im Zentrum Kiews errichteten Zelten vor allem Zugereiste ihr mehr oder weniger dauerhaftes Lager aufgeschlagen, so verdankte sich der massenhafte Zulauf der sonntäglichen Veranstaltungen des Majdan gebildeten, aktiven und finanziell abgesicherten Menschen mittleren Alters, deren Hoffnung auf Veränderungen im Lande sich an eine breit verstandene Europäisierung knüpfte. Was sie verband, war zunächst die Ablehnung nicht nur der herrschenden Staatsmacht, sondern der politisch-wirtschaftlichen Situation in der postsowjetischen Ukraine insgesamt. Die positive Gemeinsamkeit war diffuser und weniger rational: Nationalistische Elemente und Europa-Mythos standen nebeneinander.

Was den Nationalismus betrifft, so hat der Majdan nationalistische Losungen („Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm!“) und Flaggen (das schwarz-rote Banner des nationalistischen Untergrunds während des Zweiten Weltkriegs) faktisch als Symbole des proeuropäischen Protestes legitimiert. Bezeichnenderweise war es gerade eine schwarz-rote Fahne, die am Abend des 8. Dezember 2013 an der Stelle des von seinem Sockel gestürzten Lenindenkmals am Bessarabischen Markt gehisst wurde. Die Verantwortung für den Sturz des Denkmals übernahm stolz die rechtsradikale Partei *Svoboda* (Freiheit), die ihre fremdenfeindliche, homophobe Rhetorik in jüngster Zeit gemäßigt hat. Die Losung „Ruhm der Ukraine!“ (ukr. „Slava Ukrajini!“) wurde auf dem Majdan nicht nur legitimiert, sondern erfuhr auch einen Bedeutungswandel. Dies lässt sich gut an der Polemik illustrieren, die in der konservativen polnischen Zeitung *Niezalezna Gazeta Polska* anlässlich des Auftritts von Jarosław Kaczyński, dem Vorsitzenden der polnischen rechtskonservativen Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit; PiS), auf dem Majdan geführt wurde. Kaczyński schloss seine Ansprache mit eben jener Parole „Ruhm der Ukraine!“. Hatte er in den Augen des polnischen Publizisten Rafał Ziemkiewicz damit die „Wiedergeburt des galizischen Faschismus“ unterstützt, so war der Ruf „Ruhm der Ukraine!“ nach Ansicht des Historikers und Essayisten Andrzej Nowak zum damaligen Zeitpunkt vielmehr mit der überparteilichen Losung „Es lebe Polen!“ („Niech żyje Polska!“) vergleichbar geworden.[15]

---

[14] Jurij Ruban: Majdan jak problema polityčnoji ekonomiji, in: Glavkom.ua, 18.12.2013, <http://glavcom.ua/articles/16262.html>.

[15] Andrzej Nowak: Pytanie do Rafała Ziemkiewicza, in: niezależna.pl, 17.12.2013, <http://niezalezna.pl/49626-pytanie-do-rafala-ziemkiewicza>.

Was die proeuropäische Rhetorik des Majdan angeht, so hat sie viel mit jenem idealisierten Bild von Europa als Raum der Rechtsstaatlichkeit, sozialen Gerechtigkeit, Freizügigkeit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu tun, das in den ostmitteleuropäischen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten einschließlich der früheren baltischen Sowjetrepubliken am Vorabend von deren Beitritt zur EU weit verbreitet war. Von diesem mythisch überhöhten Europa ist nicht nur der Inhalt des von der Ukraine letztlich nicht unterzeichneten Assoziierungsabkommens weit entfernt, sondern auch der aktuelle Zustand der Europäischen Union: Man kann sagen, dass zwischen dem „realen" Europa und dessen Mythos heute eine tiefe Kluft existiert. Nicht minder wichtig ist aber, anzuerkennen, dass Idealvorstellungen wie diese trotz allem nicht nur existieren, sondern auch in der Lage waren, den aktivsten Teil der ukrainischen Gesellschaft zu mobilisieren.

Gewalt und ihre Folgen

Am 16. Januar 2014, nach dem Ende der langen Feiertagsperiode, beschloss die Oberste Rada der Ukraine einen neuen Staatshaushalt, der auf den Moskauer Abmachungen zwischen Putin und Janukovyč basierte. Alle Versuche der Opposition, dies zu verhindern, indem sie die Rednertribüne und das Präsidium des Parlaments blockierte, blieben ohne Erfolg. Kurz darauf beschloss das Parlament mit den Stimmen der Regierungsmehrheit binnen weniger Minuten und ohne jede Debatte, nur durch Handzeichen, eine ganze Serie von offen repressiven Gesetzen, die analoge russländische Gesetze imitierten. Diese Gesetze sahen Gefängnisstrafen für die Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen vor, führten den Begriff des „ausländischen Agenten" für Nichtregierungsorganisationen ein, die Gelder aus dem Ausland erhalten, erlaubten es Gerichten, Urteile in Abwesenheit des Beschuldigten zu fällen und setzten den zuvor abgeschafften Artikel über Verleumdung wieder in Kraft. Präsident Janukovyč unterschrieb diese Gesetze, beeilte sich aber nicht mit ihrer Veröffentlichung, sondern zog es offenbar vor, erst die Reaktion des Majdan abzuwarten. Bereits zweimal, am 8. und am 24. Dezember 2013, hatten die Protestierenden bekanntlich nicht auf den Rat von Julija Tymošenko gehört, unverzüglich eine Provisorische Regierung zu bilden und zu einem harten Konfrontationskurs mit dem Regime überzugehen.

Am Sonntag, den 19. Januar fand auf dem Platz der Unabhängigkeit die nächste Volksversammlung statt, bei der Zehntausende Menschen darauf warteten, dass die Oppositionsführer einen Aktionsplan vorstellen und einen gemeinsamen Anführer des Widerstands gegen das Regime bestimmen würden. Stattdessen hörten sie inhaltsarme, pathetische Reden, und der Führer der Partei *Bat'kivščyna* Arsenij Jacenjuk erklärte sogar, der „gemeinsame Führer" sei „das ukrainische Volk". Danach rief einer der Aktivisten (der die Ukraine übrigens bald darauf verließ) von der Bühne auf dem Majdan die Menschenmenge auf, zum (zu diesem Zeitpunkt leeren) Gebäude der Obersten Rada zu ziehen. In der Hruševs'kyj-Straße, einige hundert Meter vom Parlament entfernt, erwartete die Demonstranten ein Kordon der Miliz. Hier verlor der Protest schlagartig seinen friedlichen Charakter. Innerhalb weniger Stunden verwandelte sich eine der zentralen Straßen Kiews in ein Schlachtfeld, auf dem Molotowcocktails, Feuerwerkskörper, Lärmgranaten und Tränengas eingesetzt wurden. Die

Zusammenstöße gingen von einer Gruppe junger Leute aus, die manche als rechtsradikale Aktivisten, andere schlicht als Provokateure bezeichneten. In jedem Fall versuchten Arsenij Jacenjuk und Vitalij Klyčko erfolglos, die Menschen auf den Majdan zurückzuholen. In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar solidarisierte sich der Majdan faktisch mit den aktiven Teilnehmern der Konfrontation in der Hruševs'kyj-Straße. In derselben Nacht verständigte sich Klyčko mit Janukovyč darauf, zu verhandeln, um einen Ausweg aus der Krise zu suchen.

Am folgenden Tag trat eine Gruppe zur Konfliktregelung zusammen. An dem Treffen nahm weder der Präsident noch die Oppositionsführer teil. Es endete ohne Ergebnis; die Auseinandersetzungen in der Hruševs'kyj-Straße gingen währenddessen weiter. In der Nacht vom 20. auf den 21. Januar wurden dann die skandalösen, unrechtmäßig zustande gekommenen Gesetze (ein Foto von der Abstimmung per Handzeichen zeigt deutlich, dass es in Wirklichkeit nur halb so viele „Für"-Stimmen gab wie die offiziell verkündeten 235) in Druck gegeben; am Morgen des 21. Januar erschienen sie in den Regierungszeitungen. Die Konfrontation dauerte an. Klyčko machte sich erneut auf den Weg zu Janukovyč, mit der Bitte, dass der Präsident persönlich an den Verhandlungen teilnehmen möge.

Der Tag der Einheit am 22. Januar 2014 – an diesem Tag hatten sich 1919 die Ukrainische Volksrepublik und die Westukrainische Volksrepublik zu einem Nationalstaat zusammengeschlossen, der dann aber keine politische Realität wurde – geriet zu einem schwarzen Tag in der Geschichte der Ukraine. Am Morgen dieses Tages erschien auf der Website von Präsident Janukovyč seine Feiertagsansprache. Am selben Tag wurden während eines Polizeieinsatzes in der Hruševs'kyj-Straße, der am frühen Morgen begann, mehrere Demonstranten von Scharfschützen erschossen. Serhij Nigojan und Michail Žyz''neŭski waren die ersten Demonstranten in der Geschichte der postsowjetischen Ukraine, die bei Massenprotesten getötet wurden. Wenige Tage später erlag ein weiterer Protestteilnehmer, Roman Senyk, seinen Verletzungen. Beileidsbekundungen der Machthaber blieben aus, von der Ausrufung einer Staatstrauer für die Ermordeten ganz zu schweigen. Stattdessen bezeichnete Ministerpräsident Azarov sie als „Marodeure, Terroristen und Verbrecher". Um zu begreifen, wie außerordentlich dieses Geschehen war, muss man sich bewusst machen, dass es bis zu jenem 22. Januar 2014 in der postsowjetischen Ukraine keinen einzigen Fall gab, bei dem Menschen bei einer politischen Aktion ums Leben gekommen wären. Das Land hatte bis dahin eine bemerkenswerte Fähigkeit bewiesen, die Anwendung massenhafter physischer Gewalt zur Lösung politischer Konflikte zu vermeiden.

Am 23. Januar wurde für die Hruševs'kyj-Straße endlich eine Waffenruhe erklärt, die für die Zeit der Verhandlungen des Präsidenten mit den Oppositionsführern gelten sollte. Währenddessen besetzten Demonstranten in Ternopil' (und bald darauf auch in anderen westukrainischen Gebieten) Gebäude der Gebietsverwaltungen. Kiew war damit zwar nach wie vor der wichtigste, aber nicht mehr der einzige Konfliktherd. In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar präsentierten die Oppositionsführer dem Majdan – in, gelinde gesagt, wenig einleuchtender Form – das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Staatsmacht.

Das Angebot kleiner Zugeständnisse ohne jede tiefgreifende Veränderung stieß bei der auf dem Majdan versammelten Menge auf kategorische Ablehnung. Daraufhin erklärten dieselben Oppositionsführer, dass sie sich auf Beschluss des Majdan aus den

Verhandlungen mit der Staatsmacht zurückzögen – nur um diese am folgenden Tag fortzusetzen, vor dem Hintergrund der sich über die Gebietszentren ausbreitenden Massenproteste. Schon am dritten Tag hatte die Protestwelle die Grenzen der Westukraine (dieser ungefähre Begriff fasst im Übrigen höchst unterschiedliche historische Regionen zusammen) überschritten und war weiter bis Sumy, Zaporižžja, Dnipropetrovs'k und Charkiv gerollt. Allerdings endeten die Protestaktionen im Osten und Süden des Landes in der Regel nicht mit der Besetzung von Regierungsgebäuden, sondern nahmen die Form offener Kämpfe an, bei denen viele verletzt und Dutzende Personen festgenommen wurden.

Echte und imitierte Verhandlungen

Eine spezielle Rolle spielten bei allen oben schematisch beschriebenen Ereignissen die sogenannten *tituški:* informelle Gruppen junger Männer, die von der Regierung dafür angeheuert wurden, unter dem Schutz der „Ordnungskräfte" friedliche Demonstranten zu verprügeln, Oppositionelle einzuschüchtern und als Provokateure zu wirken. Der Gattungsname *tituška* leitet sich vom Nachnamen des Kampfsportlers Vadym Tituško ab, der am Rande einer regimekonformen „antifaschistischen" Kundgebung im Mai 2013 zwei Journalisten verprügelt hatte. Dass die *Tituški*-Trupps, die früher vor allem von dubiosen Unternehmern zur Regulierung interner Konflikte eingesetzt worden waren, inzwischen offen auf dem politischen Feld agierten, illustriert wohl am deutlichsten, dass das Janukovyč-Regime die Grenzen des Rechtsstaats weit hinter sich gelassen hatte.

In einer Situation, in der ständig mit einer Räumung des Majdan und der Verhängung des Ausnahmezustands zu rechnen war, in der die Ressourcen der Staatsmacht begrenzt waren und – was ebenso wichtig ist – in der gleichzeitig die Führer der Opposition weder bereit noch fähig waren, den Erwartungen des Majdan wirklich zu entsprechen, bot Präsident Janukovyč in Verhandlungen am Abend des 25. Januar Arsenij Jacenjuk den Posten des Regierungschefs und Vitalij Klyčko den des Vizepremiers und Ministers für Bildung und Kultur an. Für den *Svoboda*-Vorsitzenden Oleh Tjahnybok war kein Regierungsposten vorgesehen, wenngleich gewitzte User sozialer Netzwerke ihn treffsicher als Botschafter in Russland ausersahen. Janukovyčs unerwartetes Angebot schätzten viele Beobachter als Falle für die Opposition ein, einige andere werteten es auch als Eröffnung von Kapitulationsverhandlungen durch das Regime. Die Oppositionsführer bemühten sich, das Ergebnis der Verhandlungen auf dem Majdan so darzustellen, dass sie die Angebote der Staatsmacht zwar nicht annähmen, sie aber auch nicht rundheraus ablehnten. Am nächsten Tag freilich erklärte Arsenij Jacenjuk, er werde den Posten des Premiers nicht übernehmen.

Am 28. Januar fand eine außerordentliche Sitzung der Obersten Rada statt. Unmittelbar vor deren Beginn wurde bekannt, dass Ministerpräsident Azarov seinen Rücktritt angeboten hatte. (Unmittelbar danach verließ Azarov das Land übrigens in Richtung des von ihm zuvor so geschmähten Westens: Er flog nach Wien.) Indem die Opposition an dieser Sitzung teilnahm, gab sie dem Parlament faktisch seine Legitimität zurück und erklärte sich mit dem Versuch einverstanden, die Krise im Rahmen der bestehenden politischen Institutionen zu lösen. Dass die *Partei der Regionen* und die Opposition gemeinsam für die Aufhebung der meisten (nicht aller!) Gesetze vom 16. Januar

stimmten, ließ für kurze Zeit den Eindruck entstehen, dass ein Kompromiss in greifbarer Nähe sei. Doch schon das „Amnestiegesetz“ (also das Gesetz über die Einstellung der Verfolgung und die Freilassung Hunderter Personen, die – oft völlig willkürlich – wegen angeblicher Anstiftung zu Massenunruhen inhaftiert worden waren) ließ den verfrühten Optimismus verfliegen: Nach ergebnislosen Beratungen hinter verschlossenen Türen und einem abendlichen Besuch Viktor Janukovyčs im Parlament beschloss die Oberste Rada in der Nacht des 29. Januar mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungsparteien ein Gesetz, das eine Amnestie für Teilnehmer der Proteste unter der Bedingung vorsah, dass die Demonstranten die besetzten Regierungsgebäude innerhalb von 15 Tagen räumten. Die Gesetzentwürfe der Opposition, die eine Freilassung der „Geiseln des Staates“ ohne jegliche Bedingungen vorsahen, waren den Abgeordneten nicht einmal zur Abstimmung vorgelegt worden.

Am folgenden Tag meldete Präsident Janukovyč sich krank (augenscheinlich war auch dies Teil seiner üblichen Hinhaltetaktik). Doch allein die Tatsache seines Dringlichkeitsbesuchs im Parlament am Vorabend zeigte, dass im Innern der bis dahin monolithischen *Partei der Regionen* überaus deutliche Differenzen aufbrachen. Insbesondere lehnten viele Abgeordnete die Idee ab, den Majdan gewaltsam zu räumen und den Ausnahmezustand zu verhängen. Da seine Machtbasis für den Ausweg offener Gewaltanwendung nicht ausreichte, nahm das Janukovyč-Regime Zuflucht zu einem schmutzigen Partisanenkrieg gegen die Protestteilnehmer. Das schrecklichste Beispiel waren die Ermordung des Seismologen Jurij Verbyc’kyj (sein Leichnam wurde am 22. Januar 2014 in einem Waldstück bei Kiew gefunden) und die Folterung Dmytro Bulatovs (er wurde am 30. Januar 2014 lebend gefunden).

Das Ende des Janukovyč-Regimes

Die zeitweilige Waffenruhe, die Anfang Februar in Kiew herrschte, bedeutete keineswegs, dass die zahlreichen angestauten Probleme und Widersprüche gelöst waren: Die Staatsmacht war nach wie vor nicht bereit zu ernsthaften Verhandlungen und Zugeständnissen, und die Menschen auf dem Majdan konnten die Reden der Oppositionspolitiker nicht mehr hören.

Als die Miliz einen friedlichen Marsch der Demonstranten zum Parlamentsgebäude aufhielt, kam es bald zu neuen Zusammenstößen. Wieder starben Menschen auf den Strassen von Kiew. Die Miliz ging zum Angriff über; die Erstürmung des Majdan unter Beteiligung der Armee und die Verhängung des Ausnahmezustands schienen nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Doch dazu kam es nicht mehr. Am Morgen des 20. Februar begannen Scharfschützen, auf Demonstranten im Zentrum von Kiew zu schießen. Mindestens 80 Menschen starben im Lauf dieses Tages. Auch die Miliz wurde beschossen, zehn Beamte starben. Niemals in den gut zwanzig Jahren ihrer Unabhängigkeit hatte die Ukraine so etwas erlebt – und nie zuvor war der Wert eines Menschenlebens den Ukrainern so scharf ins Bewusstsein getreten.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar unterschrieb Präsident Janukovyč nach langen Verhandlungen unter Teilnahme der Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs sowie eines Sondergesandten Russlands eine Vereinbarung mit der Opposition. Der wichtigste Punkt war die Durchführung vorgezogener Präsidentschaftswahlen spätestens im Dezember 2014. Doch für den Majdan war diese Vereinbarung unannehmbar. Mit der brutalen Erschießung Dutzender von Menschen im Zentrum der

Hauptstadt, für die er verantwortlich war, hatte Viktor Janukovyč die Sphäre von Recht und Gesetz endgültig verlassen und als Präsident jede Legitimität verloren. Den Konsens der ukrainischen politischen Eliten hierüber hielt eine nächtliche Abstimmung in der Obersten Rada fest. Am Tag darauf verließ Janukovyč seine Residenz in Mežihor'e, deren Gelände daraufhin für die Allgemeinheit geöffnet wurde: Jeder, der wollte, konnte den prachtvoll-geschmacklosen Lebensstil des Präsidenten, seine Treibhäuser, seinen Zoo und seine Fregatte in Augenschein nehmen.

Es dauerte nicht lange, bis der Fraktionschef der *Partei der Regionen*, Oleksandr Efremov, in einer Videobotschaft dem Präsidenten vorwarf, er habe die Ukraine „betrogen, ausgeplündert und verraten".[16] Janukovyčs Vertreter in der Obersten Rada Jurij Mirošničenko fing in einer Live-Fernsehsendung zu weinen an, nachdem er um Vergebung für die Verbrechen des ehemaligen Präsidenten gebeten hatte.[17]

Die banalste (und zugleich sehr ernste) Lehre, die sich aus Janukovyčs politischem Ende ziehen lässt, lautet, dass Macht und Geld nicht jedes Problem lösen können, und dass es für das Töten von Menschen keine Entschuldigung gibt. Von dieser Einsicht ist keine der politischen Kräfte in der Ukraine ausgenommen.

Die auf Beschluss des Parlaments aus der Haft freigelassene Julija Tymošenko scheint auf die neue Realität, die unter anderem dieser Satz beschreibt, schlecht vorbereitet gewesen zu sein. Statt triumphal empfangen zu werden, womit sie offensichtlich gerechnet hatte, schlugen ihr auf dem Majdan Skepsis und Zurückhaltung entgegen. Ihre gewohnt populistische Rede wirkte auf die Demonstranten, von denen viele eben erst von getöteten Gefährten Abschied genommen hatten, wie die eines Gastes aus der Vergangenheit.

„Vom Blut her sind die Russen unsre Brüder. Doch nicht als Brüder unter Sklaven – ein Sevastopoler". Kiew, Februar 2014. Foto: Il'ja Varlamov.

---

[16] <http://espreso.tv/new/2014/02/23/yefremov_korumpovanyy_yanukovych_zradyv_partiyu_rehioniv>
[17] <http://glavcom.ua/news/187544.html>

Die Geschichte bleibt nicht stehen

Die politische und wirtschaftliche Situation in der Ukraine lässt sich als tiefe Souveränitätskrise, als eine Krise des Staates als solchem charakterisieren. Unter den vielfältigen Herausforderungen, vor denen die neue Regierung unter der Führung von Arsenij Jacenjuk steht, sind an erster Stelle die Überwindung der Wirtschaftskrise und die europäische Integration zu nennen. Die unausweichlichen unpopulären Maßnahmen (Preiserhöhungen und die teilweise Streichung sozialer Vergünstigungen) stellen die ukrainischen Eliten und die Gesellschaft, deren Vertrauen diese Eliten gewinnen müssen, vor ernste Schwierigkeiten.

Von größter Bedeutung ist neben solchen praktischen Fragen aber auch die symbolische Dimension der „Euro-Revolution", die sich unter anderem im Abbau einer ganzen Reihe von Lenin-Denkmälern artikuliert hat. Der „dichte Leninfall"[18], der mit dem Sturz des Denkmals am Bessarabischen Markt im November 2013 einsetzte, hat sich inzwischen auch auf Regionen ausgedehnt, die bisher in puncto symbolische Neuordnung als eher passiv galten. So wurde in der Nacht zum 22. Februar nach rekordverdächtigen sechsstündigen Bemühungen das Lenin-Denkmal auf dem zentralen Platz in Dnipropetrovs'k demontiert. Am folgenden Morgen benannte der Stadtrat diesen in *Platz der Helden des Majdan* um. Der Abbau von Lenin-Denkmälern dient der symbolischen Desowjetisierung des städtischen Raums, er vollendet das, was in den 1990er Jahren begonnen wurde: Damals wurden zahlreiche Denkmäler in der Westukraine und in Odessa demontiert, nicht aber im Zentrum, im Süden und Osten des Landes.

Die Vorgänge in Dnipropetrovs'k sind ein gutes Beispiel für die spezifischen Formen von Mobilisierung und dem politischen Verhalten der lokalen Eliten im Südosten der Ukraine. Am „Euro-Majdan" nahmen in Dnipropetrovs'k zwar nur einige Tausend der knapp 100 000 Einwohner der Stadt teil, doch für den örtlichen „Antimajdan" wären ohne Druck von Seiten der Obrigkeit nicht einmal ein paar Hundert Aktivisten auf die Straße gegangen. Bis zum Schluss befolgten die städtischen Eliten halbherzig die Anweisungen des Zentrums; nach dem Machtwechsel in Kiew beeilten sie sich aber, die neue Führung ihrer Loyalität zu versichern. Alles Gerede von Separatismus oder dem „Sonderweg der Östlichen Ukraine" beruht auf einer oberflächlichen, stereotypen Wahrnehmung der Region. Allein Sevastopol' nimmt in dieser Hinsicht eine Sonderstellung ein, was nicht nur mit der dort stationierten russländischen Schwarzmeerflotte zu tun hat, sondern auch mit einer Politik, die es gezielt darauf anlegt, prorussische Stimmungen zu erzeugen und aufrechtzuerhalten.

Eine überaus wichtige Rolle in dieser Politik spielt die Berichterstattung der offiziellen russländischen Medien über die Ereignisse in der Ukraine. Die in diesen Medien verbreiteten Desinformationen sind in erster Linie für das Publikum in Russland bestimmt. Doch Russlands politische Führung sitzt in gewisser Weise in der Falle ihrer eigenen Propaganda über die in Kiew operierenden „Mörder und Terroristen". Wie soll man nach dem Umsturz die Beziehungen zur neuen ukrainischen Regierung gestalten? Wie soll man den Konsumenten der russländischen Medien-Gehirnwäsche

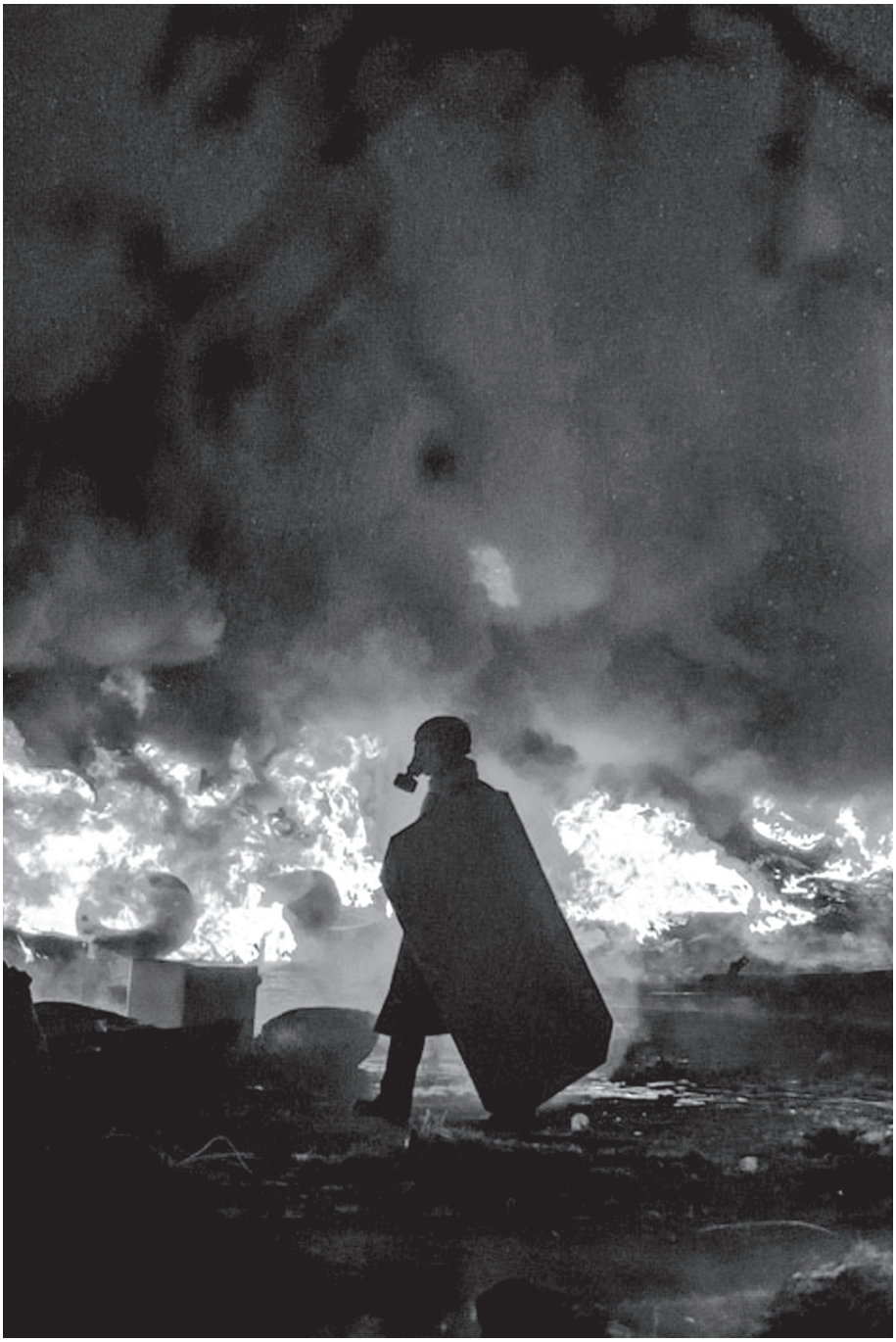
[18] Der von den ukrainischen Medien geprägte ironische Neologismus *Leninopad* (Leninfall) ist analog zum Begriff „Schneefall" gebildet.

klarmachen, dass man mit einer Regierung, deren Mitglieder eben noch als „Faschisten“ und „Antisemiten“ tituliert wurden, auch nur zu reden bereit ist? Erschwerend kommt hinzu, dass es im öffentlichen Leben der Ukraine keine wirklich populären prorussischen Figuren gibt.

Was die EU betrifft, so mangelt es ihr nach wie vor an einer Strategie für die Zukunft der Ukraine, die über Ermahnungen zu „Ruhe“ und der „Vermeidung“ jeder offenen Konfrontation mit Russland wesentlich hinausginge. Gründe dafür sind zum einen der gegenwärtige Zustand der Union und die Vielzahl von eigenen Problemen, mit denen sie sich auseinandersetzen muss, zum anderen aber auch die Macht der Stereotypen. Eines der wichtigsten dieser Stereotypen ist nach wie vor das Bild von den „zwei Ukrainen“ und die Furcht vor einem „radikalen Nationalismus“, die auf Schritt und Tritt fatale historische Assoziationen wachruft. Es ist an der neuen Ukraine, aktiver und verantwortungsvoller mit diesen Stereotypen umzugehen und insbesondere in Fragen der Sprachen- und Religionspolitik mit größter Umsicht zu Werke zu gehen.

In der Ukraine ist nach den Ereignissen der vergangenen Monate buchstäblich nichts mehr selbstverständlich: Zu den offenen Fragen gehören nicht nur die wirtschaftlichen Aufgaben und der Ausweg aus der Finanzkrise, sondern auch die Verfassungsordnung, die überfällige Reform des Bildungs- und Gesundheitswesens, die soziale Sicherheit und der Kampf gegen die Korruption, der Aufbau einer unabhängigen, an der Herrschaft des Rechts orientierten Justiz usw. Auf alle diese Fragen muss die Ukraine jetzt Antworten finden. Sie steht vor ihrer größten Herausforderung seit dem Zerfall der Sowjetunion.

Aus dem Russischen von Andrea Huterer, Berlin



Kiew, Platz der Unabhängigkeit, Ende Februar 2014. Foto: Il'ja Varlamov

Gerhard Simon

Staatskrise in der Ukraine

Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution

Die Bürgerproteste gegen den Abbruch der Verhandlungen der Regierung mit der EU mündeten nach zwei Monaten in revolutionäre Unruhen und führten zu einer Staatskrise. Die Europa-Vision wurde zur Projektionsfläche der Empörung über korrupte Eliten in Gestalt „der Familie" des Präsidenten, die das Land ausgebeutet und an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat. Die Opposition errichtete auf dem Kiewer Majdan einen exterritorialen politischen Raum und verteidigte sich gegen Repression und Gewalt. Opposition und Protestbewegung forderten den Rücktritt des Präsidenten sowie freie und faire Wahlen. Die Konsolidierung der autoritären Präsidialherrschaft ist ausgeschlossen. Die Alternative lautet: Diktatur oder demokratischer Neubeginn.

Die Ukraine ist unberechenbar, Politik und Gesellschaft folgen offenbar unvorhersehbaren Pfaden; weder die Akteure selbst noch die Beobachter oder die politikwissenschaftlichen Fachleute sind den Ereignissen gewachsen. Wie konnte es dahin kommen, dass zivilgesellschaftliche Proteste gegen den Abbruch der Assoziierungsverhandlungen mit der EU durch die ukrainische Regierung zu revolutionären Umbrüchen, ja zu einer Staatskrise führten? Solche Proteste der Opposition und der Bürger, die sich durch Präsident Viktor Janukovyč getäuscht und hintergangen sahen, kamen nicht grundlos.

Aber niemand hätte erwartet, dass die Demonstrationen Monate dauern, Hunderttausende auf die Straßen der Hauptsstadt Kiew bringen und auf viele andere Regionen der Ukraine übergreifen würden. Mitte Januar starben mehrere Demonstranten durch Polizeigewalt. Die Oppositionsführer riefen die Revolution aus und erklärten die gegenwärtige Staatsgewalt für illegitim. Die autoritäre Präsidialherrschaft, die Janukovyč und seine *Partija rehioniv* (Partei der Regionen) seit der Machtübernahme im Februar 2010 ziemlich erfolgreich errichteten, wird in der bisherigen Form nicht fortbestehen. Sie wird sich entweder durch massive Repressalien und neue, auch blutige

---

Gerhard Simon (1937), Dr. phil., Historiker, Pulheim

Von Gerhard Simon erschien zuletzt in OSTEUROPA: Der Kommunismus und die nationale Frage. Die Sowjetunion als Vielvölkerimperium, in: Durchschaut. Der Kommunismus in seiner Epoche. Berlin 2013 [= OE, 5–6/2013], S. 107–124. – Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft in: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. Berlin 2010 [= OE, 2–4/2010], S. 63–76. – List der Geschichte. Perestrojka, Mauerfall und das Ende der UdSSR, in: Freiheit im Blick. 1989 und der Aufbruch in Europa. Berlin 2010 [= OE, 2–3/2009]. – Die Erosion des Postkommunismus. Politische Kultur in der Ukraine im Wandel, in: OE, 10/2007, S. 29–42.

OSTEUROPA, 64. Jg., 1/2014, S. 25–41

Gewalt zu einer Diktatur wandeln, oder sie wird zusammenbrechen und einem Neuanfang im Namen demokratischer Reformen Platz machen.

Diese Situation ist für alle Seiten unerwartet, weil nach fast vier Jahren im Amt das Regime Janukovyč konsolidiert schien. Im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 7. Februar 2010 hatte er sich mit 49,5 Prozent der Stimmen über Julija Tymošenko durchgesetzt, die 45,5 Prozent erhielt. Diesen Sieg nutzte er, um einen fundamentalen Umbruch einzuleiten. Zahlreiche Abgeordnete des Parlaments liefen zur *Partei der Regionen* über, bestätigten Mykola Azarov, den Janukovyč vorgeschlagen hatte, als neuen Ministerpräsidenten und stellten so sicher, dass der neue Präsident über eine zuverlässige Mehrheit im Parlament verfügte. In großem Umfang wurden Führungspositionen in Kiew und in den Provinzen – vorab die Gouverneure der Gebiete – mit Janukovyčs Vertrauensleuten besetzt. Nirgendwo gab es den Versuch, „orange" Politiker einzubinden oder Kompromisse mit ihnen einzugehen. Das politische Klima des Hasses, das schon in den Jahren zuvor zum Markenzeichen der Politik geworden war, triumphierte.

Nach der Exekutive und Legislative ordnete sich das Regime Janukovyč auch die Judikative unter. Gerichte und Richter wurden durch entsprechende institutionelle „Reformen" an die Exekutive gebunden. Insbesondere das Verfassungsgericht wurde zum Befehlsempfänger der Präsidialadministration. Das fand insbesondere Ausdruck in zwei Urteilen mit Symbolkraft: Am 1. Oktober 2010 verwarf das Verfassungsgericht die Verfassungsänderung vom Dezember 2004, durch welche die Kompetenzen des Präsidenten wesentlich beschnitten und die des Parlaments erweitert worden waren. Seither ist wieder die Verfassung von 1996 in Kraft, die schon Leonid Kučma als Basis zum Aufbau einer autoritären Präsidialherrschaft gedient hatte. Dann wurde am 11. Oktober 2011 die ehemalige Ministerpräsidentin Tymošenko in einem politisch motivierten Prozess zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt und damit als Rivalin des Präsidenten ausgeschaltet.

Der Umbruch hatte auch außenpolitische Implikationen**.** Der Neustart in den Beziehungen zu Russland fand seinen Ausdruck im Abkommen vom 21. April 2010 in Charkiv. Die Ukraine verlängerte die Stationierung der russländischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis zum Jahr 2042. Im Gegenzug erklärte Russland seine Bereitschaft, den Gaspreis um 100 Dollar pro 1000 Kubikmeter zu senken.[1]

Sowohl diese Vereinbarung als auch alle innenpolitischen Schritte zur Konsolidierung des Autoritarismus trafen allenfalls auf sporadischen Widerstand. Die Opposition schien weitgehend gelähmt. Zivilgesellschaftliche Kräfte waren unorganisiert oder unter Schockstarre. Erleichtert wurde die Festigung der Präsidialherrschaft dadurch, dass die Gesellschaft über die vorausgegangene Präsidentschaft Viktor Juščenkos (2005–2010) tief enttäuscht war, denn Strukturreformen zur Festigung der Demokratie waren weitgehend ausgeblieben.

Den Schlusspunkt zur Sicherung der autoritären Präsidialherrschaft bildeten die Parlamentswahlen vom 28. Oktober 2012. Massive Einschränkungen der Opposition während des Wahlkampfes, bei dem der Staatsapparat der regierenden *Partei der Regionen* zur Verfügung stand, Stimmenkauf und Manipulation bei der Stimmenauszählung

---

[1] Gerhard Simon: Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie, in: Juliane Besters-Dilger, Alois Woldan (Hg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa. Frankfurt/Main 2011, S. 13–33, hier S. 26–29.

ließen in weiten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung wachsen, dass dieses Regime sich nicht abwählen lassen werde. Damit hielten viele die Hoffnung auf zukünftig faire und freie Wahlen für eine Chimäre. Dies galt umso mehr, als auch Vertreter der Macht wiederholt davon sprachen, man werde sich nicht abwählen lassen.[2] Vor diesem Hintergrund der vermeintlich gesicherten autoritären Präsidialherrschaft war die Protestbewegung, die eine Staatskrise auslöste, umso unerwarteter.

Absage an die EU und die Folgen

Am 21. November 2013, wenige Tage vor dem Gipfel der EU mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 29. November 2013, brach die ukrainische Regierung die Vorbereitungen zum Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der EU ab, das seit langem fertig ausgehandelt und paraphiert war. Janukovyč erklärte, er werde in Vilnius nicht unterzeichnen. Jahrelang hatten die EU und Ukraine über das Abkommen verhandelt, für das in letzter Zeit auch in der Ukraine umfangreiche Lobbyarbeit betrieben worden war. Die plötzliche Absage, das Abkommen zu unterzeichnen, löste Irritationen in Brüssel und den anderen Hauptstädten der EU, vor allem aber eine Schockwelle in der Ukraine aus. Dort hatten zahlreiche Ökonomen die großen Chancen für das Land hervorgehoben, wenn Freihandel und ein vertiefter Dialog mit der EU die Ukraine näher an die EU heranführen würden. Jetzt behauptete die Regierung plötzlich, das Assoziierungsabkommen werde der Ukraine im Gegenteil wirtschaftliche Nachteile bringen.

Was hatte Präsident Janukovyč zu dieser vermeintlich plötzlichen Kehrtwendung veranlasst? Hätte die politische Führung vorausgesehen, welchen Volksaufstand diese Entscheidung auslösen würde, hätte sie möglicherweise anders taktiert. Kein Zweifel, Russlands Forderung an alle Länder, an die sich das EU-Programm der Östlichen Partnerschaft richtete, kein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, spielte eine zentrale Rolle. Russland verlangte stattdessen den Beitritt zur Eurasischen Zollunion, die zu einer Wirtschaftsunion werden soll. Während Armenien seine Bereitschaft erklärte, der Zollunion beizutreten, konnte Putin diese Forderung gegenüber der Ukraine nicht durchsetzen, gewährte der Ukraine am 17. Dezember 2013 aber dennoch vertraglich 15 Milliarden Dollar Finanzhilfe und reduzierte den völlig überteuerten Gaspreis. Allerdings wurden bis zum Rücktritt der Regierung Azarov am 28. Januar 2014 nur drei Milliarden ausgezahlt, den Rest hielt Russland zunächst zurück.

Trotz des offensichtlichen Drucks aus Moskau kann das Janukovyč-Regime nicht als Opfer gelten. Im Gegenteil sind Zweifel angebracht, wie aufrichtig und nachdrücklich die ukrainische Führung das Abkommen wollte. So spielte sie das ganze Jahr 2013 auf Zeit und verschleppte die durchaus erfüllbaren Bedingungen der EU. Bis zuletzt ließ die ukrainische Führung offen, ob sie auf manche Bedingungen überhaupt eingehen und etwa Julija Tymošenko zur medizinischen Behandlung nach Berlin entlassen würde.

Was die politische Weltanschauung, das Wertesystem und die gemeinsame sowjetische Sozialisation betrifft, so steht die ukrainische Führung um Janukovyč dem Regime Putin natürlich viel näher als der politischen Kultur des Westens. In der *Partei der*

---

[2] Katerina Malygina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: Ukraine-Analysen, 109/2012, S. 2–5.

Regionen gibt es nicht wenige Bewunderer des belarussischen Autokraten Aljaksandr Lukašenka. Deshalb bestehen bei den jetzt Regierenden erhebliche Vorbehalte gegen eine umfassende Assoziierung mit der EU, die eben mehr sein soll als verbesserte Wirtschaftsbeziehungen. Sie soll den Rechtsstaat und Transparenz fördern sowie Korruption bekämpfen. Die Clans mit und um Janukovyč sind jedoch gerade auf korrupte Netzwerke angewiesen.

Welche politische Kultur die jetzige Führung prägt, zeigten schlaglichtartig die sogenannten „Diktaturgesetze", die das Parlament am 16. Januar verabschiedete. Wären sie umgesetzt worden, hätten sie die Ukraine in eine Variante von Belarus verwandelt. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Absage des ukrainischen Präsidenten an die EU nicht bloß auf taktische Winkelzüge und Druck aus Moskau zurückzuführen ist. Dahinter steht auch ein tief verwurzeltes Misstrauen gegen eine politische Kultur, die durch Kompromisse und die Einbeziehung des politischen Gegners in die Zukunftsgestaltung geprägt ist.

Spätestens seit dem Volksaufstand nach dem 21. November ist klar, dass die Annäherung an die EU auf Zustimmung bei sehr vielen Menschen trifft. Sie ist zu einer Projektionsfläche für die Ablehnung und den Protest gegen das herrschende System geworden. Mit der Annäherung an Westeuropa verbinden viele Menschen die Vision von einer besseren Ukraine und einem Lebens in Würde. Umfragen bestätigen, dass inzwischen eine Mehrheit der Ukrainer die Zukunft in der EU sieht, allerdings hat ein Teil der Bevölkerung nach wie vor Vorbehalte. Bei einer Umfrage im November 2013 vor Beginn der Protestdemonstrationen sprachen sich 58 Prozent für den Beitritt der Ukraine zur EU aus, 31 Prozent waren dagegen, ein Jahr zuvor lag die Zustimmungsrate sechs Prozent niedriger. Die Ablehnungsrate stieg hingegen nur um zwei Prozent. Auch im Süden und Osten des Landes, die traditionell nach Russland orientiert sind, sprachen sich 50 Prozent der Befragten für den Beitritt zur EU aus, im Westen und im Zentrum waren es 69 Prozent. Die Hälfte der Befragten erwartete von einer Mitgliedschaft wirtschaftliches Wachstum, ein Drittel die Stärkung der Demokratie und der Meinungsfreiheit.[3]

Eine klare Bevölkerungsmehrheit zog die Assoziierung mit der EU einem Beitritt zur Zollunion mit Russland vor. Das zeigte eine andere Befragung, die im Oktober 2013 durchgeführt wurde. Danach sprachen sich 45 Prozent der Befragten für die Assoziierung mit der EU aus und nur 14 Prozent für den Beitritt zur Zollunion. Nur im Süden war der Anteil der Anhänger der Zollunion und der EU etwa gleich. In allen anderen Regionen des Landes überwog eindeutig die Präferenz für eine Assoziierung mit der EU.[4]

Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass der Autoritarismus in der Gesellschaft nach wie vor Rückhalt hat. Zwar sagten in einer Untersuchung im Dezember 2013 51 Prozent der Befragten, die Demokratie sei die beste Staatsform für die Ukraine, aber 20 Prozent gaben einem autoritären System den Vorzug. Im Osten waren Befürworter und Gegner beider Regime etwa gleichauf, im Westen traten 77 Prozent für die Demokratie ein.[5]

---

[3] Na Schodi ta Pivdni krajini 50% ukrajincev za vstup do ES, in: Jevropejs'ka pravda, 18.11.2013, <www.pravda.com.ua/news/2013/11/18/7002362/>.

[4] Za Jevropejs'kij sojuz vystupajut' 45% ukrajinciv, in: Jevropejs'ka pravda, 12.11.2013, <www.pravda.com.ua/news/2013/11/12/7001953/>.

[5] 20% ukrajinciv choču' žity pry dyktaturi, in: Ukrajins'ka pravda, 21.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/21/7010505/>.

Unmittelbar nachdem die Absage der Regierung an die EU bekannt geworden war, begannen am 21. November 2013 spontane Proteste in Kiew und anderen Städten, organisiert durch Aufrufe in den sozialen Netzwerken. Oppositionspolitiker spielten zunächst keine Rolle. Am Sonntag, den 24. November kamen 100 000 Menschen in die Kiewer Innenstadt zum Meeting für die „Europäische Ukraine!". Es entstand das, was seither der Euro-Majdan heißt.[6] Der *Majdan Nezalež̆nosti* (Unabhängigkeitsplatz) und die angrenzenden Straßen und Plätze blieben der zentrale Ort der Volksbewegung, wie es während der Orangen Revolution im November/Dezember 2004 gewesen war.[7] Die meisten Einwohner von Kiew sind heute wie damals Gegner der Janukovyč-Führung. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2012 erhielt die *Partei der Regionen* hier nur 13 Prozent der Stimmen, alle 13 Mehrheitswahlkreise gingen an die Oppositionsparteien.[8]

Zwar mobilisierten die Protestdemonstrationen von Anfang an eine für alle unerwartet große Zahl von Menschen, aber daraus wäre nicht die revolutionäre Volksbewegung geworden, wenn die Macht angemessen reagiert und mit den Demonstranten den Dialog gesucht hätte. Tatsächlich reagierte die Regierung in sowjetischer Manier. Sie setzte Gewalt und Repressalien ein. Als diese erfolglos blieben, versuchte sie, die Protestbewegung zu ignorieren. Der Präsident reiste vom 3. bis 6. Dezember zu einem Staatsbesuch nach China. Erst dieses Verhalten der Janukovyč-Führung bewirkte, dass sich immer mehr Menschen dem Euro-Majdan anschlossen, dass die Bewegung schließlich große Teile des Landes erfasste und die Menschen auch bei Temperaturen von minus 20 Grad nicht auseinandergingen.

Die Demonstrationen der Hunderttausenden

In der Nacht vom 29. auf den 30. November erhielt die Sonderpolizei-Einheit *Berkut* den Befehl, den *Majdan Nezalež̆nosti*, wo einige hundert Jugendliche als Demonstranten ausharrten, zu räumen. Der Polizeieinsatz wurde mit äußerster Brutalität durchgeführt, es gab viele Verletzte und zahlreiche Festnahmen. Erst diese Polizeigewalt, die rasch über die sozialen Netzwerke und konventionelle Medien überall bekannt wurde, machte aus der Demonstration für Europa eine allgemeine Protestbewegung gegen das Janukovyč-Regime. Am Sonntag, den 1. Dezember, kamen mehrere hunderttausend Menschen in die Kiewer Innenstadt und forderten den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung sowie vorzeitige Neuwahlen. Auch die Rufe „Revolution" und „Generalstreik" waren zu hören. Danach fanden an jedem Sonntag „Volksversammlungen" (Narodne Viče) als höchstes Organ der improvisierten direkten Demokratie statt. In der Neujahrsnacht sangen eine halbe Million Menschen auf dem Majdan die ukrainische Nationalhymne.

Beflügelt durch Hunderttausende von Demonstranten und unter dem Eindruck der – wie bald klar wurde, falschen – Gerüchte, dass die Fraktion der regierenden *Partei*

---

[6] Jevromajdan, 24 listopada, in: Ukrajins'ka pravda, 24.11.2013, <ukr1.pravda.com.ua/photo-video/2013/11/24/7002939/static_1/?attempt=1>.

[7] Zur Orangen Revolution siehe den Schwerpunkt Ukraine: Revolution in Orange: Analysen, Hintergründe, Prognosen, in: OSTEUROPA, 1/2005, S. 3–76.

[8] Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2012, in: Ukraine-Analysen, 109/2012, S. 9–11.

der Regionen im Parlament zerfalle, stellten die Oppositionsparteien in der *Verchovna Rada* einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Azarov. Der Antrag scheiterte. Lediglich 186 Abgeordnete unterstützten am 3. Dezember das Misstrauensvotum; 226 – die absolute Mehrheit – wären erforderlich gewesen.[9]

Noch ein zweites Mal, in den Morgenstunden des 11. Dezember, versuchte die Polizei erfolglos, den Majan gewaltsam zu räumen, und stieß dabei auf gut organisierten Widerstand von Wachmannschaften. Insgesamt blieben die Demonstrationen danach bis Mitte Januar friedlich. Es gelang der Staatsmacht weder durch massiven Polizeieinsatz noch durch gezielte Provokationen von bezahlten Schlägern in Zivilkleidung, den sogenannten Tituški, den Majdan zu räumen oder die sonntäglichen Massendemonstrationen zu unterbinden. Insofern zwang der Majdan die Staatsmacht zum Gewaltverzicht und zur politischen Auseinandersetzung. Die Regierung anerkannte das in dieser Phase insoweit, als sie sich nachträglich vom Polizeieinsatz am 29./30. November distanzierte; einige nachgeordnete Beamte mussten gehen. Allerdings wurden weder der verantwortliche Innenminister noch der Ministerpräsident zur Verantwortung gezogen; keiner der Polizisten-Schläger kam vor Gericht.

Was motivierte die Menschen, trotz des Winters in zuvor unvorstellbar großer Zahl zu Demonstrationen auf den Majdan zu kommen? Diese Protestbewegung ist nach Umfang, Organisiertheit und inhaltlicher Reichweite die größte im Osten Europas, sie stellt alles in den Schatten, was sich in der Wendezeit, während der Orangen Revolution oder nach den gefälschten Wahlen zur Staatsduma in Russland im Winter 2011/2012 an Massenprotesten ereignet hatte. Gerade weil die Protestbewegung sich mit ihren Hauptforderungen – Rücktritt von Janukovyč und Neuwahlen – bis Anfang Februar 2014 nicht durchsetzte, wich sie nicht. Aber die Menschen auf dem Majdan sind durch mehr motiviert als durch konkrete politische Forderungen. Sie kämpfen für eine andere, eine bessere Ukraine.[10] Insofern hat der Majdan durchaus eine moralische Dimension.

Mit „Europa“ verbinden die Menschen in der Ukraine die Vision von Rechtsstaat, Pressefreiheit und Demokratie. Die gegenwärtige Staatsmacht betrieb in den zurückliegenden vier Jahren nicht nur systematisch Demokratieabbau. Korruption und schamlose Bereicherung der „Familie“ des Präsidenten und der mit ihm verbundenen Oligarchen-Clans sprengten auch für ukrainische Verhältnisse jedes Maß, zumal viele der korrupten Verbindungen durch investigative Journalisten an die Öffentlichkeit gelangten.[11] Die Menschen gehen auf den Majdan, weil es keine anderen Institutionen und Wege gibt, um für eine bessere Ukraine zu kämpfen, denn die Ukrainer haben den Glauben an freie und faire Wahlen verloren.

Der Majdan organisiert sich

Während die Großdemonstrationen im November/Dezember 2004 eine lange Vorlaufzeit hatten und gut vorbereitet waren, kam die Bewegung des Euro-Majdan überraschend. Niemand hatte damit gerechnet. Im Lauf des Dezembers 2013 aber entwi-

---

[9] Rada provalyla vidstavku Azarova, in: Jevropejs'ka pravda, 3.12.2013, <www.pravda.com.ua/news/2013/12/3/7004590/>.

[10] Mykola Rjabtschuk: Zerstörte Illusionen, in: Neue Zürcher Zeitung, 1.2.2014.

[11] Tetjana Čornovol: Putin z Janukovičem – 100% deryban Ukrajiny, in: Ukrajins'ka pravda, Blogy, 13.12.2013, <blogs.pravda.com.ua/authors/chornovol/52aa4a5a5c67a/>.

ckelte der Euro-Majdan Organisationsstrukturen, die auch langfristig Bestand haben können und weit über die Strukturen hinausgehen, die während der Orangen Revolution entstanden. Das Territorium des Euro-Majdan in Kiew umfasst einen erheblichen Teil der Innenstadt, wo staatliche Organe, insbesondere die Polizei, de facto keine Kontrolle haben. Doch der Majdan setzte sich nicht an die Stelle des Staates und seiner Organe, war also trotz manchmal anders lautender Selbstdarstellung bis Mitte Januar nicht revolutionär.

Dagegen baute der Majdan für die Tausenden mehr oder weniger ständig anwesenden Demonstranten ein System der Selbstversorgung auf, das ein hohes Maß an Unabhängigkeit garantierte. Es entstand eine vor allem auf Spenden sich gründende Eigenversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Zelten, Brennmaterial. Dazu kam die eigene medizinische Versorgung, nicht zuletzt für verletzte Demonstranten. Der Majdan besetzte einige große Gebäude im Stadtzentrum für den eigenen Bedarf, insbesondere das Gewerkschaftshaus am *Majdan Nezaležnosti*, das Hauptgebäude der Stadtverwaltung und das Ausstellungszentrum am Europaplatz (Ukrainisches Haus); für einige besetzte Gebäude wurden Mietverträge abgeschlossen. Das Territorium des Majdan, das inzwischen weit über den Unabhängigkeitsplatz hinausreicht, ist allseits durch Barrikaden gegen Überraschungsangriffe der Polizei gesichert. Die gesamte Organisation wurde von dem „Kommandanten" Andrij Parubij geleitet. Spenden zur Finanzierung des Majdan flossen offenbar ausreichend, zumal einige ukrainische Großunternehmer sich auch finanziell engagierten. Selbstverständlich behaupteten die Gegner im Land und vor allem in Russland von Anfang an, die ganze Aktion Majdan sei vom Westen, insbesondere von den USA, finanziert und gesteuert. Belastbare Beweise dafür gab es nicht.

Die Protestbewegung Majdan besteht aus zwei Flügeln, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Bürgern einerseits und politischen Parteien auf der anderen Seite. Die Zusammenarbeit ist nicht immer spannungsfrei. An der Spitze steht der „Stab des Nationalen Widerstands" (Štab nacional'nogo sprotivu). Die Basis bildet die sonntägliche „Volksversammlung" als Beschlussgremium. Ihr gegenüber legen die Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft Rechenschaft ab. Diese basisdemokratischen Elemente verkörpern nach dem Willen der Majdan-Bewegung den Kern einer neuen und besseren Demokratie, die an die Stelle der korrupten Präsidialherrschaft treten soll.

Die politischen Parteien werden von den Führern der drei im Parlament vertretenen Oppositionsparteien repräsentiert: Arsenij Jacenjuk von *Bat'kyvčšina* (Vaterland), Vitalij Klyčko von UDAR (Schlag) und Oleh Tjahnybok von *Svoboda* (Freiheit). Das Trio gilt als die authentische politische Stimme des Majdan, obwohl die drei nach politischer Weltanschauung und taktischem Kalkül durchaus verschieden sind. In der angespannten Krisen- und Bedrohungssituation agierten sie aber im Konsens. Neben den Parteiführern profilierten sich weitere Politiker auf dem Majdan als Alternative zur derzeitigen Regierung, insbesondere Jurij Lucenko, der unter Ministerpräsidentin Tymošenko Innenminister gewesen war und unter Präsident Janukovyč bis April 2013 im Gefängnis gesessen hatte. Er gründete eine neue politische Bewegung, *Tretja Ukrajins'kja Respublika* (Dritte Ukrainische Republik). Petro Porošenko, Oligarch, zwischen 2004 und 2010 Politiker in leitenden Ämtern, seit 2012 unabhängiger Parlamentsabgeordneter, gehört ebenso zum politischen Führungskreis auf dem Majdan.

Je länger die Protestbewegung aktiv war, desto stärker profilierten die zivilgesellschaftlichen Gruppen auf dem Majdan ihre politischen, meist radikalen Positionen und nahmen damit wachsenden Einfluss auf die Bewegung.

Die Opposition fasste mehrfach gemeinsame Grundsatzbeschlüsse, so Anfang Dezember einen „Arbeitsplan der Teilnehmer des Majdan“[12] und ein „Programm-Manifest“,[13] das die „Volksversammlung“ am 29. Dezember annahm. Darin bekennt sich die Volksversammlung zu den „europäischen Werten“, fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen, den Rücktritt der Regierung Azarov und die vorgezogene Neuwahl des Parlaments sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der EU. Darüber hinaus fordert das Programm-Manifest die Bildung einer *Vseukrajins'ke ob'jednannja „Majdan*“ (Gesamtukrainischen Vereinigung „Majdan“) und somit die Erweiterung der Majdan-Bewegung auf das ganze Land.

Zwar hatte es auch zuvor schon Euro-Majdan-Demonstrationen in vielen Städten, auch in den Großstädten am Dnipro und sogar in Luhans'k und Donec'k gegeben. Jetzt aber sollte die Bewegung für eine andere Ukraine verstetigt werden und überall im Land organisatorisch präsent sein. Mit einem Minimum an bürokratischem Aufwand sollte die Selbstorganisation der Bürger in örtlichen und regionalen Zweigstellen die Zivilgesellschaft repräsentieren, denn die Vereinigung *Majdan* sollte ausdrücklich überparteilich sein. Das Leitungsorgan war die *Rada* der Vereinigung *Majdan* auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew. Zwar legten die örtlichen Behörden im Osten der Organisation vielfach Widerstände in den Weg, dennoch konnte am 1. Februar 2014 in Kiew das erste „Außerordentliche Forum der Euro-Majdan-Aktivisten“ mit 101 Delegierten von 56 Euro-Majdan-Plätzen und Bürgerforen stattfinden.[14]

Eine besondere Form des Protestes entstand mit dem Auto-Majdan. Aktivisten taten sich zusammen und blockierten mit ihren Privatautos die Paläste und Villen prominenter Vertreter der Regierung, allen voran Präsident Janukovyčs schlossartiges Anwesen Mežyhir'ja bei Kiew. Damit sollte der abstoßend protzige Lebensstil der Führung in einem armen Land angeprangert werden. Diese Form des Protestes erregte bei den Mächtigen offenbar besondere Wut und Rachebedürfnisse. Dmytro Bulatov, einer der Anführer des Auto-Majdan, wurde von Unbekannten verschleppt, gefoltert, zu falschen Aussagen erpresst und am 30. Januar halbtot in einem Dorf abgesetzt.[15] Die Videos mit seinen Aussagen nach der Freilassung erregten weltweit Empörung.

Im zivilgesellschaftlichen Teil des Euro-Majdan war eine große Anzahl von Organisationen, Gruppen und Vereinigungen tätig, die nur begrenzt vom *Stab des Nationalen Widerstandes* kontrolliert wurden. Je länger sie hingehalten wurden, desto ungeduldiger drängten sie auf eigene, meist radikale Aktionen. Dazu gehörten die Gruppe *Spil'na sprava* (Gemeinsame Sache), die zeitweise das Gebäude des Justizministeriums besetzte, und *Pravij sektor* (Rechter Sektor), der erstmals am 19. Januar 2014 Gewalt für und im Namen des Majdan anwendete. Der „Rechte Sektor“ ist ein auf dem Majdan

---

[12] Oppozicija obnarodovala „Plan dejstvij učastnikov Majdana“ v pjati častjach, in: Novaja gazeta, 6.12.2013, <www.novayagazeta.ru/news/199307.html?print=1>.

[13] Na Majdane prinjat „programmnyj manifest“, in: Obkom, 29.12.2013, <obkom.net.ua/news/2013-12-29/1411.shtml>.

[14] Forum jevromajdaniv – oficijna oposicija. Krašče pizno, niž . . ., in: Ukrajins'ka pravda, Blogy, 2.2.2014, <blogs.pravda.com.ua/authors/matvienko/52ee5a017e575/>.

[15] Bulatov rozpoviv podrobyci jogo vykradennja, in: Ukrajins'ka pravda, 6.2.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/6/7012941/>.

entstandener Zusammenschluss von radikalen nationalen ukrainischen Organisationen, die teilweise seit zwei Jahrzehnten existieren und sich in der Tradition des nationalen Kampfes der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts sehen.[16] Sie idealisieren Stepan Bandera und den Partisanenkampf der Ukrainische Aufstandsarmee (Ukrajins'ka Povstans'ka Armija; UPA) gegen die Polen, die Wehrmacht und die Sowjets bis in die 1950er Jahre. Sie sind nicht identisch mit der national-ukrainischen Partei *Svoboda* von Oleh Tjahnybok, der zum engen Führungskreis des Euro-Majdan gehört.

Die Beteiligung nationaler und radikal-nationaler Gruppen war für die Gegner des Majdan in der Ukraine, vor allem aber in Russland und teilweise auch im Westen Anlass, den Euro-Majdan als nationalistisch, faschistisch und antisemitisch zu diffamieren.[17] Gegen den Antisemitismusvorwurf verwahrten sich jüdische Stimmen direkt vom Majdan.[18] Zugleich machten Kiewer Juden auf die ungezügelte antisemitische Propaganda in Netzwerken der Sonderpolizei *Berkut* aufmerksam.[19]

Während Antisemitismus auf dem Majdan nur als Hirngespinst der Gegner existiert, ist nationale ukrainische Rhetorik durchaus gegenwärtig. Die ukrainische Identität wird gestärkt aus der Majdan-Bewegung hervorgehen, die in gewisser Hinsicht eine nachholende nationale Bewegung ist. Sie ist vergleichbar mit den antikommunistischen Bewegungen der Wendezeit in Polen oder in den baltischen Staaten, wo überall der Ethnonationalismus erheblich zur Mobilisierung beitrug.

Aber für das ukrainische nationale Bewusstsein gilt ebenso wie für Ostmitteleuropa in den späten 1980er Jahren: Der Ethnonationalismus ist keine Bremse, sondern im Gegenteil Ansporn für die Integration in das größere Europa. Schließlich löste gerade die Weigerung von Janukovyč, die EU-Integration voranzubringen, die Majdan-Bewegung aus. Außerdem hat radikal-nationale Rhetorik in der Ukraine nur eine begrenzte Reichweite: Nach einer Umfrage im Januar 2014 würde bei einer Präsidentenwahl am nächsten Sonntag Tjahnybok im ersten Wahlgang lediglich 3,6 Prozent der Stimmen bekommen.[20]

Die „Diktatur"-Gesetze vom 16. Januar, Gewalt, Revolution

Von Beginn der Proteste bis Mitte Januar weigerte sich Präsident Janukovyč, der Majdan-Bewegung substantiell entgegenzukommen oder auch nur ernsthafte Gespräche mit Repräsentanten zu führen. Diese schwer nachzuvollziehende Hartleibigkeit steht in deutlichem Gegensatz zur flexiblen Politik von Präsident Kučma während der Orangen Revolution im Dezember 2004. Die politische Führung, die offenbar davon

---

[16] Lider Pravogo sektoru Dmytro Jaroš: Koli 80% krajini ne pidtrymuje vladu, gromadjans'koj vijny buty ne može, in: Ukrajins'ka pravda, 4.2.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012683/>.

[17] Prorosijs'ka mereža za laštunkami kampaniji antyukrajins'kogo naklepu, in: Ukrajins'ka pravda, 4.2.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/4/7012704/>.

[18] Jevrejskie vpečatlenija ot Majdana, in: Ukrajins'ka pravda, Blogy, 5.2.2014, <blogs.pravda.com.ua/authors/roytburd/52f23ca3d5800/>.

[19] Jevreji obureni antysemits'koju politinformacieju „Berkutu"; in: Ukrajins'ka pravda, 25.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/25/7011293/view_print/>.

[20] U trijci lideriv kandydativ u presydenty stalasja zmina, in: Ukrajins'ka pravda, 31.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/31/7012257/>.

ausging, mit dem Anbruch des Winters werde sich die Protestbewegung von allein auflösen, trug mit dieser Sturheit entscheidend zur Radikalisierung bei. Mitte Januar wiederholte sie noch einmal den früheren Fehler und brachte diesmal das Fass zum Überlaufen: Repressalien führten zu Gegengewalt, zu einer massiven Ausweitung und Verstärkung der Euro-Majdan-Bewegung, statt sie zu schwächen oder aufzulösen. Unruhen, Massenbewegungen, Streiks hatte es in der postkommunistischen Ukraine auch vor 2004 schon mehrfach gegeben. Aber kein Präsident und keine Regierung hatte je so unflexibel reagiert, keine der Unruhen in früheren Jahren hatte zu einem revolutionären Umbruch geführt wie die jetzigen.

Am 16. Januar verabschiedete das Parlament unter tumultuarischen Umständen ohne Aussprache und unter Verletzung aller parlamentarischen Regeln – viele Abgeordnete kannten die Vorlagen im Wortlaut gar nicht – neun Gesetze. Die Opposition, die an der Abstimmung nicht teilnahm, bezeichnete sie sofort als „Diktatur"-Gesetze.[21]

Die Gesetze schränkten die Pressefreiheit, die Freiheit im Internet und die Demonstrationsfreiheit massiv ein. Der neu eingeführte Tatbestand der Verleumdung war mit jahrelangen Haftstrafen bewehrt. Organisationen, die vom Ausland unterstützt wurden, mussten sich als „ausländische Agenten" deklarieren. Zahlreiche Bestimmungen folgten eindeutig dem Vorbild aus Russland. Während es in Russland mehrere Jahre gedauert hatte, die Unterdrückung der Zivilgesellschaft gesetzlich festzuschreiben, erledigte das die *Verchovna Rada* an einem Tag. Am selben Tag verabschiedete sie noch den Haushalt für 2014 – ebenfalls ohne Aussprache. Die Umsetzung der Gesetze – Janukovyč unterzeichnete sie noch am gleichen Tag – hätte die sofortige gewaltsame Räumung des Majdan möglich gemacht, was die Demonstranten erwarteten und worauf sie sich vorbereiteten. Selbstverständlich lag der Verdacht nahe, die Gesetze zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft seien der Preis für den 15-Milliarden Dollar-Kredit gewesen, den Putin am 17. Dezember gewährt hatte.

Der Euro-Majdan reagierte massiv und drastisch. Zur „Volksversammlung" am 19. Januar kamen zwischen 100 000 und 200 000 Menschen, nachdem sich am Sonntag zuvor „nur" einige Zehntausend auf dem Majdan versammelt hatten. Regierung, Präsident und Parlament hätten mit den Gesetzen vom 16. Januar den Boden der Verfassung verlassen, erklärten die Führer der Oppositionsparteien. Sie seien damit nicht mehr legitim. Die Volksbewegung Majdan rief dazu auf, eine „Volks-Rada" anstelle der *Verchovna Rada* zu bilden. Zu ihr gehörten die Abgeordneten der Oppositionsparteien und alle Abgeordneten des alten Parlaments, die sich zur Majdan-Bewegung bekannten und nicht für die Gesetze vom 16. Januar gestimmt hatten. Volks-Rada-Parlamente sollten auch in den Gebieten und Städten nach gleichem Muster gebildet werden. Die Volks-Rada werde eine neue Regierung, die „Volks-Regierung" bilden, die die Ukraine in die EU führen werde.

Außerdem verkündete Jacenjuk den Beginn eines Verfahrens zur Annahme einer neuen Verfassung, wozu „Verfassungsversammlungen" zusammentreten sollten. Ein erster Schritt sei die Rückkehr zur Verfassung von 2004. Sie hatte die Ukraine auf den Weg zu einer parlamentarischen Republik geführt und die Macht des Präsidenten wesentlich beschnitten. Schließlich riefen die Führer des Majdan „alle Organe der örtlichen Selbstverwaltung" auf, in der Hauptstadt und überall im Lande Selbstverteidigungs-

---

[21] U mežigor'ja dub zelenyj . . . Zlataja zep'. . . Zlodej Koščej . . . Zdes' Rus'ju pachnet, in: Ukrajins'ka pravda, Blogy, 16.1.2014, <blogs.pravda.com.ua/authors/medvedev/52d7f79c0893b/>.

einheiten aufzustellen. Diese „Einheiten der Selbstverteidigung des Volkes“ sollten „den Kampf gegen das Verbrechen und die Korruption“ aufnehmen und der Polizeiwillkür Einhalt gebieten.[22] Zugleich forderte Klyčko in seiner Ansprache die Polizei auf, auf die Seite der Demonstranten, des Volkes, überzutreten, und er rief vorgezogene Neuwahlen des Präsidenten aus.[23]

Mit diesen revolutionären Deklarationen und Aktionen erreichte die Majdan-Bewegung eine neue Qualität. Allerdings kam es nicht zu einem vollständigen Bruch mit dem Regime Janukovyč, denn die Opposition arbeitete weiter im Parlament mit und führte Gespräche mit dem Präsidenten, zu denen er sich nun erstmals bereit fand.

Am Abend des 19. Januar kam es zum ersten Mal zu Gewaltanwendung auch von Seiten der Demonstranten, als unter Führung des „Rechten Sektors“ einige Aktivisten versuchten, zum Regierungsviertel vorzudringen, und von *Berkut*-Einheiten daran gehindert wurden. Es gab Verletzte auf beiden Seiten sowie zahlreiche Festnahmen. In den nächsten Tagen tobten Straßenschlachten in Kiew, vor allem auf der Hruševs'kij Straße zwischen Europaplatz und Dynamo-Stadion. Die Polizei setzte Gummigeschosse und scharfe Munition ein, die Demonstranten warfen Steine und Molotowcocktails.[24] Am Morgen des 22. Januar gab es die ersten Todesopfer unter den Demonstranten. Hinzu kamen Hunderte von Verhafteten und Dutzende entführter Demonstranten sowie zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten.[25] Die Gesamtzahl der Opfer von Repressalien seit Beginn der Demonstrationen Ende November gab der Euro-Majdan am 3. Februar mit 1739 Personen an – ohne die Verletzten auf Seiten der Polizei –, davon vier Todesopfer und 35 zu diesem Zeitpunkt Vermisste.[26] Niemals zuvor hatte es in Kiew nach dem Zweiten Weltkrieg solche bürgerkriegsähnlichen Zustände gegeben.

Die „Diktatur“- Gesetze führten nicht nur zu Radikalisierung und Gewalt im Zentrum, sondern jetzt griff die revolutionäre Bewegung auf große Teile des Landes über. Der Bürgermeister von Lemberg, Andrij Sadovyj, erklärte am 22. Januar: „In Lemberg wird niemand diese Gesetze anwenden.“[27] In der Woche nach dem 19. Januar und dem Aufruf des Euro-Majdan zur Revolution kam es in fast allen Gebieten der Ukraine zu Massenprotesten gegen die zentrale und lokale Regierung. In vielen Gebieten wurden die Gebäude der Gebietsverwaltung gestürmt, in manchen Fällen verhinderte das die Polizei. Vielfach bildeten die Demonstranten eine Volks-Rada anstelle des Gebietsparlaments; die vom Präsidenten eingesetzten Gouverneure (Vorsitzende der Gebietsverwaltung) wurden zum Rücktritt gedrängt. Die Demonstranten begannen, Einheiten der Selbstverteidigung aufzustellen.

---

[22] Plan dij vid opozyciji: Narodna rada, vidstavka Janukovyča i nova Konstytucija, in: Ukrajins'ka pravda, 19.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009930/>.

[23] Klyčko: my ogološuemo dostrokovi vybory presidenta, in: Ukrajins'ka pravda, 19.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/19/7009929/>.

[24] Die Nacht, die den Protest veränderte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2014.

[25] 22 sičnja. Den' sobornosti. Perši žertvy, in: Ukrajins'ka pravda, 23.1.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/01/23/7010202/>.

[26] Žertvamy represij staly 1739 ljudej-majdanivci, in: Ukrajins'ka pravda, 3.2.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/3/7012511/>.

[27] U L'vovi vidmovljajut'sja vykonuvaty „dyktators'ki zakony“, in: Ukrajins'ka pravda, 22.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010828/>.

Nach einer Woche befanden sich in zehn von 25 Gebieten die Gebietsverwaltungen unter der Kontrolle der Protestbewegung: in Lemberg, Ivano-Frankivs'k, Luc'k, Černivci, Ternopil', Chmel'nyc'kyj, Rivne, Vinnycja, Žytomyr und Poltava. In vier Gebietshauptstädten (Dnipropetrovs'k, Zaporižžja, Černihiv und Cherson) wurden die Gebietsverwaltungen blockiert, die Demonstranten versuchten vergeblich, sie zu stürmen. In Sumy und Čerkasy gelang es den Demonstranten nur vorübergehend, die Gebäude der Gebietsverwaltungen zu besetzen. Massenproteste fanden außerdem in den Gebieten Odesa, Mykolaiv, Charkiv und Luhans'k statt.[28]

In Lemberg löste sich die in Kiew regierende *Partei der Regionen* praktisch selbst auf. In einigen anderen Regionen verboten die revolutionären Gebietsparlamente die Tätigkeit der *Partei der Regionen* und der *Kommunistischen Partei*.[29] In einigen Städten im Westen blockierten Demonstranten Kasernen und verhinderten so, dass Polizeieinheiten nach Kiew verlegt wurden. Es kam zu Fraternisierungen zwischen Polizei und Demonstranten. Das Janukovyč-Regime verlor so Ende Januar die Kontrolle über mindestens ein Drittel des Landes.

Zum ersten Mal wich die Janukovyč-Führung zurück, nachdem deutlich geworden war, dass der Majdan zur Selbstverteidigung auch Gewalt einsetzte. Damit war eine Polizeiaktion zur Beendigung der Protestbewegung unmöglich geworden. Die Regierung stand jetzt vor dem Dilemma, nachzugeben oder den Ausnahmezustand zu erklären, schwere Waffen einzusetzen und eine große Zahl von Opfern auf beiden Seiten in Kauf zu nehmen – von den unwägbaren Folgen eines solchen Vorgehens ganz abgesehen.

Der Präsident traf am 22. Januar erstmals mit den Oppositionsführern zusammen; am 25. Januar bot er plötzlich Jacenjuk das Amt des Ministerpräsidenten und Klyčko den Posten eines Vizeministerpräsidenten an. Die Opposition lehnte das Angebot nach kurzer Bedenkzeit aus guten Gründen ab. Denn nach der geltenden Verfassung kann der Präsident den Regierungschef jederzeit entlassen. Der Eintritt der Opposition in die Regierung kam also nur in Kombination mit dem Rücktritt des Präsidenten und/oder einer neuen Verfassung oder eines neuen Verfassungsvertrages in Frage, wollte die Opposition nicht zum Opfer der Intrigen des Janukovyč-Clans werden. Janukovyč machte eine weitere Konzession und entließ am 28. Januar den bei der Opposition verhassten Ministerpräsidenten Azarov. Die Regierung blieb allerdings geschäftsführend im Amt.

Unter dem Eindruck der ungeheuren Empörung im In- und Ausland über die „Diktatur"-Gesetze und wegen des rasch fortschreitenden Machtverlustes des Regimes in Teilen der Ukraine hob das Parlament am 28. Januar die „Diktatur"-Gesetze vom 16. Januar wieder auf – auch diesmal ohne Aussprache und als Paket. Außerdem beschloss das Parlament gegen den Widerstand der Opposition am 29. Januar ein sogenanntes Amnestie-Gesetz. Es sah die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Demonstrationen Verhafteten vor. Im Gegenzug sollten die Demonstranten öffentliche Gebäude und Straßen räumen.[30]

---

[28] 10 oblasnyh deržadministracij z Kijevom zahopleni mitynguval'nykamy, in: Ukrajins'ka pravda, 27.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/27/7011426/>; eine Übersichtskarte in: FAZ, 27.1.2014.

[29] Jan-Matti Dollbaum: Chronik, in: Ukraine-Analysen, 126/2014, S. 33.

[30] Rada progolosuvala amnistiju za scenarijem vlady, in: Ukrajins'ka pravda, 29.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/29/7011961/>.

Die Opposition hatte gefordert, alle verhafteten Demonstranten ohne Bedingungen freizulassen, und sprach von zahlreichen Regelverstößen bei der Abstimmung im Parlament. Insbesondere fand die notorische Praxis wieder Anwendung, dass Stimmkarten von Abgeordneten eingesetzt wurden, die gar nicht anwesend waren. Die Opposition machte deutlich, dass sie das Gesetz für unrechtmäßig hielt.[31] Diese Vorgänge lassen das Prinzip der Politik von Janukovyč deutlich erkennen: Auch im Nachgeben verfolgt er das Ziel, den Status quo ante wiederherzustellen, denn das eigentliche Ziel lautet Machterhalt für den Präsidenten und seinen Clan, worauf sich die revolutionäre Protestbewegung nicht einlassen kann.

Das Übergreifen des revolutionären Protestes auf zahlreiche Gebiete bedeutete allerdings nicht, dass die revolutionäre Protestbewegung in der westlichen und der Zentralukraine überall zuverlässige und konsolidierte eigene Strukturen errichten konnte. Dies hing auch mit der eigentümlichen Ambivalenz der Revolution zusammen, die dem System Janukovyč einerseits die Legitimität absprach, andererseits aber sogar Zusammenarbeit mit ihm suchte – im wohlverstandenen Interesse an einer friedlichen Beilegung der Staatskrise.

Parallelinstitutionen aufzubauen, die der Euro-Majdan deklarierte, oder die bestehenden Institutionen im Sinn der Anti-Korruptions-Revolution umzubauen, ist ein schwieriger und langwieriger Prozess, etwa im Bereich der Finanzverwaltung oder der Justiz. Am erfolgreichsten war die Schaffung eigener Strukturen im Bereich der Sicherheit. Der Schutz der Euro-Majdan-Demonstrationen durch eigene Sicherheitskräfte war nach den Erfahrungen der zurückliegenden Monate unmittelbar einleuchtend, denn die Polizei stand der Protestbewegung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, feindlich gegenüber. Der Rat für Selbstverteidigung des Majdan beschloss Anfang Februar, eine gesamtukrainische Sicherheitsstruktur für das Land aufzubauen. Anvisiert waren Einsatzkräfte im Umfang von 30 000 bis 40 000 Männern und Frauen. Anfang Februar waren 12 000 Männer und Frauen in den Selbstverteidigungseinheiten organisiert.[32]

Anti-Majdan

Euro-Majdan-Demonstrationen gab es auch im Osten und Süden der Ukraine, wenn auch in deutlich geringerem Umfang und nicht als permanente und stationäre Protestbewegung. In den Großstädten am Dnipro (Dnipropetrovs'k, Zaporižžja, Čerkasy) kamen zeitweise Tausende zum Majdan, im „fernen" Osten (Donec'k, Luhans'k) und auf der Krim waren es deutlich weniger. Auf der Krim solidarisierte sich ein Teil der Krimtataren mit dem Majdan.

Der Osten und Süden sind die politische Basis des Janukovyč-Regimes. Von hier ging die Gegenmobilisierung aus. Ähnlich wie während der Orangen Revolution organisierte die *Partei der Regionen* auch jetzt in Kiew und in ihren Hochburgen Demonstrationen

---

[31] Opozicija: Zakonoprojekt „pro zaručnykiv" uhvalyly za dopomogoju šantažu, in: Ukrajins'ka pravda, 30.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/30/7012106/>.
Zakon Pro usunennja negatyvnyh naslidkiv ta nedopuščennja peresliduvannja ta pokarannja osib z pryvodu podij, jaki maly misce pid čas provedennja myrnyh zibran', in: Ukrajins'ka pravda, 30.1.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/01/30/7011991/>.

[32] Samooborona Majdanu stvorjuje „jedynu revolucijnu armiju" po vsij Ukrajini, in: Radio Svoboda, 7.2.2014, <www.radiosvoboda.org/content/article/25256442.html>.

zur Unterstützung des Regimes. Am 14. Dezember versammelten sich 50 000 Menschen zum Anti-Majdan in Kiew. Es sprachen Ministerpräsident Azarov und andere Granden aus der Umgebung des Präsidenten, der selbst niemals öffentlich vor seinen Anhängern auftrat.[33] Der Anti-Majdan war eine Veranstaltung der staatlichen Organe, welche die Logistik zur Verfügung stellten und Demonstranten bezahlten. Zu den Anti-Maidan-Kundgebungen im Osten und Süden kamen nicht annähernd so viele Menschen wie zum Euro-Majdan im Westen und in der Zentralukraine, obwohl sie von den örtlichen Behörden massiv gesponsert wurde. Von einer Mobilisierung auf gleicher Augenhöhe konnte also keine Rede sein.

Dafür gibt es grundsätzliche und aktuelle Gründe. Zu den aktuellen Ursachen für die Nicht-Mobilisierbarkeit zugunsten des Regimes gehört, dass die Wähler von Janukovyč enttäuscht sind und dass sein Rating, nicht zuletzt wegen der miserablen wirtschaftlichen Entwicklung, auch im Osten massiv zurückging. Es gibt keinen Grund, für die korrupte Janukovyč-Führung auf die Straße zu gehen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Euro-Majdan in den östlichen und südlichen Gebieten populär wäre. Für die meisten Menschen hier, die noch immer von der sowjetischen Mentalität geprägt sind, ist unbegreiflich, dass man gegen die Obrigkeit, gar gegen den Präsidenten, den man gewählt hat, Front machen kann. Hinzu kommt, dass der Osten und Süden weitgehend zum Sendegebiet von Russlands Staatsfernsehen gehören. Dieses diffamiert die Majdan-Bewegung systematisch als eine vom Westen finanzierte, oktroyierte, antirussische Kampagne.

Außerdem muss eine grundsätzliche Ursache für die schwache Mobilisierbarkeit bedacht werden: Es fehlt die Vision von einer besseren Ukraine als Teil des westlichen Europa, die den Euro-Majdan motiviert. Gesamtukrainische Identität ist im Osten und Süden ohnehin schwach ausgeprägt. Größeres Gewicht hat regionale Identifikation, insbesondere im Donbas. Es gibt auch kein Zusammengehörigkeitsbewusstsein des Ostens und Südens, etwa im Gegensatz zu Kiew oder zum Westen des Landes. Das nur begrenzte gesamtukrainische Gemeinsamkeitsbewusstsein bedeutet allerdings keineswegs, dass diese Region sich als Teil Russlands wahrnimmt. Eine Ausnahme ist die Krim – die einzige Region in der Ukraine mit einer relativen ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit. Separatistische Gruppen im Osten sind zahlenmäßig klein und politisch marginal.[34]

Vor dem Hintergrund der nur schwachen Mobilisierbarkeit der Bevölkerung für den Anti-Majdan sah sich das politische Establishment der *Partei der Regionen* im Osten umso mehr von der Euro-Majdan-Bewegung bedroht. Als das Janukovyč-Regime im Januar die Kontrolle über die westlichen und zentralen Gebiete verlor, riefen zahlreiche Lokalpolitiker im Osten den Präsidenten auf, „den Aufstand in der Ukraine zu stoppen"; so die Gebietsadministrationen von Donec'k und Odesa sowie die Stadtverwaltung von Charkiv. „Die neuen Gesetze [vom 16. Januar], die die Bestrafung für Pogrome verschärfen, müssen angewendet werden" gegen jene, die versuchen, „einen Staatsstreich durchzuführen und gewaltsam die Macht an sich zu reißen", heißt es in einem

---

[33] Antimajdan sobral 50 tysjač čelovek, in: Novaja gazeta, 14.12.2014, <www.novayagazeta.ru/news/214549.html>.

[34] Dvadcatimil'jonna provincija, in: Ukrajins'ka pravda, 6.2.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7009698/>.

Beschluss des Gebietsparlaments von Donec'k.[35] Der stellvertretende Gouverneur von Luhans'k, Eduard Lozovs'kyj, schrieb auf seiner Facebook-Seite, die Polizei hätte von Anfang an Schusswaffen gegen die Demonstranten in Kiew einsetzen müssen.[36]
Charkiv wurde unter der Leitung des dortigen Gouverneurs Mychajlo Dobkin und des Bürgermeisters von Charkiv, Hennadij Kernes, zum Zentrum der Gegenmobilisierung des politischen Establishments der *Partei der Regionen*. Am 1. Februar wurde hier die Allukrainische Bürgerunion *Ukrainische Front* gegründet. Dazu kamen annähernd 6000 Personen in der Stadt zusammen, darunter Delegierte von 20 Gebietsorganisationen der *Partei der Regionen*, Vertreter der *Kommunistischen Partei* und Vertreter von fast 50 zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Ziel der *Ukrainischen Front* sei es, „die ukrainische Erde von jenen zu säubern, die mit Okkupationsabsichten hierher gekommen sind", denn das Szenario sei „nicht in der Ukraine geschrieben worden", sagte Dobkin auf der Veranstaltung und implizierte dabei, die Majdan-Bewegung sei ein Import aus dem Westen.
Als politische Lösung schlug die „Ukrainische Front" die Föderalisierung oder Konföderalisierung der Ukraine vor, was auch maßgebliche Kreise in Politik und Öffentlichkeit Russlands nachdrücklich fordern. Die Ukraine könne als unitarischer Staat nicht bestehen, weil die Teile zu unterschiedlich seien. Sergej Glaz'ev, der für die Beziehungen zur Ukraine zuständige Berater Putins, hält die Föderalisierung der Ukraine für „eine Notwendigkeit", denn der Süden und Osten des Landes habe eine engere Bindung an Russland als an die übrigen Teile der Ukraine.[37]
Allerdings brach an dieser Stelle ein schwerwiegender Konflikt in der regierenden *Partei der Regionen* aus. Sowohl die Präsidialadministration in Kiew als auch der Gouverneur des benachbarten Donec'k, Andrij Šyšac'kyj, ein Schwergewicht im Janukovyč-Clan, wandten sich gegen eine Föderalisierung der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt. Das könne zum Ende der Unabhängigkeit des Landes führen.[38] Tatsächlich würde Janukovyč als Präsident bei einer Dezentralisierung viele Hebel der Macht einbüßen. Auch der Osten mit seiner nicht sanierten und subventionshungrigen Schwerindustrie könnte durch eine Wirtschafts- und Finanzautonomie der Gebiete nur verlieren.
Zur *Ukrainischen Front* gehörte auch die Organisation *Oplot* (Bollwerk) mit einigen hundert paramilitärisch ausgebildeten Jugendlichen. Evgen Žylin, der Führer von *Oplot*, erzählte in einem Interview, wie er als „Kandidat der juristischen Wissenschaften" „seinen Kämpfern" erkläre, wie man mit Teilnehmern nicht genehmigter Demonstrationen umgeht.

> Ich sage ihnen, ihr könnt ruhig einem Angreifer die Augen ausschlagen, den Arm brechen oder das Bein. Wenn euch jemand mit einem Knüppel bedroht, könnt ihr ihn umbringen.[39]

---

[35] Kil'ka miscevych administracij prosjat' Janukovyča prydušyty protesty, in: Ukrajins'ka pravda, 22.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/22/7010718/>.
[36] Zastupnyk golovy Lugans'koj ODA dyvuet'sja, ščo milicija ne strilae mityngariv, in: Ukrajins'ka pravda, 13.1.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/01/13/7009445/>.
[37] Sergej Glaz'ev: federalizacija – uže ne ideja, a očevidnaja neobchodimost', in: Kommersant" Ukraina, 6.2.2014, <www.kommersant.ua/doc/2400532 >.
[38] Donecki regionaly počaly vojuvaty z Dobkinym ta Kernesom, in: espresotv, 6.2.2014, <espreso.tv/new/2014/02/05/donecki_rehionaly_pochaly_voyuvaty_z_dobkinym_ta_kernesom>.
[39] Lider charkivs'kogo „Oplotu" Evgen Žylin: Meni ne podobajet'sja, ščo tysnut' na mogo presydenta, in: Ukrajins'ka pravda, 6.2.2014, <www.pravda.com.ua/articles/2014/02/6/7012996/>.

In zahlreichen Orten im Osten und Süden begannen die Behörden damit, „Volksmilizen“ (Narodni družyny) aufzustellen, um sich gegen „zugereiste Faschisten“ „zu verteidigen“.[40] Damit wächst die Gefahr einer weiteren Militarisierung der Konflikte; zumal die Inhaber der Macht im Osten und Süden eben nicht die Möglichkeit haben, Menschen in großer Zahl zu friedlichen Demonstrationen zu mobilisieren.

Eine Zwischenbilanz

Die Staatskrise ist nicht gelöst, nach wie vor sind unterschiedliche *Szenarien* für die Zukunft denkbar. Die optimistische Variante wäre ein Rücktritt von Janukovyč, vorgezogene Wahlen, eine Übergangsregierung und ein Ende der Protestdemonstrationen auf dem Majdan in Kiew und anderen Städten. Das entgegengesetzte Szenario wären ein Wiederausbruch der blutigen Auseinandersetzungen in der Hauptstadt und in den Gebieten, Intervention Russlands und massenhafte Repressalien gegen die Führer und Teilnehmer der Protestbewegung.

Wie auch immer diese Staatskrise enden wird, sicher ist: *Die Zivilgesellschaft geht gestärkt aus dieser Erfahrung hervor*. Dies war der zweite Majdan nach 2004. Weitere derartige massenhafte Erhebungen sind wahrscheinlich, sollte es auch diesmal nicht gelingen, die Ukraine auf einen soliden demokratischen Weg zu führen. Die Vision von der EU-Mitgliedschaft wird bleiben, sie ist die einzige zukunftsträchtige Perspektive für das Land. Tausende Aktivisten haben über Monate dem Majdan Struktur und Organisation gegeben. Sie werden nicht einfach nach Hause gehen wie im Januar 2005 und das Land der *Partei der Regionen* und ihren korrupten Funktionären überlassen. Durch die Euro-Majdan-Bewegung ist die Zivilgesellschaft ukrainischer geworden: Die Bedeutung der ukrainischen nationalen Identität hat zugenommen. Auch durch mögliche Repressalien wird die Zivilgesellschaft nicht in dauerhafte Passivität zurückfallen.

Die revolutionäre Protestbewegung hat die *Gräben innerhalb des Landes vertieft*. Abneigung und Hass zueinander sind gewachsen. Unter den Liberalen und Demokraten gibt es die Neigung, allein ohne den Osten und Süden eine europäische Ukraine mit der Hauptstadt Kiew aufzubauen. Wie die Gräben wieder zugeschüttet werden könnten, ist bislang nicht zu erkennen, zumal seit 20 Jahren keine einzige Regierung oder Partei sich darum bemüht hat. Auch die Zivilgesellschaft hat Versöhnung und Brückenbau nicht auf ihre Fahnen geschrieben.

Durch die Majdan-Bewegung ist die *Distanz zu Russland gewachsen* – und zwar von beiden Seiten. Sollte es zu einer massiven (statt der bislang weitgehend verdeckten) Intervention Russlands kommen, wird das die Distanz weiter vergrößern. Russland hält an der Propaganda-Sprachregelung fest, die Majdan-Bewegung sei ein von den USA finanzierter Umsturzversuch.

Es mehren sich die Indizien für eine *Spaltung der regierenden Elite*. Dies war 2004 eine wichtige Voraussetzung für den Sieg der Orangen. Sollte die Fraktion der Regierungspartei im Parlament sich spalten oder ein Teil der *Partei der Regionen* in den Gebieten eigene Wege gehen, würden sich neue Perspektiven für die Lösung der Staatskrise eröffnen.

---

[40] Regionaly vymagajut’ vid GPU zupynyty „VIČE-infekciju“, in: Ukrajins’ka pravda, 10.2.2014, <www.pravda.com.ua/news/2014/02/10/7013302/>.

Die dauerhafte Konsolidierung einer *autoritären Präsidialherrschaft* erscheint nach den Erfolgen der Majdan-Bewegung nicht möglich. Dies ist zwar keine Garantie für eine funktionierende Demokratie, aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

Manuskript abgeschlossen 13.2.2014

Postskriptum

Nach Abschluss dieses Manuskriptes blieben dem Janukovyč-Regime nur noch wenige Tage. In einer ungeheuren Beschleunigung und Verdichtung der Ereignisse kollabierte das Regime. Janukovyč floh in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar aus Kiew und tauchte einige Tage später in Russland auf. Vorausgegangen war ein unvorstellbares Blutbad im Zentrum von Kiew, das von der Regierung als „Antiterror-Maßnahme“ bezeichnet wurde. Das Blutbad führte zur Spaltung des Machtzirkels, der den Präsidenten bisher unterstützt hatte. Die *Partei der Regionen* löste sich zum Teil auf. Fast alle Gouverneure als Stützen der Janukovyč-Regimes in den Gebieten traten zurück. In Kiew zog das Parlament die Macht an sich, setze einen Übergangspräsidenten ein und schrieb Neuwahlen aus.

Der Majdan hat gesiegt. Bis zuletzt war der Janukovyč-Führung kein anderes Instrument als Gewalt gegen den Volksaufstand eingefallen. Damit scheiterte sie aus zwei Gründen: Erstens bewaffnete sich die Protestbewegung und setzte auch Schusswaffen gegen die Polizei ein. Zweitens führten das Blutbad in der Hauptstadt und drohendes weiteres Blutvergießen durch den Einsatz von Armeeeinheiten zur Abkehr fast aller Unterstützer von Janukovyč.

Gemeinsame Werte: Putin und der Patriarch. Moskau, 26.7.2013

Zu Gast in Moskau: Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Duma, Aleksej Puškov, empfängt im Juni 2013 Marine le Pen und zwei weitere Politiker des Front National

Hans-Joachim Spanger

Unheilige Allianz

Putin und die Werte

Seit Jahren verbittet sich Russlands Staatsspitze Kritik wegen Missachtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch nun geht der Kreml in die Offensive. Putin reklamiert nicht nur einen eigenständigen Weg Russlands, sondern proklamiert sein Land zum Hüter „traditioneller Werte". Der Versuch, an die Rolle Russlands als „Gendarm Europas" anzuknüpfen, ist augenfällig. Auch erschließt sich der Kreml damit ganz neue Alliierte, und zwar am rechten Rand des westeuropäischen Parteienspektrums. Die Suche nach Partnern für eine langfristige demokratische Entwicklungsperspektive in Russland ist schwieriger geworden. Aufgegeben werden darf sie nicht.

Nach zwanzig Jahren irrlichternder Suche im postkommunistischen Transformationsdschungel hat Russland endlich seine Bestimmung gefunden: in der Vergangenheit. So zumindest kann man Russlands Präsident Vladimir Putin verstehen, der 2013 seine seit jeher gehegte Liebe zu politischer Stabilität um eine ideologische Komponente erweitert hat: die „traditionellen Werte". Das sind jene Werte, die „seit Tausenden von Jahren" – man höre und staune – „bei allen Völkern die geistige und moralische Grundlage der Zivilisation" bildeten: „die Werte der traditionellen Familie, des wirklich menschlichen Lebens, einschließlich des religiösen Lebens – nicht allein der materiellen Existenz, sondern auch der Spiritualität – die Werte des Humanismus und der globalen Vielfalt." So Putin am 12. Dezember 2013 in seiner jährlichen Rede vor der Föderalversammlung.[1]

Das ist neu. Vertraut ist nur, dass Putin damit ein weiteres Mal sein eigenwilliges Verhältnis zur Geschichte und sein offenkundig gestörtes zum „Prozess der Zivilisation" (Norbert Elias) unter Beweis gestellt hat. Bereits zuvor hatte Putin mit der Chiffre „Vielfalt" Russlands Anspruch auf Eigenständigkeit gegenüber dem vom Westen

---

Hans-Joachim Spanger (1953), Dr. phil., Politikwissenschaftler, Programmbereichsleiter und Mitglied des Vorstands der HSFK, Frankfurt/Main

Von ihm erschien in OSTEUROPA: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin Feinde, in: OE, 7/2013, S. 169–187. – (Gemeinsam mit Evgenija Bakalova): Mühsame Rückkehr. Russlands Engagement in der Entwicklungspolitik, in: Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland. Berlin 2012 [= OE, 6–8/2012], S. 459–474. – Doppelstrategische Unentschiedenheit. USA, NATO, Russland und Europas Sicherheit, in: Kopfsache. Sicherheitspolitik in Europa. Berlin 2012 [= OE, 2/2012], S. 37–51. – Moral versus Interesse. Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Russland, in: OE, 7/2002, S. 853–870.

[1] Poslanie Prezidenta Federal'nomu sobraniju, 12.12.2013, <www.kremlin.ru/transcripts/19825>, englische Fassung unter: <http://eng.news.kremlin.ru/news/6402>.

vertretenen demokratischen und rechtsstaatlichen Universalismus reklamiert. Dieser Abwehrreflex ist seit Jahren ein Markenzeichen des Putinismus. Neu ist hingegen seine aktuelle Gestalt; und die macht es nicht besser – im Gegenteil!

Man könnte meinen, dass Putin nun die ultimative Waffe gefunden hat, mit der er nicht nur wie zuvor die westlichen Zumutungen an sein Regime abwehren, sondern in die Offensive gehen kann. Diese offensive Abwehr hat Tradition. Sie reicht vom züchtigenden „Gendarm Europas" in Gestalt des Zaren Nikolaus I. bis zur weltrevolutionären Mission unter kommunistischem Vorzeichen. Beides war zugleich offensiv ausgreifend und eng mit den Interessen der politischen Klasse sowie dem Leiden an der Rückständigkeit gegenüber dem Westen verwoben. Doch waren beide keine isolierten Phänomene. Der Zar stützte sich auf das einigende Band der aristokratischen Restauration in der „Heiligen Allianz", und die Sowjetunion galt noch lange nach Stalins Tod als Zitadelle der weltrevolutionären Bewegung.

Ähnliches ist heute nicht zu erkennen, weder in der restaurativen noch in der revolutionären Variante. Es stellt sich daher die Frage, was Putins „konservative" Wende an programmatischer Substanz wie an politischer Anschlussfähigkeit tatsächlich bietet – und damit auch, ob sie mehr als nur eine taktische Volte darstellt. Ist mit anderen Worten schon wieder das Ende vom Ende der Ideologien eingeleitet, das in Moskaus politischer Klasse nach der Auflösung der Sowjetunion auf breite Zustimmung gestoßen war? Glaubt Russlands Präsident in seiner dritten Amtszeit, auf diese Weise am besten äußerem Rechtfertigungsdruck und innerem Formierungsbedürfnis entsprechen zu können? Oder sieht er gar neue politische Perspektiven und Partner, die er hinter seiner konservativen Agenda versammeln kann?

Um dies zu erkunden, ist zunächst zu klären, was an den offiziellen Äußerungen Putins tatsächlich neu ist. Da wir im Unterschied zu den 1990er Jahren heute relativ wenig über das Innenleben der politischen Klasse in Moskau und namentlich des Kreml wissen, müssen im zweiten Schritt Zusammenhänge hergestellt werden, um den Hintergründen und Motiven dieser Wende auf die Spur zu kommen. Das betrifft deren historische wie aktuelle Einordnung, aber auch Reaktionen, und enthält nolens volens ein spekulatives Element. Auf dieser Grundlage sind abschließend die Konsequenzen zu erörtern: für Putin und sein Regime, vor allem aber für das westliche Europa.

Putin – der Wertebewahrer

„Ich kann mich als Pragmatiker mit einer konservativen Weltsicht bezeichnen. Es ist aber schwer für mich, das zu erklären."[2] Wohl wahr! Es ist ein ziemliches Durcheinander, das Putin in den Reden anrichtet, in denen er sein neues konservatives Thema anstimmt. Das betrifft vor allem zwei Ansprachen: die erwähnte Rede vor der Föderalversammlung im Dezember 2013 und seine Rede aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Valdaj-Klubs, zu dem er im September 2013 einen Großteil seiner politischen Entourage in die Nähe von Nowgorod dirigierte, um ihnen Aufschluss über Russlands neue „Identität" zu vermitteln.[3]

---

[2] So im Interview mit dem Fernsehsender ORT und der Nachrichtenagentur AP, 4.9.2013, <http://eng.news.kremlin.ru/news/5935>.

[3] Der *Meždunarodnyj diskussionnyj klub „Valdaj"* (Internationaler Diskussionsklub „Valdaj") lädt alljährlich zu einem Treffen, auf dem über die Innen- und Außenpolitik Russlands debat-

Der neue Konservatismus des Vladimir Putin widmet sich weniger der Bewahrung der geschätzten Verhältnisse in Russland. Dem diente das von ihm schon länger deklamierte Stabilitätsmantra. Vielmehr geht es darum, dass sich in Putins Augen außerhalb Russlands und vornehmlich im europäischen Westen Sodom und Gomorrha breit machen. Eine Kostprobe aus seiner Valdaj-Rede:

> Wir können beobachten, wie viele der euroatlantischen Länder de facto ihre Wurzeln ablehnen, einschließlich der christlichen Werte, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. Sie verleugnen moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und selbst sexuelle. Sie setzen eine Politik durch, die die Familie mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleichsetzt, den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan. Die Exzesse der politischen Korrektheit haben einen Punkt erreicht, bei dem Menschen ernsthaft darüber sprechen, politische Parteien zuzulassen, deren Ziel die Förderung der Pädophilie ist. In vielen europäischen Ländern ist es Menschen peinlich, oder sie haben Angst, über ihre religiösen Bindungen zu sprechen. Feiertage werden abgeschafft, oder sie werden umbenannt, um ihre Begründung zu kaschieren, ihre moralische Grundlage.[4]

Neben der hier angesprochenen Religionsfeindlichkeit und Pädophilie[5] nimmt Putin bevorzugt den „sogenannten Multikulturalismus" ins Visier, der ein „in vielerlei Hinsicht künstlich eingepflanztes Modell" sei.[6] Und er thematisiert immer wieder gleichgeschlechtliche Partnerschaften:

> Was sonst, wenn nicht der Verlust zur Fähigkeit, sich selbst zu reproduzieren, könnte als größerer Beweis der moralischen Krise dienen, vor der die menschliche Gesellschaft steht?[7]

All dies, so Putin, führe direkt in den Abgrund. Auf diesen Weg dürfe sich Russland daher natürlich nicht begeben. In seiner Rede vor der Föderalversammlung im Jahr 2005 hatte er – noch ganz seinem ursprünglichen Pragmatismus verpflichtet – mit Verweis auf den „großen russischen Philosophen" Ivan Il'in postuliert:

---

tiert wird. Die Jubiläumstagung war großen Fragen gewidmet: „Wer sind wir?" und „Wohin gehen wir?" Vor dem Treffen wurde eine Studie erstellt mit dem Titel „Sovremennaja Rossijskaja identičnost': izmerenija, vyzovy, otvety." (Russlands Identität heute: Dimensionen, Herausforderungen, Antworten), <http://vid-1.rian.ru/ig/valdai/Russian_Identity_2013_rus.pdf>.

4 Meeting of the Valdai International Discussion Club, 19.9.2013, <http://eng.kremlin.ru/ transcripts/6007>. – In der Rede vor der Föderalversammlung klang das wenig später so: „Von der Gesellschaft wird nicht nur verlangt, jedem Einzelnen das Recht zuzubilligen, frei über sein Gewissen, seine politischen Ansichten und sein Privatleben zu entscheiden, sondern auch vorbehaltlos die Gleichsetzung von Gut und Böse – so eigenartig das anmutet – und damit Vorstellungen zu akzeptieren, deren Bedeutung entgegengesetzt ist." Vgl. Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].

5 Dieses Thema schwang schon Ende 2012 bei der Verabschiedung des sogenannten Dima-Jakovlev-Gesetzes mit, das amerikanischen Familien – als (ziemlich hilflose) Reaktion auf das Magnickij-Gesetz – die Adoption von Kindern aus Russland verbietet. Das Magnickij-Gesetz belegt eine unbekannte Zahl von Mitgliedern der Justizbehörden mit Einreiseverbot in die USA, da sie für den Tod des Anwalts Sergej Magnickij in Haft verantwortlich gemacht wurden.

6 Ebd.

7 Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].

> Der Staat kann von seinen Bürgern nicht Glauben, Gebete, Liebe, Tugend und Überzeugungen verlangen. [. . .] Er sollte sich nicht in das moralische, familiäre und tägliche Privatleben einmischen.[8]

Davon ist heute keine Rede mehr. Und so zitierte Putin 2013 mit Nikolaj Berdjaev zwar einen konservativen Zeitgenossen von Il'in, der wie dieser in den 1920er Jahren in Berlin lebte. Doch dient das Zitat lediglich dazu, deutlich zu machen, dass Putins neu entdeckter Konservatismus nicht mit Stagnation gleichgesetzt werden dürfe – ein seit Brežnevs Tagen vertrautes und viel geschmähtes politisches Motiv in Moskau –, sondern der Existenzsicherung diene:

> Natürlich ist dies eine konservative Position. Aber mit den Worten von Nikolaj Berdjaev geht es dem Konservatismus nicht darum, die Bewegung nach vorn und nach oben zu verhindern, vielmehr verhindert er eine Bewegung zurück und nach unten, in die chaotische Dunkelheit und zu primitiven Zuständen.[9]

Diese „primitiven Zustände" drohten nun auch in Russland, wenn es sich nicht konsequent konservativ dagegen abschirme und den Sirenenklängen des Westens und seiner Demokratisierungsagenda widerstehe. Damit sind wir bei einem – und vermutlich dem eigentlichen – Thema, das schon seit Jahren zum Abwehrkampf Putins gegen regimegefährdende äußere Einflüsse gehört. Im neuen Kontext heißt das dann:

> Und es gibt Leute, die aggressiv versuchen, dieses Modell weltweit zu verbreiten. Ich bin überzeugt, dass dies einen direkten Weg zum Niedergang und zu Primitivismus öffnet und in eine tiefgreifende demographische und moralische Krise mündet.[10]

In der dramatisierenden Zuspitzung laufen Putins Behauptungen nicht mehr allein auf eine Abwehr des Westens hinaus, sondern auf eine Abkehr. Dabei spielt es natürlich keine Rolle, dass sich die größte demographische Krise auf dem europäischen Kontinent in Putins Russland abspielt, ganz ohne äußere Einflüsse. Viel wichtiger ist, dass die vom Westen propagierte „unipolare standardisierte Welt" keine souveränen Staaten" benötige, sondern „Vasallen". „Historisch betrachtet läuft dies auf einen Verlust der eigenen Identität hinaus, auf die gottgegebene Vielfalt der Welt."[11] Und schlimmer noch und ganz aktuell:

> In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie Versuche, vermeintlich fortschrittlichere Entwicklungsmodelle anderen Nationen zu verordnen, zu Rückschritt, Barbarei und endlosem Blutvergießen geführt haben. Dies geschah in vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas. Und diese Situation entwickelt sich gerade in Syrien.[12]

---

[8] Poslanie Prezidenta Federal'nomu sobraniju, 25.4.2005, <http://archive.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml>; englische Fassung unter: <http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2005/04/25/2031_type70029type82912_87086.shtml>.
[9] Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].
[10] Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].
[11] Ebd.
[12] Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].

Dabei gäbe es genug im eigenen Land zu tun, worauf nicht nur Kritiker Putins hinweisen, sondern mit Dmitrij Kiselev selbst der unlängst vom Präsidenten ernannte künftige Generaldirektor der Agentur *Rossija segodnja* (Russland heute) und damit sein Chefpropagandist für das Ausland. Kiselev räumte freimütig ein, dass es mit den Werten in Russland nicht übermäßig gut bestellt sei:

> Wenn Kinder keinen Wert darstellen – wäre es anders, hätten wir nicht eine Million Abtreibungen im Land, hätten nicht soviele obdachlose Kinder, hätten ein anderes Ausbildungssystem –, wenn alte Menschen keinen Wert darstellen – wäre es anders, täten wir mehr, damit sie besser leben –, wenn die Erde keinen Wert darstellt – sonst würden wir sie nicht derart verschmutzen –, wenn einige unserer Journalisten, zum Beispiel bei *Ėcho Moskvy*, unsere Armee wie einen Feind behandeln (so wie 2008), dann entsteht bei uns ein Wertevakuum.[13]

Auch muss man sich natürlich die Frage stellen, wie die von Putin reklamierte „gottgegebene Vielfalt der Welt" zu verstehen ist, wenn sie darauf beruht, dass zumindest der westliche Teil dem Satan folgt und dem moralischen Ver- und Zerfall preisgegeben ist. Aber argumentative Kohärenz hat Putin noch nie übermäßig beeindruckt. Es kann daher auch nicht verwundern, dass sein Regime sich bei repressiven Maßnahmen unverändert auf Vorbilder im Westen beruft. So etwas läuft dann unter dem viel bemühten Motto: „völlig normale globale Praxis".[14]
Es hat also den Anschein, dass es nichts Neues unter Putins Sonne gibt. Aber das ist zu kurz gesprungen. Putins konservative Kritik an den westlichen Zuständen dient nicht mehr allein der defensiven Abschirmung, sondern sie ist offensiv. Das gewinnt seine Bedeutung vor dem Hintergrund einer Wahrnehmung der Welt, die diese nicht nur voller Herausforderungen, Risiken und Gegner, wenn nicht gar Feinden sieht, sondern auch eine kontinuierliche Verschärfung des von diesen provozierten internationalen „Wettbewerbs" registriert, von der besonders Russland betroffen sei:

> Die Intensität des militärischen, politischen, wirtschaftlichen und informationellen Wettbewerbs nimmt im Weltmaßstab nicht ab, sondern nimmt durchgängig zu. Andere Machtzentren beobachten Russlands Fortschritt genau, in dem Maß, in dem es stärker wird.[15]

Erinnert dies bereits an das unrühmliche stalinistische Vorbild einer permanenten Verschärfung des internationalen Klassenkampfes, so ist klar, dass Russland in der verschärften Auseinandersetzung mit seiner feindlichen Umwelt nur bestehen kann, wenn es über einen klaren ideologischen Kompass und eigenen Kurs verfügt. Das sieht jedenfalls Putin so:

---

[13] Dmitry Kiselyov: The period of distilled, estranged journalism is over. Originally published by TV Dozhd, 12 December 2013, translated by Catherine A. Fitzpatrick, in: <www.interpretermag.com/video-of-dmitry-kiselyovs-first-speech-at-ria-novosti%E2%80%8F>.
[14] Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].
[15] Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].

> Ohne jeden Zweifel ist es unmöglich, sich ohne spirituelle, kulturelle und nationale Selbstbestimmung fortzubewegen. Ohne diese werden wir weder in der Lage sein, innere und äußere Herausforderungen zu bestehen, noch werden wir Erfolg im globalen Wettbewerb haben. Und heute erleben wir eine neue Runde in diesem Wettbewerb. Heute sind dessen Schwerpunkte ökonomisch-technologisch und ideologisch-informationell.[16]

Dem ursprünglichen postsowjetischen Pragmatismus hat sich folglich nicht allein der Konservatismus beigesellt, vielmehr trat an seine Stelle der kämpferische Imperativ einer Reideologisierung. Allerdings gebricht es der neuen Ideologie einstweilen noch an einer über die reklamierten Werte hinausgehenden plausiblen Alternative; aber sie hat bereits ein erstes Opfer zu verzeichnen: das Bekenntnis zur Demokratie.

Demokratie – das war einmal

Der Wandel wird greifbar, wenn man die Äußerungen Putins in seiner Rede vor der Föderalversammlung vom 12. Dezember 2013 mit jener vor gleichem Publikum ein Jahr zuvor vergleicht. 2012 erklärte Putin kategorisch. „Demokratie ist die einzige politische Wahl für Russland. Ich möchte betonen, dass wir die universalen demokratischen Prinzipien teilen, die weltweit gelten.“[17] 2013 hingegen taucht der Begriff „Demokratie“ nur einmal auf – als Putin auf den „antidemokratischen“ Charakter des westlichen Werteverfalls aufmerksam macht:

> Diese Zerstörung traditioneller Werte von oben hat nicht nur negative Konsequenzen für die Gesellschaft, sondern ist auch ihrem Wesen nach antidemokratisch, denn sie geschieht auf der Grundlage abstrakter, spekulativer Ideen und im Widerspruch zum Willen der Mehrheit, die die Veränderungen und den angestrebten Wertewandel nicht akzeptiert.[18]

Von weltweiter Geltung der demokratischen Prinzipien ist keine Rede mehr. Allerdings hatte Putin auch 2012 ein Thema angestimmt, das er in seinen jährlichen Ansprachen seit 2004 mit wachsender Intensität verfolgt: die Demokratie mit Adjektiven und zu russischen Konditionen:

> Allerdings bedeutet Demokratie in Russland Herrschaft des russischen Volkes mit seinen eigenen Traditionen und nicht die Erfüllung von Standards, die uns von außen aufgenötigt werden.[19]

---

[16] Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].
[17] Poslanie Prezidenta Federal’nomu sobraniju 12.12.2012, <www.kremlin.ru/transcripts/17118>; englisch unter <http://eng.kremlin.ru/transcripts/4739>.
[18] Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].
[19] Poslanie Prezidenta 2012 [Fn. 17].

Das gab es in seiner zweiten Präsidentschaft – im Zeichen der Orangen Revolution in der Ukraine und seiner Frustration über die Bush-Administration noch in deutlich aggressiveren Varianten. So erklärte Putin etwa 2007 vor der Föderalversammlung:

> Um es offen zu sagen, unsere Politik einer stabilen und schrittweisen Entwicklung gefällt nicht jedem. Manche wünschen uns, indem sie geschickt ihre pseudo-demokratische Rhetorik einsetzen, in die jüngste Vergangenheit zurück, damit einige von ihnen erneut ungestraft die Ressourcen unseres Landes plündern sowie Volk und Staat ausrauben können, während andere unser Land seiner wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit berauben. [. . .] Blickt man weiter in die Vergangenheit zurück, erinnern wir uns der Rede von der zivilisierenden Rolle der Kolonialmächte während der Kolonialzeit. Heute wird „Zivilisierung" durch „Demokratisierung" ersetzt, was aber das gleiche Ziel verfolgt – einseitige Gewinne und Vorteile zu sichern und die eigenen Interessen zu verfolgen.[20]

Das bis 2012 gültige Bekenntnis zur Demokratie als universal gültigem Herrschaftsmodell warf nun zum einen das Problem auf, dass die wachsende Lücke zwischen Rhetorik und Realität im eigenen Land argumentativ geschlossen werden musste. Zum anderen musste eine Antwort auf die ebenso wachsende Kritik aus dem westlichen Ausland gefunden werden. Russlands Führung geriet in die Defensive und damit in eine Position, die schon unter Boris El'cin höchsten Widerwillen und bisweilen skurrile Abwehrreflexe geweckt hat.

Zwei Verteidigungslinien wurden bezogen. In der ersten wurde Demokratie zwar bejaht, aber in der Weise russisch konditioniert, dass, wie bereits zitiert, auf den eigenen Weg, das eigene Tempo oder gar die eigene Ausführung insistiert wurde. Das schuf allerdings einen permanenten Begründungs- und Rechtfertigungszwang, zumal nicht plausibel anzugeben ist, wie sich die russische Variante einer Demokratie vom explizit anerkannten Universalismus unterscheidet – außer eben durch einen Entwicklungsrückstand, per definitionem eine unerquickliche Lage. Die zweite Verteidigungslinie reklamierte Eigenständigkeit gegen die Ansprüche der westlichen Demokratieförderung, die als besonders raffinierte Form der Durchsetzung eigener Interessen porträtiert wurde. Danach waren die Interessen das Eigentliche und die demokratischen Werte nur Dekor oder – schlimmer noch – Camouflage. So ging es nach russischer Lesart bei demokratischen Wahlen weniger um das demokratische Verfahren als um das demokratische Ergebnis, will heißen: um die Durchsetzung jener Politiker, die dem Westen gewogen waren.

Der Charme des konservativ maskierten Aufbruchs besteht darin, dass der Kreml sich aus der unkomfortablen Defensive befreien kann und gleichsam den Spieß umdreht:

---

[20] Poslanie Prezidenta Federal'nomu sobraniju, 26.4.2007, <http://archive.kremlin.ru/appears/ 2007/ 04/26/1156_type63372type63374type82634_125339.shtml>; englisch unter <http://archive. kremlin.ru/eng/speeches/2007/04/26/1209_type70029type82912_125670.shtml. – Im Lichte dessen wirkt es dann doch komisch, wenn Putin nur zwei Jahre zuvor, in seiner „poslanie 2005", beschwört, „dass Russland seine zivilisierende Mission auf dem eurasischen Kontinent" fortsetzen solle. „Diese Mission besteht darin sicherzustellen, dass demokratische Werte in Verbindung mit den nationalen Interessen unsere historische Gemeinschaft bereichern und stärken." Vgl. Poslanie Prezidenta 2005 [Fn. 8].

Nicht Russland weicht vom globalen Mainstream und dem historischen Entwicklungstrend ab, sondern der Westen mit seinen permissiven und kosmopolitischen Irrwegen. Jetzt gilt Putins konservativer Universalismus, der anders als der demokratische Universalismus nicht Jahrhunderte, sondern Jahrtausende reklamiert und nunmehr den Westen in die unzivilisierte Devianz abzudrängen sucht. Auch das ist ein Widerspruch zu alten Postulaten, denn es gilt damit – zumindest implizit – nicht länger die „Vielfalt", sondern der eigene Universalismus – mit der imaginierten Mehrheit der Menschheit, auf jeden Fall aber mit den Alt- und Abergläubigen aller Kontinente im Rücken – eine fürwahr illustre Gesellschaft, an deren Spitze sich Putin zu stellen sucht. Doch auch das hat Tradition in Russland.

Fragwürdige Traditionslinien

In seiner Valdaj-Rede 2013 erklärte Putin, dass zwei große Friedensinitiativen – der Wiener Kongress 1815 und die Konferenz von Jalta 1945 – „mit Russlands aktiver Beteiligung" durchgeführt worden seien und daher „einen dauerhaften Frieden" gesichert hätten.[21] Die auf dem Wiener Kongress begründete „Heilige Allianz" der europäischen Herrscherhäuser zur Wahrung der Monarchien gegen umstürzlerische Umtriebe unter liberaler, nationaler oder sozialer Flagge bekräftigte nicht nur deren Gottesgnadentum, sondern auch die christliche Religion als Fundament der bestehenden politischen Ordnung. Und ihre Signatare bekundeten, angesichts „der Wohltaten, die die göttliche Vorsehung" über sie in den Jahren zuvor „ausgegossen hat", künftig „ihre gegenseitigen Beziehungen auf die erhabenen Wahrheiten zu begründen, die die unvergängliche Religion des göttlichen Erlösers lehrt".[22] Das scheint sich, wenn man Putin *à la lettre* nimmt, auch Russlands Präsident neuerdings zu wünschen.

Parallelen gibt es aber nicht nur zu Alexander I., sondern auch zu dessen Nachfolger Zar Nikolaus I. Das beginnt bereits bei der Inauguration: Was Putin mit den Demonstrationen am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz widerfuhr, erlebte Nikolaus in noch größerem Maßstab, als ihm am 26. Dezember 1825 junge Offiziere den Eid verweigerten, die später als Dekabristen in die russische revolutionäre Geschichte eingingen. Beide übten Vergeltung: Putin mit Anklagen wegen der Aufstachelung zu „Massenunruhen", die gegen die Mehrzahl der ursprünglich 27 Verfolgten trotz der zwischenzeitlichen Amnestie bis heute aufrechterhalten werden, und Nikolaus mit fünf Exekutionen und 120 Verbannungen nach Sibirien. Für beide war diese Erfahrung insoweit prägend, als sie ihren konservativ-autoritären Kurs nachhaltig bekräftigte.

Dabei hat es den Anschein, dass sich Putin mit seiner konservativen Ideologie auch programmatisch der Trinität annähert, die Nikolaus im Anschluss an seinen Erziehungsminister Sergej Uvarov zum Markenzeichen seiner Regentschaft erhob hatte: „Orthodoxie – Autokratie – Nation". Dessen Programm war nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die antireligiösen Tendenzen in der europäischen Aufklärung – so wie

---

[21] Anders dagegen der Vertrag von Versailles 1918, der ohne Russlands Mitwirkung entstand, Deutschland ungerecht behandelte und damit „den Keim für den Zweiten Weltkrieg" legte; Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].

[22] Allianzvertrag zwischen dem Kaiser von Russland Alexander I., dem Kaiser von Österreich Franz II. und dem König von Preußen Friedrich Wilhelm III. („Heilige Allianz"), 26.9.1815, <www.documentarchiv.de/nzjh/1815/heilige-allianz.html>.

Putin seit jüngstem glaubt, sich mit religiösen Referenzen gegen den Werteverfall des Westens profilieren zu können. Ursprünglich war sein Herrschaftsverständnis eher mit der säkularen Trinität „Patriotismus – Großmacht – starker Staat" (Patriotizm – Deržavnost' – Gosudarstvenničestvo)" zu umschreiben.[23]
Nahezu deckungsgleich ist das patrimoniale Staatsverständnis: Wandel wird an die weise steuernde Hand der Staatsspitze gebunden und Stabilität aus der konsequenten Anwendung der Gesetze abgeleitet. So heißt es bei Nikolaus I. in seinem Dekabristen-Manifest vom Juli 1826 in einer Weise, die fast wörtlich an Putin gemahnt:

> Nicht von frechen Träumen her, die immer zerstörerische Wirkung haben, sondern von oben werden die vaterländischen Einrichtungen allmählich vervollkommnet, werden Mängel beseitigt und Missbräuche abgeschafft. Gemäß dieser allmählichen Vervollkommnung werden wir jedes maßvolle Streben nach Besserung, jeden Gedanken an eine Festigung der Gesetzeskraft, an eine Erweiterung wahrhafter Bildung und Betriebsamkeit, sofern er auf dem allen offenstehenden gesetzlichen Wege an uns herangetragen wird, stets mit Wohlwollen annehmen. [. . .] In einem Staat [. . .] in dem die Gesetze aus dem Land heraus entstanden sind und in dem es eine feste Herrschaft gibt, sind alle Bemühungen der Übeltäter zwecklos und verrückt: Sie können sich zwar im Dunkeln verbergen, aber sobald sie auftauchen, werden sie durch die allgemeine Empörung zurückgewiesen und mit der Macht des Gesetzes zerschlagen.[24]

Auch bei Putin ist das Vertrauen in die Wirkung staatlicher Kontrolle grenzenlos, wie umgekehrt das Misstrauen gegenüber der als unberechenbar wahrgenommenen Gesellschaft. Beides mündet in eine inflationäre Beschwörung der Gesetzlichkeit.
Der bis dato wichtigste Unterschied ist, dass Nikolaus I. nicht zögerte, seine autoritäre Vision auch jenseits der russischen Grenzen zu verwirklichen, indem er Truppen einsetzte, um Revolten und Aufstände niederzuschlagen – so 1830/1831 in dem von Russland annektierten Teil Polens und 1848 an der Seite Habsburgs gegen die Ungarn. Der Titel „Gendarm Europas" war folglich wohlverdient. Da zeigt Putin selbst in der vom Kreml einst proklamierten Zone „besonderer russischer Interessen", sprich: auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, bislang noch eine größere Zurückhaltung. Auch macht er im Unterschied zu Nikolaus nur wenig Anstrengungen, den Verkehr mit dem Ausland zu beschränken, um das Eindringen regimefeindlicher und permissiver Ideen aus dem Westen zu verhindern. Deutlich konsequenter ist dagegen der Durchgriff bei den Medien.
Allerdings bewegt sich Putin anders als Nikolaus nicht im Mainstream der europäischen Politik, sondern an deren Rand. Dieser Rand gewinnt indes in Gestalt des europäischen Rechtspopulismus in jüngerer Zeit Gestalt und Gewicht – und hier tut sich eine Reihe beunruhigender Anknüpfungsmöglichkeiten auf. Sie werden zusehends genutzt.

---

[23] Siehe dazu Sean Cannady, Paul Kubicek: Nationalism and legitimation for authoritarianism: A comparison of Nicholas I and Vladimir Putin, in: Journal of Eurasian Studies, 1/2014, S. 1–9. – Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass auch die Melodie der von Putin wieder eingeführten, einstmals sowjetischen Nationalhymne aus einer patriotischen Oper aus dem Jahre 1836 und damit der Zeit von Nikolaus I. stammt – unter dem beziehungsreichen Titel: „Ein Leben für den Zar".

[24] Vysočajšij manifest 13. ijulja 1826g. Božieju milostiju My, Nikolaj Pervyj, Imperator i Samoderžec Vserossijskij, <http://decemb.hobby.ru/index.shtml?archive/alex7>.

Fragwürdige Freunde

„Wir wissen, dass mehr und mehr Menschen auf der Welt unsere Position der Verteidigung traditioneller Werte unterstützen.“[25] Richtig an dieser Feststellung Putins in seiner Rede vor der Föderalversammlung im Jahr 2013 ist, dass er sich der Zustimmung so mancher gläubiger Christen gewiss sein kann; allerdings wird ihm dies nicht den Zugang zum demokratischen Spektrum der europäischen Parteienlandschaft öffnen. Zu durchsichtig ist der Versuch, seinem autoritären Regime in Russland eine neue Legitimation einzuhauchen. Anders verhält es sich bei den Rechtspopulisten, für die Putins Gleichsetzung von Werteverfall, Souveränitätsverlust und Demokratie eine bestechende Plausibilität hat. Zwar diagnostizieren auch sie durchaus ein „machiavellistisches Manöver“, um sich dann damit zu trösten, dass es noch immer besser sei, „einen Schwindler“ im Amt zu haben, der „die richtigen Dinge“ sagt, als einen, „der nur Unsinn“ redet, schließlich könne „manchmal selbst Propaganda zutreffen“.[26]
In jenen Kreisen, die „traditionelle Werte“ mit Xenophobie, Nationalismus, Militarismus und Isolationismus übersetzen, ist Putins Botschaft in der Tat angekommen. Ein Beispiel ist Pat Buchanan, einst US-Republikaner, mehrfach Präsidentschaftskandidat und stolz darauf, als „Paläokonservativer“ zu gelten. Für ihn ist Putin ein Mann der Zukunft und „einer von uns“:

> Während viele der amerikanischen und westlichen Medien ihn als autoritär und reaktionär ablehnen, als einen Rückschritt, könnte es sein, dass Putin die Zukunft mit größerer Klarheit sieht als jene Amerikaner, die immer noch im Paradigma des Kalten Kriegs befangen sind.[27]

Dies zu überwinden, heißt bei Buchanan, aus dem „vertikalen“ Ost-West-Konflikt einen „horizontalen“ zu machen, der innerhalb eines jeden Landes ausgetragen wird, wo die „Konservativen, Traditionalisten und Nationalisten aller Kontinente und Länder“ aufgerufen sind, „gegen den kulturellen und ideologischen Imperialismus“ dessen aufzustehen, was Putin als „dekadenten Westen“ wahrnimmt, oder auch gegen den „militanten Säkularismus einer multikulturellen und transnationalen Elite“.[28] Früher

---

[25] Poslanie Prezidenta 2013 [Fn. 1].

[26] Selwyn Duke: Putin is Right About America, <www.thenewamerican.com/ reviews/opinion/item/17541-putin-is-right-about-america>. – Außerdem hält er ihm zugute, dass Putin als „Ex-KGB-Mann“ natürlich bestens über die „Gefahren des sexuellen Marxismus und aller mit ihm verbundenen ‚ismen‘“ Bescheid wisse, haben doch die Sowjets früher die einschlägigen Bewegungen unterstützt.

[27] Patrick J. Buchanan: Putin’s Paleoconservative Moment, 17.12.2013, <www.theamericanconservative.com/putins-paleoconservative-moment>.

[28] In diesem Sinne tauchte Putin 2013 in Italien bereits als Plakatheld auf: Die „Nationale Front“ bekannte auf einem ziemlich martialischen Foto ihres Helden „Ich bin mit Putin“. Deren Vorsitzender, Adriano Tilgher, erklärte dazu, dass er an Putin seine „mutigen Positionen gegen die Schwulenlobby“ schätze sowie gegen „die Weltfinanzzentren, die den Krieg in Syrien wollen“. Und: „Putin ist einer der wenigen europäischen Führer mit einer klaren Idee, was das Beste für Europa ist.“ Robert Mackey: Italy’s Far Right Salutes Putin for Anti-Gay Law and Support for Assad, in: <http://thelede.blogs.nytimes.com/2013/09/ 12/italys-far-right-salutes-putin-for-anti-gay-law-and-support-for-assad/?_php=true&_type=blogs&_r=0>.

nannte man das Klassenkampf, auch wenn dessen Akteure ein wenig anders positioniert waren. Allerdings ging aus dieser innergesellschaftlichen Auseinandersetzung die der Militärblöcke hervor und nicht umgekehrt. Das spielt auch heute eine Rolle, wenn mit Putin der offizielle Repräsentant eines nicht ganz unbedeutenden Landes Anschluss bei politischen Organisationen findet, die weit davon entfernt sind, ihre Staaten zu repräsentieren, deren Regierungen aber fundamental herausfordern. In der Sicht des Kreml stellt auch das Symmetrie her, denn nichts anderes unterstellt die offizielle Politik Russlands ja der westlichen Demokratieförderung: Sie sei staatliches Sponsoring von *regime change* mit Präferenz für politische Randgruppen. Der Unterschied: Im einen Fall handelt es sich um liberale Gruppen, im anderen um faschistoide.

Neben euphorischen Bekenntnissen wie dem Buchanans tut sich auch in der praktischen Politik einiges: Schrittweise verdichten sich die Kontakte zwischen dem offiziellen Moskau und dem rechtspopulistischen Lager im Westen Europas. Zwar müssen einige noch mit Gesprächspartnern wie Aleksandr Dugin vorlieb nehmen. So etwa der Vorsitzende der ungarischen neofaschistischen Partei *Jobbik*, Gábor Vona, der bei seinem Moskau-Besuch 2013 Putins Eurasische Union als mögliche Alternative zur Europäischen Union bezeichnete.[29] Andere sind jedoch bereits weiter. So stattete die Vorsitzende des *Front National*, Marine Le Pen, im Juni 2013 Moskau ebenfalls einen Besuch ab und wurde hochrangig empfangen: vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und profilierten Patrioten Dmitrij Rogozin sowie vom Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Naryschkin.[30] Damit die Botschaft auch in Frankreich und darüber hinaus ankommt, gründeten Journalisten und Politiker aus dem rechtspopulistischen Spektrum der französischen Politik in Kooperation mit dem offiziellen Moskauer Auslandssender *Stimme Russlands* sowie mit der staatlichen Nachrichtenagentur *Rossija segodnja* in Frankreich das Internet-Fernsehen *ProRussia TV*.[31]

Aber auch in Deutschland ist Bewegung aufgekommen. Ein Beispiel sind die beiden „Compact-Konferenzen", die am 24. November 2012 in Berlin zum Thema „Souveränität" und am 23. November 2013 in Leipzig zur „Zukunft der Familie" stattfanden – zwei Themen, die Putin bei seiner konservativen Erweckung besonders am Herzen liegen. Kooperationspartner – und mutmaßlicher Financier – war in beiden Fällen das *Institut de la Démocratie et de la Coopération*, eine russische Einrichtung mit noblem Sitz in Paris, dem unter der Leitung von Natal'ja Naročnickaja aufgetragen ist, sich kritisch der Demokratie im Westen anzunehmen.[32] Naročnickaja war einst Duma-Abgeordnete aus Rogozins Partei *Rodina*, einer Kreml-Gründung zum Abfischen patriotischer und kommunistischer Wählerstimmen aus dem Jahre 2003.

---

[29] European extreme right and Russian imperialism, 18.12.2013, <http://anton-shekhovtsov. blogspot.de/2013/12/european-extreme-right-and-russian.html>.

[30] Zum Vergleich: In den USA reichte es bei einem Besuch dagegen nur zu den beiden Republikanern und Anhängern der Tea Party Ron Paul und Joe Walsh.

[31] So war z. B. der Gründer, Philippe Milliau, früher Mitglied des seit den 1990er Jahren eng mit Aleksandr Dugins Eurasischer Bewegung verbundenen Netzwerks der Neuen Rechten GRECE (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne). Der Fernsehdirektor Gilles Arnaud vertrat einst den FN im Regionalrat der Normandie, während ein weiterer Journalist, Alexandre Ayroulet, Anführer der FN-Jugendorganisation war; Quand la Russie flirte avec le FN, 15.9.2013, <www.slate.fr/story/75047/russie-fn>.

[32] Es gibt in New York noch einen zweiten Ableger, das „Institute für Democracy and Cooperation", das jedoch auf Grund der Faulheit seines Leiters, Andranik Migranjan, nicht weiter in Erscheinung tritt.

Die beiden Konferenzen versammelten jenes rechtskonservative Spektrum der deutschen Politik, das heute überwiegend Anschluss bei der *Alternative für Deutschland* (AFD) findet. Deren außenpolitisches Programm, weitgehend von Alexander Gauland verantwortet, sieht denn auch in enger Anlehnung an Bismarck vor, dass Deutschland seinen Interessen am besten durch ein Bündnis mit Russland dienen könne. Da wurde dann mit Blick auf Russland gegen die „Desinformation unserer amerikanisierten Medien" gewettert oder die historische Lehre zum Besten gegeben, dass sich „Deutsche und Russen nie mehr gegeneinander hetzen lassen dürfen".[33] Zu solch famosen Erkenntnissen haben fraglos auch Referenten wie der ehemalige Sowjetfunktionär Valentin Falin und der Berliner Russlandvermittler Alexander Rahr beigetragen, der sich bereits bei anderer Gelegenheit über amerikanische „Gehirnamputationen" und den lähmenden deutschen „Schuldkomplex" ausgelassen hatte.[34]

Da die Leipziger Konferenz das provokante Motto „Werden Europas Völker abgeschafft?" von Thilo Sarrazin trug – der bei der Konferenz auch auftrat – und nicht minder provokant „Sexuelle Umerziehung" thematisierte, löste dies Protest und sogar eine kleine Gegendemonstration aus.[35] Auf die Demonstranten trafen auch die beiden Moskauer Teilnehmerinnen, die Vorsitzende des Familienausschusses der Staatsduma, Elena Misulina, und deren Stellvertreterin, Ol'ga Batalina, die Putins traditionellen Werten mit ihren Gesetzesinitiativen die nötige juristische Repressionswürze gegeben hatten. Sie fühlten sich von dieser unvertrauten Erfahrung derart beeinträchtigt, dass Russlands Regierung einen offiziellen Protest verfasste, den die Bundesregierung zum großen Missfallen der Veranstalter relativ kühl beschied.[36]

Auch in Russland fand das „skandalöse" Ereignis mit entsprechend martialischen Bildern einige Aufmerksamkeit. So widmete ihm Aleksej Puškov, in Personalunion Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und *anchor* der Sendung „Postskriptum" des ersten Kanals, ganze 15 Minuten, in denen in epischer Breite dem Werte- und Demokratieverfall des offiziellen Westens die Standhaftigkeit seiner rechten Kritiker entgegengehalten wurde.[37] So schließen sich Kreise, auf die bei einem Blick auf die russischen Quellen von Putins simuliertem Konservatismus zurückzukommen ist.

In der Abscheu vor Kosmopolitismus, Multikulturalismus und libertären Werten – kurz: vor dem europäischen Projekt als Inkarnation aller post-christlichen Devianz – sind sich das offizielle Russland und die europäischen Rechtspopulisten durch und durch einig. Und man darf annehmen, dass sie daraus künftig in wechselseitiger Bestärkung jene Orientierung und Kraft zu beziehen suchen, über die sie unabhängig voneinander nicht verfügen und die zumindest potentiell Einfluss versprechen.

---

[33] Anzuhören auf <www.youtube.com/watch?v=CeGi_8acKkw>.

[34] Nemeckij politolog Aleksandr Rar: Zapad vedet sebja tak že kak i Sovetskij Sojuz, in: Komsomol'skaja Pravda, 4.5.2012, <www.kp.ru/daily/25878/2841694/?cp=4>.

[35] Der „Souveränitätskonferenz" war dies im Vorjahr an der Berliner Freien Universität nicht gelungen. Offenbar weckt das Thema weniger Emotionen.

[36] Sie drückte zwar pflichtgemäß ihr Bedauern aus, fügte diesem jedoch den Bericht der Landespolizei Sachsen bei, die auf fehlende Strafanzeigen und darauf verwies, dass nicht nur die Demonstranten „aggressives" Verhalten gezeigt hätten, sondern auch Konferenzteilnehmer; vgl. <www.compact-magazin.com/bundesregierung-bekundet-bedauern-ueber-angriffe-auf-compact-konferenz>.

[37] Zu bewundern auf: <www.youtube.com/watch?v=CeGi_8acKkw>.

Das betrifft auch die Europäische Union selbst, die man laut Le Pen am besten dadurch „verbessert", dass man sie zum Einsturz bringt.[38] Das wird im Kreml nicht anders gesehen. Für dessen Hausherrn ist der souveräne Nationalstaat die Essenz der internationalen Ordnung, ungeachtet der Tatsache, dass die nationalstaatliche Etappe der europäischen Politik gerade in Russland alles andere als ermutigende Erinnerungen wecken müsste. Aber ohne die EU sähe sich Russland im Westen des Kontinents nicht länger einer geschlossenen Front gegenüber, was die lang ersehnten Entfaltungsmöglichkeiten changierender Allianzen eröffnen würde. Anders lässt sich Putins Forderung nach Gleichrangigkeit und Gleichberechtigung für Russland nicht verwirklichen.

Russlands intellektueller Nährboden

Putins Konservatismus inspiriert nicht allein die einschlägig empfänglichen politischen Kreise im Westen. Auch umgekehrt wirkt die Werte-Allianz. Die LGBT-Repression und die sie flankierende propagandistische Begleitmusik in Russland ist jedenfalls ein getreues Echo einschlägiger evangelikaler und konservativer Erweckungskampagnen im Westen.[39]
Allerdings verfügt Russland auch über gewichtige autochthone Kapazitäten, insbesondere in Gestalt der Russisch-Orthodoxen Amtskirche. In ihr hat Putin einen kongenialen Partner gefunden, der gleichermaßen als Stichwortgeber wie als Lautsprecher seiner konservativen Erweckung fungiert. Mit anderen Worten: Es ist häufig nicht mehr zu unterscheiden, ob Äußerungen vom Patriarchen Kirill oder vom Präsidenten Putin stammen. Das betrifft nicht nur den Konservatismus, der laut Kirill „von Natur aus religiös" sei, sondern auch den Liberalismus, der nichts anderes als „falsch verstandene Freiheit" verkörpere. Und aus Anlass des letzten Weihnachtsfestes beklagte er ganz im Einklang mit seinem Präsidenten im russischen Fernsehen:

> Wir leben in einer Zeit, in der erstmals in der Menschheitsgeschichte, einschließlich der vorchristlichen Zeit, die Sünde eine juristische Rechtfertigung erfährt, in der die Sünde in die Staatsmacht eingepflanzt ist, oder wenn nicht eingepflanzt, so wird eine Staatsmacht propagiert, die dies im Namen der menschlichen Freiheit toleriert. Wenn die Sünde zur Verhaltensnorm wird, hört die Gesellschaft auf, lebensfähig zu sein. Wenn daher die Sünde mit der Macht des Gesetzes aufgezwungen wird, durch die Macht der Überredung, Propaganda, dann ist das Leben in höchster Gefahr.[40]

---

[38] „How to improve the European Union? By making it collapse" – Marine Le Pen, <http://voiceofrussia.com/news/2014_01_09/How-to-improve-the-European-Union-By-making-it-collapse-Marine-Le-Pen-3208>.

[39] Adam Federman: How US Evangelicals Fueled the Rise of Russia's „Pro-Family" Right. An alliance is born between anti-gay, anti-abortion American groups and the Russian Orthodox Church, 7.1.2014, <www.thenation.com/article/177823/how-us-evangelicals-fueled-rise-russias-pro-family-right#>.

[40] Rožd̂estvennskoe interv'ju Svjatejšego Patriarcha Kirilla telekanaly „Rossija", 7.1.2014, <www.patriarchia.ru/db/print/3498045.html>.

Im Unterschied zu Putin begegnet der Patriarch allerdings weniger Animositäten bei potentiellen Partnern im Ausland als die offiziellen Vertreter des Landes. Der Widerstand gegen Abtreibungen, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften oder andere vermeintlich libertäre und permissive Erscheinungen der aufgeklärten westlichen Moderne jedenfalls trifft auf Verständnis bei vielen offiziellen Vertretern der monotheistischen Religionen.

Im August 2012 konnten sich Patriarch Kirill und der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz Jozef Michalik recht schnell darauf verständigen, zu Versöhnung und wechselseitiger Vergebung aufzurufen, aber auch dazu, gemeinsam die christlichen Werte zu verteidigen. Der traditionellen Familie gaben sie besonders viel Raum: „Ein falsch verstandener Säkularismus nimmt fundamentalistische Züge an und entpuppt sich in Wirklichkeit als eine Variante des Atheismus."[41]

Auch wenn sich Kirill mit Putin in der Beurteilung des „antichristlichen und antireligiösen Charakters" der offiziellen Politik im Westen einig ist, in einem – nicht ganz unwichtigen – Punkt unterscheiden sie sich grundlegend. Für den Moskauer Patriarchen ist die Wahrung der christlichen Werte eine notwendige Rückversicherung gegen den Absturz in den atheistischen – sprich: kommunistischen – Abgrund:

> All dies ist seelisch sehr schwer zu ertragen, denn wir sind durch eine Epoche des Atheismus gegangen. Ich möchte der ganzen Welt zurufen: Menschen haltet ein! Wir wissen, wie ein solches Leben ist. Ihr wisst dies noch nicht in vollem Umfang. Dass ihr die wichtigsten seelischen Stimuli des Lebens demontiert, kann zu katastrophalen Konsequenzen führen.[42]

Das nun sieht Putin gänzlich anders, denn für ihn gilt, wie er in seiner Valdaj-Rede noch einmal bekräftigte:

> Wir müssen stolz auf unsere Geschichte sein, und wir haben Dinge, auf die wir stolz sein können. Unsere ganze unzensierte Geschichte muss Teil der russischen Identität sein.[43]

Das passt nicht gut zusammen, bei allen Bemühungen um die intime Nähe, die das Verhältnis der Russisch-Orthodoxen Amtskirche zum Staat und seinen Repräsentanten schon immer ausgezeichnet hat.[44]

Andere aus dem überwiegend säkularen – oder taktisch-religiösen – rechten Milieu in Russland halten sich da eher an Putins Devise und haben mit ihm und in seinem Umfeld in jüngster Zeit mächtig Auftrieb gewonnen. Ein Beispiel ist der *Izborskij Klub*, ein im September 2012 gegründeter intellektueller Patriotenzirkel.[45] Dessen erklärtes Ziel ist es, im Sinne Putins die gesamte russische Geschichte zu erschließen und dafür den Graben zwischen Roten und Weißen zuzuschütten. Unter der Leitung des sich

---

[41] Die Erklärung ist abgedruckt in: <www.zenit.org/en/articles/joint-statement-of-polish-prelate-russian-orthodox-patriarch>.

[42] Roždestvennskoe interv'ju [Fn. 40].

[43] Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].

[44] Das reichte in der fraglichen Zeit bis zur Selbstaufgabe und soweit, dass selbst 2014 noch ein kirchlicher Verlag einen Stalin-Gedenkkalender publizierte.

[45] Die Internetseite des *Izborskij Klub* findet sich unter <www.dynacon.ru/index.php>.

links gebärdenden patriotischen Publizisten Aleksandr Prochanov weist er eine bemerkenswerte Nähe zum Kreml auf. Immerhin war bei der Gründung Kulturminister Vladimir Medinskij anwesend. Als einen der „Gründer" weist der Klub ferner Sergej Glaz'ev aus, Putins amtlich bestellten Berater zu Fragen der eurasischen Integration. Beide haben, ähnlich wie der stellvertretende Premier Dmitrij Rogosin, mit dem Glaz'ev seinerzeit gemeinsam die Duma-Partei *Rodina* leitete, eine einschlägige patriotische Vita. Und auch Prochanov brüstet sich damit, dass der Klub „eindeutig die Sympathie der Machthaber" genießt.[46]

Aber auch andere „permanente" Mitglieder des Klubs machen aus ihrer Nähe zum Regime keinen Hehl, an ihrer Spitze patriotische Claqueure, die im Staatsfernsehen für eine hohe Betriebstemperatur sorgen, wie Michail Leontev und Maksim Ševčenko. In deren Dunstkreis gehören auch Dmitrij Kiselev und Aleksej Puškov, die zwischenzeitlich zu offiziellen Ehren gekommen sind: Puškov ist Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, in die er nach der Wahl 2011 als Vertreter von Putins „Gesamtrussländischer Volksfront" einrückte.[47] Kiselev – er führte auch das zitierte Interview mit dem Patriarchen – wurde Ende 2013 zum Generaldirektor der neuen Propagandaagentur *Rossija segodnja* bestellt. Sie trat an die Stelle der modernsten und offensten Nachrichtenagentur des Landes, *RIA Novosti*. Kiselev übernahm den Posten von Svetlana Mironjuk und leitete einen Wechsel ein, für den es in Form und Inhalt ein Vorbild zu geben scheint, das älteren Lesern noch vertraut ist: die Publikationen von „Sowjetunion heute".[48] Ein weiteres trostloses Beispiel medialer Gleichschaltung.

Mitglied des *Izborskij Klub* ist neben anderen prominenten Deržavniki wie dem Generaloberst Leonid Ivašov oder dem Leiter der „Eurasischen Bewegung" Aleksandr Dugin natürlich auch Natal'ja Naročnickaja. Sie war es, die bei der Leipziger *Compact*-Konferenz die „totalitären Tabus" im Westen beklagte und sich zu der Aussage verstieg: „Ich hätte nie gedacht, dass ich jemals die Demokratie in Europa werde verteidigen müssen."[49]

Aleksandr Prochanov hat mit dem ihm eigenen großen Gestus Sinn und Zweck des *Izborskij Klub* so beschrieben:

> Unser Club, unser Ensemble, ist ein Labor, in dem wir die Ideologie des russischen Staats schaffen werden, wo wir die grundlegenden Codes der russischen Geschichte und der russischen Staatlichkeit erkunden. Unser Club ist ein Institut, in dem wir die Theorie für den Durchbruch [ryvok], die Stra-

---

[46] So im Interview mit einem anderen einschlägig bekannten Patrioten, Konstantin Zatulin: Aleksandr Prochanov: „My – klub gosudarstvennikov". Stenogramma peredači „Russkij vopros", 15.5.2013 na telekanale TV-Centr, <www.dynacon.ru/content/articles/1272>.

[47] Puškov wurde unlängst auch zum Fraktionsvorsitzenden der „Europäischen Demokraten" in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bestimmt. Zu ihr gehören 80 Abgeordnete, neben vielen Einzelkämpfern vor allem die britischen *Tories* und *Edinaja Rossija*. Gemeinsame Werte haben diese beiden Parteien kaum – außer der Abscheu gegenüber supranationalen Gebilden wie der EU, die aber glücklicherweise nicht Gegenstand der Debatten im Europarat ist.

[48] Dazu der unermüdliche Abwehrkämpfer Ševčenko auf Twitter: „Das systemische Nest der antirussischen Informationskräfte wurde zerschlagen – ein kluger Schachzug von Putin." Zitiert in: R.I.P. RIA Novosti: Putin Rearranges Russia's Media Landscape, <www.international policydigest.org/ 2013/12/09/r-p-ria-novosti-putin-rearranges-russias-media-landscape>.

[49] So im Interview der Postskriptum-Sendung, <www.youtube.com/watch?v=CeGi_8acKkw>.

> tegie und die Konzeption begründen und schaffen werden. Und unser Club ist eine militärische Werkstatt, in der wir eine ideologische Waffe schmieden, die sofort in den Kampf geschickt wird.[50]

Dass sich der Klub dem „russischen Staat" und der Staatsidee „als einer besonderen Religion" und „als höchstem Wert für das russische Volk" verpflichtet weiß, versteht sich von selbst.[51] Daraus folgt für Prochanov eine dringende Aufgabe, denn: „Die Entideologisierung des Staates im 20. Jahrhundert war die mächtigste Waffe in den Händen der geopolitischen Rivalen unseres Landes."[52] Re-Ideologisierung ist also angesagt, zu der auch Putin in Abkehr von früheren Postulaten aufgerufen habe. Nur mit einer eigenen Ideologie, so Prochanov, könne Russland im weltweiten „Kampf der Ideologien" bestehen und im eigenen Land obsiegen, das gleichfalls ein „Schlachtfeld" darstelle, „auf dem sich das Schicksal seines Volkes und seiner historischen Souveränität entscheidet".[53]
In diesem Ringen um die ideologische Orientierung des Landes besetzt der *Izborskij Klub* im eigenen Verständnis den patriotischen und konservativen Flügel und habe auf diese Weise dafür gesorgt, dass

> der politische und ideologische Raum in Russland (hoffentlich für immer) seine unnatürliche und schmerzlich einseitige Konfiguration verloren [hat]. Nunmehr hat er zwei ausgeprägte Flügel und zwei einander entgegengesetzte und gleichermaßen einflussreiche Plattformen: eine liberale – Valdaj – und eine für die Großmacht – Izborsk. Beide – das ist wesentlich – befinden sich in direktem Dialog mit den Machtorganen.[54]

Für den *Valdaj Klub* gilt dies ganz ohne Zweifel, denn er wurde vor zehn Jahren auf Initiative des Kreml mit dem Ziel gegründet, für eine Verbesserung des damals schon sehr ausbaufähigen Image Russlands in der Welt zu sorgen. Zu diesem Zweck treffen sich jedes Jahr zahlreiche westliche Wissenschaftler und Journalisten an noblen Orten in Russland mit ihren russischen Kollegen, um gemeinsam und sehr kritisch über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Russland zu diskutieren und ihre Befunde abschließend mit Putin selbst zu erörtern. Ablauf und Themen sind eng mit dem Kreml abgestimmt und reflektieren dessen jeweilige Agenda – nicht nur beim *Izborskij Klub*, sondern auch bei *Valdaj* waren daher 2013 die russische Identität und Idee angesagt. Allerdings ist der *Valdaj Klub* politisch sehr breit aufgestellt und reicht

---

[50] Aleksandr Prochanov: My – Izborskoe bratstvo, in: Izborskij klub, 2/2013, S. 2–7, <www.dynacon.ru/arh/02_13_Book.pdf>. – Prochanov schreibt „russkaja istorija" und „russkaja gosudarstvennost'" – Anm. der Red.

[51] So im Interview mit Zatulin, wo Prochanov weiter ausführt: „Ohne Staat gibt es keinen historischen Weg. Alles beruht auf dem Verständnis des russischen Staats als imperialem Staat, auf ewig imperial, in alter Zeit wie heute imperial, ungeachtet der Tatsache, dass dies ein kastriertes Imperium ist und wir angeblich ein Nationalstaat sind, wie es heißt." Zatulin, Prochanov, „My – klub" [Fn. 46].

[52] Ul'janovskaja deklaracija Izborskogo kluba, <www.dynacon.ru/content/articles/901>.

[53] Prochanov, My – Izborskoe bratstvo [Fn. 50].

[54] Aleksandr Notin: Izborskij klub: rubež ataki, <www.dynacon.ru/content/articles/2486/ ?sphrase_id=732728>.

bei den russischen Teilnehmern von Aleksandr Prochanov, Natal'ja Naročnickaja und Michail Deljagin aus dem *Izborskij Klub* bis Vladimir Ryškov und Boris Nemcov von der außerparlamentarischen Opposition.

Da ist der *Izborskij Klub* sehr viel stromlinienförmiger, auch wenn er mit seinem Namen nicht zufällig das *Valdaj*-Muster kopiert: Valdaj ist eine Gegend in der Nähe von Novgorod, Izborsk eine Festungsanlage in der Nähe von Pskov, direkt an der Grenze zu Estland – gegenwärtig einer der vermeintlichen Hauptfeinde Russlands. Doch während der *Valdaj Klub* der Imagebildung nach außen dient, bemüht sich der *Izborskij Klub* um ideologische Inspiration nach innen, mit im Zweifel weitaus gravierenderen Wirkungen nach außen.

So wie sich der *Izborskij Klub* der russischen Staatsidee verpflichtet weiß, so wenig Zweifel lässt er an seinem Gegner, den er mit einigen anderen teilt, die in Russland heute Politik machen: „der globalisierenden liberalen Ideologie und ihren Anhängern, die im Interesse unserer geopolitischen Feinde handeln". Es war, so der Klub, „das liberale Projekt, das im Februar 1917 den Sieg über das traditionelle Russland feierte und 74 Jahre später über die Sowjetunion". Um diesem wirkungsvoll entgegenzutreten, bedarf es der Bildung einer „gemeinsamen patriotischen, imperialen Front", zu der der *Klub* in seiner Deklaration von Uljanovsk vom Dezember 2012 aufruft:

> Russland muss die beiden stärksten Energien vereinen: die wachsenden „roten" und „weißen" Ideologien des russischen Patriotismus. Diese Vereinigung bedeutet, dass in die Struktur und Aktivitäten des Staates ein starkes Element sozialer Gerechtigkeit eingeführt wird, das von der Sowjetunion geerbt wurde, sowie die Rückkehr zur christlich-orthodoxen Spiritualität und Universalität des traditionellen Russland. Durch diese Synthese wird unser Land zu einer unbesiegbaren Macht, und sie erlaubt, der Menschheit einen universal gültigen Weg der sozialen Entwicklung zu weisen, der sich auf die Erfahrungen der russischen Zivilisation stützt.[55]

Diese „beiden Traditionen der Staatlichkeit" gehörten unauflöslich zusammen:

> die Tradition der russischen Zaren, Sammler des Imperiums, und die Tradition Stalins, Bauherr der sowjetischen Zivilisation. Und für die eine wie für die andere Tradition gilt die heilige Souveränität der Nation.[56]

Für den *Izborskij Klub* ist diese „rot-weiße-Einheit" essentiell, denn nur die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Hauptfeind – den westlichen Liberalismus – erlaubt bis auf Weiteres, die ideologischen Gräben zu überwinden, die in der Vergangenheit Rote und Weiße zu erbitterten Feinden gemacht hatten. Man kann bezweifeln, dass jenseits dessen die Differenzen dauerhaft beseitigt werden können. Putin jedenfalls hat seinerseits deutlich gemacht, dass er zwar die gemeinsame Gegnerschaft zum Liberalismus teilt, jedoch wenig davon hält, in rot-weißer Synthese oder in rot-weißer Alternative in die Vergangenheit zurückzukehren. So erklärte er in seiner Valdaj-Rede:

---

[55] Ul'janovskaja deklaracija [Fn. 52].
[56] Ebd.

> Wir haben die sowjetische Ideologie dauerhaft hinter uns gelassen, und es wird keine Rückkehr geben. Die Verfechter eines fundamentalen Konservatismus, die das Russland vor 1917 idealisieren, sind ebenso weit von der Realität entfernt wie die Vertreter eines extremen Liberalismus westlichen Zuschnitts.[57]

Wo genau sich Putins Realität befindet, erschließt sich aus solchen Äußerungen allerdings auch nicht. Auf jeden Fall beanspruchen seine traditionellen Werte ewige Geltung – und sind damit noch weniger in eine konkrete Politik zu übersetzen, die mehr darstellt, als der traditionellen und zunehmend ressentimentgeladenen Abgrenzung vom Westen so etwas wie programmatische Kohärenz zu verleihen.

Was tun?

Putins ideologische Reinkarnation als Wertkonservativer macht aus Russlands Politik noch keine ideell fundierte Veranstaltung und aus ihrer führenden Partei *Edinaja Rossija* noch keine Weltanschauungspartei. Auch kann der offensive Gestus, mit dem die tausendjährigen traditionellen Werte dem Westen entgegengehalten werden, nicht verbergen, dass es in der Substanz um den sehr handfesten Ausbau der Verteidigungsstellungen geht. Und doch bleibt nicht alles beim Alten eines bloß ideologisch dekorierten Pragmatismus. Das neue Mantra des Konservatismus schafft, von der höchsten Autorität im Lande intoniert, eine virtuelle Realität, aus der heraus sich eine neue Dynamik zu entfalten beginnt, die sowohl auf der Ebene der Ideen als auch im Zusammenspiel der Akteure Wirkung zeigt.

Die konservative Reideologisierung in Moskau lässt nach mehr als zwanzig Jahren wieder so etwas wie eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen entstehen – ungeachtet des artifiziellen Charakters und des Eklektizismus, den Putins Erschließung der Tradition auszeichnet. Indem dieser die westliche Demokratisierungsagenda mit Sitten- und Werteverfall gleichsetzt – und damit als undemokratisches Elitenprojekt denunziert –, wendet er sich von deren universaler Geltung ab und einem ebenso universalen, religiös drapierten Wertekanon zu. Dieser hat den Charme, als beliebig in die Vergangenheit zu verlängerndes Phänomen regelmäßig mit autoritärer Herrschaft einhergegangen zu sein. Und er bricht damit die gegenüber dem Putinismus als autoritärem Herrschaftsmodell bislang geschlossene westliche Demokratiefront auf und verlagert die Auseinandersetzung auf das neue Spielfeld eines Wertedisputs innerhalb des Westens.

Damit eröffnen sich auch personell ganz neue Anknüpfungspunkte und potentielle Koalitionen. Sowohl im traditionalistischen westlichen Lager, aus dem Umfeld etwa der christlichen Kirchen, als auch im rechtspopulistischen, das in allen Ländern der EU in jüngster Zeit erheblichen Zulauf verzeichnen kann, finden Moskaus Sirenenklänge Anklang. Daher stellt sich hier allein die Frage, wie lange die Berührungsängste wechselseitig noch anhalten. Bei den Rechtspopulisten jedenfalls überwiegt der ver-

---

[57] Meeting of the Valdai Club [Fn. 4].

meintliche Bedeutungsgewinn aus einem intimen Umgang mit Moskau schon jetzt die Befürchtung größerer Kollateralschäden.

Daraus folgen für die westliche und namentlich auch die deutsche Politik zwei Fragen: Soll jetzt im Umkehrschluss der Westen seine Politik entideologisieren, sprich: demokratisch *ent*-werten? Und wie ist mit der Aussicht umzugehen, dass die Rechtspopulisten in Westeuropa und die Rechtskonservativen in Moskau gemeinsame Sache machen?

Eine Entideologisierung der Russlandpolitik forderten auf deutscher Seite immer jene, die durch eine übermäßige Betonung der Differenzen bei den Werten und ihrer Umsetzung das Kooperationsklima beeinträchtigt und die deutschen Interessen gefährdet sahen. Die politische Herausforderung war, hier eine Balance herzustellen, die Kooperation in der Gegenwart mit der Überwindung des Regimes unter demokratischen Vorzeichen in der Zukunft verband.[58]

Dieser dialektische Ansatz geht verloren, wenn im Zeichen des ideologisch aufgeladenen Putinismus in westlichen Verlautbarungen nun die demokratische Perspektive Russlands aufgegeben wird. Solche Anklänge gibt es überraschenderweise in Verlautbarungen des neuen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der Ende Januar 2014 zur Münchner Sicherheitskonferenz ausführte: „Welchen Weg Russland am Ende strategisch und im Inneren nehmen wird, ist offen."[59]

Dass der russische Weg im Unterschied zu früheren Einschätzungen plötzlich „offen" sein soll, hat offenkundig auch damit zu tun, dass jetzt bei Russland nicht mehr allein von den „politischen Defiziten" die Rede ist, sondern davon, dass es „grundlegend divergierende Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Bürgerrechten" gebe. Damit macht sich der deutsche Außenminister etwas zu Eigen, was in der Vergangenheit vonseiten Russlands immer wieder behauptet, aber nie wirklich mit Substanz gefüllt wurde – und jetzt in Gestalt der „traditionellen Werte" erstmals ein materielles Substrat gefunden hat.

Allerdings ist auch das inkohärent, widersprüchlich und daher ziemlich ungeeignet, zu einem alternativen gesellschaftspolitischen Entwurf jenseits der vertrauten Abwehrreflexe zu werden. Es ist allzu durchsichtig, wie der neue Traditionalismus nach außen den Reformdruck neutralisieren, nach innen die konservativen Reihen schließen soll und dabei die Reputation der orthodoxen Kirche missbraucht. Denn wenn man diese „grundlegend divergierenden Vorstellungen" einmal konkret abfragt, kommt dabei wenig mehr heraus als heiße Luft.

Natürlich ist Russlands Entwicklungsperspektive offen – nach den Maßstäben wissenschaftlicher Urteile. Wenn dies jedoch der Außenminister feststellt, handelt es sich nicht um ein wissenschaftliches, sondern um ein politisches Statement, kein prognostisches, sondern ein programmatisches. Wenn aber Russland in die Beliebigkeit unterschiedlicher Entwicklungsziele und -pfade entlassen wird, gibt es keine Veranlassung mehr, auf eine demokratische Zukunft hinzuarbeiten. Ohne die Erwartung einer demokratischen Entwicklungsperspektive verliert daher auch die von Steinmeier einst selbst aus der Taufe gehobene Modernisierungspartnerschaft konzeptionell ihren Sinn. Sie war ja nicht deswegen verkehrt, weil die Ergebnisse im überschaubaren

---

[58] Hans-Joachim Spanger: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin Feinde, in: OSTEUROPA, 7/2013, S. 169–187.

[59] Ohne Russland geht es nicht, <www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2014/140127-BM_Focus_MueSiKo.html>.

Zeitraum seit 2008 mager blieben und Kritiker unterschiedliche Interpretationen des Vorhabens in Berlin und Moskau geltend machten. Es ist die Essenz einer solchen Veränderungsstrategie, dass sie nur langfristig funktionieren kann und daher auch so angelegt sein muss. Wird indes das Ziel aufgegeben, ist sie in der Tat obsolet.

Für eine Entideologisierung der deutschen Russlandpolitik in dem Sinne, dass der demokratischen Entwicklungsperspektive für die deutsche Politik keine operative Bedeutung mehr zukommen soll, besteht folglich keine Veranlassung. Sie bleibt der notwendige Kompass, der gerade dann unverzichtbar ist, wenn das Ziel in weiter Ferne liegt und sich der Weg als kurvenreich und kaum markiert erweist. Und sie signalisiert nach Moskau, dass Kooperation nicht um jeden Preis zu haben ist.

Aus der Tatsache, dass das Ziel in weiter Ferne liegt, folgt umgekehrt aber auch ein Kooperationsgebot. Dmitrij Medvedev hatte während seines präsidialen Interregnums in seiner Rede vor der Föderalversammlung 2008 den weisen Satz gesagt,

> dass, um positive Ergebnisse zu erzielen, „problematische Staaten" – wo immer sie sind – nicht isoliert werden dürfen, sondern vielmehr in einen Dialog einbezogen werden müssen.[60]

Das gilt selbstverständlich auch für Putins Russland, aber gilt es auch für jeden offiziellen Vertreter dieses Russlands? Keineswegs. Es gibt keinen Grund, jenen politischen Repräsentanten aus Moskau im Westen den roten Teppich auszurollen, die sich darin gefallen, mit den Rechtspopulisten aus dem Westen ihre gemeinsame Abscheu gegen die dort herrschenden Verhältnisse zu zelebrieren oder gemeinsam die Axt an die Europäische Union zu legen. Auch wenn sie aus Russland kommen, sollten sie nicht anders behandelt werden als die heimischen Gewächse.

Putins konservative Wende bahnte sich zwar schon länger an, war gleichwohl die große Überraschung des letzten Jahres. Sie hat eine gewisse innere Logik, da sie angesichts der nicht abebbenden kritischen Anwürfe aus dem Westen den Spieß umdreht, den Kreml propagandistisch entlastet und so etwas wie eine Offensive eröffnet. Das hat vor allem autosuggestive Wirkung und kann den Russen daheim den beruhigenden Eindruck vermitteln, dass sich der Kreml entgegen allem Anschein durchaus im zivilisatorischen Mainstream bewegt. Da sich auf diese re-ideologisierte Wende jedoch Anknüpfungspunkte für neue Achsen und Allianzen schafft, besteht die sehr praktische Gefahr, dass Russland in Europa wieder zu dem wird, was es in unterschiedlicher Verkleidung schon des Öfteren war: der aggressive Antipode der Aufklärung und des Liberalismus. Das gilt es zu verhindern.

---

[60] Poslanie Prezidenta Federal'nomu sobraniju, 5.11.2008, <http://archive.kremlin.ru/sdocs/appears.shtml?stype=63372>.

Gemma Pörzgen

„Soft Power“ und Imagepflege aus Moskau

Leichtes Spiel für PR-Offensive in der Medienkrise

Russland versucht seit Jahren, sein Image zu verbessern. Für dieses Ziel werden Auslandsmedien ausgebaut und PR-Firmen beauftragt. Aber es fehlt eine Gesamtstrategie und das Grundverständnis, wie demokratische Öffentlichkeit funktioniert. Trotz teilweiser Erfolge wird Moskau ohne einen politischen Wandel und gesellschaftliche Modernisierung in Russland nicht viel erreichen. Das zeigt auch der Blick auf einige der Akteure staatlicher Imagepolitik in Deutschland.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Ost-West-Konflikts sucht Russland seine neue Rolle. Während die UdSSR unbestritten als Supermacht und in politischer, sozioökonomischer, ideologischer und militärischer Hinsicht als Gegenpol zu den USA galt, sieht sich die russische Führung seither vor der Herausforderung, die Stellung der Russländischen Föderation in den internationalen Beziehungen neu zu definieren. Sie steht in der multipolaren Weltordnung des 21. Jahrhunderts nicht mehr nur im Wettstreit mit den USA, sondern auch mit der EU, mit China oder Indien.

Um Russlands Einfluss weltweit geltend zu machen, spielt heute neben der *hard power* – militärischer Stärke und Wirtschaftsmacht – die *soft power* eine immer wichtigere Rolle. Dieser Begriff wurde von dem US-Politologen Joseph Nye eingeführt und definiert die Möglichkeit, Menschen durch kulturelle und politische Attraktivität zu überzeugen, anstatt durch militärische und wirtschaftliche Macht zu dominieren.[1] Als Mittel zur Durchsetzung dieser *soft power* gilt Public Diplomacy. Dabei handelt es sich um einen Kommunikationsprozess einer Regierung mit der Öffentlichkeit im Ausland. Ziel ist es, das Image des eigenen Landes in der Öffentlichkeit anderer Ländern zu verbessern. „The only remaining superpower is public opinion“, sagt der britische Politikberater Simon Anholt über die Bedeutung der öffentlichen Meinung in der globalisierten Welt. Er fand mit seinen Thesen auch bei Russlands Präsident Vladimir Putin in dessen exklusivem Diskussionszirkel in Valdaj Gehör.[2]

Gemma Pörzgen (1962), Journalistin, Berlin
Von Gemma Pörzgen erschien zuletzt in OSTEUROPA: Kräftereservoir. Die deutschen Stiftungen in Russland, in: Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland. Berlin 2012 [= OE, 6–8/2012], S. 485–504. – Wertfrage Auslandsjournalismus. Die Verlage, das Geld und die Berichterstattung, in: OE, 3/2012, S. 41–46.

1 Joseph S. Nye: Soft power. The means to success in world politics. New York 2001.

2 Simon Anholt: Russia’s International Image, and Why It Matters. Valdai Discussion Club, 15.9.2013, <http://valdaiclub.com/politics/62321.html>.

In internationalen Umfragen, die den Einfluss verschiedener Länder und deren Sympathiewerte messen, landet Russland seit Jahren auf den hinteren Plätzen.[3] In Washington, aber auch in vielen europäischen Hauptstädten, hat sich eine „Russlandmüdigkeit" breitgemacht, in der sich neben der Ernüchterung über die politische Entwicklung in Moskau auch Russlands schlechtes Image widerspiegelt. Um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, sollte das Land attraktiv sein. Russlands Führung bemüht sich deshalb seit einigen Jahren um ein besseres Image. Ähnlich wie China setzt der Kreml dabei auf den Ausbau seiner Auslandsmedien und der staatlichen Kulturinstitute. Aber auch internationale PR-Agenturen sowie sportliche Großereignisse wie die Olympischen Winterspiele in Soči 2014 oder die Fußballweltmeisterschaft 2018 gehören zum Versuch, Russland zu neuem Ansehen zu verhelfen.

Die Akteure der Imagekampagne

Während Peking seine Imagekampagne werbewirksam als „Charme-Offensive" postuliert, hat Moskau für seine Aktivitäten keinen ähnlich griffigen Slogan gewählt. Offensichtlich fehlt es an einer klaren Strategie und an Koordination, wie der russische PR-Berater und Direktor des *Ward Howell Talent Equity Institute* in Moskau, Aleksej Dolinskij, kritisiert.[4] So liegt die Zuständigkeit für „die Vermarktung Russlands" eigentlich beim Außenministerium. Doch auch in der Präsidialadministration sind wichtige Aktivitäten bei Putins Pressesprecher Dmitrij Peskov und dem stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration Aleksej Gromov angesiedelt. „Es gibt zu viele Player", moniert Dolinskij. Dabei investiert Russland inzwischen eine Milliarde Dollar im Jahr für seine Image-Aktivitäten.
Laut Dolinskij sei diskutiert worden, die Federführung künftig auf die Föderale Agentur *Rossotrudničestvo* zu übertragen, um die Koordination zu verbessern.[5] Diese Föderale Agentur, die sich eigentlich um die russische Diaspora kümmern sollte, hatte bereits 2012 eine erkennbare politische Aufwertung erfahren, als der erfahrene Außenpolitiker Konstantin Kosačev zu deren Direktor berufen wurde. Sie soll über einen Etat von rund 100 Millionen Dollar verfügen. *Rossotrudničestvo,* so Kosačev in einem Interview mit der Zeitung *Kommersant"*, gründe auf Traditionen und Erfahrungswerten aus der Sowjetzeit und arbeite eng mit dem Außenministerium zusammen:

> Meines Erachtens benutzte die Sowjetunion Methoden der „soft power" – auch wenn sie so nicht genannt wurden – äußerst aktiv und in nicht weniger ausgefeilter Weise als ihre geopolitischen Gegenspieler.

---

3 Views of China and India Slide in Global Poll, While UK's Ratings Climb, <www.globescan.com/news-and-analysis/press-releases/press-releases-2013/277-views-of-china-and-india-slide-while-uks-ratings-climb.html>.

4 Gespräch mit Aleksej Dolinskij am Rande des Symposiums „Promoting Alternative Views in a Multipolar World: Brics and their Evolving Role in Developing Media Markets". Robert Bosch Stiftung, 11.10.2013, Berlin.

5 Federal'noe Agentstvo po delam Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv, sootečestvennikokov, proživajuščich za rubežom, i po meždunarodnomu gumanitarnomu sodrutničestvu; Föderale Agentur für Angelegenheiten der GUS, der im Ausland lebenden Landsleute und für internationale humanitäre Zusammenarbeit, <http://rs.gov.ru/>.

Das Bild, das man sich weltweit von der Sowjetunion machte, sei nicht schlechter und in einigen Aspekten sogar besser als die Realität gewesen. Heute sei die Lage umgekehrt:

> Der Ruf und das Image Russlands in der Welt sind leider viel schlechter als die reale Situation im Land. Man könnte es so ausdrücken: Russland unterliegt weltweit einer Schuldvermutung. Wenn in Russland ein Ereignis geschieht, wird dieses im Ausland automatisch – quasi aus Gewohnheit – mehrheitlich negativ ausgelegt.[6]

Der Auslandssender *Russia Today*

Als sehr erfolgreich erweist sich bislang die weltweite Medienoffensive des staatlichen Auslandsfernsehsenders *Russia Today*. RT, wie der Sender sich nennt, konkurriert seit 2005 auf dem globalen Fernsehmarkt mit den bisherigen Marktführern *CNN International, BBC World* und *Euronews*. In einem Interview mit RT erläuterte Präsident Putin den Auftrag des Senders:

> Bei der Gründung Ihres Senders bestand die Überlegung, dass es auf der Weltinformationsbühne einen weiteren Akteur geben muss, einen, der objektiv über Russland berichten muss und versucht, das Monopol der angelsächsischen Medien zu brechen.[7]

Mit einem Jahresbudget von circa 300–400 Millionen Dollar betreibt der Sender weltweit mehr als 20 Büros und beschäftigt über 2500 Mitarbeiter, 100 allein in Washington. Es gibt Nachrichtenkanäle in drei Sprachen (Englisch, Arabisch, Spanisch), mit denen *Russia Today* nach eigenen Angaben inzwischen 630 Millionen Zuschauer in mehr als hundert Ländern erreicht. Der Sender wird über 20 Satelliten verbreitet und ist auch im Internet über einen Live-Stream auf seiner Website zu sehen.
„Das Vorbild war der Erfolg von *Al Dschazira*“, sagt PR-Berater Dolinskij. Der russische Auslandssender verfolgt dabei in der tagesaktuellen internationalen Berichterstattung eine kremltreue Linie. Aber auch innenpolitisch schwierigen Themen geht er nicht aus dem Weg. Der Schwerpunkt liegt darauf, Doppelstandards westlicher Politik hervorzuheben und ausführlich über Missstände in den USA und Europa zu berichten. *Der Spiegel* beschreibt den neuen „Krieg der Bilder“ so:

> Die Regie wirft ein Foto von Edward Snowden an die Studiowand, dem Whistleblower, den die USA jagen. Es folgt ein Bericht über das Lager Guantanamo, das Amerika in Verruf gebracht hat. Die Vorlagen, die Amerika seinen Gegnern liefert, verwertet *Russia Today* gern und ausdauernd. Auch

---

[6] Glava Rossotrudničestva rasskazal b”kak ulučšit’ obraz RF za rubežom, in: Kommersant”, 3.9.2012; gekürzt deutsch: Gründe für Russlands Negativ-Image im Ausland, in: Russland Heute, 11.9.2012, <http://russland-heute.de/articles/2012/09/11/gruende_fuer_russlands_negativ-image_im_ausland_15193.html>.

[7] Präsident Putin in RT-Interview am 11.6.2013, in: Ruptly – die russische TV-Agentur, NDR, Zapp, 11.9.2013, <www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/film_fernsehen_radio/ruptly101.html>.

> Washingtons kleine Sünden bleiben nicht unbemerkt. So schafft es auch ein Mann namens Ali Bongo Ondima in die Sendung, Gabuns Diktator, der von Barack Obama unterstützt wird.[8]

Die Kritik an den USA ist Teil der Strategie des Senders. RT präsentiert sich ähnlich wie der chinesische Sender CCTV oder Press TV aus dem Iran als Alternative zu den westlichen Meinungsführern in der globalen TV-Berichterstattung wie *CNN International* oder *BBC World*. In Großbritannien erreicht *Russia Today* nach Angaben des dortigen Instituts zur Ermittlung der Einschaltquote bereits fast 2,5 Millionen Zuschauer. In den USA produziert das Team seit 2010 eigens *RT America* und erreicht in den Großstädten schon ein größeres Publikum als BBC-World.[9] Auf *You Tube* erzielte RT im Juni 2013 eine Milliarde Klicks – deutlich mehr als CNN und BBC World. Dabei hilft dem Sender, dass in den USA das Vertrauen in die eigenen Medien sinkt und CNN seit Jahren gegen massiven Zuschauerschwund ankämpft. Bei BBC World wird massiv gespart. In Deutschland muss die *Deutsche Welle* um Unterstützung für ihre Auslandsaktivitäten kämpfen. Während die westlichen Auslandsmedien schwächeln, ist RT im Aufwind.

Zum Erfolg trägt bei, dass der Auslandssender sehr geschickt westliche Journalisten und Moderatoren eingekauft hat, die RT ein internationales Image verleihen und Aufmerksamkeit erregen. Seit Sommer 2013 arbeitet etwa Larry King für *Russia Today*, der vorher 25 Jahre lang das Gesicht von CNN war. Auch der *Wikileaks*-Gründer Julian Assange bekam zeitweise bei RT eine eigene Talkshow „The World of Tomorrow", zu deren erster Ausstrahlung er den Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah, der seit Jahren westlichen Sendern keine Interviews gibt, an geheimem Ort im Libanon interviewte.

„Der Sender versteht sich als Vorkämpfer einer westkritischen, globalen Gegenöffentlichkeit", beschreibt Benjamin Bidder den Erfolg des Senders:

> *Russia Today* soll wie ein Verstärker für die Selbstzweifel von Europäern und Amerikanern wirken, die sich derzeit fragen müssen, ob ihre Staaten womöglich ähnlich korrupt und von Geheimdiensten unterwandert sind wie Russland und China.[10]

2010 und 2012 wurde RT sogar für den wichtigen US-Fernsehpreis „Emmy Award" nominiert. Und die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton sprach schon 2011 davon, dass die USA dabei seien, den weltweiten „Informationskrieg" zu verlieren, als sie angesichts der Erfolge von Al Dschazira und RT eine Aufstockung ihres Etats für das US-Außenministerium forderte. [11]

---

[8] Benjamin Bidder: Krieg der Bilder, in: Der Spiegel, 12.8.2013, <www.spiegel.de/spiegel/print/d-106677678.html>.

[9] Ebd.

[10] Ebd.

[11] <www.youtube.com/watch?v=L6sYB5d1Bu4>.

Die Videoagentur *Ruptly*

Um im Wettlauf um die besten Bilder noch besser zu sein, wurde im Frühjahr 2013 die global agierende Videoagentur *Ruptly* in Berlin gegründet, die Fernsehbilder von aktuellen Ereignissen vermarkten soll. Sie beschäftigt vor allem junge Leute, die in einem Büro in Nähe des Potsdamer Platzes arbeiten. Es gibt inzwischen 25 Ruptly-Niederlassungen in verschiedenen Ländern.

Weltweit greifen Fernsehsender auf solch frei erwerbbares Bildmaterial zurück, das über Agenturen vertrieben wird. Die meisten Bilder stammen von den Videoangeboten der führenden Nachrichtenagenturen, der britischen *Reuters TV* und der *Associated Press Television News* (APTN). Während diese Marktführer einem angelsächsischen, demokratisch-pluralistischen journalistischen Selbstverständnis verpflichtet sind, gibt es dafür im Falle der russischen Agentur *Ruptly* keine Gewähr.

„Es gibt einen großen Bedarf an alternativer Information“, schildert Ivan Rodinov, leitender Redakteur im Berliner Büro die Nachfrage nach dem Video-Rohmaterial.[12] „Die Menschen haben den Mainstream satt.“ *Ruptly* biete gutes Videomaterial zu einem sehr guten Preis. Um sich als Videoagentur auf dem Fernsehbildermarkt zu etablieren, bedarf es eines langen Atems. 2013 erzielte *Ruptly* keine schwarzen Zahlen. Bislang profitiert sie von der staatlichen Förderung über den Sender RT. Damit kann die Videoagentur auch die Preise der Konkurrenz leicht unterbieten.

Der inzwischen ausgeschiedene Multimedia-Direktor Global der *Deutschen Welle*, Christoph Lanz, beurteilte diese Aktivitäten kritisch:

> Die neuen Konkurrenten der arrivierten Agenturen können – positiv gedacht – das Geschäft beleben, oder andernfalls – und diese Sicht ist die wahrscheinlichere – den unabhängigen Journalismus bedrohen, gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern. Denn unter Sparzwang oder bei generell geringer finanzieller Ausstattung werden Sender auf seriöse Agenturen verzichten und auf Ruptly und CCTV setzen.[13]

Die Berichterstattung von Russia Today oder CCTV sei zumindest unvollständig, meistens verzerrt.

> Welche Bilder unsere Sicht auf die Welt prägen, wird in den Redaktionen und an den Kameras weltweit entschieden. Wer ist gut, wer ist böse, wer hilft und wer tötet? Es sind die zentralen Fragen des Weltgeschehens, die das Fernsehen mit Bildern beantwortet. Es ist ein Kampf um die Weltöffentlichkeit. Und auch wenn Ruptly sich als kommerzieller Anbieter verstanden wissen will: Das Geld für die Aktivitäten kommt direkt oder indirekt aus dem Kreml – und der will, dass wir die „richtigen Bilder“ sehen.[14]

---

[12] Ivan Rodinov bei einer Podiumsdiskussion auf dem Symposium „Promoting Alternative Views in a Multipolar World“ [Fn. 4].

[13] Christoph Lanz: Putins Welt, in: Frankfurter Rundschau, 14.12.2012, <www.fr-online.de/medien/russia-today-putins-welt,1473342,21110888.html>.

[14] Ebd.

Die Zeitungsbeilage Russland Heute

Seit 2007 lädt die *Süddeutsche Zeitung* einmal im Jahr wichtige Leute aus Wirtschaft und Politik zu einem hochrangig besetzten Wirtschaftskongress ins Hotel Adlon in Berlin ein. Im Winter 2010 gehörte Vladimir Putin, damals Ministerpräsident, zu den Hauptrednern und präsentierte seine Idee für eine europäisch-russische Freihandelszone. Zeitgleich erschien eine neue Publikation auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Seitdem liegt *Russland Heute* einmal im Monat der *Süddeutschen Zeitung* bei.
Für den normalen SZ-Leser sieht es auf den ersten Blick wie ein zusätzliches Informationsangebot über Russland aus. Viele der Artikel werden von freien Mitarbeitern geschrieben, die über fundierte Russlandkenntnisse verfügen und sich darüber freuen, in *Russland Heute* Themen unterzubringen, die in der SZ und anderen Zeitungen aufgrund des bescheidenen Raums für Auslandsthemen nur noch selten Platz finden. Und mit 180 Euro für einen Artikel von 5000 Zeichen lässt sich hier mehr verdienen, als es in der anhaltenden Zeitungskrise inzwischen üblich ist. Vielen Autoren erscheint die Publikation in der SZ-Beilage attraktiver als andere PR-Aufträge, die immer bedenkenloser akzeptiert werden. Viele Freie können ihr Leben mit journalistischer Arbeit allein kaum noch finanzieren und sehen sich nach zusätzlichen Einkünften um.
Unter dem ersten Chefredakteur Alexej Knelz widmete sich *Russland Heute* bewusst auch kritischen Themen wie etwa den Witwen getöteter Terroristen in der Krisenregion Nordkaukasus, geschrieben von der Moskau-Korrespondentin des US-Magazins *Newsweek*. Benjamin Bidder charakterisierte die Anfänge der Beilage sehr treffend:

> *Russland Heute* versucht, durch Offenheit in Deutschland Sympathien zu wecken – und nebenbei Verständnis für manche Positionen der russischen Führung.[15]

Tatsächlich ist das Produkt journalistisch fragwürdig angelegt, da in der SZ-Beilage nur ein Hinweis im Impressum und oben auf den Innenseiten darauf hinweist, dass die *Rossijskaja Gazeta* als Auftraggeber fungiert. Diese karge Information macht der SZ-Leserschaft nicht ausreichend deutlich, dass es sich dabei um die offizielle Zeitung der russländischen Regierung handelt und das deutsche Produkt indirekt aus dem Staatshaushalt der Russländischen Föderation finanziert wird.
In Zeiten sinkender Anzeigenerlöse im Zeitungsgeschäft ist die Beilage für die *Süddeutsche Zeitung* vor allem ein lukratives Verlagsgeschäft. *Russland Heute* erreicht mit der auflagenstärksten, überregionalen, deutschen Tageszeitung jeden Monat mehr als 400 000 Haushalte und wirkt als Beilage der SZ seriöser, als es eigentlich angemessen ist. Die FAZ hatte dieses Geschäft zuvor abgelehnt.
Auch anderswo haben renommierte Zeitungen einen solchen fragwürdigen Handel akzeptiert. *Russland Heute* ist nur die deutsche Ausgabe des internationalen Projekts *Russia beyond the Headlines* (RBTH) der *Rossijskaja Gazeta*. In staatlichem Auftrag

---

[15] Benjamin Bidder: Gute Nachrichten aus dem gelobten Land, in: Spiegel-Online, 24.2.2011, <www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/propaganda-zeitung-russland-heute-gute-nachrichten-aus-dem-gelobten-land-a-746335.html>.

erscheinen in 16 Sprachen in mehr als 20 Ländern Zeitungsbeilagen, die ein alternatives Russlandbild vermitteln sollen. Weltweit renommierte Zeitungen wie *New York Times*, *Washington Post*, *Daily Telegraph*, *El País* oder *Le Figaro* wirken an diesem Projekt mit.

In Deutschland hat sich *Russland Heute* sichtbar verändert. Nachdem Alexej Knelz als Chefredakteur 2012 die Redaktion verließ, wurde das Erscheinungsbild des Blattes stärker an die Kremllinie angepasst. Unter dem neuen Chefredakteur Aleksej Karelskij wird immer mehr Material aus der Moskauer Zentralredaktion übernommen und übersetzt. Wer das Blatt regelmäßig liest, stößt auf Artikel, die wie bezahlte Beiträge anmuten oder nach den Prinzipien „schwarzer PR“ offensichtliche Konzerninteressen vermitteln. „Russische AKWs punkten mit Sicherheit“ heißt die Überschrift über einem vermeintlich journalistischen Wirtschaftsbeitrag, dessen Botschaft lautet, dass Atomtechnologie aus Russland in Europa immer größeres Interesse hervorrufe.[16] Vergleichbare Artikel finden sich über Energiekonzerne oder das Innovationszentrum *Skolkovo*. Die Redaktion der *Süddeutschen Zeitung* stand der Werbebeilage inhaltlich von Anfang an kritisch gegenüber und verweist bei Journalisten-Anfragen gern darauf, dass sie für Anzeigenprodukte nicht zuständig sei. Wer im Verlag der *Süddeutschen Zeitung* nachfragt, erhält in der Anzeigenabteilung nur knappe Informationen. Der Objektleiter Supplements, Martin Siebert, antwortete auf Anfrage:

> *Russland Heute* ist keine Verlagsbeilage der *Süddeutschen Zeitung*, sondern eine vom Kunden in Zeitungsform gestaltete, regelmäßig erscheinende Fremdbeilage.[17]

Über die Dauer des Vertrages und den Erlös aus diesem Geschäft könne er aus Wettbewerbsgründen keine Auskunft geben.

> Die Verantwortlichkeit ist auf der Titelseite und im Impressum klar ausgewiesen. Wir können hier keine Intransparenz erkennen.

Das Beispiel zeigt, wie solche gut finanzierten PR-Offensiven und die Schwäche des Journalismus ineinander greifen. Eine Kurzstudie des *Netzwerks Recherche* über Journalismus und Korruption kam zu dem Ergebnis:

> Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass angesichts einbrechender Werbeeinnahmen und sinkender Verkaufszahlen selbst bei vielen renommierten Medien kaum noch Hemmungen vorhanden sind, entstandene Rückgänge durch Kooperationen mit Lobbyisten und Unternehmen auszugleichen. Der Ruf nach journalistischer Unabhängigkeit wirkt zunehmend hilflos.[18]

---

[16] Andrej Resnitschenko: Russische AKs punkten mit Sicherheit, in: Russland Heute, 2.10.2013, S. 3.

[17] Schriftliche Antwort auf die Anfrage der Autorin im Oktober 2013.

[18] Netzwerk Recherche: Gefallen an Gefälligkeiten. Journalismus und Korruption. Berlin 2013, <www.netzwerkrecherche.de/Publikationen/Studien/Gefallen-an-Gefaelligkeiten-2013/>, S. 28.

In Zeiten sinkender Anzeigenerlöse und der Suche nach neuen Geschäftsmodellen für die Verlage werden kommerzielle Nebengeschäfte immer wichtiger. Publizistische Grundsätze werden diesem Ziel zunehmend untergeordnet.

Die *Stimme Russlands*

Mit der Neuausrichtung des früheren sowjetischen Propagandasenders *Stimme Russlands* in den vergangenen Jahren entstanden in mehreren Hauptstädten erstmals Auslandsbüros, so in Washington, London, Kiew, Istanbul und eben in Berlin. In bester Lage am Pariser Platz nahm im Januar 2013 ein junges deutsch-russisches Team seine Arbeit auf. Die festangestellten Redakteure sollen das deutsche Programm des traditionsreichen Auslandsrundfunks *Golos Rossii* mit Radiobeiträgen aus der deutschen Hauptstadt bereichern.

Die stellvertretende Leiterin des Berliner Büros, Daniela Hannemann, hatte schon als Studentin in Moskau beim Deutschen Programm gearbeitet und kennt die Zentrale des Staatssenders aus eigener Anschauung. Die Kulturwissenschaftlerin widmete ihre Bachelor-Arbeit der *Stimme Russlands* und vor allem der Frage, wie dort die „Schere im Kopf" bei den russischen Kollegen funktionierte.[19] Die junge Frau träumte von einer Modernisierung des Senders. „Ich mag Russland super gern und hatte dort eine gute Zeit. Das möchte ich weitergeben", sagt Hannemann zu ihrer Motivation für ihren Job. Vor ihrer Elternzeit war Hannemann als Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den *Bundesverband Deutsch-Russischer Unternehmer* tätig. Eine qualifizierte journalistische Ausbildung hat sie nicht.

Da der Sender über keine eigene UKW-Frequenz verfügt, können Nutzer das deutsche Programm nur im Internet anhören. „Unsere Zielgruppe sind Leute, die interessiert sind an einer anderen Perspektive, die in deutschen Medien keine Rolle spielt", sagt Hannemann. Als Beispiel nennt sie die deutsche Berichterstattung über Syrien, die auf Hintergrundanalysen zur Haltung Moskaus lange Zeit praktisch verzichtete. Hannemann betont, dass sie bei der Berichterstattung einigen Spielraum hat, solange die Beiträge professionell gemacht seien. „Auf jeden Fall muss man eine Schere im Kopf haben und versuchen das zu reflektieren, aber das macht jemand beim *Spiegel* auch", sagt sie über die Tendenz der Berichterstattung für den russischen Staatsender. Es gebe keine Tabuthemen, versichert sie. Vielmehr würden Themen anders betrachtet und die Russlandklischees der deutschen Berichterstattung vermieden.

Tatsächlich hatte sich das Büro zunächst unter der Redaktionsleiterin Anastasia Gorachova zu einer „gutbezahlten Spielwiese für junge Journalisten" entwickelt, wie es Berliner Kollegen beschrieben. Interviewpartner wie der Russlandexperte von *Amnesty International*, Peter Franck, zeigten sich überrascht, dass anfangs auch russlandkritische Gesprächspartner in Beiträgen des Berliner Büros zu Wort kamen. Andere blieben skeptisch gegenüber dem russländischen Staatssender und einigen seiner langgedienten Mitarbeiter, zumal der größte Teil des deutschsprachigen Programms ebenso wie die Gestaltung der Webseite unverändert in der Hand der Moskauer Zentrale lag. „In Russland gibt es eben weiterhin andere Vorstellungen von Journalismus", begründete

[19] Interview mit Daniela Hannemann, 10.9.2013, Berlin.

ein landeskundiger Pressesprecher in Berlin seine Zurückhaltung, dem Sender überhaupt Interviews zu geben.

Die plötzliche Ablösung von Gorachova im September 2013 machte deutlich, dass die Zentralredaktion in Moskau mit dem Kurs des Büros nicht zufrieden war. Als Chefredakteur wurde nun Michail Laiko eingesetzt, dessen Werdegang in Moskau keinerlei journalistische Kompetenz aufweist. In der Redaktion hieß es, er sei ein enger Freund des Direktors in Moskau.

Insider erklärten den überraschenden Wechsel mit einem internen Machtkampf zwischen dem Berliner Büro und den alten Kräften in der Moskauer Zentrale. „Früher war es der KGB, heute sind es die Kremlfunktionäre, die sich einmischen“, hieß es im Umkreis der Redaktion. Heftigen Streit löste unter anderem ein Radiobeitrag über die Proteste gegen die Homosexuellen-Gesetze vor Russlands Botschaft aus, der in der ursprünglichen Form nicht gesendet wurde. Auch die Kündigung von zwei Redakteurinnen im Herbst stand offenbar im Zusammenhang mit deren Berichterstattung, die sich nicht ausreichend nach Moskauer Vorgaben richtete.

Aber nicht nur der Umgang mit Mitarbeitern, auch die Arbeitsstruktur und die Geschäftsbeziehungen des Büros wirkten abenteuerlich: Die *Stimme Russlands* bediente sich etlicher Strohmänner, um in Deutschland auf Sendung zu gehen. So liefen die befristeten Verträge für die Beschäftigten über den Anbieter für Hörfunktechnik *Digispot-Systems*. Der Empfang der *Stimme Russlands* über Mittelwelle lief über die Zulassung eines Treuhänders namens Burkhard Beyer aus dem hessischen Langen, dessen Firma MulConPro sich Dienstleister für multimediale Projekte nennt. Laut Gesetz kann nur an Personen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat eine Sendeerlaubnis erteilt werden, denn ein Staat oder eine staatliche Stelle könne keine Sendeerlaubnis erhalten, sagte die Sprecherin der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg.[20]

Nach dieser Treuhandvereinbarung müsse die *Stimme Russlands* eigentlich Weisungen von Herrn Burkhard Folge leisten.

Im Digitalradio baute die *Stimme Russlands* eine Zusammenarbeit mit der Firma *plexiMedia* auf, die bundesweit am Ausbau des digitalen Radios mitwirkt, um zur Programmvielfalt in Deutschland beizutragen, wie es auf ihrer Webseite heißt.[21] Die Firma strahlt seit 2013 in mehreren Bundesländern ein Vollprogramm aus. Hier laufen drei Stunden Wortprogramm der *Stimme Russlands* und eine Stunde Musik von *Radio Impala* im Wechsel. Der Geschäftsführer von plexiMedia, David Kats, ist trotz mehrfacher Anfragen nicht bereit, die Zusammenarbeit genauer zu erläutern. Die zuständige Landesmedienanstalt Hessen ist aber genau unterrichtet. „Ein Rundfunkveranstalter muss nicht hundert Prozent seines Programms selbst produzieren“, erläutert ein Sprecher.[22] Kats ist als Lizenznehmer und Programmdirektor für alle gesendeten Inhalte voll verantwortlich. Die Landesmedienanstalt verfolge mit entsprechenden Programmanalysen, dass das Programm nicht gegen geltendes Recht verstoße.

Auch bei der Landesmedienanstalt in München lag im November ein Antrag eines bayerischen Programmanbieters *Mega Radio* vor, der gleich bis zu 15 Stunden Programm der *Stimme Russlands* täglich Huckepack nehmen wollte. Anträge des Senders auf UKW-Frequenz scheiterten bislang mehrfach an dem Veto der Aufsichtsbehörden,

---

[20] Antwort der mabb-Sprecherin Ingeborg Zahrnt am 17.9.2013 auf eine Anfrage der Autorin.

[21] <www.radioimpala.de/>.

[22] Anfrage der Autorin im Oktober 2013.

unter anderem wegen berechtigter Zweifel an der Staatsferne des Auslandssenders. Bleibt also bislang vor allem das Internet, um deutsche Hörer über die Webseite zu erreichen. [23]

Im Dezember 2013 verfügte Präsident Putin überraschend, dass die *Stimme Russlands* und die Nachrichtenagentur *Ria Novosti* aufgelöst und in der neu ins Leben gerufenen Agentur *Russland Heute* aufgehen sollen. Zum Direktor dieser neuen Institution ernannte Putin den Fernsehjournalisten Dmitrij Kisel'ev, der für seine homophoben und antiwestlichen Äußerungen bekannt ist. Bislang läuft der Betrieb unter dem Dach der neuen Agentur von *Russland Heute* weiter. Unter der Führung der Chefredakteurin Svetlana Mironjuk hatte sich *Ria Novosti* zuletzt von einem Propagandadienst zu einer professionellen, multimedial arbeitenden Nachrichtenagentur entwickelt. Sie war im September 2011 vom Internationalen Olympischen Komitee zum Medienpartner im Gastgeberland ausgewählt worden, sodass ihr bei der Berichterstattung aus Soči eine zentrale Rolle zukam. Der Zusammenschluss soll aber nach Einschätzung von Experten die staatliche Kontrolle über die ohnehin regulierten Medien noch weiter verstärken.

Im Berliner Büro der *Stimme Russlands* ist noch immer unklar, wie sich die Liquidierung des Moskauer Stammhauses auf die eigene Arbeit auswirken wird. Bereits zum Jahreswechsel wurden einige Kollegen in der deutschen Hauptstadt entlassen. Die Verträge der Beschäftigten am Pariser Platz gelten offenbar nur noch bis März 2014. Dann läuft – nach dem Ende der Olympischen Spielen in Soči – die dreimonatige Frist aus, die Putin in seinem Erlass zur Umstrukturierung von *Ria Novosti* und *Stimme Russlands* vorgesehen hatte.

Die Rolle von PR-Agenturen

Bei der Imagepflege für Russland kommen auch international tätige Werbe- und PR-Firmen zum Zuge. Sie sollen beim „country branding" positive Veränderungen bewirken. Sichtbarer Erfolg einer geschickten Beratung war Anfang September 2013 der Gastbeitrag von Präsident Putin in der *New York Times*, in dem er sich direkt an die US-Bevölkerung wandte und vor einem Militärschlag in Syrien warnte. [24] Der ungewöhnliche Kommentar, der weltweit große Aufmerksamkeit erregte, verriet in der Wahl des Zeitpunkts, des Publikationsortes, des Genres und des Stils hohe Professionalität. Hinter all dem steckte die New Yorker PR-Agentur *Ketchum*, die seit Jahren in Diensten des Kreml steht. Sie soll allein im ersten Halbjahr 2013 für ihre Dienste zur Imagepflege rund 1,9 Millionen Dollar aus Moskau kassiert haben.[25] Russlands Präsidialverwaltung hatte die weltweit tätige PR-Firma im Jahr 2006 erstmals beauf-

---

[23] <http://german.ruvr.ru/>.

[24] Vladimir Putin: Plea for caution from Russia, in: New York Times, 12.9.2013, <www.nytimes.com/2013/09/12/opinion/putin-plea-for-caution-from-russia-on-syria.html?pagewanted=all&_r=0>.

[25] Vladimir Putin wrote „basic content" of New York Times op-ed, spokesman says, in: The Guardian, 12.9.2013, <www.theguardian.com/world/2013/sep/12/putin-op-ed-author-ketchum-nyt>.

tragt. Damals betreute sie medial Russlands G-8-Präsidentschaft und sollte bessere Kontakte zu westlichen Medien knüpfen.

Die Mitwirkung von Ketchum wurde öffentlich, weil sich Lobbyisten in den USA über die Foreign Agents Registration Act (FARA) registrieren müssen, wenn sie dort die Interessen fremder Regierungen vertreten.[26] In einem verpflichtenden Online-Register lässt sich auf diese Weise für alle US-Bürger nachvollziehen, wer in Washington in wessen Diensten steht. In Brüssel wurde gleichzeitig Ketchums Tochterfirma *GplusEurope* tätig. In unmittelbarer Nachbarschaft der EU-Kommission arbeitet sie ebenfalls daran, Russlands Image zu verbessern. In Brüssel gibt es seit 2008 ebenfalls ein Lobbyisten-Register. Doch dort ist der Eintrag freiwillig, sodass derartige Aktivitäten nur teilweise abbildet werden.[27] Die Dienste von GplusEurope wurden der breiteren Öffentlichkeit 2008 während des Krieges im Kaukasus zwischen Georgien und Russland bekannt, als zahlreiche Medien die PR-Schlacht der beiden Konfliktparteien thematisierten. Georgien hatte damals in Brüssel die Agentur *aspect consulting* beauftragt.[28]

Auch in Berlin gibt es verschiedene Akteure, die versuchen, an der Imageverbesserung Russlands mitzuverdienen. Es ist ein undurchsichtiger Markt. Das lukrative Geschäft lebt von der Diskretion gegenüber den Kunden. Eine journalistische Recherche stößt bei vielen Lobbyisten, PR-Firmen, Medienanbietern, Politik- und Kommunikationsberatern auf Abwehr. Die Türen sind verschlossen, es gibt wenig Transparenz. Sich selbst bezeichnen die Vertreter der Branche ungern als Lobbyisten. Stattdessen greifen sie auf seriös klingende Bezeichnungen zurück wie Public Affairs, Politikberatung oder Politische Kommunikation, was ihnen die Zusammenarbeit mit unkundigen Journalisten, Politikern oder Forschungsstätten stark erleichtert und einen höheren gesellschaftlichen Status verleiht.

„Jede Agentur will beim Russland-Geschäft mitmachen, weil da das große Geld ist“, sagt der Russlandexperte Alexander Rahr, der selbst als Berater in Diensten des Energieunternehmens *Wintershall* steht und vom *Deutsch-Russischen Forum* zum „Forschungsdirektor“ berufen wurde.[29] In Berlin fehlt bislang ein Auskunftsregister, das die Öffentlichkeit über die Aktivitäten von PR-Agenturen im Auftrag ausländischer Regierungen informieren könnte. Dabei fordert der Verein *LobbyControl* schon seit Jahren ein verpflichtendes Lobby-Register in Deutschland.[30] Die PR- und Lobbyszene hat sich nach Beobachtung von LobbyControl stark professionalisiert und ihre Aktivitäten ausgeweitet. Vor allem durch die Pflege von persönlichen Verbindungen und Öffentlichkeitsarbeit versuchten Interessengruppen immer stärker, Politik, Wirtschaft und Medien zu beeinflussen. Der Journalist und Mitbegründer von *Netzwerk Recherche*, Thomas Leif, prägte deshalb schon 2006 in Analogie zum Begriff „Vierte Gewalt“ für die Medien den Begriff der „Fünften Gewalt“ für den Lobbyismus und dessen zunehmenden Einfluss.[31]

---

[26] <www.fara.gov/>.

[27] <http://ec.europa.eu/transparencyregister/info/homePage.do>.

[28] Gemma Pörzgen: Deutungskonflikt: Der Georgien-Krieg in den deutschen Medien, in: OSTEUROPA, 11/2008, S. 79–95.

[29] Gespräch der Autorin mit Alexander Rahr im August 2013.

[30] <www.lobbycontrol.de/>.

[31] Thomas Leif, Rudolf Speth: Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn 2006.

LobbyControl versucht seit seiner Gründung, mehr Licht in das Dunkel der vielfältigen Machenschaften zu bringen und die verdeckte Einflussnahme mit gezielten Recherchen und Hintergrundberichten offenzulegen. „Im Mutterland des Lobbyismus und der PR, in den USA, ist das schon viel besser entwickelt", sagt der Campaigner im Berliner Büro, Timo Lange.[32] „Dem Normalbürger ist nicht bewusst, wie groß der PR-Einfluss inzwischen ist und was alles auf die Initiative von Agenturen zurückgeht", bedauert Lange. Er findet es sehr problematisch, wenn verdeckt und irreführend gearbeitet werde. Schließlich müsse auch für Laien erkennbar sein, wer hinter einer Kampagne stehe und sie finanziere.

Der Verein widmet sich auch deshalb der gezielten Aufklärung, weil durch die prekäre Finanzlage vieler Medien in den Redaktionen an Personal und Recherche gespart werde und auf die unabhängige Berichterstattung in den Medien nicht mehr Verlass sei. Zahlreiche Redaktionen würden immer durchlässiger für externes PR-Material und recherchierten nicht mehr ausreichend, beklagen die Aktivisten. LobbyControl konzentriert sich bislang auf innenpolitische Themen. Nur vereinzelt und zufällig erfahren die Aktivisten bislang von Aufträgen ausländischer Regierungen, meist stammen sie aus Medienberichten. Ein deutsches Lobbyregister ist bislang nicht in Sicht. „Alle Organisationen müssten dann auflisten, welche Ex-Politiker sie auf ihrer Gehaltsliste haben", sagt Lange.

Einige Ex-Politiker sind längst dafür bekannt, dass sie für viel Geld in Moskauer Dienste traten. Der prominenteste ist der Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der unmittelbar nach dem Regierungswechsel im Dezember 2005 dem Werben von *Gazprom* nachgab und Mitglied des Aufsichtsrates für das Pipeline-Projekt *Nordstream* wurde. Seit sein Engagement öffentlich wurde, werden Äußerungen des SPD-Politikers über Russland oder Präsident Putin vor allem im Licht dieser Beschäftigung gesehen. 2010 wurde der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (ehemals SPD) in den Aufsichtsrat des russischen Beratungsunternehmens *Energy Consulting* gewählt.[33] Der langjährige Hamburger Oberbürgermeister Henning Voscherau (SPD) wurde im April 2012 Vorsitzender des Aufsichtsrates der *South Stream Transport AG*, einem Joint Venture von *Gazprom* und dem italienischen Energieversorger ENI.[34] Er war noch zwei Monate zuvor als möglicher Kandidat für die Bundespräsidentenwahl im Gespräch gewesen.

Auch über Hans-Dietrich Genscher wurde dank zahlreicher Medienberichte publik, warum sich der frühere Außenminister und Ehrenvorsitzende der FDP häufig so wohlwollend über autokratische Regime in Osteuropa, etwa Aserbaidschan oder Kasachstan äußerte.[35] Genscher fungierte lange Zeit relativ unbemerkt als Ehrenvorsitzender des Beirats der PR-Agentur *Consultum Communications* mit Sitz in Berlin, ist aber offenbar inzwischen ausgeschieden.

---

[32] Interview der Autorin mit LobbyControl-Campaigner Timo Lange, 3.9.2013, Berlin.

[33] Clement wird Berater in Russland, in: Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010, <www.sueddeutsche.de/politik/ex-wirtschaftsminister-clement-wird-berater-in-russland-1.409015>.

[34] Florian Willershausen: Voscherau wird Gaslobbyist für Russland, 19.3.2012, <www.wiwo.de/unternehmen/energie/gazprom-pipeline-voscherau-wird-gas-lobbyist-fuer-russland-/6346890.html>.

[35] Daniel Brössler: „Mein Freund, der Diktator", in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.2013, <www.Sueddeutsche.de/politik/kritik-an-hans-dietrich-genscher-mein-freund-der-diktator-1.1669224>

Die PR-Agentur unter Leitung des früheren *Bild*-Journalisten Hans-Erich Bilges hat sich u.a. auf die „Beratung und Betreuung ausländischer Regierungen und ihrer diplomatischen Vertretungen in Deutschland spezialisiert“.[36] Sie widmete sich der Lobbyarbeit für die autoritären Regime Kasachstans, Belarus und Aserbaidschans. [37] Den Beirat schmücken die Namen weiterer Prominenter, etwa der des Ex-Ministers Michael Glos (CSU) oder des Journalisten und ehemaligen Intendanten des Deutschlandfunks Ernst Elitz. Mehr Aufmerksamkeit erregte 2013 der Wechsel des früheren Chefredakteurs der *Berliner Zeitung*, Uwe Vorkötter, zu der PR-Agentur.

Das Beispiel Consultum Communication zeigt aus Sicht von LobbyControl, wie wichtig es wäre, genau zu wissen, inwieweit sich Ex-Politiker und Journalisten auf solche bezahlte Image-Aktivitäten anderer Staaten einlassen und welchen Einfluss dies auf politische Entscheidungen hat. Denn meldet sich der Elder Statesman Genscher zu Wort, gilt er unverändert als politisches Schwergewicht. „Es bleibt unklar, ob seine Aussage seiner politischen Einschätzung entspricht oder ob er das für Geld macht“, rügt Timo Lange die vorhandene Intransparenz. „Wenn Geld geflossen ist, sollte das eigentlich klar werden.“ Schließlich gehe es bei dieser Form der Lobbyarbeit darum, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen und die deutsche Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Im Russlandgeschäft hat lange *dimap-communications*, die neuerdings *dicomm-advisors* heißt, zu den wichtigsten die Agenturen gehört.[38] Auf ihrer Webseite stand zu lesen, dass auch die Russische Botschaft und *Gazprom* zu ihrem Kundenstamm gehörten.[39] Der Vertrag mit der Botschaft sei inzwischen gekündigt worden, bestätigt eine Sprecherin der Agentur. Weitere Auskünfte zur Zusammenarbeit und den Erfahrungen im Russland-Geschäft gibt sie auch nach dem Ende der Zusammenarbeit nicht. [40] Bekannt ist, dass die Agentur regelmäßig Zielgruppenbefragungen zur Russlandberichterstattung durchführte. So gab es im Mai 2008 eine Umfrage, in der *dimap* aufgrund der Auskünfte von 250 befragten Personen höheren Einkommens folgerte, die „deutsche Informationselite“ wünsche eine ausgewogenere Russlandberichterstattung, und dies auf vielen Kanälen verbreitete.[41]

Das größte deutsche Agenturnetzwerk *Media Consulta* mit 56 Niederlassungen weltweit wirbt ebenfalls auf seiner Website mit dem Russland-Engagement und einer eigenen Tochterfirma an der *Tverskaja ulica* in unmittelbarer Nähe des Kreml.[42] Die Agentur ist seit Januar 2006 in Moskau tätig. 2009 konnte sie für ihre russische Tochter den früheren stellvertretenden Sprecher des damaligen Präsidenten Dmitrij Medvedev als Geschäftsführer gewinnen, der lange als Journalist für die Agentur *RIA-Novosti* in Deutschland gearbeitet hatte. Die Agentur organisierte nach eigenen Angaben auch den Davis Cup in Moskau für den internationalen Tennisverband und den japanischen Hauptsponsor. Auch *Gazprom*, die *Gazprombank*, die Deutsche Botschaft

---

[36] <http://consultum.de/index.php?id=118,0,0,1,0,0>.

[37] Gemma Pörzgen: Imagepflege für autoritäre Regime – PR-Agenturen, der Journalismus und der Fall von Belarus, in: OSTEUROPA, 12/2010, S. 61–68.

[38] <www.dicomm-advisors.eu/>.

[39] <http://ckpt.org/wp-content/uploads/2011/07/dimap_communications.pdf>.

[40] Anfrage der Autorin im Oktober 2013.

[41] Zielgruppenbefragung. Das Russlandbild der Infoelite & Zukunftsgeneration, April 2008, Kurzpräsentation, <www.dimap-communications.de/PM_080505_Russlandbefragung.pdf>.

[42] <www.media-consulta.de/>.

in Moskau, der DAAD und die Delegation der Europäischen Kommission in Russland gehörten schon zum Kundenstamm. 2010 rückte die Kommunikationsagentur in den Kreis der Mitglieder des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft auf.
Auch die Agentur *g+europe* hat in Berlin ein Büro, das mit russischen Kunden zusammenarbeitet. Ihr zuständiger Kommunikationsberater Florian Daniel kam von *dimap* und hat die Berliner Repräsentanz für g+europe aufgebaut. Auf Anfrage verweist er darauf, dass Imagewerbung für Staaten nur sehr begrenzt erfolgreich sei. Mehr will er nicht sagen, da sich die Agentur zu laufenden Mandaten nicht äußere.
Über seine konkrete Arbeit verrät er aber in einem Interview etwas mehr:

> Heute zeichnet sich Interessenvertretung vor allen Dingen durch effektives Netzwerken aus. Dabei geht es nicht um intransparente Mauscheleien. Was zählt, ist das Argument. Die Rolle des Lobbyisten ist es, seinen Mandanten dabei zu helfen, durch das Dickicht der Politik zu navigieren, Argumente relevant zu machen und an die richtigen Entscheider zu bringen.[43]

Das Unternehmen *Wegweiser Media & Conferences* schreibt auf seiner Website, dass es in einem strategischen Mix aus Konferenz, Ausstellung, Publikation und Studie die entscheidenden Menschen unter Beteiligung führender Fachleute aus Politik und Wirtschaft zusammenbringe.[44] Zu den Kunden und Partnern zählen weltweit tätige Unternehmen, mittelständische Anbieter sowie Regierungen, Politik und Verbände. *Wegweiser* trage dazu bei, „die Herausforderungen der Zukunft und notwendige Veränderungen aus einem breiteren Blickwinkel zu sehen und zu verstehen". Für Russland bedeutet das, dass *Wegweiser* zusammen mit dem *Handels- und Wirtschaftsbüro der Russischen Föderation in Deutschland* und dem *Verband der Russischen Wirtschaft* ein *Jahrbuch der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen* herausgibt. „Das Jahr 2014 soll zu einem Meilenstein in der russischen Wirtschaftspolitik werden", heißt es weiter. Pünktlich zum Unternehmerkongress Deutschland–Russland im Mai 2014 erscheint der „Business Guides Russia 2014 Special Edition ‚Russlands Strategie 2020'" als Tagungsvorlage. Den Beirat von *Wegweiser* repräsentiert mit dem früheren Hamburger Oberbürgermeister Klaus von Dohnanyi wieder mal ein prominenter Ex-Politiker.
Die Unternehmensgruppe *Commit Group* hat sich auf Delegationsreisen von Unternehmern in die GUS spezialisiert und wirbt mit jahrelanger Erfahrung und Präsenz vor Ort sowie profunder Kenntnis der Märkte und Akteure.[45] Auch *WMP-Healthcare* ist in Russland engagiert. Auf der Webseite ist nicht zu erkennen, mit welchen Kunden die Agentur in Russland zusammenarbeitet. Auch hier sitzt Hans-Dietrich Genscher im Beirat.[46] Die US-Agentur *Hill Knowlton* zählt nach Auskunft von Insidern unter anderem *Nordstream* zu ihren Kunden.[47] Die PR-Firma *Silla* wirkt auf ihrer Webseite vergleichsweise transparent. Zu ihrer Geschichte schreibt sie:

---

[43] Interview mit Daniel Florian: Die EU ist mehr als Brüssel, in: PR.Report, 22.1.2014, <http://prreport.de/home/aktuell/article/7835-die-eu-ist-mehr-als-bruessel/>.
[44] <http://wegweiser.de/>.
[45] <www.commit-pp.com/>.
[46] <www.wmp-ag.de/unternehmen.php>.
[47] <www.hkstrategies.com/>.

> Es ist nicht viel Zeit vergangen, unsere Dienstleistungen waren jedoch sehr gefragt. Auch unser Standort hat sich als günstig erwiesen, weil Berlin ein Zentrum der Macht ist, eine Schnittstelle zwischen Ost und West, in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht. Als Beispiel gehören auch die Botschaften der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan zu unseren Stammkunden.

Angefangen hatte das Team einmal mit Showbusiness und der Organisation von großen Konzerten.[48]

Guntram Kaiser ist gesellschaftsführender Geschäftsführer von *Kaiser Kommunikation* und einer der wenigen, der offen über seine Arbeit spricht.[49] „Wir verstehen uns als moderne Diplomatie“, sagt er über seine Branche und gibt zu, dass auch für ihn die eigene Szene intransparent bleibt. „Viele legen ihre Projekte nicht offen, denn die PR-Szene ist durch Wettbewerb bestimmt.“ Diskretion sei ein sehr wichtiger Teil des Geschäfts, weshalb Kaiser nicht viel von der Idee eines verpflichtenden Lobbyregisters hält. Kaisers Agentur ist in der deutsch-russischen Community gut vernetzt. Er ist nach eigenen Angaben Mitglied des Vereins *MitOst*, des *Deutsch-Russischen Forums* und der *Deutsch-Russischen Festtage*. Deshalb organisiert Kaiser auch ab und zu mal eine Veranstaltung ehrenamtlich.

Die hellen, modernen Büroräume von Kaisers PR-Agentur befinden sich in unmittelbarer Nähe des Checkpoint-Charlie an der alten Schnittstelle zwischen Ost- und Westberlin. Der PR-Manager kennt Russland bereits seit Jahrzehnten, da er schon als DDR-Student von 1979 bis 1985 an der Diplomatenschmiede MGIMO Internationale Beziehungen studierte. „In Russland muss man langfristig denken“, ist Kaisers Erfahrung, der sich als Dienstleister versteht. Er bietet seinen Kunden ein breites Angebot praktischer Leistungen an, organisiert Veranstaltungen und Pressekonferenzen. So seien russische Kunden häufig an der Kontaktanbahnung zu deutschen Partnern interessiert, an Delegationsreisen oder Besuchen bei Unternehmen. Der PR-Mann legt großen Wert darauf, dass in seinem Team mehrere muttersprachliche Kräfte arbeiten, damit die Kommunikation mit den Kunden auf Russisch laufen kann.

Nach eigener Aussage vermittelte Kaiser den Kontakt zur *Süddeutschen Zeitung* für die Beilage *Russland Heute*. Heute ist er für die Twitter- und Facebook-Aktivitäten der Publikation verantwortlich und unterstützt den Online-Auftritt, für den die PR-Agentur Texte aus Berlin beisteuert. Da kann es vorkommen, dass Kaiser eine Veranstaltung über das deutsche „Russlandbild“ im Russischen Haus organisiert und später selbst auch den Artikel schreibt.[50] „Die Intention ist ein journalistisches Produkt zu machen“, sagt Kaiser dennoch über *Russland Heute*. Es sei eine gute Möglichkeit, die Facetten der Berichterstattung über Russland zu erweitern und ein anderes Bild zu vermitteln. Das sei eine normale Reaktion auf die Entwicklung der Medienlandschaft in Deutschland, in der er eine ausgewogene Russlandberichterstattung vermisst. Kaiser nennt als wichtigen Grund für die Unausgewogenheit der Berichterstattung über

---

[48] <www.sillaeu.com/de/history>.

[49] <www.kaisercommunication.de/>.

[50] Guntram Kaiser: Russlandbild: Wer beeinflusst die Deutschen? 17.9.2013, <http://russland-heute.de/gesellschaft/2013/09/17/russlandbild_wer_beeinflusst_die_deutschen_25961.html>.

Russland, dass fast alle deutschen Journalisten schon einmal in die USA gereist seien, aber höchsten fünf Prozent in die Russländische Föderation.

Kritik an der Russlandberichterstattung als PR-Thema

Seit Jahren gibt es Kritik an der Russlandberichterstattung. Auch OSTEUROPA widmete dieser Frage eine Debatte. Unbestreitbar wird die Zahl der Korrespondenten in Russland gekürzt, und das Interesse an Russland geht in deutschen Redaktionen zurück. Das führt dazu, dass die Berichterstattung der Vielfalt an Themen aus dem riesigen Land kaum noch gerecht wird, sich zu stark auf Menschenrechtsfragen fokussiert und die Realität Russlands dadurch zunehmend verzerrt wahrgenommen wird. Da dies aber Teil einer Entwicklung ist, welche die gesamte Auslandsberichterstattung und auch andere Länder betrifft, ist die Inflation der Veranstaltungen, die sich der Klage über die Russlandberichterstattung und das Russlandbild widmet, dennoch erstaunlich. Deshalb liegt der Verdacht nahe, als werde das Thema von PR-Leuten gezielt instrumentalisiert.

So erschien im März 2011 ein langer, bilanzierender Artikel des PR-Beraters Juri Galperin über Klischees und Stereotype der Russlandberichterstattung als Dossier-Beitrag der *Bundeszentrale für Politische Bildung* (bpb).[51] Die Redaktion hatte nicht etwa einen unabhängigen Journalisten oder Wissenschaftler als Autor gewählt, präsentierte aber Galperin als Berater für Public Affairs bei *dimap communications*, was für den unkundigen Leser eher dessen vermeintliche Expertise hervorhob. Die fragwürdige Veröffentlichung führte nicht nur zu einigen kritischen Leserbriefen von Russlandkennern an die Bundeszentrale, sondern im Oktober 2012 auch zu einer kleinen Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck. Er fragte, ob es die Bundesregierung im Lichte der Aufgaben der bpb für sinnvoll halte, einen Artikel auf der Internetseite zu veröffentlichen, der „von einem PR-Profi geschrieben wurde, der beruflich die Interessen Russlands vertritt".[52] Das zuständige Innenministerium rechtfertigte die Veröffentlichung mit der „Qualität des Manuskripts".

Als Kritikerin der Russlandberichterstattung tritt auch die frühere Moskau-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, auf. Eigentlich betreibt sie seit Jahren mit ihrem Mann eine Ferienanlage in Spanien, aber sie veröffentlichte 2007 ein ganzes Buch „Was passiert in Russland", das mit ihrer Branche sehr streng ins Gericht ging. Die langjährige Russlandkennerin, die heute noch Mitglied im Lenkungsausschuss des *Petersburger Dialogs* ist, lud damals zur Vorstellung des Buches ins Berliner Hotel Adlon ein, das bevorzugter Schauplatz russlandfreundlicher Veranstaltungen ist. Im Kreis gleichgesinnter Russlandfreunde fanden die Mahnungen der früheren Fernsehfrau auffallend große Zustimmung. Sie beklagte, dass in der aktuellen Berichterstattung über die Großmacht im Osten Feindbilder aus der Zeit des Kalten Krieges aus der Versenkung geholt würden. Seither meldet sich Krone-Schmalz, die

---

[51] Juri Galperin: Das Russlandbild deutscher Medien, Dossier, 25.3.2011, <www.bpb.de/ internationales/europa/russland/47998/russlandbild-deutscher-medien?p=all>.

[52] Kleine Anfrage des Abgeordneten Volker Beck im Oktober 2012 sowie Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph Berger, <dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/109/1710925.pdf>, hier S. 10.

sich aus dem Journalismus eigentlich verabschiedet hat, immer wieder mit ähnlichen Beiträgen zu Wort, zuletzt im Sommer 2012 im Monatsmagazin *Cicero*.[53]
Auch wenn die Autorin zu Recht einen differenzierteren Blick auf Russland einfordert, lässt sie in ihrer Medienschelte auffallend außer Acht, welchen Anteil Russlands Führung durch den autoritären innenpolitischen Kurs sowie enttäuschte Modernisierungsversprechungen an ihrem negativen Image haben könnte. Auch die erschwerten Arbeitsbedingungen, die deutsche Korrespondenten zunehmend beklagen, lässt Krone-Schmalz unerwähnt. Dabei ist die Verschlossenheit von Politikern und Beamten gegenüber ausländischen Journalisten ein großes Problem für die akkreditierten Moskau-Korrespondenten. Auch das macht die Berichterstattung in Russland schwerer als in anderen Ländern, zumal die Einschaltung von PR-Agenturen den Umgang mit Journalisten zunehmend dominiert. „Einladungen zu Pressekonferenzen oder Veranstaltungen der Präsidialadministration erhalten wir von *G-Plus* aus Brüssel oder Berlin, direkt erreicht man hochrangige Gesprächspartner selten“, sagte die ARD-Korrespondentin in Moskau, Ina Ruck, der Organisation *Reporter ohne Grenzen*.[54]

Die PR für Michail Chodorkovskij

Auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Freilassung im Berliner Mauermuseum galt der Dank des Ex-Oligarchen Michail Chdorkovskij ausdrücklich den Medien. „Und nicht zuletzt wurde meine Befreiung durch die Medien möglich, auch durch die Medien, die Sie hier vertreten“, sagte er zu den drängelnden Journalisten. Tatsächlich waren es vor allem seine PR-Leute, die in einer beispiellosen Kampagne die Erinnerung an den prominenten Häftling Russlands über Jahre wachhielten.
„Wo eine Seite kommuniziert, kommuniziert auch die andere“, sagt der PR-Berater Kaiser über die Chodorkovskij-Kampagne. In Berlin hatte die PR-Agentur *Burson-Marsteller* 2005 das Mandat übernommen.[55] Der Kontakt kam zustande, nachdem die Agentur von Chodorkovskijs damaligem Anwalt Robert Amsterdam ein Interview mit dem *Fokus* vermittelt hatte. Seither versuchte die Agentur in Deutschland dafür zu sorgen, dass Chodorkovskijs Schicksal nicht vergessen wurde. Auch in anderen europäischen Ländern liefen vergleichbare Aktionen, da weltweit ein ganzes PR-Netzwerk für diesen Fall eingespannt wurde. Ziel war es, in der Öffentlichkeit die Freilassung Chodorkovskijs zu fordern und seine physische Unversehrtheit zu schützen. „Die Prominenz ist seine Lebensversicherung“, sagt ein PR-Berater. Wem es nicht gelinge, in der westlichen Öffentlichkeit bekannt zu bleiben, werde im Gefängnis sehr leicht vergessen.
In den deutschen Medien war lange ein kritisches Bild vom mehrfachen Milliardär Chodorkovskij gezeichnet worden. Das änderte sich mit seiner spektakulären Verhaf-

---

[53] Gabriele Krone-Schmalz: Warum wir Russland Unrecht tun, in: Cicero, 9.2.2013, <ww.cicero.de/autoren/krone-schmalz-gabriele>.
[54] Reporter ohne Grenzen: Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt. Russlandbericht, Berlin, Oktober 2013, S. 36, <www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/rog-bericht-wie-der-russische-staat-das-fernsehen-lenkt/>.
[55] <http://burson-marsteller.de/>.

tung 2003, der fragwürdigen Zerschlagung des *Jukos*-Konzerns und der zwei kafkaesken Prozesse, die rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn sprachen.[56]

Die Agentur organisierte immer wieder interessante Aktionen, um Journalisten neue Anlässe zur Berichterstattung zu bieten. „Solche Anlässe zu schaffen, gehört zur klassischen PR-Arbeit", sagt ein Insider. „Das machen die im Chodorkovskij-Lager sehr professionell." Aus Anlass von Besuchen von Präsident Putin in Berlin oder Merkel-Visiten in Moskau vermittelte die PR-Agentur interessierten Medien Gastbeiträge, die von Redaktionen gern als Gegengewicht zur offiziellen Berichterstattung rund um den Staatsbesuch ins Blatt gehoben wurden. Sei es der 50. Geburtstag des Gefangenen oder der Beginn des zehnten Haftjahres – all das waren Momente, um dem Fall neue Publizität zu verschaffen.

Besonders dankbares Mittel waren auch die Buch-Veröffentlichungen. Dabei war für die PR-Agenturen wichtig, dass diese Bücher in Medien rezensiert wurden, öffentliche Lesungen stattfanden und die öffentliche Debatte weiter ging. Während der Prozesse betätigten sich die PR-Berater regelrecht als Dienstleister der Medien. Per E-Mail erreichte die Moskau-Korrespondenten regelmäßig eine Mitteilung, wenn in dem langen Verfahren der Angeklagte zu Wort kommen sollte oder andere wichtige Zeugen der Verteidigung vor Gericht erschienen.

Im Jahr 2012 gab *Burson Marsteller* den Chodorkovskij-Etat überraschend ab, weil das Engagement andere lukrative Russland-Aktivitäten zu gefährden schien, erzählen Branchenkenner. Der langjährige Projektleiter Christian Hanne machte sich daraufhin mit der Agentur *Hanne und Maack Kommunikation* in Berlin selbständig und übernahm den Chodorkovskij-Auftrag.

Zahlreiche Veranstaltungen gingen auf Initiative des Kommunikationsberaters zurück und wurden aus dem Budget der Agentur zumindest mitfinanziert. Auf Einladungen oder Plakaten trat die Firma nicht in Erscheinung. Dabei war sie unter anderem bei so prominenten Veranstaltungen wie dem Konzert „To Russia with Love", das am 7. Oktober 2013 unter der Federführung des Geigers Gidon Kremer in der Berliner Philharmonie stattfand, den „Chodorkovskij-Lectures" oder dem Programmpunkt „Politische Gefangene in Russland" des Berliner Literaturfestivals im Herbst 2013 maßgeblich beteiligt. Wer als normaler Besucher dorthin kam, ahnte nichts von den Organisatoren im Hintergrund.

„Ich habe mir nie darüber Gedanken gemacht, dass es nicht transparent sein könnte", sagt der Ex-Menschenrechtsbeauftragte Markus Löning über diese Art von Veranstaltungen. Für ihn als Podiumsteilnehmer sei immer klar erkennbar geblieben, dass der Event von der PR-Agentur organisiert worden sei. Löning trat bei der Vorstellung und Diskussion von Chodorkovskijs Aufsatzsammlung „Mein Weg. Ein politisches Bekenntnis" im Kinosaal des Walter-Gropius-Baus im Januar 2013 auf, bei der auch Chodorkovskijs Sohn Pavel und der Russlandexperte von *Amnesty International*, Peter Franck mitwirkten. Für Löning ist es verständlich und nachvollziehbar, dass Chodorkovskij Agenturen und Lobbyisten beauftragte, um die Aufmerksamkeit im

---

[56] Dazu die Analysen: Der Fall Jukos – Russlands Fall, in: OSTEUROPA, 7/2005, S. 5–102, sowie Otto Luchterhandt: Verhöhnung des Rechts. Der zweite Strafprozess gegen Michail Chodorkovskij und Platonon Lebedev, in: OSTEUROPA, 4/2011, S. 3–42.

Westen auf seinen Fall zu lenken.[57] „Chodorkovskij ist eine starke, dynamische Figur und nutzt sein Charisma“, so der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung. Solcher PR-Arbeit komme zugute, dass die Lage der Menschenrechte in einem Land für die deutschen Medien inzwischen zum wichtigsten Kriterium ihrer außenpolitischen Beurteilung geworden sei. Er räumt ein, dass die menschenrechtliche Lage in Russland in der Außenwahrnehmung eine viel stärkere Rolle spiele als etwa die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Wenn auch die Anliegen scheinbar die gleichen sind, ist es für NGOs, die sich für Menschenrechte in Russland engagieren, nicht einfach, den richtigen Weg im Umgang mit solchen PR-Agenturen zu finden. So gab es nach der Anfrage von Gideon Kremer, ob sich *Amnesty International*, *Reporter ohne Grenzen*, *Memorial* und andere NGOs an dem Solidaritätskonzert „To Russia with love“ beteiligten, bei einigen dieser Organisationen eine intensive interne Debatte, ob die Beteiligung der PR-Agentur dem Mitwirken der in Russland engagierten Organisationen entgegenstünde. Die Organisationen entschieden sich bewusst für eine Beteiligung, aber auch für klare organisatorische Trennung der eigenen Aktivitäten in einem unabhängig gestalteten NGO-Forum direkt vor dem Konzert.[58] Das Beispiel zeigt, wie leicht es PR-Beratern gelingt, die Nähe zu NGOs herzustellen, wenn sich deren unabhängiges Engagement mit der interessengeleiteten, kommerziellen Arbeit der Agentur deckt. Gerade deshalb sollte auch hier die Transparenz solcher Aktivitäten stärker gewährleistet sein, um sie für Außenstehende erkennbar zu machen.

Die PR-Aktivitäten trugen dazu bei, dass die mitunter fragwürdigen Methoden, mit denen Michail Chodorkovskij in den 1990er Jahren zum mächtigsten Wirtschaftstycoon Russlands aufstieg, in den deutschen Medien kaum mehr eine Rolle spielen.[59]

Probleme der russischen Imagepflege in Deutschland

Obwohl seit 2010 mit Botschafter Vladimir Grinin ein erfahrener Diplomat mit guten Deutschkenntnissen in Berlin residiert, bleibt er in der Öffentlichkeit fast unsichtbar. In der Hauptstadt hatte sein Vorgänger, Vladimir Kotenev, mit illustren Partys in den Klatschspalten der Lokalpresse noch von sich reden gemacht, bevor er als Lobbyist zu *Gazprom-Germania* wechselte. Allerdings gerierte sich Kotenev eher als erfolgreicher „Entertainer“. Mit kritischen Äußerungen über Russland kam der Diplomat nicht zurecht. „Vor allem die deutsche Presse ist für ihn ein rotes Tuch“, urteilte damals der Russlandkenner und *Spiegel*-Redakteur Christian Neef.[60] An Kontakten zum *Spiegel* habe er sich so wie sein Presseattaché uninteressiert gezeigt. Botschafter Grinin ist da

---

[57] Gespräch der Autorin mit dem damaligen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, 30.8.2013.

[58] Die Autorin als Vorstandsmitglied von *Reporter ohne Grenzen* sowie die Redaktion von OSTEUROPA waren an dieser Entscheidung beteiligt.

[59] Die ausgewogenste Darstellung zu Chodorkovskijs Aufstieg, zur politischen Ökonomie des Ölgeschäfts, den Motiven hinter der Zerschlagung des Unternehmens *Jukos* bietet Richard Sakwa: The Quality of Freedom. Khodorkovsky, Putin and the Yukos Affair. Oxford 2009.

[60] Christian Neef: Kaviarhäppchen, Pomp und Propaganda, in: Spiegel-Online, 21.9.2008, <www.spiegel.de/politik/ausland/russlands-botschafter-in-berlin-kaviarhaeppchen-pomp-und-propaganda-a-578609.html>.

anders: Er lädt Journalisten zu Pressekonferenzen in die Botschaft ein, und seine Presseabteilung beantwortet Anfragen. Auch die Webseite der Botschaft wurde modernisiert. Doch verglichen mit der Öffentlichkeitsarbeit anderer Botschaften wirkt sie unmodern und intransparent. Auch von der Anwendung sozialer Medien ist die Botschaft weit entfernt.

„Jeder Botschafter hat zum Ziel, dass die Beziehungen zum Gastland gut sind", heißt es in der Botschaft auf Anfrage. [61] Botschafter Grinin stehe für die klassische, konservative Diplomatie. Deshalb werde in der Botschaft gern zu Kamingesprächen im kleinen Kreis eingeladen, die das Deutsch-Russische Forum organisiert.[62] „Der Botschafter führt persönliche Gespräche, damit Leute zusammen kommen und einander verstehen", heißt es. An ausgewählte Gäste der Berliner Russlandinteressierten richten sich auch die Einladungen zum klassischen Konzert in der Botschaft. „Jeder Botschafter hat da seinen eigenen Stil", sagt ein russischer Diplomat.

Was Treffen mit der deutschen Seite angeht, scheinen vor allem die Russland-Freunde in Politik und Wirtschaft regelmäßige Gesprächspartner zu sein, nicht aber die Kritiker. In den vier Jahren von Lönings Amtszeit im Auswärtigen Amt gab es keinen einzigen Kontakt zwischen der russischen Botschaft und dem Menschenrechtsbeauftragten, erzählt Löning. „Die ägyptische oder pakistanische Botschaft suchen den Kontakt." Der FDP-Politiker fand es erstaunlich, dass Russlands Diplomaten nie vorbeikamen, um seiner Kritik an Moskaus Menschenrechtspolitik eigene Argumente entgegen zu halten. Lönings Russlandbild speiste sich deshalb primär aus Gesprächen mit NGO-Vertretern aus Russland oder Stiftungsvertretern.

Auch PR-Berater Dolinskij bestätigt, dass Russlands Botschaften im Ausland bislang unzureichend in die Imagepolitik eingebunden seien. Zwar erinnern sich Diplomaten in Berlin an mahnende Worte von Putin bei der letzten Botschafterkonferenz, aber dabei sei es geblieben. Als Beispiel für eine Selbstdarstellung Russlands, die zu einem Misserfolg wurde, führen viele Gesprächspartner das „Russlandjahr" in Deutschland an, dem deutsche Medien kaum Aufmerksamkeit widmeten. Die Kulturveranstaltungen krankten daran, dass Russland immer noch stark auf traditionelle Folklore setzt. Das wäre in etwa so, als würde Deutschland bayerische Schuhplattler zur Imagepflege ins Ausland senden. Da sei ein Generationenwechsel nötig, räumen russische Diplomaten unter vier Augen ein. Viele Kollegen seien noch stark durch die sowjetische Zeit geprägt.

„Wir verstehen, dass ‚Soft power' immer wichtiger wird", heißt es in der Botschaft. Aber bislang fehlten dazu finanzielle Mittel. So gebe es für die Webseite der Botschaft kein eigenes Personal, sondern die vorhandenen Techniker und Übersetzer müssten die Webseite neben ihren anderen Aufgaben zusätzlich betreuen. „Man bräuchte da eigentlich fünf Leute, um das wirklich professionell zu machen."

Eigentlich könnte die diplomatische Vertretung schon allein von ihrer besten Lage Unter den Linden profitieren. In unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors flanieren täglich Tausende Berlin-Besucher an Russlands Botschaft vorbei. Doch der imposante stalinistische Prachtbau wirkt wie eine Trutzburg im Herzen Berlins. Kein Wunder,

---

[61] Gespräch der Autorin in der Russischen Botschaft, 28.8.2013.

[62] <www.deutsch-russisches-forum.de/index.php?id=483>.

dass der regionale Fernsehsender RBB ein Porträt der Russischen Botschaft im Sommer 2013 in der Reihe „Geheimnisvolle Orte“ präsentierte.
Nicht weit davon entfernt, in der Friedrichstraße, liegt das Russische Haus. Wer den riesigen Bau betritt, fühlt sich wie durch eine Zeitmaschine in sowjetische Zeiten zurückversetzt. Nur in den Schaufenstern hat die neue Zeit in Gestalt der Luxusmarke Escada Einzug gehalten. „Ich verstehe nicht, dass das Russische Haus nach 23 Jahren immer noch aussieht wie ein Parteibüro in Vladivostok“, kritisiert der russlandkundige PR-Berater Heino Wiese. Wie leicht könnte Russland in einem solchen Haus im Herzen Berlins für sich werben. Stattdessen gibt es hier selten eine Veranstaltung, die in Berlins vielfältigem Kulturprogramm auffallen würde. „Der Leiter hat sein Bestes versucht, es fehlt einfach überall an Geld“, sagen selbst wohlmeinende Kritiker.
Im Herbst 2013 wurde der langjährige Leiter abgelöst, aber auch die Begegnung mit dem neuen Direktor Oleg Ksenofontov vermittelt wenig Aufbruchsstimmung.[63] „Die Rolle unserer Kulturinstitute ist es, das Beste zu zeigen, was unsere Länder haben“, umreißt Ksenofontov eher trocken das Aufgabenfeld. Er räumt ein, dass es mehr Veranstaltungen geben müsse, um junge Leute anzusprechen. Während in Russland das *Goethe-Institut* in Moskau, St. Petersburg und Novosibirsk präsent sei, ist Russlands Kulturinstitut nur in Berlin vertreten.
Auch der Russland-Tourismus spielt bei der Imagepflege in Deutschland nur eine Nebenrolle. Aleksandr Radkov, Leiter der staatlichen Tourismusagentur *Rostourism* sagt:

> Unsere Aufgabe besteht darin, die Leute zu einer Reise nach Russland zu motivieren, es hinzubekommen, dass eine Reise nach Russland als „in“ gilt. Russland soll Mode werden!

Tourismus ist nicht nur ein lukrativer Wirtschaftszweig, sondern wer nach Russland reist und positive Eindrücke sammelt, trägt weiter dazu bei, das Image des Landes langfristig zu verbessern. „Deutschland ist auch im Tourismus unser Hauptlieferant“, erläutert Radkov.[64] 2012 besuchten etwa 630 000 Deutsche die Russländische Föderation. Doch sie kommen in der Regel über Moskau und St. Petersburg nicht hinaus. Allenfalls reisen sie den Goldenen Ring ab. *Rostourism* startete deshalb 2013 eine Kampagne in Berlin, Paris und London, um die russländischen Regionen zu präsentieren. Radkov räumt bei der Vermarktung große Probleme ein:

> Es gibt Vorurteile, die noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammen, zum Beispiel darüber, dass Russland ein ungemütliches Land sei. Dass die Menschen dort unfreundlich seien und die Infrastruktur schlecht sei, dass überall Gefahren lauerten. Diese Vorurteile kann *Rostourism* nicht im Alleingang lösen. Wir müssen die russische Kultur, unsere Mentalität und unsere Sprache insgesamt fördern.[65]

---

[63] Interview mit Oleg Ksenofontow im September 2013.
[64] Tatjana Marschanskich: Russland braucht ein neues Image, in: Russland Heute, <http://russland-heute.de/articles/2012/04/19/russland_braucht_ein_neues_image_14426.html>.
[65] Ebd.

Das russische Tourismusangebot sei bisher nicht konkurrenzfähig, allein schon wegen der Visumspflicht. So stimme das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht, denn Flugtickets innerhalb Russlands seien viel zu teuer. Der Reisende habe das Problem, dass er nur zwischen teuren „Fünf-Sterne-Hotels oder Drecks-Hotels" wählen könne, klagt auch Wiese, der in Russland jahrelang TUI beraten hat.[66] Er wählt gern den Vergleich zur Türkei. *Turkish Airlines* mit ihrer modernen Flotte gelte heute als eine der besten Fluglinien Europas und verbreite das Bild von der modernen Türkei mit einer pfiffigen Werbekampagne. Wiese vermisst Vergleichbares bei *Aeroflot*. Diese Airline habe weitgehend ihr sowjetisches Image behalten.
„Die russische Touristik hat sich nicht konsolidiert", meint Wiese. Dabei gebe es wunderbare Regionen wie Kaliningrad oder den Baikalsee, die sich in Deutschland besser vermarkten ließen, wenn denn die touristische Infrastruktur weiter entwickelt wäre. Aber häufig fehle schon das lokale Fremdenverkehrsamt.

Die Grenzen für den Erfolg der Imagewerbung

Der Wunsch der Kremlführung, die Russländische Föderation möge wieder als gleichberechtigte Großmacht Anerkennung finden, führt häufig dazu, dass imperiales Gehabe und Machtdemonstration die Außendarstellung des Landes prägen. Dafür setzt sich Präsident Putin gern medienwirksam in Szene: Er jagt Tiger, zieht einen riesigen Hecht aus dem eiskalten Wasser oder fliegt mit Kranichen über Sibirien. Es gibt zahlreiche Fotos von ihm, auf denen er sich als „starker Mann Russlands präsentiert". Auch im staatlichen Fernsehen dominieren seine Auftritte die Nachrichtensendungen. All diese Bilder scheinen auf die russländische Öffentlichkeit abzuzielen. Sie sollen das Bild eines starken, athletischen Führers vermitteln. Doch selbst in der Heimat kommt das nur noch teilweise gut an. Das Internet ist voll von Karikaturen, manipulierten Bildern und Videos, in denen Nutzer sich über den Präsidenten lustig machen. In der westlichen Öffentlichkeit wirken das Machogehabe und die lauten Töne des Staatschefs ohnehin eher irritierend.
Die ARD-Talkmeisterin Anne Will brachte die Gefühle vieler Deutscher auf den Punkt, als sie nach den Oben-ohne-Fotos von Putin bei einem Angler-Ausflug im August 2007 sagte,

> Wenn ich das als Frau persönlich sagen darf, finde ich es lächerlich, sich so zu präsentieren. Ich finde es wichtiger, dass er die Freiheits- und Menschenrechte achtet, als sich oben ohne fotografieren zu lassen.[67]

Solche kulturellen Unterschiede in der ausländischen öffentlichen Wahrnehmung werden in Moskau häufig ignoriert. Die eigenen Werturteile, Gewohnheiten und die Selbstdarstellung werden mit Blick auf das Ausland nicht selbstkritisch hinterfragt. Stattdessen läuft Putin eher Gefahr, ähnlich wie der Diktator Aleksandr Lukašenka für Belarus, zur einzigen Ikone Russlands zu werden.

---

[66] Gespräch der Autorin mit Kommunikationsberater Heino Wiese, Oktober 2013, Berlin.
[67] Anne Will findet Putin lächerlich, <www.focus.de/kultur/kino_tv/ard-talkshow_aid_ 131627.html>.

„Putin überstrahlt alles“, ist auch Lönings kritische Beobachtung. „Soviel Geld können sie gar nicht in die Hand nehmen, um das, was er an Image transportiert, mit Anzeigen und Artikeln zu korrigieren.“ Der FDP-Politiker sieht deshalb in Putins Auftreten ein Hauptproblem von Russlands Image. Sein persönlicher Stil werde im Westen als ruppig, machohaft und unsympathisch empfunden. Putins Ausstrahlung fehle es an Verbindlichkeit. Deshalb wirke er wie jemand, der sich an Kontakt und Austausch wenig interessiert zeigt.

Ministerpräsident Dmitrij Medvedev, der vor dem Ämterrücktausch vom September 2011 als Hoffnungsträger für ein modernes, liberales Russland gestanden hatte, ist völlig in der Versenkung verschwunden, bemängeln PR-Berater. Dabei habe das „Tandem“ in der außenpolitischen Wirkung vergleichsweise vertrauenswürdig und sympathisch gewirkt.

„Russland braucht eine Imagekampagne, aber es braucht keine Propaganda“, sagt Russlandexperte Alexander Rahr, der seit Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen im deutsch-russischen Dialog tätig ist. Rahr hat selbst die Erfahrung gemacht, wie schwierig es ist, die russische Seite zu beraten und ihr das „westliche Denken“ nahezubringen: „In Moskau hat man keine Ahnung von ‚soft power‘ und kämpft stattdessen mit harten Bandagen!“ Rahr sieht ein Hauptproblem darin, dass in der russländischen Gesellschaft eine Kultur des Kompromisses fehle. „Stattdessen gibt es nur Gewinner und Verlierer. Jeder strebt danach, unbedingt als Gewinner dazustehen.“ Das führe dazu, dass man nicht versuche, mit besseren Argumenten zu überzeugen, sondern vorziehe, die Debatte zu dominieren.

Weil die Machtelite im Kreml ihre Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Land vor allem durch die staatliche Kontrolle der wichtigsten Fernsehsender und Zeitungen zentral zu lenken versucht, fehlt ihr bis heute jedes Grundverständnis dafür, welche Bedeutung die mediale Öffentlichkeit in Demokratien hat und wie sie funktioniert. Rahr unterstreicht:

> Das Hauptproblem ist, dass Russland keine Zivilgesellschaft kennt, die so funktioniert wie die deutsche. Deshalb setzen sie zu stark auf die Obrigkeit, die nur staatliche PR machen will.

Dabei werde auf die Rolle von NGOs und Medien zu wenig geachtet. Auch PR-Berater klagen einhellig darüber, dass Kunden aus Russland bis heute jedes Verständnis für die Rolle kritischer Öffentlichkeit und für das Selbstverständnis von Journalisten fehle. Wenn russische Kunden eine Pressekonferenz wünschten, seien sie ganz erstaunt, dass ihre Berater die Teilnahme führender Medien wie *Spiegel* oder FAZ nicht garantieren könnten, sondern zu interessanten Themen rieten, die diese anlocken könnten. Auch werde in Russland offenbar nicht richtig verstanden, dass Öffentlichkeitsarbeit vor allem dazu dient, eine Botschaft an Leute zu vermitteln, die es zu überzeugen gilt, und nicht an jene, die bereits überzeugt sind. „Man glaubt, dass man Journalisten kaufen kann“, sagt Rahr. Es sei nahezu unmöglich zu vermitteln, welchen Einfluss Medien im Westen hätten und was das „journalistische Ethos“ ausmache. Russische Politiker gingen oft unvorbereitet in Pressekonferenzen und zeigten sich irritiert durch kritische Fragen. „PR muss mehr auf Überzeugungsarbeit fußen und darf nicht mit dem Holzhammer kommen“, so Rahr. „Hier liegt ein psychologisches Problem.“

Auch Wiese sieht die russische Imagepflege durchaus kritisch: „Oft wird in der Führungsspitze zwar entschieden, dass etwas gemacht werden soll, aber in der Durchführung hakt es dann, weil die operativen Mittel fehlen.“ In Moskau würden zu häufig PR-Firmen aus den USA beauftragt, denen das Verständnis für das bilaterale Verhältnis von Deutschland und Russland fehle und für die Besonderheiten der deutschen Öffentlichkeit. Wieses Erfahrung ist, dass Erfolge nur dann erzielt werden können, wenn es in der Politikberatung zu einem echten Dialog komme.

Andere PR-Berater beklagen, dass die in Russland verbreitete Korruption oft dazu verleite, ein Budget an einen Kumpel weiterzureichen. So werde Geld zunächst für eigene Zwecke abgezweigt. Für das operative Geschäft bleibe nicht mehr ausreichend übrig. Zwar gebe es Menschen mit gutem Willen in Moskau, aber in der Führungsschicht mache sich zunehmend ein kalter Zynismus breit. Dieser herrschenden Elite sei es inzwischen egal, was man anderswo über Russland denkt.

US-Politikberater Simon Anholt vertritt ohnehin die Ansicht, dass PR, Slogans und Logos allein nicht wirklich helfen können, das Image von Ländern zu verbessern, solange sie nicht der Realität entsprechen. In Valdai sagte er:

> Während niemand ernsthaft bezweifelt, dass Reputation für Länder wichtig ist, gibt es nur wenig Konsens darüber, was diese Reputation bestimmt und was getan werden kann, um sie zu beeinflussen. Meine Sicht ist, nach neun Jahren Recherche und mehr als 60 Fallstudien, dass das nationale Image weder ein Medien- noch ein Marketingthema ist. Länder werden heute, um es einfach zu sagen, genau so beurteilt, wie sie immer beurteilt wurden: was sie tun und was sie schaffen, nach den Menschen, die dort leben und der Art wie sie sich verhalten und vor allem danach, was ihr vermeintlicher Beitrag für diesen Planeten und für die Menschheit ist. Sie werden nicht danach beurteilt, was sie über sich sagen: Solche Botschaften werden einfach ignoriert.[68]

Wenn ein Land weltweit geschätzt werden wolle, müsse es sich sympathisch verhalten, riet der Politikberater. Das bedeute vor allem, dass es Ländern gelingen müsse, Vertrauen aufzubauen in seine Menschen, seine Institutionen, seine Regierung, seine Gesetzgebung, seine Gesellschaft, seine Produkte und Dienstleistungen. „Und Vertrauen, wenn es nicht aus persönlicher Erfahrung stammt, muss sich aus einem tadellosen moralischen Verhalten ableiten“, war der dringende Rat des Politikberaters an die Führung.

Anschauliches Beispiel für diese Analyse ist das PR-Desaster um die Olympischen Winterspiele in Soči, die eigentlich fröhliche Bilder von dem sportlichen Großereignis in die Welt tragen sollten. Doch schon vor dem Fackellauf beherrschen die Negativ-Nachrichten über die Diskriminierung von Homosexuellen in Russland das Bild.

Für Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*, *Human Rights Watch* oder *Reporter ohne Grenzen* sind Soči und andere Großereignisse in Russland der Anlass, solche unbequeme Themen in die Medien zu tragen. Für die breitere Öffentlichkeit verstärkt sich dadurch das Bild, das jene, die Sympathie verdienen, in Putins Russland bedroht und gefährdet sind. Dadurch waren Kampagnen für *Pussy Riot*, für

---

[68] Anholt, Russia’s International Image [Fn. 2].

die Freilassung Chodorkovskijs oder für die Rechte von Homosexuellen weltweit erfolgreicher als jede Kreml-PR.
In Anlehnung an den „Streisand-Effekt“[69] beschreibt Ingo Mannteufel, Leiter der Russischen Redaktion der *Deutschen Welle*, sehr treffend einen „Soči-Effekt“ der Winterolympiade:

> Mittlerweile dürften weltweit Millionen von Zeitungsartikeln, Radiobeiträgen, Online-Kommentaren oder TV-Reportagen veröffentlicht worden sein, die am Beispiel der Vorbereitungen in Soči die Probleme des heutigen Russland beleuchten: die Korruption, die Selbstherrlichkeit der Staatsbeamten, die Willkür der Staatsorgane, die kritische Menschenrechtslage, die Umweltzerstörungen, die Zensur der Medien, die homophoben Gesetze, die ungerechte Behandlung von Arbeitsmigranten, ethnische Konflikte im Nordkaukasus, die unfertigen Anlagen und vieles mehr. Sicher, auch vorher gab es solche Berichte. Doch die Winterspiele in Soči haben ihre Zahl potenziert und vor allem auch einem eher politisch weniger interessierten Publikum vor Augen geführt, wie es um das heutige Russland steht. Und dieser problematische Eindruck wird international haften bleiben – ganz gleich, wie die Spiele verlaufen und welche Olympiasieger gekürt werden.[70]

Dass diese Erkenntnis offenbar teilweise auch im Kreml angekommen ist, zeigte sich im Dezember 2013, als die Duma eine von Putin veranlasste Massenamnestie beschloss, in deren Folge auch die *Pussy-Riot*-Aktivistinnen Nadežda Tolokonikova und Marija Alechina freikamen. Auch die überraschende Freilassung von Chodorkovskij und seine medienwirksame Ausreise nach Berlin schienen vor allem darauf abzuzielen, vor den Olympischen Winterspielen, die ein teures Prestigeprojekt der politischen Führung waren, kritische Stimmen im Westen zu besänftigen.
Solchen Beschwichtigungsversuche verfehlten im Ausland ihre Wirkung nicht: So begrüßte der SPD-Außenpolitiker und Russlandkoordinator der Bundesregierung, Gernot Erler, diesen Schritt als

> Zeichen für das neue Selbstbewusstsein des russischen Präsidenten, der rechtzeitig vor den Olympischen Winterspielen das Image seines Landes aufbessert. Jetzt ist die Chance für einen konstruktiven Dialog zwischen dem Westen und Russland in Bezug auf weitere internationale Probleme.[71]

---

[69] Als Streisand-Effekt wird das Phänomen bezeichnet, dass der Versuch, eine unliebsame Information zu unterdrücken, jener umso größere öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Barbara Streisand hatte erfolglos einen Fotografen verklagt, der eine Luftaufnahme ihres Hauses ins Internet gestellt hatte. Daraufhin wurde das Foto nach dem Schneeballprinzip tausendfach verbreitet und die Publizität massiv erhöht.

[70] Ingo Mannteufel: Putins Sotschi-Effekt, 6.2.2014, <www.dw.de/kommentar-putins-sotschi-effekt/a-17409404>.

[71] Pressemitteilung von Gernot Erler: Begnadigung Chodorkovskijs: Krönung eines erfolgreichen Jahres für Putin, 19.12.2013, <www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/ begnadigung-chodorkowskis-kr%C3%B6nung-eines-erfolgreichen-jahres-f%C3%BCr-putin>.

Erler bescheinigt Putin, dass er mit dieser Entscheidung auf ein aus seiner Sicht äußerst erfolgreiches Jahr 2013 zurückblicken könne.

> Im Spätsommer war es Russland, das eine weitere Eskalation im Syrienkonflikt verhinderte, nachdem sich Russland zuvor in dieser Angelegenheit fast vollständig isoliert hatte. Auch bei der Einigung der E3 plus 3-Staaten mit dem Iran spielte Russland eine wichtige Rolle. Und mit der Gewährung des Asyls für den ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden landete Putin ebenfalls einen unverhofften PR-Coup. Diese Entwicklung hat er nun mit der angekündigten Amnestie gekrönt.[72]

Solche Einschätzungen dürften Putins Imageberater ebenso freuen wie die Entscheidung des US-Magazins *Forbes* im Herbst 2013, Russlands Präsident zum mächtigsten Mann der Welt zu erklären. Die Begründung dafür, warum Putin im Ranking US-Präsident Barack Obama ablösen konnte, lautete, der Kremlchef habe „seine Kontrolle über Russland festgezurrt".[73]
Aber auch solche kurzfristigen PR-Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Russland heute ein zutiefst gespaltenes Land ist, das sich aufreibt im Widerspruch zwischen dem autoritären Kurs seiner politischen Elite und dem Wunsch, ein modernes normales Land zu sein. Die Moskauer Führung hat keinen klaren Kurs, welches Bild von Russland sie eigentlich der Außenwelt vermitteln will. Diese Orientierungslosigkeit prägt auch die Imagepolitik.

---

[72] Ebd.
[73] Forbes Ranking 2013, <www.forbes.com/profile/vladimir-putin/>.

Lorenz Erren

Deutschlandforschung ohne Bücher

Buchlosigkeit in Russland und das Elend der Forscher

Russische Deutschlandhistoriker stehen vor einem Problem. Russlands wissenschaftliche Bibliotheken schaffen kaum noch deutschsprachige Bücher an. Dieser Befund gilt auch für andere Sprachen und Disziplinen. Der Niedergang hält ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwungs an. Kompensiert wird er auch nicht dadurch, dass manche Bibliotheken Zugang zu Zeitschriften-Datenbanken haben. Von ihnen profitieren nur wenige, denn es mangelt an Infrastruktur und Transparenz für die Nutzer. Seriöse wissenschaftliche Arbeit oder gar die Beteiligung an der internationalen Forschung ist unter diesen Bedingungen unmöglich. Für diese Buchlosigkeit ist die Politik verantwortlich. Es ist grotesk, dass deutsch-russische Kulturjahre begangen und strategische Partnerschaften beschworen, aber heute weniger Bücher angeschafft werden als zu Brežnevs Zeiten. Abhilfe tut not.

Wissenschaftliche Bibliotheken in Russland schaffen kaum mehr deutschsprachige Bücher zur deutschen Geschichte an. Das ergab eine von den Mitarbeitern der Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts Moskau (DHIM) Ende 2012 durchgeführte Recherche.[1] Deutsche Historiker, die nach Moskau kommen, werden mit dem Problem, dass ausländische Literatur schlicht fehlt, selten konfrontiert. In der Regel sind sie Russlandhistoriker auf Archivreise. Wenn sie in Russland überhaupt eine Bibliothek nutzen, dann suchen sie dort meist nach russischer Literatur. Diese haben die zentralen Bibliotheken auch stets gewissenhaft gesammelt, so dass sie ihre Leser nur selten enttäuschen müssen. Doch wer einmal die Perspektive eines russischen Kollegen einnimmt, der ein Thema der deutschen Geschichte erforschen will und dazu auf deutschsprachige Literatur in den Moskauer Bibliotheken angewiesen ist, macht andere Erfahrungen.

Am Beginn der Untersuchung stand der Wunsch, knapp sieben Jahre nach der Eröffnung des DHIM den eigenen Bestand zur „Deutschen Geschichte" mit dem der zentralen Moskauer Bibliotheken abzugleichen, um die eigene Position in der Moskauer Bibliothekslandschaft besser bestimmen zu können.[2] Dass die Situation insgesamt unbefriedigend ist, war zu vermuten. Aber wie schlecht ist sie genau? Um

---

Lorenz Erren (1972), Dr. phil., Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut, Moskau

[1] Mitgewirkt haben Larisa Kondrateva, Beata Arabasz und Lorenz Erren.

[2] An dieser Stelle sei dankend erwähnt, dass die Deutsche Bank AG Frankfurt den Bestandsaufbau mit einer großzügigen Spende unterstützt hat.

Osteuropa, 64. Jg., 1/2014, S. 89–98

ein schärferes Bild zu erhalten, wurden aus dem (bis dahin auf etwa knapp 9000 Einheiten angewachsenen) Bestand des DHIM mit der Signatur „D“ (= deutsche Geschichte) nach dem Zufallsprinzip 233 deutschsprachige Titel ausgewählt und jeweils geprüft, welche dieser Titel in drei einschlägigen Moskauer Bibliotheken vorhanden sind. Dabei handelte es sich um die *Rossijskaja Gosudarstvennaja Biblioteka* (RGB; Russländische Staatsbibliothek, die ehemalige *Leninbibliothek*), die *Gosudarstvennaja istoričeska publičnaja Biblioteka (*GIPB, kurz *Istorič*a: Staatliche Historische Öffentliche Bibliothek) sowie die Bibliothek des INION. Die Russländische Staatsbibliothek hat die Funktion einer Nationalbibliothek und als solche einen umfassenden Sammelauftrag. Die Staatliche Historische Öffentliche Bibliothek (*Istorič*a) ist eine Spezialbibliothek für Geschichtswissenschaft. Hinter der sperrigen Bezeichnung *Institut naučnoj informacii po obščestvennym naukam RAN* (INION; Institut für wissenschaftliche Information der Gesellschaftswissenschaften) verbirgt sich eine Zentralbibliothek der Russländischen Akademie der Wissenschaften (kurz RAN), die 26 Teilinstitute der Akademie mit Literatur versorgen soll, darunter das Institut für Russländische Geschichte (IRI RAN) und vor allem das Institut für allgemeine Geschichte (IVI RAN), das für die Erforschung der Geschichte aller anderen Länder, darunter auch Deutschland, zuständig ist.
Es handelt sich um drei der größten und angesehensten wissenschaftlichen Sammelbibliotheken Russlands. Die Recherche ergab folgendes Ergebnis:

Tabelle 1: Stichproben-Bestandsabgleich[3]

DHI Moskau	**RGB** ***Leninka***	**GIPB Istorička**	**INION RAN**	**Total ***
122 zufällig ausgewählte Titel von 1999 oder früher	46	35	35	71 (58,2 %)
111 zufällig ausgewählte Titel, die 2000 oder später erschienen sind	5	10		17 (15,3 %)

**Titel, die in mehr als einer Bibliothek vorhanden waren, sind nur einmal gezählt.*

Methodenkritisch ließe sich einwenden, dass die kümmerlichen Trefferzahlen ein zu negatives Bild vermitteln. Denn es könnte ja sein, dass die drei Bibliotheken deutsche Titel besitzen, die in der Bibliothek des DHI Moskau fehlen, oder dass der Bestand des DHI möglicherweise (aufgrund des Ankaufs privater Sammlungen) auch sehr spezielle Literatur enthält, für die in Russland kaum Bedarf besteht. Beides mag in gewissem Umfang zutreffen. Es soll hier nicht behauptet werden, dass das DHI in dem beschriebenen Sammelgebiet seit 2000 tatsächlich sechs bis siebenmal so viele Titel angeschafft habe wie die drei anderen Bibliotheken zusammen.

[3] Geprüft wurde nicht nur anhand der Internet-Online-Kataloge (OPAC), sondern auch anhand der Zettelkataloge an Ort und Stelle; ansonsten wäre das Ergebnis noch trauriger ausgefallen.

Doch ist kaum zu bezweifeln, dass der katastrophale Eindruck, den die Recherche ergab, die Lage insgesamt richtig widerspiegelt: Zum einen ist der Bestand des DHI Moskau, in absoluten Zahlen, im Vergleich zu einer deutschen Sammelbibliothek nicht besonders groß. Dies gilt auch für den seit 2005 aufgebauten Bestand an „neuer" Literatur, die seit dem Jahr 2000 erschienen ist. Dieser umfasst gerade einmal 3000 Einheiten. Das ist nur eine kleine Auswahl der in diesem Zeitraum erschienenen einschlägigen Titel, die in einer zentralen Sammelbibliothek vorhanden sein sollten.

Das Traurigste am Befund ist die Tendenz: Allzu deutlich ist zu erkennen, dass sich die Lage in den letzten Jahren keineswegs verbessert, sondern deutlich verschlechtert hat. Der Eindruck, der sich aus der Recherche und anderen Quellen gewinnen lässt, ist der, dass die Zahl der angeschafften deutschen Bücher seit Jahrzehnten niemals so niedrig war wie heute.

Russische Bibliothekare erinnern sich im Gespräch an die 1970er und 1980er Jahre als die „goldene Zeit der russischen Geisteswissenschaften". Dass hier keine „nostalgische" Realitätsverzerrung vorliegt, lässt sich auch an der Entwicklung des Budgets des INION ablesen. Noch um 1990 stand ihm eine Summe von knapp 450 000 Devisenrubeln speziell für den Ankauf ausländischer Literatur zur Verfügung. Das entsprach damals 600 000 bis 700 000 US-Dollar. Das ist aus heutiger Sicht der Bibliothekare eine ungeheure Summe! Seit Mitte der 1990er Jahre darf das INION aufgrund veränderter gesetzlicher Bestimmungen kein Devisenkonto mehr haben, sondern muss ausländische Literatur im Inland für Rubel bei Zwischenhändlern kaufen. 2012 belief sich der Etat für die Erwerbung ausländischer Literatur gerade mal auf rund 20 000 Dollar. Das entspricht etwa drei Prozent der Summe von 1990. Da ist der auch für Bücher beträchtliche Preisanstieg seit 1990 nicht berücksichtigt! Selbst wenn keine konsistenten Datenreihen über die Entwicklung der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte existieren, vermitteln die vorliegenden Zahlen einen Eindruck vom Trend.

Tabelle 2: Ankauf ausländischer Literatur durch die Bibliothek des INION (in US-$)

Mittel/Jahr	**RAN** **Sonderetat** für ausländische Literatur (bis 1995)	**RAN** Für ausländische Literatur ausgegebene Summe (seit 2000)	**RFFI*** **Sonderetat** für ausländische Literatur
1990	600 000–700 000		
1995	244 000		
2000	–	keine Angaben	106 000
2012	–	ca. 20 000	

Quelle: Interne Statistik des INION, mitgeteilt und erläutert im Gespräch mit einem leitenden Mitarbeiter am 24.10.2012. Die Summen sind nicht inflationsbereinigt.

* *Rossijskij Fond Fundamental'nych Issledovanii* (Russländische Stiftung für Grundlagenforschung)

Besonders überrascht, dass der Anschaffungsetat noch in den frühen 1990er Jahren, die den meisten Russen nicht ohne Grund als die schlimmste Krisenzeit in Erinnerung geblieben sind, noch weitaus größer war als heute. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass die Situation eines Wissenschaftlers in der Sowjetunion in jeder Hinsicht besser gewesen wäre als heute. Damals wurden ausländische Bücher oft in einen Sonderbestand (specfond) eingestellt, zu dessen Benutzung eine spezielle Erlaubnis erforderlich war. Ob diese leicht oder schwer zu erhalten war, wird von Zeitzeugen unterschiedlich beurteilt. Unbestreitbar ist jedoch, dass die Bibliotheken vor 1990 weitaus mehr deutsche Bücher anschafften als danach. Dies gilt insbesondere auch für die Bücher aus der (alten) Bundesrepublik. Die wenigen ausländischen Neuzugänge erhält das INION heute fast nur noch auf dem Tauschweg oder als Geschenk. Aber auch hier sind die Zahlen rückläufig, da die westlichen Partnerbibliotheken in den letzten Jahren ihre Tauschaktivitäten aus finanziellen Gründen sowie aufgrund des nachlassenden Interesses an Publikationen aus Russland deutlich reduziert haben.

Es ist leider auch nicht so, dass wissenschaftliche Einrichtungen an ihren lokalen Standorten über eigene Zweigbibliotheken, Fach- oder Seminarbibliotheken verfügten, welche die Lücken der großen Sammelbibliotheken kompensieren könnten. So existiert am Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften nicht einmal eine eigene Bibliothek! Was die Universitätsbibliotheken außerhalb von Moskau und St. Petersburg betrifft, so lässt sich deren Besitz an neuerer ausländischer Literatur grob mit der Formel „Null plus X“ beschreiben, wobei das X in etwa die zufälligen Tauschexemplare und Mitbringsel von Freunden und Besuchern bezeichnet.

Der einzige Lichtblick sind die umfangreichen Zeitschriftendatenbanken wie etwa *JSTOR*, die auch in Russland an mehreren Bibliotheken zugänglich sind. Doch selbst dies darf nicht dazu verleiten, die Lage rosig zu sehen. Das INION etwa hat Zugriff auf zahlreiche Datenbanken, aber die normalen Leser wissen nichts davon! Im Lesesaal stehen keine Terminals, von denen aus die Nutzer tatsächlich zugreifen könnten. Es gibt keinen elektronischen Katalog, der darüber Auskunft geben würde, worauf Zugriff existiert und worauf nicht. Letztlich profitiert von den Zeitschriftendatenbanken nur ein kleiner Kreis Eingeweihter.

Dies ist kein Einzelfall. Selbst wenn die Bibliotheken tatsächlich vertraglich garantierte Zugriffsrechte haben, so fehlt in vielen Bibliotheken Russlands oft die Infrastruktur, diesen Vorteil an die Leser weiterzugeben. Die Einsicht, dass man umfangreiche Mittel investieren müsste, um einen PC-Lesesaal oder ein Katalogsystem zur Verwaltung der Zeitschriften-Zugriffe aufzubauen, ist noch lange nicht überall vorhanden. Aber in den Geisteswissenschaften ist der Zugang zu Aufsätzen ohnehin kein Ersatz für die klassische gedruckte Monographie, die bis heute unverzichtbares Leitmedium ist.

Fassen wir zusammen: Abgesehen von der Bibliothek des DHI werden nirgendwo in Russland Bestände an ausländischer wissenschaftlicher Literatur zur deutschen Geschichte systematisch aufgebaut. Damit haben Historiker von Russland aus kaum eine Möglichkeit, auf regulärem Weg von den Erkenntnissen und Ergebnissen der internationalen Geschichtswissenschaft im nötigen Umfang zu profitieren. Russlands Bibliothekswesen bietet Historikern nicht die Möglichkeit, irgendein Thema der deutschen Geschichte seriös zu erforschen. Es scheint so, als sei Russland heute, im angeblichen „Zeitalter der Globalisierung“, von der internationalen Geschichtswissen-

schaft gründlicher abgeschnitten, als dies etwa in den 1990er oder 1980er Jahren der Fall war.

Nach aller Erfahrung und allem Ermessen müssen wir davon ausgehen, dass es um die Nachbarfächer wie Kunstgeschichte, Literaturwissenschaft, Soziologie oder Philosophie und Literatur aus anderen Ländern wie Frankreich, Polen oder Italien ebenso schlecht bestellt ist. Nur die angelsächsische Literatur scheint etwas besser vertreten zu sein – aber auch sie nicht in annähernd befriedigender Quantität. Darum muss wohl die eben gezogene Schlussfolgerung noch ausgeweitet werden, um festzustellen: Mit Ausnahme der eigenen Geschichte, der ostslawischen Philologie, der Archäologie und der Altorientalistik fehlen schlicht die bibliothekarischen Voraussetzungen. Inwieweit unter diesen Bedingungen in Russland zu zentralen geisteswissenschaftlichen Disziplinen überhaupt noch seriöse Forschungsarbeit geleistet werden kann, ist eine offene Frage.

Solange aber wichtige geisteswissenschaftliche Disziplinen wie etwa die neuere und neueste Geschichte Europas und Nordamerikas nur als Lehrfach existieren, wird westlichen Intellektuellen auf russischer Seite ein Gegenüber, ein Partner fehlen, der fähig wäre, mit ihnen auf Augenhöhe einen Dialog über die im Westen vorherrschenden Auffassungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, über die „Verwandlung der Welt“ oder die „Geschichte des Westens“ zu führen. Das ist höchst bedauerlich, denn das Bild, das sich der „Westen“ von sich selbst macht, könnte von einer qualifizierten Kritik aus russischem Blickwinkel durchaus profitieren.

Improvisation, Kompilation, Simulation – Arbeiten ohne Bibliothek

Erstaunlicherweise gibt es selbst im Land der buchlosen Bibliotheken und der bibliothekslosen Akademieinstitute immer noch einige Historiker, die sich mit Deutschland befassen. Wie machen die das eigentlich? In ihrer Antwort verweisen sie auf alternative Kanäle. Stipendien für Auslandsreisen und sonstige Auslandskontakte spielen eine wichtige Rolle. Wer irgendwie kann, fährt für einige Monate nach Berlin, Wolfenbüttel oder an andere wichtige Bibliotheksstandorte und kopiert dort für sich und seine Kollegen die benötigte Literatur. Mit dieser gilt es dann zurechtkommen – bis zur nächsten Auslandsreise.

Grundsätzlich hatte sich in der Sowjetunion eine Wissenschaftskultur ausgebildet, die darauf angelegt war, mit relativ wenig Literatur auszukommen. Diese Praxis wirkt bis heute fort. Viele Eigenheiten des russländischen Wissenschaftsbetriebs, die unter deutschen Fachkollegen regelmäßig Kopfschütteln verursachen, haben hier ihre Ursache. Es ist die pure Not, die russische Autoren zwingt, sich auf heimische Literatur zu beschränken – und nicht etwa die von deutschen Rezensenten russischer Monographien immer wieder ätzend kritisierte „souveräne Ignoranz gegenüber ausländischer Literatur“. Russische Historiker sind auch gar nicht darauf vorbereitet, am Maßstab einer „vollständigen Literaturauswertung“ gemessen zu werden. Das liegt definitiv nicht an ihrer Arroganz oder Borniertheit, sondern entspricht einer anderen Auffassung von Wissenschaft, die bescheideneren Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Umgekehrt erheben russische Historiker in der Regel ebenfalls nicht den Anspruch, etwa die deutsche Geschichte auf dem in Deutschland üblichen Niveau erforschen zu

können. Generell scheint in Russland die Vorstellung verbreitet zu sein, dass die Geschichte und Kultur aller Regionen und Länder letztlich immer nur in diesen richtig erforscht werden können. Das Verdikt, dass „Ausländer von Russland nichts begreifen“ könnten, mit dem deutsche Archivreisende in Russlands Provinz immer wieder konfrontiert werden, zeugt darum nicht zwangsläufig von Xenophobie, sondern womöglich nur von gesundem Menschenverstand: Denn wären die deutschen Bibliotheken mit Büchern aus Russland so schlecht versorgt, wie es umgekehrt der Fall ist, dann hätten diese Skeptiker so unrecht nicht. Das Axiom von der Standortgebundenheit aller seriösen Kulturforschung wirkt aber auch innerhalb Russlands. Hier gilt es als selbstverständlich, dass sich die Historiker, die jenseits von Moskau und Sankt Petersburg tätig sind, vor allem für die Geschichte ihrer jeweiligen Region „zuständig“ fühlen und sich dort auf die gründliche Auswertung der lokalen Archivbestände konzentrieren sollten.

Auch die von westlichen Kollegen in der Regel sehr kritisch beurteilte Neigung russischer Historiker zur positivistischen Faktensammelei, zur allzu engen zeitlichen und räumlichen Eingrenzung bei der Themenwahl und zu quantitativ ausufernden Archivstudien (bei gleichzeitig mangelndem Ehrgeiz zur Thesenbildung) hat hier ihre offensichtliche Ursache. Alles, was westliche Historiker in russischen Arbeiten oft vermissen – Reflexionen über Thesen, Theorien und Methoden, Beteiligung an aktuellen Debatten, Internationalität und Interdisziplinarität –, würde nun einmal die Möglichkeit voraussetzen, auf ein breites Spektrum aktueller Literatur zuzugreifen.

Geisteswissenschaftler aus Russland müssen bis heute einen wesentlichen Teil ihrer Zeit darauf verwenden, bei sich zu Hause den Handapparat zusammenzustellen, über den ihre lokale Bibliothek nun einmal nicht verfügt. Es ist offensichtlich, dass sie auch mit dieser Kompensationsstrategie nur dann erfolgreich sein können, wenn sie ihrem Lebensthema enge zeitliche und geographische Grenzen setzen und es auch sonst vermeiden, sich an „aktuellen“ Debatten über Theorien und Konzepte zu beteiligen, von denen sie immer nur unter großem Aufwand mit deutlicher Verspätung lückenhafte Kenntnis erhalten könnten. Nach russischer Auffassung erkennt man den seriösen Historiker eben daran, dass er auf „seinem“ Gebiet bleibt, „auf dem er sich auskennt“.

Wer den Ehrgeiz hat, selbst originäre Forschung zu leisten, hat also die besten Gründe, sich lieber nicht auf die deutsche Geschichte zu spezialisieren. Wer es dennoch versucht und nicht zugleich die Auswanderung plant, der weiß genau, dass sein Berufsalltag trotzdem überwiegend von Lehrtätigkeit geprägt sein wird.

Deutschen Historikern ist nicht immer verständlich, dass auch simple Kompilationen oder Synthesen, deren Autoren gar keinen Anspruch erheben, mit „neuen Erkenntnissen“ aufzuwarten, vor diesem Hintergrund eine wichtige Funktion erfüllen. Das elfte russischsprachige Buch zu einem Thema der deutschen Geschichte ist eben nicht „überflüssig“, wenn die zehn originalen deutschen Arbeiten, aus denen es sich zusammensetzt, im Lande nun mal nirgendwo vorhanden sind.

Damit ist klar, dass viele Eigenheiten der russischen Wissenschaftskultur, die den deutschen Kollegen als defizitär erscheint, entgegen einer weit verbreiteten Ansicht ihre Ursache eben nicht in einer spezifisch „sowjetischen Mentalität der älteren Historikergeneration“ haben, sondern in der Bibliothekslosigkeit – und dass, solange diese andauert, auch künftige Generationen von „jungen, aufgeschlossenen, westlich

orientierten Nachwuchswissenschaftlern“ den erwünschten Wandel der Wissenschaftskultur niemals werden herbeiführen können.
Diese Erkenntnis ist keineswegs banal. Wer ihre Gültigkeit anerkennt, muss daraus unmittelbare Konsequenzen ziehen. Das gilt auch für die Praxis der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit.

Was tun? Und wer ist schuld?

Die Antwort auf die Frage „Was tun?“ ist überaus simpel: Die russländische Regierung müsste die wissenschaftlichen Einrichtungen in die Lage versetzen, sich ausreichend mit der nötigen ausländischen Literatur auszustatten. Es lässt sich keine effektivere wissenschaftspolitische Maßnahme denken, die mit weniger Geld eine günstigere und nachhaltigere Wirkung haben könnte.
Umso spannender ist die Frage, warum das dringend Notwendige unterbleibt? Woran kann es nur liegen, dass heute – in Zeiten der seit zwei Jahrzehnten bemühten „strategischen Partnerschaft“ oder der zwischen Deutschland und Russland scheinbar so intensiv gepflegten Kulturbeziehungen, in der mit vielen Mitteln zum Beispiel das Jahr der russischen Kultur in Deutschland und das Jahr der deutschen Kultur in Russland begangen wird – Bibliotheken in Russland weniger deutsche Bücher anschaffen als zu Brežnevs Zeiten?
An den verantwortlichen Bibliothekaren liegt es nicht. Das lässt sich nach unseren Recherchen mit Sicherheit sagen. Auf die Frage, warum sie kaum ausländische Bücher anschaffen, war der Tenor der Antworten immer derselbe: „Wir würden ja gern, aber uns fehlen das Geld und die Möglichkeiten.“ Nie sind wir auf einen Bibliothekar gestoßen, der ausländische Literatur für überflüssig gehalten hätte. Unsere Frage wurde darum auch nicht als Kritik an ihrer Arbeit, sondern als moralische Unterstützung im Kampf um eine Erhöhung der Mittel aufgefasst, den sie seit vielen Jahren vergeblich führen.
Alle Jahre wieder stellen sie lange Listen erwünschter Titel zusammen, von denen dann, wenn überhaupt, nur ein Bruchteil tatsächlich bestellt werden kann. Unzählige Male haben sie bei allen erdenklichen höheren Instanzen um eine Erhöhung der Mittel gebeten – aber immer vergeblich. Um den Leser nicht zu langweilen, sei an dieser Stelle darauf verzichtet, auf all die bürokratischen Hürden genauer einzugehen, die (selbst bei vorhandenen Mitteln) einer reibungslosen Bestellabwicklung im Wege stehen.[4]
Die Verantwortung für die Buchlosigkeit liegt bei den höheren, politischen Instanzen, welche die öffentlichen Mittel kontrollieren und verteilen. Warum aber können diese sich nicht zu einer besseren Ausstattung der Bibliotheken durchringen?
Fehlt es dem Staat etwa an Geld? Angesichts der soliden Einnahmen und Russlands stabiler Haushaltslage auf der einen Seite sowie der äußerst geringen Summen, um die es hier geht, ist der Verweis auf finanzielle Restriktionen wenig überzeugend. In schlechteren Zeiten hat der Staat seine Bibliotheken weitaus besser versorgt.
Die Vermutung, die manche westlichen Beobachter anstellen, dass es sich dabei um

---

[4] Wie die Zollbestimmungen, die russische Kameralistik, der Zwang, bei Zwischenhändlern zu bestellen, die langen Lieferzeiten, die hohe Portokosten.

„Angst des Putin-Regimes vor westlichen Einflüssen“ oder gar um eine smarte Art der staatlichen Zensur handeln könnte, ist absurd. Grundsätzlich unterliegen Buchpublikationen oder Buchimporte keiner Zensur. Es gibt, nebenbei gesagt, auch niemanden, der fremdsprachigen Büchern eine politische Wirkung zuschreiben würde. Kein Mitarbeiter einer der Bibliotheken hat über politische Restriktionen geklagt. Und seit dem Bestehen des DHI Moskau hat keine offizielle Stelle je einen Versuch unternommen, die Literaturauswahl der Bibliothek oder die Programmgestaltung restriktiv zu beeinflussen.

Aber wenn es für die Politik der Buchlosigkeit keine vernünftigen oder auch nur objektiv nachvollziehbaren Gründe gibt, welches sind dann die unvernünftigen? Lassen sich diese identifizieren, benennen? Deutschen Osteuropa-Experten aller Fächer sei dieses Problem dringend zur interdisziplinären historischen, politologischen, kommunikationswissenschaftlichen, psychologischen, kulturhermeneutischen, transferökonomischen, publizistischen und anthropologischen (Feld-)Forschung empfohlen. Nicht nur, weil es überall in Osteuropa existiert, sondern auch, weil die Kenntnis der russländischen Verhältnisse ihnen womöglich helfen könnte, die Transformation, die ihre eigene Disziplin in Deutschland im letzten Jahrzehnt durchlaufen hat, noch besser zu verstehen.

Die Arbeitshypothese, dass wirtschaftliche „Globalisierung“, politische Refeudalisierung und geistige Provinzialisierung oft gemeinsam auftreten, könnte von ihnen dann im Rahmen einer west-östlichen Vergleichsstudie auf dem Wege der teilnehmenden Beobachtung untersucht werden.

Ohne den Ergebnissen einer solchen Untersuchung vorgreifen zu wollen, sei es gestattet, zwei mögliche Interpretationen vorzustellen, ohne sagen zu können, welche die richtige ist. Nach der ersten, optimistischen Sicht, handelt es sich nur um ein Kommunikationsproblem: Da politische Entscheider ständig von allen Seiten um Geld gebeten werden, stellen sie sich reflexartig taub. Dabei könnte man sie durchaus zu einer Änderung ihrer Haltung bewegen – wenn man denn einen Weg fände, ihnen wirksam vor Augen zu führen, warum dieser eine Ausgabenposten so viel wichtiger ist als so viele andere.

Für diese These sprechen verblüffende Nachrichten wie die, dass Russland allein in den Jahren 2010–2011 beträchtliche Summen – die Rede ist von insgesamt 258 Millionen Euro – bereitgestellt hat, um westliche Naturwissenschaftler nach Russland einzuladen und ihnen dort die international üblichen Forschungsbedingungen (Laboratorien) zur Verfügung zu stellen.[5] Würde die Regierung auch nur jährlich ein Prozent dieser Summe für die zentralen Bibliotheken zum Ankauf ausländischer Literatur bereitstellen, würden sich die Arbeitsbedingungen der Geisteswissenschaften enorm verbessern.

Ein anderes Indiz, das für die „optimistische“ Annahme zu sprechen scheint, ist die Beobachtung, dass gerade unter Vertretern der globalisierten Eliten aus Politik und Wirtschaft der Aberglaube stark verbreitet ist, das die Anschaffung gedruckter Bücher doch „längst überflüssig“ sei, weil „sowieso alles im Internet steht“. Es wäre alles andere als überraschend, wenn russische Politiker diesen Irrtum nicht teilen sollten. In

---

[5] Dazu die Information auf der Webseite des (deutschen) Ministeriums für Bildung und Forschung (BMBF): <www.deutsch-russisches-wissenschaftsjahr.de/de/1239.php>.

diesem Falle könnte es genügen, sie über die tatsächliche Lage der Dinge zu unterrichten, um ihre Haltung zu ändern.

Die andere, pessimistische Sicht ist jene, welche die russischen Bibliothekare als Gesprächspartner fast ausnahmslos vertreten: Nach ihrer Überzeugung halten russische Politiker die Geisteswissenschaften im Allgemeinen und die Anschaffung fremdsprachiger Bücher im Besonderen für vollkommen sinnlos und überflüssig. Idealtypisch lautet das fatalistische Credo mit Blick auf die verantwortlichen Činovniki in den einschlägigen Ministerien und Behörden etwa so: „Sie haben sich vorgenommen, die Geisteswissenschaften auszuhungern, und nichts und niemand wird sie von dieser Haltung jemals abbringen können." „Aushungern" heißt nicht zwangsläufig, dass diese verantwortlichen Herren (seltener Damen) mit der kümmerlichen Fortexistenz der Bibliotheken ein Problem hätten – solange die Immobilie nicht für etwas anderes gebraucht wird. Für diese Činovniki sind die Geisteswissenschaften nichts anderes als eine hässliche Zimmerpflanze aus Plastik. Sie steht schon immer da und man wirft sie nur aus Pietät nicht auf den Müll, zumal es ihr nichts ausmacht, wenn sie nicht gegossen wird. Für diese pessimistische Sicht sprechen leider die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre.

Ich neige der zweiten Deutung zu, würde mich aber gern eines Besseren belehren lassen. Vielleicht haben ja Sie, liebe Leserin, lieber Leser, irgendwann Gelegenheit, beim nächsten Petersburger Dialog, in einer Flughafen-Lounge in Berlin oder Moskau, auf einer Podiumskonferenz oder beim anschließenden Stehbuffet den russischen Politiker oder Činovnik mit Entscheidungskompetenz Ihres Vertrauens für das Problem zu interessieren.

Das ist zu tun: Thesen

Die Frage, wie man mit dieser Situation umgehen soll, stellt sich nicht zuletzt den „Wissenschaftsmanagern" im weitesten Sinn, die Förderprogramme kreieren, konzipieren und betreuen. Öffentliche und private Geldgeber verschiedener westlicher Länder investieren in bester Absicht kontinuierlich enorme Summen in die Förderung der russländischen Wissenschaft. Es wäre wünschenswert, dass der Aufwand nicht ergebnislos verpufft.

Daher möchte ich all die Förderer vor der Illusion warnen, dass es vor allem darauf ankomme, möglichst viele „Kontakte und Begegnungen" zu vermitteln, um den „wissenschaftlichen Nachwuchs" der beiden Länder so dicht wie möglich „zu vernetzen". Denn auch der brillanteste, jüngste und bestvernetzte Nachwuchswissenschaftler kann an seiner Heimatuniversität nicht viel leisten, wenn ihm dort keine internationale Literatur zur Verfügung steht.

Wenn das Ziel lautet, dass die Förderung nicht vorrangig der Beschleunigung individueller Karrieren – oder gar ihrer Fortsetzung im westlichen Ausland – dienen soll, sondern zur nachhaltigen Stärkung der Wissenschaften an ihren eigenen (auch provinziellen) Standorten in Russland, so müsste die Frage der Literaturversorgung sehr viel früher und stärker als bisher berücksichtigt werden. Förderer sollten sich bei potentiellen Partnerorganisationen oder Empfängern in Russland frühzeitig erkundigen, wie gut deren Bibliothek ausgestattet ist und welche Anstrengungen sie zu unternehmen bereit wären, Verbesserungen herbeizuführen. Im Zweifelsfall wäre zu

erwägen, an allen Veranstaltungsformen, die Reisekosten und andere Spesen verursachen, zu sparen und stattdessen lieber in die Literaturversorgung zu investieren.
Was speziell die Förderung der russischen Deutschland-Historiker betrifft, so sollten sich die Anstrengungen stärker als bisher auf die Unterstützung der akademischen Lehre konzentrieren, insbesondere auf die Ausstattung mit Lehrmitteln – sei es durch Übersetzung bewährter deutscher Hochschullehrbücher, sei es durch die Entwicklung neuer Ausgaben speziell für den russischen Bedarf.
Abgesehen davon könnte die Misere der Bibliotheken für deutsche und europäische Wissenschaftspolitiker auch ein Anlass sein, das Problem global zu denken und prinzipielle Lösungsmodelle zu entwickeln, wie sie heute technisch längst möglich sind.
Anknüpfend an den großen Erfolg elektronischer Zeitschriftenarchive wie *JSTOR, Digizeitschriften* oder auch verschiedene Datenbanken der „Nationallizenzen" könnten die Bundesregierung oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Initiative ergreifen, von den Wissenschaftsverlagen für einen Pauschalbetrag die noch nicht abgelaufenen Verwertungsrechte an allen (vergriffenen oder nicht mehr lieferbaren) wissenschaftlichen Monographien des 20. und frühen 21. Jahrhunderts zu erwerben und komplett ins Netz stellen.[6]
Zweitens könnte der Gesetzgeber die im öffentlichen Auftrag beschäftigten Wissenschaftler (per Klausel im Arbeitsvertrag) verpflichten, ihre Forschungsergebnisse ausschließlich im „Open Access" zu publizieren.
Im Ergebnis wären fast sämtliche deutschen wissenschaftlichen Arbeiten auch des 20. und 21. Jahrhunderts weltweit elektronisch frei verfügbar. So könnten sowohl die „Sichtbarkeit der deutschen Wissenschaft" gewährleistet, die „Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache gestärkt" und ganz nebenbei noch die Not der Deutschland-Historiker in Russland (und allen anderen Ländern, in denen die Literaturversorgung unzureichend funktioniert) gelindert werden.

---

[6] In der Praxis würde es genügen, GoogleBooks die vollständige Veröffentlichung der (von Google bereits eingescannten) Texte zu gestatten. Im BMBF ist indessen von derartigen Plänen (des Erwerbs von Verwertungsrechten an Monographien) derzeit nichts bekannt, ebenso wenig beim Staatsminister für Kultur oder bei der Verwaltung der „Nationallizenzen" (Auskunft jeweils per E-Mail, im Mai und Juni 2012).

Karlheinz Kasper

„Finden Sie Optina Pustyn' !"

Russische Literatur in deutscher Übersetzung 2013

Die Zahl der literarischen Erst- und Neuübersetzungen aus dem Russischen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt ist 2013 leicht zurückgegangen. Trotzdem ist die Bilanz positiv. Aufsehen erregten Trouvaillen aus der Literatur des 19. Jahrhunderts (Odoevskij, Gončarov). Neuübertragungen von Bulgakov, Dobyčin, Tarkovskij und Achmadulina. Aber auch Erstübersetzungen wie die Maksim Amelins werden die Diskussion über innovative Übersetzungsverfahren beleben. Es gab Ausgaben längst vergessener Bücher der jüdischen Schriftsteller Žabotinskij und Margolin, packende Kindheits- und Jugenderinnerungen von Kočergin und Kisina, gewagte Sprachexperimente von Kultautoren wie Pelevin und Erofeev.

Hochbegabt und vielseitig gebildet, war Fürst **Vladimir Odoevskij** (1803–1869) einer der bedeutendsten Schriftsteller, Musiktheoretiker und Vordenker seiner Zeit. Unter seinem Vorsitz tagte 1823/25 in Moskau die *Gesellschaft der Weisheitsfreunde*, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die idealistische deutsche Philosophie, vor allem Schellings Naturphilosophie und Wackenroders Kunsttheorie, sowie die romantische Dichtung Hoffmanns und Jean Pauls zu verbreiten. Aufmerksam verfolgte Odoevskij neue Gesellschaftstheorien seiner Zeit, wie sie die Briten Jeremy Bentham, Thomas Malthus und William Paley entwickelten, und zeigte sich gegenüber neuen Erkenntnissen der Naturwissenschaft aufgeschlossen. Neben Puškins *Erzählungen des verstorbenen Ivan Petrovič Belkin* (1830) und Gogol's *Abenden auf dem Vorwerk bei Dikan'ka* (1831) verhalfen seine Sammlungen *Bunte Märchen* (1833) und *Russische Nächte* (1844) der Gattung der Prosaerzählung in Russland zum Durchbruch. Die *Bunten Märchen* vereinen Texte seines romantischen Frühschaffens. In den *Russischen Nächten* werden spätere Werke nach dem Muster der Hoffmannschen *Serapionsbrüder* im Rahmen eines philosophischen Dialogs über Russlands Zukunft präsentiert. In Deutschland wurde Odoevskij durch die Übersetzungen Johannes von Guenthers (*Magische Novellen*, 1924; *Russische Nächte*, 1970) bekannt. *Manesse* legt jetzt in der „Bibliothek der Weltliteratur" sieben Erzählungen Odoevskijs vor, die der im Dezember 2013 verstorbene Peter Urban erstmals oder neu ins Deutsche übersetzt hat. Die Titelgeschichte *Der schwarze Handschuh* handelt vom Scheitern einer Ehe durch eine Intrige, die das junge Paar eigentlich fest aneinander binden soll. Odoevskij bedient sich eines Verfahrens, das auch Puškin und Gogol' gern angewandt haben: Er setzt einen wortgewandten Erzähler ein, der mit den Hauptfiguren – dem Gutsbesitzer

Karlheinz Kasper (1933), Dr. phil., Prof. em., Universität Leipzig

OSTEUROPA, 64. Jg., 1/2014, S. 99–127

Ezerskij und dessen Zöglingen, dem Grafen Vladimir und der schönen Marija – persönlich bekannt ist. Ezerskij, ein eifriger Verfechter neumodischer englischer Nützlichkeitslehren, zwingt Vladimir und Marija einen Lebensstil auf, der sie in die Katastrophe treibt. Dabei spielen die geheimnisvollen Briefe des „schwarzen Handschuhs", mit denen der rührige Oheim das junge Paar bedenkt, die ausschlaggebende Rolle. In anderen Texten legt Odoevskij seine Geschichte auch einem naiven Erzähler in den Mund, etwa Irinej Gomozejko, der angeblich die *Bunten Märchen* gesammelt hat. In der Erzählung *Das Gespenst* gibt er während der Fahrt mit einer Diligence eine Gespenstersage zum besten, was die Mitreisenden zu eigenen Beiträgen anregt. Odoevskijs phantastische Erzählungen, darunter das *Märchen vom toten Körper, unbekannt, wem gehörig*, sind zwischen den Schauergeschichten Gogol's und der absurden Prosa von Daniil Charms angesiedelt. Zwei Novellen aus der Adelswelt, *Prinzessin Mimi* (1834) und *Prinzessin Zizi* (1839), weisen dagegen Ansätze einer sozialen Motivierung und psychologischen Charakterzeichnung auf. Die Vorlage lieferte hier Aleksandr Griboedovs Gesellschaftskomödie *Weh dem, der denkt* (1824), in der die sechs Töchter des Fürsten Tugouchovskij, darunter Mimi und Zizi, einige banale Worte verlieren. Bei Odoevskij werden sie zu lebendigen Charakteren. Mimi fühlt sich gedemütigt, weil sie nicht geheiratet wird: „Mit jedem Tag vergifteten Arglist, Bosheit, Neid und Rachsucht nach und nach ihr Herz." Zizi hingegen, obwohl auch sie kein Glück findet, öffnet sich anderen und begegnet ihnen mit Güte und Toleranz. Odoevskijs formvollendete Prosa bietet auch dem heutigen Leser vielfältigen Lesegenuss.

Der Autor des unsterblichen *Oblomov,* **Ivan Gončarov** (1812–1891), galt als überzeugter Hagestolz. Fast sein ganzes Leben lang wirkte er als Beamter im Staatsdienst, anfangs in der Kanzlei des Gouverneurs von Simbirsk, dann im Ressort Außenhandel des Russischen Finanzministeriums, 1856–1867 in der Zensurbehörde des Ministeriums für Volksbildung. Man kann sich diesen Mann schwerlich als feurigen Liebhaber vorstellen. Und dennoch kam 1913 in Moskau ein Konvolut unveröffentlichter Briefe Gončarovs heraus: *Herrlichste, beste, erste aller Frauen. Eine Liebe in Briefen*. Die Briefe sind an Elizaveta Tolstaja (1827–1877) gerichtet, die Tochter eines früh verstorbenen Gutsbesitzers, die unverheiratet mit ihrer Mutter auf dem Familiengut und in Moskau lebte. Der Schriftsteller muss das adlige Fräulein erstmals zur Jahreswende 1842/43 im Salon des Petersburger Malers Nikolaj Majkov gesehen haben, wo Elizaveta und ihre Mutter den Silvesterabend verbrachten. Gončarov, der die beiden ältesten Söhne Majkovs, den künftigen Lyriker Apollon und den künftigen Literaturkritiker Valerian, auf das Universitätsstudium vorbereitet hatte, war um diese Zeit zu einem Freund des Hauses geworden. Kurz nach dem besagten Silvesterabend schrieb er Elizaveta ins Poesiealbum, dass er ihr für „die teuren Minuten" ihres Aufenthalts sehr dankbar sei. Zwölf Jahre später schreibt der 43-jährige Staatsbeamte der inzwischen 28 Jahre alten Elizaveta zweiunddreißig Briefe. Elizaveta ist erneut in Petersburg zu Besuch. Gončarov will ihr gefällig sein, sie zu den Majkovs begleiten, ihre Handschuhe reparieren, ihr Almanache und Bücher schicken. Er unterzeichnet die Briefe stets als „treuer Diener", „Verehrer" oder „Freund". Am 26. September 1855 nennt er Elizaveta die „herrlichste, beste, erste aller Frauen", vier Wochen später die „aparteste, feinfühligste Freundin", im November gar „meine liebe, kluge, gute, bezaubernde . . . Liza":

> Ihre Freundschaft ist wie ein leichter, kühler Lufthauch an einem Sommertag, er streichelt und kost die Nerven, bringt sie angenehm zum Schwingen wie Saiten und erzeugt Musik im gesamten Organismus. Meine dagegen dringt überall ein wie die Luft, nimmt alles in Besitz und strömt in die Lungen: man muss schon auf den Meeresboden ausweichen, um ihr zu entgehen.

Nach Elizavetas Abreise aus Petersburg werden Gončarovs Briefe immer länger. Er schickt ihr sogar einen als Roman deklarierten dramatischen Dialog zweier Freunde, in dem das Thema Liebe in ähnlicher Weise diskutiert wird wie wenig später im *Oblomov*. Mit den Worten, man wolle ihn „mit einem Tulaer Fräulein verheiraten", aber „je ne suis pas mariable", sucht er Elizaveta zum Handeln zu zwingen, doch sie beschränkt sich auf „Miniaturnachrichten" und einen „homöopathischen Brief". Wahrscheinlich hat Elizaveta seine Briefe selten beantwortet; erhalten sind nur wenige flüchtige Zeilen. Elizaveta heiratete im Januar 1857 den Offizier der Leibgarde Graf Aleksandr Musin-Puškin, ihren vier Jahre jüngeren Cousin. Der, gerade zweiunddreißigjährig, nahm sich 1863 das Leben. Elizaveta musste allein für ihre drei Kinder sorgen. Echos aus dieser *Liebe in Briefen* hallen auch in Gončarovs 1859 erschienenem Roman *Oblomov* wider, der ihm einen Platz in der Weltliteratur sicherte. Vera Bischitzky, die schon Gogol's *Tote Seelen* (2009 bei *Artemis & Winkler*) und Gončarovs *Oblomov* (2012 bei *Hanser*) in viel bewunderten neuen Übersetzungen vorlegte, hat ihr ganzes Wissen und Können in die *Liebe in Briefen* hineingegeben. Sie hat sie nicht nur mit Fingerspitzengefühl erstmals ins Deutsche übertragen, sondern mit ihrem informativen Nachwort, gründlich recherchierten Anmerkungen, editorischen Daten und einer Gončarov-Bibliographie in einen Rahmen gestellt, der diese Publikation des *Aufbau Verlags* zu einer bibliophilen Kostbarkeit macht.

Eine der schönsten Liebesgeschichten **Anton Čechovs** (1860–1904), *Die Dame mit dem Hündchen*, wurde schon unzählige Male ins Deutsche übersetzt. Jetzt legt Barbara Conrad eine neue Übertragung in der *Insel-Bücherei* vor, illustriert von Hans Traxler. Das Sujet ist bekannt: Der Moskauer Bankangestellte Dmitrij Gurov, noch keine vierzig, Vater von drei Kindern, hat immer wieder flüchtige Affären, obwohl er die Frauen als eine „minderwertige Rasse" betrachtet. Auf der Strandpromenade in Jalta begegnet er der jungen, unglücklich verheirateten Anna Sergeevna. Schon nach wenigen Tagen hat er ihre Zuneigung gewonnen, geht mit ihr aus, weicht keinen Schritt von ihrer Seite. Anna fühlt sich unsicher, hält sich für eine Gefallene. Ihre Abreise versetzt beide in einen seelischen Schwebezustand. Gurov taucht wieder in den gewohnten Moskauer Alltag ein, besucht Restaurants, Klubs, diniert mit Anwälten und Künstlern. Doch die Bank, die Bekannten, die Kinder und seine Frau gehen ihm auf die Nerven. Das steigert sich zu dem Gefühl, im „Irrenhaus oder in der Strafkolonie" zu sitzen. Überall verfolgt ihn Annas Schatten. Er reist in ihre Stadt, steht ratlos vor Annas Haus, begegnet ihr kurz im Theater. Anschließend fährt Anna alle zwei bis drei Monate nach Moskau. Beide führen ein Doppelleben. Wie sie den Konflikt lösen können, wissen sie nicht. Abrupt bricht die Erzählung ab – mit der bangen Frage „wie?" und dem Satz:

> Und es schien, nur noch ein bisschen – und die Lösung würde gefunden, und dann würde ein neues, wunderbares Leben beginnen, und beiden war doch klar, dass es bis zum Ende noch weit, sehr weit war und dass das Komplizierteste und Schwierigste gerade erst begann.

Wie der Slawist Horst-Jürgen Gerigk schreibt, erfahren wir nicht einmal,

> wie die Geschichte ausgeht; sie hat keinen Schluss, sondern hört einfach auf, fast mitten im Satz; noch ehe wir uns darauf eingelassen haben, einen Sinn zu sehen, ist sie zu Ende und lässt uns in völliger Unsicherheit über das weitere Schicksal ihrer Gestalten zurück.[1]

Die im Vergleich zu früheren Übersetzungen bestechend genaue Version von Barbara Conrad arbeitet diese schwebende Ambivalenz besonders deutlich heraus.

In den Sommermonaten 1911 hielt sich **Ivan Bunin** (1870–1953) im Dorf Glotovo bei Orel auf dem Gut einer Cousine auf. Der Schriftsteller, durch die große Erzählung *Das Dorf* in ganz Russland bekannt, machte hier häufig Station, um in der ländlichen Stille an seinen Texten zu arbeiten. 1911 waren dies vor allem *Suchodol* und einige weitere Dorfgeschichten. Nach eigener Aussage interessierte ihn jedoch weniger das dörfliche Alltagsleben als die „Seele des russischen Menschen". Dieses Interesse prägt sowohl Bunins Tagebucheintragungen jener Zeit als auch seine Dorfprosa von 1911. Sieben dieser Erzählungen, von Dorothea Trottenberg in gewohnter Qualität übersetzt, liegen jetzt in dem Band *Gespräch in der Nacht* beim *Dörlemann Verlag* vor.
Bunins Tagebuch vom 3. Juli 1911 enthält folgende Notiz:

> Kamen gerade von dem 108 Jahre alten Taganok zurück. Sicher ging es seinen Vorfahren einmal besser, jetzt aber sieht man nur Schmutz und Unrat. Die ärmliche Behausung und die Lebensverhältnisse sind schrecklich [. . .] Weshalb soll ich mir Geschichten ausdenken, genügt es doch, einen unserer Spaziergänge zu beschreiben.[2]

Derselbe Taganok taucht auch in der Erzählung *Hundertacht* (später umbenannt in *Ein alter Mensch*) auf – ein Greis, den seine Verwandten schlagen und darben lassen. In der Titelgeschichte *Gespräch in der Nacht* brüstet sich der 24-jährige Bauer Paška – auch er hat einen Prototyp im Tagebuch des Schriftstellers – damit, im Kaukasus einen georgischen Aufständigen „wie ein Schwein abgestochen" zu haben. Er würde auch den eigenen Vater nicht davonkommen lassen, wenn es nötig wäre. Fedot, ein älterer Bauer, will ihn noch übertreffen und erzählt, wie er wegen seiner Ziege einen Menschen mit einem Schleifstein erschlug. Jeder der fünf Bauern, die auf der Tenne die Nacht verbringen, ist ein Scheusal, auch der zottlige Chomut, der lahme Kirjuška und der strohdumme Ivan. Ihren rohen Späßen lauscht der Gymnasiast, der sich schon

---

[1] Horst-Jürgen Gerigk: Tschechow – Die Dame mit dem Hündchen, in: Die russische Novelle, hg. von Bodo Zelinsky. Düsseldorf 1982, S. 120.
[2] I.A. Bunin: Sobranie sočinenij, t. 6. Moskva 1988, S. 337.

den ganzen Sommer lang den Bauern anbiedert, ihre Redeweise und ihren rauen Umgang mit den Mädchen nachahmt, Machorka raucht und Fußlappen trägt. Er will „das Volk studieren". Aber nach dieser Nacht, in der die Bauern ihr wahres Wesen entblößen, ergreift das Herrensöhnchen vor den „fremden, unbegreiflichen Menschen" auf der Tenne die Flucht. Bunin schrieb das *Gespräch in der Nacht* während eines Capri-Urlaubs nieder. Er trug es neben den Erzählungen *Der fröhliche Hof*, *Swertschok* und *Ein gutes Leben* in der Villa Maksim Gor'kijs vor, mit dem er sich mehrfach traf, um über den Zustand der russischen Literatur zu diskutieren. Bunin ahnte, dass seine kritische Darstellung der Bauernschaft nicht überall Zustimmung finden würde. In der Tat wurde seine Prosa von 1911 kontrovers aufgenommen. Während nationalistisch orientierte Kritiker ihm vorwarfen, ein zu düsteres Bild des russischen Bauern zu zeichnen, lobten ihn liberale Rezensenten als einen würdigen Nachfolger Tolstojs. Bunin selber indes war mit dem Erreichten nicht zufrieden, suchte weiter nach dem „richtigen Ton".

Während **Vladimir Žabotinskij** (1880–1940) als charismatischer Führer eines Teils der zionistischen Weltbewegung heute noch bekannt ist, geriet sein schriftstellerisches Werk längst in Vergessenheit. Der Sohn einer jüdischen Familie aus Odessa studierte in Rom Jura und wirkte danach als Journalist in seiner Heimatstadt. Nach den Pogromen in Kišinev im Frühjahr 1903 wurde er Zionist. Unter dem Einfluss Theodor Herzls entwickelte sich der sprachbegabte Redner zu einem namhaften Vertreter dieser Bewegung. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging er als Korrespondent der *Russkie vedomosti* nach Westeuropa. Nach Kriegsende regte er die Gründung der Jüdischen Legion an, die auf dem Boden des biblischen Palästina den jüdischen Staat Israel schaffen sollte. Žabotinskijs literarisches Werk umfasst Gedichte, Theaterstücke, Erzählungen, Übersetzungen, eine Autobiografie und zwei Romane. Der historische Roman *Simson der Nasiräer* erschien 1927 auf Russisch in einer Pariser Zeitschrift, die deutsche Buchausgabe in Berlin 1928 (*Richter und Narr*) und 1930 (*Philister über dir, Simson!*). Er greift auf das alttestamentarische *Buch der Richter* zurück, nach dem Simson, ein Gottgeweihter von unwahrscheinlicher Leibeskraft, das von den Philistern unterdrückte Israel retten soll. Simson zerreißt einen jungen Löwen „wie ein Böcklein" und erschlägt tausend Mann mit einem Eselskinnbacken. Delila, die er liebt, soll das Geheimnis seiner Stärke lüften. Sie verrät, dass Simsons Kraft in seinem Haupthaar liegt. Im Sterben reißt Simson zahllose Philister mit in den Tod. Žabotinskij erzählt Simsons Geschichte frei nach der biblischen Vorlage als einen atmosphärisch dichten, psychologisch subtilen Gesellschaftsroman. Der Kampf mit dem Raubtier (bei Žabotinskij wird aus dem Löwen ein Panther), der Schlag mit dem Eselskinnbacken und der letzte Kraftakt des geblendeten Simson in Gaza dienen im Roman nur noch als mythologische Requisiten. Geschickt umspielt der Autor die Legende von der göttlichen Zeugung Simsons und rückt statt dessen den Doppelcharakter des Protagonisten in den Vordergrund. Simson führt zwei Leben, agiert bei den Danitern in Zora als Nasiräer und verantwortungsvoller Richter, während er in Philistäa seine politischen Ziele verbirgt, eine Narrenrolle spielt und als Raufbold und Räuber sein Unwesen treibt. Heimlich aber beneidet er die Philister wegen ihrer höheren Kultur. Auf dem Hintergrund farbiger Landschafts- und Sittenbilder entwickelt sich Simsons Liebestragödie, die im Roman einen breiten Platz einnimmt. Ganna-Maria Braungardt legte

eine vorbildliche neue Übersetzung des Romans vor, der als Nr. 2 in der Reihe „Kometen der Anderen Bibliothek“ herauskam.

Žabotinskijs Roman *Die Fünf* (1936) erschien jetzt zum ersten Mal auf Deutsch. Auch diese Übersetzung besorgte Ganna-Maria Braungardt, deren sachkundige Anmerkungen eine unerlässliche Lektürehilfe sind. Jekatherina Lebedewa übertrug die lyrischen Passagen. Žabotinskij erzählt von einer Odessaer Familie, in deren Schicksal sich die „Epoche der jüdischen Russifizierung“, der Assimilation und des Verlustes der Identität zu Beginn des 20. Jahrhunderts spiegelt. Am Anfang und am Ende des Romans steht das Bekenntnis: „Ich bin ein Sohn der Zeit.“ Der Ich-Erzähler, dessen Biografie sich im Wesentlichen mit der des Autors deckt, berichtet vom Untergang des bürgerlich-jüdischen Odessa. Liebevoll zeichnet er aus der Retrospektive die Topographie der weltoffenen Hafen- und Handelsstadt am Schwarzen Meer, durchstreift mit den Romanfiguren Stadtviertel, Plätze, Straßen und Gassen. Er berauscht sich an der Vielsprachigkeit und friedlichen Verbrüderung des bunten Völkergemischs und dringt Schritt für Schritt in die Welt der Familie Mil’grom ein. Ignac Mil’grom, ein Getreidehändler mit literarischer Bildung, und seine Frau Anna erleben den Ruin des Unternehmens und den Zerfall ihrer Familie. Die Porträts ihrer fünf Kinder gehören zu dem Besten, was Žabotinskijs Prosa zu bieten hat. Marusja, die älteste Tochter, lebt schon als Gymnasiastin äußerst freisinnig und dirigiert souverän den großen Kreis ihrer Verehrer. Sie kommt auf eine schreckliche Weise um. Marko öffnet sich jeder Modeströmung, liest Nietzsche, studiert Persisch und Sanskrit, besucht die Sitzungen der Religionsphilosophischen Gesellschaft in Petersburg, will als Freiwilliger in den Krieg gegen Japan ziehen und in die Politik gehen. Er ertrinkt in der Neva. Sereža handelt nach der Überzeugung, Menschen wie ihm sei alles erlaubt. Er lässt sich auf eine Ménage-à-trois ein und schreckt nicht einmal davor zurück, die „Expropriation“ seines Onkels zu inszenieren. Torik ist musikalisch, lernt Hebräisch, um seine Wurzeln zu ergründen, sagt sich dann aber von „Zion“ los, überzeugt, dass die „vollständige Liquidierung der Rasse“ unumgänglich sei. Lika beteiligt sich an politischen Demonstrationen, fliegt von der Schule, wird nach Vologda verbannt und geht schließlich in die Emigration. Žabotinskij zeichnet ein stimmungsvolles Bild des alten Odessa, dem seine große Liebe galt. Er führt uns in den Schauspielzirkel, in dem über die Stücke von Hauptmann, Čechov und Gor’kij diskutiert wird, gibt Einblick in die Arbeit der Zeitung, bei der er angestellt ist, schildert die Übergriffe der Zensur, berichtet von Verhaftungen und Razzien, Judenhass und Pogromen, der verbreiteten Angst beim Ausbruch des russisch-japanischen Kriegs und dem Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“.

Die Kunst des „destillarischen Umgießens“

Anfang 1925, unmittelbar nach den Satiren *Eine Teufeliade* und *Die verhängnisvollen Eier*, schrieb **Michail Bulgakov** (1891–1940) die Erzählung *Hundeherz*. Sie konnte jedoch erst Jahrzehnte später erscheinen, 1968 im Westen und 1987 in der Sowjetunion, jedes Mal auf der Grundlage nicht autorisierter Abschriften. In Deutschland hat Alexander Nitzberg nach Gisela Drohla und Thomas Reschke das Werk jetzt neu über-

setzt und unter dem Titel *Das hündische Herz* bei *Galiani* herausgebracht. Er griff auf Bulgakovs Fassung „letzter Hand" zurück, das dritte und vollständigste Exemplar von drei mit Korrekturen des Autors versehenen Typoskripten. Erzählt wird die Geschichte aus drei Perspektiven. Eine gehört dem herrenlosen Straßenköter Šarik (bei Reschke: Bello, bei Nitzberg: Lumpi), die zweite Doktor Bormental', der die Krankengeschichte Lumpis aufzeichnet; aus einer dritten kommentiert ein auktorialer Erzähler das Geschehen. Der Moskauer Chirurg Preobraženskij und sein Assistent Bormental' erproben Methoden der Verjüngung. Ihre Kunden sind betuchte Sowjetbeamte, die die Kosten einer Operation nicht scheuen. Deswegen lebt Preobraženskij unter dem Schutz höchster Instanzen in einer Siebenzimmerwohnung wie der Herrgott in Frankreich. Er macht aus seiner Verachtung für die Revolution und das gemeine Volk keinen Hehl, versichert indes, dass seine Äußerungen „nicht die leiseste Spur dieser elenden Konterrevolution" enthalten. Preobraženskij setzt Lumpi Hoden und Hypophyse des kurz zuvor verstorbenen Diebes und Alkoholikers Klim Čugunkin ein. Der Hund nimmt die Gestalt des Organspenders an, will Poligraf Poligrafovič Lumpikov genannt werden, erweist sich aber als Flegel und Grobian und verbündet sich mit dem Hauskollektiv, das den Professor enteignen will. Er ernennt sich zum „Vorsitzenden der Unterabteilung für die Bereinigung der Stadt Moskau von streunenden Tieren" und denunziert Preobraženskij bei der GPU. Dem bleibt nichts anderes übrig, als Lumpikov in Lumpi zurückzuverwandeln. Topographie und Terminologie des Textes entsprechen der Zeit der „NÖP", die 1921 den „Kriegskommunismus" ablöste. Lumpikov sieht sich selbst als „werktätiges Element", Preobraženskij hingegen als „Nöpmann". Über die Stoßrichtung der Satire existieren unterschiedliche Ansichten. Angeregt wurde sie zweifellos durch die zur Entstehungszeit in Russland verbreiteten Verjüngungstheorien der Mediziner und Sexualforscher Eugen Steinach und Sergej Voronov, vielleicht aber auch durch die bolschewistische Utopie vom „neuen Menschen". Jedenfalls lehnte die Zensur eine Veröffentlichung der Erzählung kategorisch ab. Der Moskauer Parteichef Lev Kamenev, dem Bulgakov ein Manuskript zur Begutachtung zugesandt hatte, erklärte, das „scharfe Pamphlet auf die Gegenwart" dürfe auf keinen Fall gedruckt werden. Möglicherweise, so der Übersetzer Alexander Nitzberg, habe Bulgakov aber auch gar keinen politisch subversiven Text schreiben wollen: Er sei doch eben erst dabei gewesen sei, im schillernden hauptstädtischen Literaturleben Fuß zu fassen. Nitzbergs Meinung nach hatte der Sprachkünstler Bulgakov, der ein großer Verehrer Gogol's gewesen sei, einfach eine Vorliebe für groteske Bilder, absurde Situationen, überraschende Wendungen, rasante Handlungen, plakative Gesten und bizarre Figuren. Daher auch die poetischen Anteile in seiner Prosa: Reime, Alliterationen, Parenthesen und originelle Lautbilder. Nitzberg als Nachdichter favorisiert die „poetisch-neuschaffende Methode" und strebt eine „möglichst präzise Wiedergabe der besonderen Stilmittel des Originals" an. Deshalb ist er bemüht, „die rhythmischen, klanglichen, reimtechnischen und metaphorischen Eigenarten" und die Polyphonie der Stimmen nachzubilden. Die Akzentuierung der sprachlich-stilistischen Komponenten des Textes und der Rückgriff auf dessen Fassung letzter Hand unterscheidet Nitzbergs Version am stärksten von älteren Übersetzungen.

Leben und Werk von **Leonid Dobyčin** (1894–1936) geben bis heute Rätsel auf. Schon sein Sterbedatum ist unklar: Dobyčin verschwand 1936 im Anschluss an eine

Diskussion über den „Kampf gegen den Formalismus“ im Leningrader Schriftstellerverband, bei der er scharf kritisiert wurde; offiziell wird angenommen, er habe Selbstmord begangen, sein Tod ist jedoch nicht belegt. Dieser Umstand hat den in Frankfurt/Main lebenden Autor Oleg Jur’ev zu einem fiktiven *Unbekannten Brief des Schriftstellers L. Dobyčin an Kornej Ivanovič Čukovskij* angeregt, den er 2012 in der Zeitschrift *Zvezda* veröffentlichte. In diesem angeblich 1954 geschriebenen und später ergänzten Brief berichtet *Dobyčin*, er lebe in einem Sovchoz, sei mit 60 pensioniert worden, wolle aber noch eine Weile als Statistiker weiterarbeiten.
Als Schriftsteller debütierte Leonid Dobyčin 1924 in der Leningrader Zeitschrift *Russkij sovremennik*, die kurz darauf verboten wurde. Insgesamt brachte er drei Bücher heraus – *Begegnungen mit Lis* (1927) und *Das Porträt* (1931), schmale Erzählungsbände, in denen er in lakonischer Weise den Zusammenprall der vorrevolutionären Lebensweise mit den pseudofortschrittlichen Veränderungen darstellt, sowie den Roman *Die Stadt N.* (1935), Erinnerungen an die Kindheit. Die *Begegnungen* wurden von der Kritik noch relativ wohlwollend aufgenommen, als „Provinzgeschichten ohne Sujet“, „leidenschaftslose Aufzeichnungen ohne Pathos und Humor“, Texte „voller Auslassungen und Andeutungen“. *Das Porträt* wurde als „Produkt einer neobourgeoisen Literatur“ und „schändliches Buch“ denunziert. Der Verriss des Romans *Die Stadt N.* besiegelte das Aus für Dobyčin.
Den deutschen Leser erreichten seine Werke spät. Erst Peter Urbans sprachmächtige Übersetzungen für die *Friedenauer Presse – Im Gouvernement S. Šurkas Verwandtschaft* (1996)*, Evdokija* (2008) und *Die Stadt N.* (2009) – brachten den Durchbruch. Urbans neuer Band *Die Erzählungen* enthält 20 Texte in der Reihenfolge einer vom Autor 1933 konzipierten „Ausgabe letzter Hand“. Vorgezogen wurde *Evdokija*, entsprechend der erzählten Zeit, die mit der Kindheit Dobyčins in Dvinsk (heute Daugavpils) zusammenfällt. Der Ort, in dem Russen, Letten und Deutsche, Orthodoxe, Katholiken und lutherische Protestanten leben, wirkt anfangs idyllisch. Es riecht nach Lindenblüten und Jasmin, auf den Fensterbänken stehen Nippsachen, Feriengäste aalen sich in Hängematten, von einer Anhöhe leuchten eine große katholische und eine kleine russisch-orthodoxe Kirche. Unter der verschlafenen Oberfläche herrschen jedoch dramatische Spannungen. Die übrigen Erzählungen spielen fast durchweg im Provinznest Brjansk, wo Dobyčin als Statistiker arbeitete. Kommentarlos schaut der Autor hinter die Fassade der kleinbürgerlichen Welt. Schmucklose Sätze, ungewöhnliche Inversionen, oft bewusst fehlerhafte direkte Rede, Lakonie und Minimalismus sind die Markenzeichen seiner Prosa: „Die Kirchen standen. Die Straßen liefen bergab und bergauf … Die Sonne zog weiter. Der Schatten eines Aeroplans huschte über die Tische…“ (*Das Porträt*, 1929/30). Peter Urban hat aus dem erzählerischen Werk Dobyčins eine optimale Auswahl getroffen, die Texte mit sicherem Gespür für die sprachlichen Feinheiten übersetzt und im Anhang ausführlich kommentiert.

In der *Reclam*-Reihe *Liebesgedichte* kam nach einer Cvetaeva-Auswahl aus der russischen Literatur jetzt ein Bändchen von **Anna Achmatova** (1889–1966) dazu, übersetzt von Kay Borowsky. Die 75 Gedichte entstanden zwischen 1904 und 1959. Elisabeth Cheauré fächert im Nachwort die biografischen Hintergründe der Texte auf, „immer im Bewusstsein der Unmöglichkeit, die Liebesgedichte als Replik auf Achmatovas eigenes Erleben zu reduzieren“. Ein Gedicht wie *Er liebte* . . . (1910) meint

sicher den ersten Ehemann Nikolaj Gumilev, auch wenn es den seelischen Konflikt des weiblichen lyrischen Ichs weit über die Reflexion privater Probleme hinaushebt:

> Er liebte drei Dinge auf der Welt:
> den Gesang der Abendandacht,
> weiße Pfauen und abgenutzte Landkarten
> von Amerika. Nicht liebte er
> Kinderweinen, weibliche Hysterie
> und Tee mit Himbeermarmelade.
> . . . Und ich war seine Frau.

Die Reclam-Auswahl enthält einige der schönsten Liebesgedichte der Achmatova: *Dein Strohhalm trinkt meine Seele, Herzen sind nicht zusammengeschmiedet, Wir werden nicht aus einem Glase trinken, Können uns einfach nicht trennen, Dir gehorsam? Du bist ja verrückt!, Du hast mich ausgedacht. So eine gibt es nicht.* Deutlich klafft zwischen den Gedichten der 1920er und der 1940er Jahre eine große Lücke. Sie ist den politischen Repressionen geschuldet, denen die Dichterin ausgesetzt war. Erst die Begegnung mit Sir Isaiah Berlin im November 1945 inspirierte sie zu neuen Liebesgedichten, dem Zyklus *Cinque*. Ein Gedicht der Achmatova vermisst man in der Auswahl. Es entstand 1912 und beginnt mit den Zeilen: „Man hat mir heute keinen Brief gebracht: / Ist er verreist? Vergaß er, ihn zu schicken?" Die Liebe, die Achmatova hier apostrophiert, war nur „von kurzer Dauer", und sie war schmerzhaft: Es handelt sich um Achmatovas Beziehung mit dem italienischen Zeichner, Maler und Bildhauer Amedeo Modigliani, dem sie 1910 und 1911 in Paris begegnete.[3]

Nach Achmatova und Cvetaeva war **Bella Achmadulina** (1937–2010) die dritte *Grande Dame* der russischen Poesie des 20. Jahrhunderts. Mit ihren Werken und ihrem Verhalten eckte sie immer wieder an: weil sie die Verleihung des Nobelpreises an Pasternak nicht verurteilte, weil der Gedichtband *Schüttelfrost* 1968 in Frankfurt am Main erschien, weil sie sich für Solženicyn, Sacharov, Kopelev, Aksenov und Vojnovič einsetzte, weil ihre Erzählung *Viele Hunde und der Hund* 1979 in dem illegalen Almanach *Metropol'* abgedruckt wurde. Für ihr Lebenswerk erhielt sie 1994 den russischen *Triumph*-Kunstpreis und den *Puškin-Preis* der Alfred Toepfer Stiftung. Achmadulinas Vater, ein Tatare, war ein hoher Sowjetbeamter, ihre Mutter, russisch-italienischer Herkunft, Übersetzerin beim KGB. Bella, radikal in ihrem Lebensanspruch, war mit den Schriftstellern Evgenij Evtušenko, Jurij Nagibin und Gennadij Mamlin, dem Filmproduzenten Ėl'dar Kuliev und dem Bühnenbildner Boris Messerer verheiratet. Ihre Werke wurden in vielen Ländern übersetzt. Auf Deutsch lagen bisher zwei Gedichtbände vor: *Musikstunden* (*Volk & Welt*, 1974) und *Das Geräusch des Verlusts* (*Institut für Buchkunst Leipzig*, 1995). Erich Ahrndt, der sich schon mit seinen Achmatova-, Cvetaeva- und Esenin-Übertragungen einen Namen gemacht hat, stellt in dem Band *Viele Hunde und der Hund* aus dem *Leipziger Literaturverlag* jetzt 34 Gedichte und zwei Erzählungen vor. Die junge Achmadulina liebt den elegischen Ton, wie er etwa das Gedicht *In meiner Straße schon so manches Jahr* prägt. Es be-

---

[3] Vgl. dazu Jochen Trebesch: Die Karyatide im Tempel der Wollust. Anna Andrejewna Achmatowa und Amedeo Modigliani, in: Ders.: Essays zur Literatur. Berlin: NORA 2013, S. 9–52.

klagt den Verlust der Freunde, das Erkalten der Liebe, die Angst vor der Einsamkeit und wurde populär, nachdem Alla Pugačeva es in Ėl'dar Rjazanovs Film *Ironie des Schicksals* sang. Ahrndt hat für seine Ausgabe zahlreiche Widmungsgedichte ausgewählt: *Es langweilt schon, auch kommt mir's nicht gelegen, / zu reden über den berühmten Freund*, in dem Achmadulina ihre Eigenständigkeit gegenüber ihrem Mann und Dichterkollegen Evgenij Evtušenko verteidigt, *Dem Gedenken an Boris Pasternak,* in dem die Dichterin sich vor dem verehrten Idol verneigt, oder *Die Zeile,* worin sie Achmatova und deren 1958 in Komarovo geschriebenes *Sonett vom Meeresstrand* würdigt. Dass sie Achmatova, die ihr nicht gerade freundlich begegnete, nicht nur positive Gefühle entgegenbrachte, beweist das Gedicht *Ich beneide sie*. Das Marina Cvetaeva zugeeignete Gedicht *Musikstunden* mündet in dem Wunsch, „dass ich es schaffe, einmal nur, dies eine / Mal laut zu schrein: ich bin wie du, wie du! / Ich schrie es ja auch gerne – doch ich weine." Wie ihre Lyrik ist auch Achmadulinas Prosa stark verfremdet. *Viele Hunde und der Hund*, Vasilij Aksenov gewidmet, ist ein surrealistischer Text, der an Aksenovs „Novelle mit Übertreibungen und Traumgesichten" *Defizitposten Fassleergut* erinnert. Handlungsort ist das an der Schwarzmeerküste gelegene Dioskuria. Šelaputov, der Protagonist, hat Verstand, Sprache, Gehör, Geruchssinn und Gedächtnis verloren, seine Wahrnehmungen und Handlungen widersprechen der gewöhnlichen Logik. Das gilt in Bezug auf die den Text bevölkernden Hunde und *den* Hund Ingurka ebenso wie für das in nebelhaften Konturen belassene historische Geschehen. Die Erzählung *Betrachtung einer Glaskugel* beschwört eine gläserne Kugel, die die Fähigkeit besitzt, „des Schicksals Nebel zu lösen". Ein „deutscher Dichter" (der Leipziger Lyriker Peter Gosse) hat sie der Autorin in Münster geschenkt. Diese Glaskugel regt Achmadulina zu dem Gedanken an, dass „alle Schicksale und Ereignisse, Wesen und Stoffe" des Interesses und der künstlerischen Darstellung wert seien – ein Satz, der die Grundformel ihrer Poetik sein dürfte.

Arsenij Tarkovskij (1907–1989) kam 1925 mit einem Heft voller Jugendgedichte aus dem ukrainischen Städtchen Elizavetgrad nach Moskau, um Literatur zu studieren. Als Nachdichter georgischer, turkmenischer und armenischer Poesie wurde er 1940 in den Schriftstellerverband aufgenommen. Eigene Gedichte konnte der Frontkorrespondent, der nach einer schweren Verwundung ein Bein verlor, in Soldatenzeitungen unterbringen. Allerdings machten die Parteibeschlüsse von 1946 Tarkovskijs Hoffnungen auf eine Veröffentlichung seiner Lyrik zunichte. Erst 1962 kam sein erster Gedichtband *Vor dem Schnee* heraus. Mehr als die Hälfte der Gedichte, die Martina Jakobson für den Band *Reglose Hirsche* ausgewählt, übersetzt und kommentiert hat, erreichte den Leser also erst Jahrzehnte nach ihrer Entstehung, in der Zeit des „Tauwetters". Auch die ersten deutschen Übersetzungen der Lyrik Tarkovskijs mussten auf eine günstige Zeit warten. In seinem Todesjahr erschien bei *Neues Leben* ein schmales *Poesiealbum*, ein Jahr später bei *Volk & Welt* der Band *Auf der anderen Seite des Spiegels*, beide herausgegeben von Jekatherina Lebedewa. In der Sammlung der *Edition Rugerup* nehmen die Liebesgedichte einen besonderen Platz ein. *Die Kerze*, *Immerzu trägst du dies schwarze Kleid*, *Wind*, *Sechs Weinkelche auf dem Tisch*, *Eurydike*, *Erste Begegnungen* und die zwei Varianten von *Wie vor vierzig Jahren* zeugen von der nachhaltigen Wirkung der Jugendliebe, die Tarkovskij in Elizavetgrad mit der neun Jahre älteren, musikalisch begabten Marija Fal'c verband und

ihn bis Ende der 1960er Jahre tief bewegte. Andere Adressatinnen sind Marija Višnjakova, Tarkovskijs erste Frau (*Der Wald von Ignat'evo*), Antonina Bochonova, die zweite Frau des Dichters (*Das Leben hat mich schleichend / an Beerdigungen gewöhnt*) und seine dritte Frau Tat'jana Ozerskaja (*Ein winziger goldener Vogel*, *Zu spät fand ich mein eigenes Glück*, *Zwei Flügel, taubengrau*). Widmungsgedichte für Marina Cvetaeva und Anna Achmatova sprechen von der Hochachtung, die Tarkovskij vor den großen Dichterinnen empfand. Cvetaevas Freitod gab den Impuls zu dem Zyklus *Dem Andenken Marina Cvetaevas*; nach Achmatovas Tod verfasste Tarkovskij den Gedichtzyklus *Dem Andenken Anna Achmatovas*. Nachdem seine Verse auch in Filmen seines Sohnes Andrej Tarkovskij zitiert wurden, etwa in *Der Spiegel* (1974), *Stalker* (1979) und *Nostalghia* (1983), vergrößerte sich Tarkovskijs Lesergemeinde beträchtlich. Vater wie Sohn suchen nach Antworten auf die ewigen Fragen von Leben und Tod. Beide betrachten die Natur als Spiegel der Seele des Menschen und arbeiten gern mit den Motiven Erde, Luft (Wind), Feuer und Wasser (Regen, Tau, Eis, Schnee, Hagel). Verse und Filme sind von der gleichen leicht melancholischen Grundstimmung getragen. Arsenij Tarkovskij arbeitet in seinen Gedichten mit einer ausgefeilten Reimtechnik; Martina Jakobsons deutsche Übersetzung begnügt sich demgegenüber meist mit Assonanzen.

Zum ersten Mal in deutscher Übersetzung ist jetzt eine Auswahl der Lyrik von **Maksim Amelin** (*1970) unter dem Titel *Arkadentempel* im Wiener *Klever Verlag* erschienen. Herausgeber und Nachdichter ist der etwa gleichaltrige in Moskau geborene Alexander Nitzberg. Amelin gehört nicht nur einer jüngeren Generation an, er vertritt auch eine ganz andere Dichterschule als Achmatova, Achmadulina oder Tarkovskij. Sehen die meisten russischen Dichter, die aus dem Symbolismus oder Akmeismus kommen, ihre Wurzeln im Puškinschen „Goldenen Zeitalter" der Poesie, lehnt eine Minderheit diese Tradition ab, aus ähnlichen Gründen wie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts die futuristische und oberiutische Avantgarde. Amelin hat jedoch andere Wurzeln als die Futuristen und Oberiuten. Er beruft sich auf das „russische 18. Jahrhundert", das ihm Evgenij Baratynskij, der Meister der Elegie, und Osip Mandel'štam mit seiner Vorliebe für die griechisch-römische Antike nahebrachten. Amelin wurde fast gleichzeitig als Übersetzer, Verleger und Lyriker bekannt. Er übertrug den gesamten Catull, Pindars Oden, Homers *Odyssee*, die Sammlung lateinischer erotischer Gedichte *Carmina Priapea* und Vivaldis Sonette. Als Verleger brachte er eine Auswahl aus dem Werk des Grafen Dmitrij Chvostov heraus, den die Puškinfreunde in zahllosen Epigrammen als talentlosen Vielschreiber schmähten. Amelin veröffentlichte in fünfzehn Jahren vier Gedichtbände – *Kalte Oden* (1996), *Dubia* (1999), *Gorgos Ross* (2003) und *Gebogene Rede* (2011). Das Übersetzen, das er auch anderen Dichtern empfiehlt, sieht er als wichtige Möglichkeit, seine handwerklichen Fähigkeiten zu vervollkommnen. Amelin versteht sich als „Archaist und Novator"; das Neue ist ihm „das gründlich vergessene Alte". Seine Auszeichnung mit dem Aleksandr-Solženicyn-Preis 2013 war auch eine Würdigung der Innovationen, mit denen er „die Tradition der russischen Verskunst bereichert hat". Den Glanzpunkt des für Amelin so wichtigen 18. Jahrhunderts stellt in seiner Sicht nicht die französische Vorbilder nachahmende Regelpoesie des Klassizismus dar, eher sind es Sprach- und Stilformen, die sich mit denen der englischen Renaissance, des italienischen Marinismus und des deutschen Barock

vergleichen lassen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass Amelins Übersetzer ins Deutsche sich an der Stilistik der Barockpoesie, der Sprachform der Lyrik eines Martin Opitz oder Andreas Gryphius orientiert. Er scheut sich auch nicht, sprachliche Absonderlichkeiten wiederzugeben, die zu den Erkennungszeichen des Lebensgefühls der Barockkünstler wie ihrer Nachlassverwalter gehören. Der Band *Arkadentempel* wird durch ein Lob des Übersetzens eingeleitet, das „destillarische Umgießen der dreiunddreißig Gesänge des löblichen Maximus Amelius gemäß den Principien der hermetischen Kunst durch A.N.“ Die 33 Gedichte kreisen um ewige Themen der Poesie. Kann sie noch Neues benennen, wenn doch schon alles gesagt worden ist (*Sich wiederholen?*)? Worin besteht ihre Aufgabe? Soll sie die Schönheit der Welt besingen oder hungrigen Menschenscharen den brummenden leeren Magen füllen (*Erst die Sattheit – und nicht le goût*)? Zu den tradierten Themen gehören das *Carpe diem* wie das *Memento mori*. Das Gedicht *Weder Steine zu schleudern noch sie zu reihn* parodiert die Chvostovsche Fabel *Die Wolke, der Berg und der Haufen*, die erzählt, wie die Hoffnungen des Menschen schrumpfen und am Ende eines beschwerlichen Weges oft nur ein Misthaufen liegt. In einem Gedicht von 2000 vergleicht Amelin nicht ohne Ironie einen Besuch seiner Geburtsstadt Kursk mit Dantes Aufenthalt im *Paradiso*:

Und ich soll dreißig sein? Ich bin dreihundert!
Die zehnfache Erfahrung weiß mein Stift
nicht auszudrücken, weil er kaum verwundert,
kaum überzeugt und kaum ins Schwarze trifft,

der Vers ist zäh und spröde, er verzweigt sich
im Licht, verwurzelt in der Dämmerung,
er trällert nicht drauf los, zu wenig zeigt sich
in ihm Struktur, Geschmeidigkeit und Schwung,

in zwei konträre Teile aufgespalten,
der eine glühend und der andre kühl,
mir will die Seele vom Kalkül erkalten,
mir schmilzt vor lauter Seele das Kalkül . . .

„Unvereinbar wie Borschtsch und Saturn“

Noch kurz vor der Etablierung des sozialistischen Realismus gelang es dem Autorenteam **Il’ja Il’f** (1897–1937) und **Evgenij Petrov** (1903–1942) zwei Satiren zu veröffentlichen, die mit zum Besten gehören, was diese Gattung im 20. Jahrhundert in Russland hervorgebracht hat. 1928 erschien ihr Roman *Zwölf Stühle*, in dem der Schmuck einer verstorbenen Aristokratin von ihrem vertrottelten Schwiegersohn Vorob’janinov, ihrem Beichtvater Fedor und dem „großen Kombinator“ Ostap Bender im Polster von zwölf Stühlen gesucht wird. Noch ehe die Jagd nach den Brillanten beendet ist, bringt Vorob’janinov Bender um. Im Roman *Das Goldene Kalb oder Die*

Jagd nach der Million (1931) ist Bender wieder lebendig. Sein Ziel ist eine Million, um wegen der „Unstimmigkeiten mit der Sowjetmacht" nach Rio de Janeiro zu emigrieren. Einer damaligen Mode folgend, kreuzt er als „Sohn des Leutnants Schmidt" (eines Aufständischen vom Panzerkreuzer „Potemkin") beim Vorsitzenden des Exekutivkomitees von Arbatov auf und bettelt um Geld. In Černomorsk findet er den als Buchhalter getarnten Korejko, der sich während der NÖP ein Vermögen unter den Nagel gerissen hat. Als Bender Korejkos Million in der Tasche hat, merkt er, dass man in der Sowjetunion mit Geld nicht viel anfangen, keine Autos kaufen, kein Grundstück erwerben, nicht einmal ein freies Hotelzimmer finden kann. Beim Versuch, den Dnestr zu überqueren, nehmen ihm die rumänischen Grenzer das Geld ab. Enttäuscht kehrt er ans Sowjetufer zurück: „Bitte keine Ovationen! Ein Graf von Monte Christo bin ich nicht geworden. Ich muss mich zum Hausmeister qualifizieren" – in Russland sind das bis heute geflügelte Worte.
Il'fs und Petrovs humorvoll-ironisch erzählter Schelmenroman mit seiner Fülle von Nebenfiguren, Schauplätzen und Episoden fand bei den Lesern großen Anklang. Die Hautpfigur Bender und seine Kumpane reisen durch Russland und stoßen unterwegs in ausnahmslos allen Bereichen auf haarsträubende Zustände. Ähnlich wie Čičikov aus Gogol's *Toten Seelen* ist Bender als witziger und schalkhafter Abenteurer den meisten anderen Figuren geistig überlegen, ohne dass er als Träger positiver Ideale fungierte. Die Autoren sind bemüht, zu viel Mitgefühl für den Schelm zu verhindern und den Leser von der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das Goldene Kalb des Kapitalismus zu überzeugen. Die Rezeptionsgeschichte der beiden Romane steht in engem Zusammenhang mit den politischen Auseinandersetzungen, die Stalin mit Trockij (der „Linken Opposition") und Bucharin (den „Rechtsabweichlern") führte. Das erklärt sowohl das jahrelange Ausbleiben einer nennenswerten Medienresonanz als auch die immer wieder aufflammende Kritik an angeblichen ideologischen Schwachstellen. Die erste deutsche Übersetzung des *Goldenen Kalbs* kam 1932 bei *Zsolnay* mit einem Nachwort von Anatolij Lunačarskij heraus. Darin warnte der einflussreiche Kulturpolitiker davor, dass „labile junge Leute" in Bender, der nur in der Atmosphäre des „kleinbürgerlichen Alltags" als Größe wirke, und in dessen „Philosophie der Prinzipienlosigkeit und des Kombinierens" ein Vorbild sehen könnten. 1979 übersetzte Thomas Reschke den Roman für *Volk & Welt* Berlin. Jetzt hat er ihn für *Die Andere Bibliothek* auf der Textgrundlage des unzensierten russischen Originals überarbeitet.

Im fünften Band der bei *Matthes & Seitz* edierten Werke **Varlam Šalamovs** (1907–1982) bringt Franziska Thun-Hohenstein jetzt mit *Das vierte Vologda* einen großen Teil der autobiografischen Prosa und Erinnerungen heraus, wieder in der exzellenten Übersetzung von Gabriele Leupold, mit einem klugen Nachwort und einem 150 Seiten umfassenden (für die Orientierung des Lesers dringend notwendigen!) Anhang. Der größte Beitrag ist der Text *Das vierte Vologda*, den Šalamov 1968–1971 in Moskau schrieb. Es gebe drei Vologdas, „die historische Stadt, die Provinzhauptstadt und die Stadt der Verbannung"; sein Vologda sei das vierte. Mit diesen Worten beginnen Šalamovs Erinnerungen an die Kindheit und frühe Jugend in seiner nordrussischen Geburtsstadt, deren freiheitsliebender Geist ihn tief geprägt hat. Die Geschichte der Stadt ist eng verbunden mit den Namen vieler Menschen, die Vologda aus politischen

Gründen als Etappen- oder Verbannungsort kennenlernten. Ein zweites Thema des Textes ist neben der Stadt die Familie. Den bücherfernen Vater, einen russisch-orthodoxen Geistlichen, der nach zwölfjähriger Tätigkeit als Missionar auf den amerikanischen Aleuten 1904 nach Vologda zurückkehrt, zeichnet er aus kühler Distanz; die Mutter gleicht einer Märtyrerin, die für die siebenköpfige Familie kochen, backen und waschen muss. Varlam, das jüngste von fünf Geschwisterkindern, verschlingt alle Bücher, die er sich ausleihen kann, und hält deren Inhalt auf *fantiki*, briefförmig gefalteten Bonbonpapieren, fest. Den Sturz der Zarenherrschaft erlebt der Zehnjährige als eine „Volksrevolution". Er liest Werke des Sozialrevolutionärs Boris Savinkov, erlebt, wie sein frühzeitig erblindeter Vater aktiv in der kirchlichen Erneuerungsbewegung des Metropoliten Aleksandr Vvedenskij wirkt. Die große Geschichte klammert Šalamov in seinen Erinnerungen weitgehend aus. Er notiert, 1918 habe es in Vologda Tag und Nacht Verhaftungen und Erschießungen gegeben, für die Familie habe das Jahr den „materiellen Zusammenbruch" gebracht: Hunger, Requirierungen, unaufhörliche Durchsuchungen und Einquartierungen (die sogenannte „Verdichtung"). Die Aufzeichnungen brechen mit der lapidaren Feststellung ab, mit sechs habe er den Glauben an Gott verloren.

Im Herbst 1924 fuhr Šalamov nach Moskau, um ein Studium aufzunehmen. 1926 wurde er an der Fakultät für Sowjetisches Recht immatrikuliert. Moskau ist der Schauplatz weiterer Erinnerungen, die in dem vorliegenden Band unter der Überschrift *Die zwanziger Jahre* abgedruckt sind. Der Provinzler stürzt sich Hals über Kopf in das politische und literarische Leben der Hauptstadt. Es ist für ihn „eine Zeit der literarischen Kämpfe, der poetischen Schlachten auf den sieben Hügeln Moskaus". Moskau mit den rivalisierenden Gruppen LEF, RAPP, Pereval, Proletkult, Schmiede, Imaginisten, Konstruktivisten und Nitschewoken erscheint dem jungen Šalamov als eine riesige Kulturuniversität. Er sucht Kontakt zu linken Künstlern wie Vladimir Majakovskij, Osip Brik und Sergej Tret'jakov. Begeistert lauscht er den Vorträgen Anatolij Lunačarskijs, den Veranstaltungen der Agitprop-Gruppe „Blaue Bluse", liest die Werke der „Serapionsbrüder", Isaak Babel's, Boris Pil'njaks, Andrej Sobol's, Larisa Rejsners, Michail Bulgakovs und Valentin Kataevs. Der Autor berichtet von Verlagsprojekten und Theateraufführungen, geht auch auf die Tätigkeit der Literaturkritiker Aleksandr Voronskij, Vjačeslav Polonskij und Viktor Šklovskij ein. In den erstaunlich frischen Erinnerungen Šalamovs fehlt kaum ein Name aus dem Kreis der Künstler, Schriftsteller und Kritiker der „Goldenen Zwanziger".

Als Sohn eines jüdischen Arztes im damals zu Russland, nach dem Ersten Weltkrieg zu Polen gehörenden weißrussischen Pinsk geboren, studierte **Julij Margolin** (1900–1971) in Berlin Philosophie und promovierte über *Grundphänomene des intentionalen Bewusstseins*. 1929 ließ er sich in Lódź nieder, wo er Vladimir Žabotinskij kennenlernte, 1936 übersiedelte er mit seiner Familie nach Palästina. Bei einem Besuch in Pinsk wurde der freie Journalist und Schriftsteller 1940 vom NKWD wegen „Vergehens gegen die Passbestimmungen" zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt. Sein autobiografisches Buch *Reise in das Land der Lager* entstand 1946/47 in Haifa. 1950 referierte Margolin vor der UNO über die sowjetischen Lager und das GULAG-System in der UdSSR.

„Das Land der Lager ist in keiner sowjetischen Karte eingetragen, man findet es in keinem Atlas. Es ist das einzige Land der Welt, wo es über die Sowjetunion keinen

Streit, keinen Irrtum und keine Illusionen gibt" – mit diesen Worten grenzt sich der Autor im Vorwort zur *Reise* vom Bild der UdSSR ab, das sowohl prosowjetische Propagandaschriften als auch Außenstehende wie Oskar Maria Graf (*Reise nach Sowjetrussland*, 1934) oder André Gide (*Zurück aus Sowjetrussland*, 1936) verbreitet hatten. Mit einem polnischen Pass in der Tasche erlebt Margolin 1939 in Lódź den Überfall der Wehrmacht auf Polen, in Pinsk den Einmarsch der Roten Armee. Er begreift sehr schnell, dass aus der Befreiung von den Deutschen eine Eroberung durch die Sowjets, eine totale „Sowjetisierung" wird: Polen wird „von zwei Raubtieren zerrissen". Zwischen Gestapo und NKWD sieht er sich in der Falle. Im Juni 1940 wird er mit der „echten sowjetischen Realität" konfrontiert. Das Lager „48. Quadrat", ein „ganz normales sowjetisches Konzentrationslager" für 1000 polnische Juden und 50 russische *Seki*, liegt an der Nordspitze des Onegasees. Als „gebildeter Mensch" wird Margolin zunächst Schriftführer des Lagerleiters, dann Holzfäller wie die meisten anderen. Jede Arbeit im Lager läuft auf die „restlose Ausbeutung der Körperkraft und Widerstandsfähigkeit des Häftlings hinaus". Als Zwangsmittel fungiert der Hunger, der den Prozess der „Entmenschlichung", der systematischen Zerstörung aller humanen Regungen und Beziehungen, steuert.

Nach dem 22. Juni 1941 werden die Häftlinge 500 Kilometer weiter nach Osten in die Region des *KargopolLag* verlegt. Margolin wird die für Polen geltende Amnestie verwehrt, weil er Jude ist. Er leidet immer stärker unter der „Lagerneurose", die die „Sinnlosigkeit des menschlichen Leidens im Lager" hervorruft. Die Dystrophie schwächt ihn so sehr, dass er selbst leichte Tätigkeiten im Badehaus und im Büro nicht mehr verrichten kann. Er ist „halbverrückt vor Glück", als ihn ein einsichtiger Arzt schließlich für invalide erklärt. Nun findet er endlich Zeit und Gelegenheit, einige philosophische Gedanken, seine *Lehre vom Hass* und die *Lehre von der Freiheit*, zu Papier zu bringen. Zu der polnischen Armee, die im Mai 1944 in der Sowjetunion aufgestellt wird, wird er nicht abkommandiert: Mit seinen 45 Kilo ist er nicht kriegstauglich. Statt dessen soll er nach Vorkuta verlegt werden, erkrankt aber und bleibt im *KotlasLag* hängen. Seine Schriften, aus denen ein Buch werden sollte, werden konfisziert. Am 21. Juni 1945 wird er entlassen, zunächst nach Slavgorod im Altaj. In seinem Schlusswort schreibt Margolin:

> Es gibt eine Hölle auf Erden, und sie wurde geschaffen von denselben Leuten, die als Erbauer einer Neuen Welt gelten wollten. Doch dieses Buch wurde nicht in polemischer Absicht geschrieben [. . .] Dieses Buch beschreibt ohne Überzeichnung, ohne künstliche Häufung von Schrecken und Grausamkeiten die genaue Alltäglichkeit und Normalität der Lager.

Die *Reise in das Land der Lager*, russisch geschrieben, wurde bisher weder in Russland noch in Israel in einer vollständigen russischen Ausgabe publiziert. Die Edition im New Yorker *Chekhov-Verlag* (1952) und die Nachdrucke in Israel (1976 und 1997) wiesen große Lücken auf, ebenso die französische Übertragung von 1949 und die deutsche Erstübersetzung von 1965 *Überleben ist alles. Aufzeichnungen aus sowjetischen Lagern*. Eine komplette Internet-Edition des Buches brachte Inna Dobruskina vom Zionistischen Zentralarchiv Jerusalem 2005 heraus.[4] Die neue deutsche Überset-

[4] <http://margolin-ze-ka.tripod.com/contents.html>.

zung von Olga Radetzkaja stützt sich auf die Originaltexte Margolins, die der französischen Buchausgabe *Voyage au pays des Ze-Ka* von 2010 zugrunde liegen.

Nach dem Roman *Der wahrhaftige Volkskontrolleur* von **Andrej Kurkov** (*1961) brachte der Innsbrucker *Haymon Verlag* jetzt die Fortsetzung *Der unbeugsame Papagei* in der Übersetzung von Sabine Grebing heraus, die mit dem ironischen, zum Absurden und Phantastischen tendierenden Stil des Autors seit längerem vertraut ist. Ein dritter Teil unter dem Titel *Die Kugel fand den Helden* ist noch zu erwarten. Die Trilogie hat keine Zentralgestalt, sondern verfolgt das Schicksal mehrerer Protagonisten. Sie tauchen in allen drei Romanen auf – der Volkskontrolleur Pavel Dobrynin, der „auf Lebenszeit für die ganze Sowjetunion" als Gütekontrolleur eingesetzt wird, der Varietékünstler Mark Ivanov und sein Papagei Kuz'ma, der die Gedichte Majakovskijs und anderer Sowjetpoeten mitreißend rezitiert, der Engel, der erkunden will, warum kein Sowjetbürger ins Paradies kommt, und sich im irdischen „Neuen Gelobten Land" verirrt, der Schuldirektor Vasilij Banov, der Lenin unter dem Moskauer Kreml Gesellschaft leistet, und die Kugel, die den Engel treffen soll, der sie abfängt und dann losschickt, um jedes Töten ein für allemal zu beenden. Das Ganze ist „Flickwerk" im besten Sinne des Wortes, ein epischer Patchworktext, gestaltet indes mit einem klaren ästhetischen Ziel. Im Prolog zum *Unbeugsamen Papagei* erklärt der Autor, er habe das Buch geschrieben, „um aufzuzeigen, wie all die echten Sowjetmenschen damals dachten und lebten". Heute gebe es zwar keine Sowjetmenschen mehr, aber er habe sie noch angetroffen und liebe sie: „Ich möchte gern, dass auch Sie sie verstehen und, wenn möglich, lieb gewinnen. Und wenn Sie sie nicht lieb gewinnen können, aber wenigstens verstehen, dann bin ich auch damit zufrieden!" Aus diesen Worten, ob man sie nun als Ironie oder aufrichtiges Bekenntnis liest, lässt sich schließen, dass Kurkov ein Kollektivporträt des Menschen zeichnen will, der im Russischen abwertend mit dem Jargonbegriff *sovok* (Sowjetbürger, Vertreter der sowjetischen Mentalität und Lebensweise) bezeichnet wird. Während im *Wahrhaftigen Volkskontrolleur* das Zeitkolorit nahelegt, dass die Handlung „nach der Revolution" spielt, erfasst der zweite Roman die Jahre des Zweiten Weltkriegs. Der ehrliche, aber naive Kolchosbauer Pavel Dobrynin, den seine Dorfgenossen, um ihn loszuwerden, als Landesgütekontrolleur vorschlagen, überprüft gemeinsam mit dem „letzten Urku-Jemzen" Dmitrij die Fellproduktion im Hohen Norden, entdeckt den volkswirtschaftlichen Nutzen vor Millionen Jahren eingefrorenen Mammutfleischs, kümmert sich um die Herstellung von Gasmasken, Militärmänteln sowie aufblasbaren Gummipuppen für die politische Propaganda und erbaut sich in seiner kargen Freizeit immer wieder an rührenden Geschichten aus dem Buch *Lenin für Kinder*. Der Papagei Kuz'ma rezitiert jetzt vor Soldaten und Arbeitern kriegswichtiger Betriebe häufig aus Tvardovskijs Poem *Vasilij Terkin* und anderen Frontgedichten. Im „Neuen Gelobten Land" wird gesät und geerntet, Kinder kommen zur Welt. Der aus dem Paradies entwichene Engel liebt die Lehrerin Katja, die ihn jedoch nur erhören will, wenn er bereit ist, die Existenz Gottes zu leugnen. Schuldirektor Banov, von den Direktiven des Volksbildungsministeriums und Makarenkos *Pädagogischem Poem* genervt, findet Zuflucht bei dem Träumer Lenin, der unter dem Kreml in einer Laubhütte haust und eben so machtlos ist wie das im Obergeschoß dahinsiechende formale Staatsoberhaupt Kalinin. Die mysteriöse Kugel aber fliegt unaufhörlich weiter, ohne ein Ziel zu

finden. Kurkov, 1961 in der Nähe von Leningrad geboren, lebt seit seiner Kindheit in Kiev und schreibt auf russisch. Seit 1991 hat er über zwanzig Romane und ebenso viele Filmdrehbücher veröffentlicht und in zahlreichen Ländern erstaunlich große Resonanz gefunden. Seine Trilogie über den Volkskontrolleur Dobrynin nimmt in der Literatur über die Sowjetvergangenheit eine Sonderstellung ein. Kurkov gießt über den *sovok* weder Hohn und Spott aus, noch zeichnet er ihn nostalgisch verklärt. Seine surrealistisch anmutende Erzählweise ist eher von Sympathie für die ideologisch verkrüppelte Generation der Väter geprägt.

In **Ėduard Kočergins** (*1937) Roman *Sechs Jahre sind die Ewigkeit* (2011), den Renate und Thomas Reschke sowie Ganna-Maria Braungardt für *Aufbau* übersetzt haben, lernen wir einen achtjährigen Jungen kennen, der sechs Jahre lang von Sibirien bis Leningrad unterwegs ist, um seine Mutter wiederzufinden. Sein Vater wurde 1937 „wegen Kybernetik und Spionage" erschossen, die Mutter, eine Polin, weil sie „Ausländerin" war, zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Ėduard flieht im August 1945 aus einem NKWD-Kinderheim am Irtyš. Jahrelang „stumm", weil er mit der Mutter nur Polnisch sprach, hat er in Sibirien die Sprache der Zöglinge gelernt, die dort „Alte", „Dachse", „Knirpse" oder „Krümel" heißen. Den Politunterricht nennen die Kinder Gehirnwäsche, den Speisesaal Fressschuppen, die Gipsbüste Lenins Glatzkopf, die Krankenabteilung Kaputtka. Auch den Erziehern geben sie sprechende Namen: die Heimleiterin heißt Kröte, ihre Gehilfen Geierauge, Feuerklotz usw. Ėduard flieht zusammen mit Petrucha, der hofft, dass es in Leningrad mehr zu essen gibt. Ein Lastkahn bringt sie bis Omsk, wo Petrucha der Heißhunger zum Verhängnis wird. Ėduard zieht als blinder Passagier weiter gen Westen. Seine Feinde sind Bahnhofsmilizionäre, Schaffner und andere Kontrolleure, seine Freunde Soldaten, Handwerker, Bauern und Verbannte. In den Taschen hat er einen stibitzten Löffel, eine Messerklinge, ein selbstgebasteltes Katapult und zwei Knäuel Kupferdraht. Die erweisen sich als sein wichtigster Besitz, kann er doch mit ihnen beweisen, dass er ein Künstler ist, der aus dem Draht die Profile Lenins und Stalins biegt. Dieses Kunststück rettet ihn auf seiner Odyssee durch Städte und Dörfer, Kinderheime und Strafkolonien oft genug vor dem Verhungern. Mit den Drahtprofilen der Führer begeistert er auf Bahnhöfen und Märkten, in Kantinen und Imbissstuben die Menschen, vor allem die von der Westfront heimkehrenden oder gegen die Japaner ausrückenden Soldaten, die ihn mit Brot und Suppe belohnen. Der Erfolg verdoppelt sich, wenn der blinde Mitja, zeitweilig sein Begleiter, schmissige Lieder singt. Der Weg nach Leningrad führt über zahlreiche Zwischenstationen – Kinderheime und Waisenhäuser in Čeljabinsk, Molotov, Kirov, Vologda und Tartu. Einige sucht Ėduard freiwillig auf, wenn der Winter naht und der Hunger unerträglich wird. Einmal gerät er an eine Diebesbande, die sich vornimmt, ihn zu einem perfekten Eisenbahndieb auszubilden, ein andermal bleibt er mit einem Freund in einem Dorf bei Archangel'sk hängen. So dauert es sechs Jahre, bis er sein Ziel erreicht. Erst Anfang 1952 sieht er Leningrad und seine Matka Bronia wieder und sucht den Albtraum der staatlich regulierten Kindheit zu vergessen.
Kočergin hat diese selbe Kindheit schon einmal in einem Teil des Erzählungsbandes *Die Engelspuppe* (2009 im *Persona Verlag*) geschildert. Der Autor ist in Russland vor allem als Bühnenbildner an Leningrader/Petersburger Theatern bekannt; er ist Staatspreisträger der UdSSR, Hochschullehrer und Mitglied der russischen Akademie der

Künste. Bei seinen Petersburger Bekannten gilt er darüber hinaus als ausgezeichneter Erzähler, der über ein bemerkenswertes bildhaftes Gedächtnis verfügt. Diese Begabung stellt er in seiner autobiografischen Prosa eindrucksvoll unter Beweis.

Private Zeugnisse über das Leben in der Sowjetunion haben auch nach der Öffnung der KGB-Archive Seltenheitswert. In besonderem Maß gilt das für Texte von Kindern und Jugendlichen. Jetzt erschien bei *Graf* ein mit *Lenas Tagebuch. Leningrad 1941–1942* betitelter Text aus der Feder der 16-jährigen **Lena Muchina** (1924–1991). Übersetzung und Kommentierung lagen in den Händen von Lena Gorelik und Gero Fedtke. Gorelik, 1981 in Leningrad geboren und seit 1992 in Deutschland, wertet Lenas Tagebuch als ein „wahres Zeugnis der Geschichte" und empfiehlt es allen, „die eine Vorstellung davon bekommen möchten, wie sich dieses grausamste Kapitel deutsch-russischer Geschichte von innen heraus anfühlte". Lena Muchina entschließt sich im Mai 1941, ein Tagebuch zu führen. Sie legt gerade die Abschlussprüfungen nach der achten Klasse ab. Wie viele junge Mädchen in der Sowjetunion ist sie stark vom Literaturunterricht geprägt. Kein Wunder, dass sie dem Beispiel Pečorins aus Lermontovs Roman *Ein Held unserer Zeit* folgen und alles aufschreiben will, was sie erlebt. Kein Wunder auch, dass sie von der romantischen Liebe zu ihrem Schulkameraden Vova schwärmt und sich nach einer Freundin sehnt, der sie ihre Gefühle anvertrauen kann. Lena betrachtet sich als eine normale „Sowjetschülerin", nimmt sich vor, jeden Tag um sieben Uhr aufzustehen, Radio zu hören, Morgengymnastik zu machen, zu lernen und zu lesen. Nach dem 22. Juni 1941 verändert sich der Charakter ihrer Eintragungen. Das Land, dessen Sprache Lena in der Schule lernt, hat die Sowjetunion überfallen. Lena klebt Schulfenster ab, füllt Papiersäcke mit Sand, notiert, was das „Informbüro" berichtet. Die Schanzarbeiten vor den Toren Leningrads erlebt sie als Abenteuer, genießt das Zusammensein mit Jungen, beneidet Mädchen, die einen festen Freund haben. Doch bald häufen sich Fliegeralarme, Bombenangriffe und Artillerieüberfälle. Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, fast 900 Tage, dauert die Blockade Leningrads, die das Ziel hat, die Stadt zu vernichten und ihre Bewohner auszuhungern. Lenas Tagebuch berichtet vom Alltag der Blockade. Es enthält keine tiefgründigen Gedanken, keine nennenswerten Aussagen über das kulturelle Leben in der Kriegszeit, keine politischen Aussagen über das Sowjetsystem. Lena freut sich, dass sie eine Zeit lang als Sanitäterin in einem Krankenhaus arbeiten kann und die Lebensmittelkarte der ersten Kategorie ihr 400 Gramm Brot am Tag sichert. Das Thema Essen wird für sie allmählich wichtiger als Freundschaft und Liebe. Fast jede Eintragung berichtet vom Hunger, vom Schlangestehen, von der Sehnsucht, sich nach dem Ende der Blockade satt essen zu können. Ende April 1942 ändert sich der Stil der Eintragungen. Lena schreibt jetzt in der dritten Person über sich, will „eine Erzählung" verfassen. Ende Mai 1942 hat sie das Glück, aus Leningrad evakuiert zu werden. Ihr Tagebuch gelangte 1962 in das staatliche Archiv für historisch-politische Dokumente und wurde 2011 veröffentlicht. Erst im Nachhinein konnten einige biografische Fakten ermittelt werden: Lenas leibliche Mutter war gestorben, weshalb Lena bei ihrer Tante, einer Ballerina, in einer Gemeinschaftswohnung lebte. Die Zeit nach der Evakuierung verbrachte sie bei Verwandten in Nižnij Novgorod, arbeitete später in Westsibirien beim Bau des Wasserkraftwerks Kemerovo und starb im Alter von 66 Jahren in Moskau.

Nach der Grunderfahrung der Generation von **Julija Kisina** (*1966) war das Leben „ein einziges Trauma." In Kiev geboren, debütierte Kisina Ende der 1980er Jahre als Aktions- und Fotokünstlerin im Kreis der Moskauer Konzeptualisten. Sie übersiedelte 1990 nach Deutschland, studierte an der Kunstakademie München und lebt seit 1993 in Berlin. Als Schriftstellerin trat sie anfangs mit avantgardistischer Prosa hervor, die teilweise in dem Band *Vergiss Tarantino* (*Aufbau* 2005) enthalten ist. Kisinas Roman *Frühling auf dem Mond* erzählt von der Kindheit im Kiev der späten Brežnev-Ära, ist aber kein autobiografischer Text, der die Standardmotive von Kindheit und Jugend abarbeitet, sondern eher ein Buch, das zeigt, wie seltsam oft das Gedächtnis eines Künstlers funktioniert. Im Fokus von Kisinas Erinnerungen steht das sterbende, durch die klotzigen Betonneubauten der Sowjetzeit endgültig zerstörte Kiev. Sinnbild des alten Kiev ist das Anatomische Theater. Eigentlich ein Unding (denn „Theater und Anatomie, das ist genauso unvereinbar wie Borschtsch und Saturn"), bleibt es mit seinen in Spiritus konservierten Embryonen, „weißen und roten Offizieren, Handlungsgehilfen, Wäscherinnen und Krämern aus dem vorigen Jahrhundert" für Julija ein mystischer Ort, zu dem sie immer wieder zurückkehrt. Der Gedanke, „dass das Material, aus dem wir gemacht sind, von so geringer Dauer ist", lässt sie schaudern. Julija stammt aus der jüdischen Intelligencija, sie wohnt mit ihren Eltern in einem Plattenbau. Der Vater verfasst Sketche und Revuen für den Zirkus und Kleinkunstbühnen. Als Vorsitzender des örtlichen Schriftstellerkomitees gerät er ins Visier des KGB, hat aber Glück, weil der Beamte, der das Verhör leitet, die Poesie liebt. Julijas Mutter, eine Lehrerin, kümmert sich rührend um alleinstehende alte Menschen, darunter das einstige „Deutschenflittchen" Vera. Julija hasst die langweiligen „Gespräche über Mägen, Blutdruck und Infarkte" und findet in der Sommerfrische, in den schillernden Farben der Natur und Dorflandschaft eine „andere Welt". In Kiev steckt man sie in eine Schuluniform, zwingt sie zu wachsen, misst sie mit dem Lineal, wiegt sie und füttert sie mit Vitaminen. In der Mädchentoilette der Schule lauscht sie Gesprächen „über das Nichts", im Stadtpark beobachtet sie einen Exhibitionisten. Sie quält sich durch „jene seltsame Zeit des Wettstreits zwischen der frühen Kindheit und dem Rest des Lebens" und glaubt nach der ersten Menstruation sterben zu müssen. Der Vereinnahmung durch ihre frühreife Klassenkameradin Ol'ga, die ihr einredet, Gedichte könne man nur nach dem Genuss von Wodka oder in einer somnambulen Geistesverfassung schreiben, widersetzt sie sich. Obwohl es Jungen Pionieren streng untersagt ist, besucht Julija heimlich die Kathedrale. Sie kennt das Jenseits, führt Gespräche mit Lenin und Gott im Himmel, denn sie lebt im Zustand des „Lunatismus", „das heißt gänzlich losgerissen von der Realität". In einem Interview hat die Autorin erklärt, der „Mond" im Titel ihres Buches sei eine Metapher für die „terra incognita" Sowjetunion, die ihr als Kind immer neue Überraschungen beschert und bei ihr eine naiv-poetische Form der Wahrnehmung erzeugt habe. Auch die meisten Erwachsenen aus Julijas Umgebung sind eskapistische „Lunatiker" – die Physiklehrerin, die sich als Himmelsbraut Jurij Gagarins outet, die Marxismusdozentin, die vorgibt, sie könne Geister beschwören, der „große Antisowjetler" Onkel Filip, der von einer Dienstreise englisches Salz mitbringt, das „weißer und salziger" sein soll als das sowjetische. Kisinas Roman, von Valerie Engler einfühlsam übersetzt, zeichnet ein ähnlich leuchtendes Bild Kievs wie Bulgakovs *Weiße Garde*. Darüber hinaus liefert er ein tragikomisches Porträt jener Generation, die in den letzten Jahren der Sowjetunion „rasend schnell erwachsen" wurde.

Kultautoren

Der öffentlichkeitsscheue **Viktor Pelevin** (*1962) genießt spätestens seit dem Erfolg seines Romans *Generation P* (1999) Kultstatus, seine Fangemeinde wird von Jahr zu Jahr größer, was sich an der enormen Auflagenhöhe seiner Werke und der breiten Zustimmung zu seinem Schaffen ablesen lässt.[5] Dennoch sind nicht wenige Leser und Kritiker angesichts der Frage nach der Botschaft seiner Werke ratlos. Jedes seiner Bücher gleicht einer Denksportaufgabe. Pelevin liebt die surreale Verfremdung bekannter Stoffe, Motive und Themen, verknüpft sie mit seiner esoterisch-mystischen Philosophie und gewinnt ihnen dadurch immer wieder überraschende neue Aspekte und Nuancen ab. Sprichwörtlich ist sein Zweifel an der wahrgenommenen Realität. Für den Roman *Tolstois Albtraum* (2009) hat ihm der große russische Epiker den Stoff geliefert, der die dogmatische Theologie und die orthodoxe Kirche kritisiert, die Evangelien neu übersetzt und aus der Bergpredigt den Grundsatz abgeleitet hat, dass man dem Übel nicht mit Gewalt entgegentreten dürfe. Für seine radikale Haltung wurde Lev Tolstoj 1901 vom Synod exkommuniziert – eine Entscheidung, die aufzuheben die Russisch-Orthodoxe Kirche erst 2010, kurz vor Tolstojs 100. Todestag, abgelehnt hat. In seinem Roman *Tolstois Albtraum*, der im Original schlicht *T* heißt, greift Pelevin diesen Vorgang auf. Dabei geht es ihm weniger um Tolstoj selbst als um den skandalösen Umgang der Gesellschaft mit dem Autor von *Krieg und Frieden* und generell mit dem kulturellen Erbe.

Im Zentrum des Buches, dessen absurden Wahnwitz Dorothea Trottenberg mit Verve ins Deutsche übertragen hat, steht das Projekt der Vermarktung des Tolstoj-Jubiläums von 2010. Der Verleger Makraudov will die in Mode gekommene „alternative Geschichtsschreibung“ unterstützen, mit Tolstoj „Kohle machen“, publikumswirksam darüber schreiben lassen, wie der alte Graf nach Optina Pustyn’ kommt und sich mit „Mutter Kirche“ versöhnt. Der Roman entsteht als Teamwork. Die Turingmaschine bedient Redakteur Ariėl’ Ėdmundovič Brachman. Mehrere Autoren steuern effektvolle Ingredienzien bei – einer „Erotik und Glamour“, ein zweiter „Action“, ein dritter „psychedelischen Content“, ein vierter Bewusstseinsströme und innere Monologe, ein fünfter, der sich als „orthodoxer Realist“ versteht, eine Episode aus dem Leben des „wahren“ Tolstoj. Doch die Realisierung dieses Projekts stößt auf Schwierigkeiten. Der Verleger setzt sich nach London ab. Der Krisenmanager fordert von den Autoren einen „Thriller mit Retrokrimi-Elementen“. Flugs wird T. vom „imposanten alten Mann im Arbeitskittel“ zum „Kampfkunstmeister um die 30“, der sich, von Schießereien, Abenteuern, erotischen Szenen und Smalltalk begleitet, nach Optina Pustyn’ durchschlagen will. Auch der Geheimdienst stellt Forderungen, orientiert mal auf ein „Shooter Game“, mal auf ein „erbauliches Buch für Leser ab fünfzehn“. Dem Protagonisten T. geht diese Form der Buchproduktion auf die Nerven. Er durchkreuzt die Sujetlinien der Autoren und beginnt selbständig zu handeln. Was dabei herauskommt, ist ein postmodernes Verwirrspiel mit Motiven und Themen, die der Autor schon in seinen vorangegangenen Romanen vielfältig ausgeschlachtet hat. Da wird philosophisches und religiöses Gedankengut des Buddhismus eingestreut, Pharaonenlegenden aus der ägyptischen Mythologie und Gestalten aus *Buddhas kleiner Finger* tauchen

[5] <http://pelevin.nov.ru/stati>.

wieder auf – der mongolische Lama Tulku, der jetzt ein Treffen zwischen T. und Dostoevskij organisieren darf, Vasilij Čapaev und die Maschinengewehrschützin Anja. Dostoevskij hockt in Petersburg im Schützengraben, bedroht T. mit Raskol'nikovs Axt, kämpft gegen tote Seelen, giert nach Wodka und Wurst, liest Konfuzius und *Snob*, die elitäre Zeitschrift für den „globalen Russen". Er führt T. durch die Kanalisation zu Konstantin Pobedonoscev, dem Oberprokuror des Synods, der Tolstoj aus der Kirche ausschloss. Danach trifft T. den Dichter und Philosophen Vladimir Solov'ev als kopflosen Häftling in der Peter-Pauls-Festung und diskutiert mit ihm über die „inflationäre Entwicklung des Textbegriffs" und über Optina Pustyn', das renommierte russische Mönchskloster in der Nähe von Kaluga. Was Solov'ev T. rät, dürfte der Kern der Botschaft von Pelevins Roman sein: „Finden Sie Optina Pustyn'. Aber fragen Sie nicht einfach irgendwen, wie Sie da hinkommen. Suchen Sie in sich selbst."

Seit 1964 ihre Erzählung *Ein Tag ohne Lügen* erschien, schreibt **Viktorija Tokareva** (*1937) über die Frauen und die Liebe. Die erste deutsche Übersetzung legte der Verlag *Neues Leben* 1977 mit dem Band *Lief ein Hund übers Klavier* vor. Seither sind auf Deutsch noch weitere sechzehn Bände ihrer Prosa erschienen. Auch sie ist eine Kultautorin, wenn auch mit einem anderen Leserkreis als Pelevin. Angelika Schneider, seit 1991 Tokarevas Übersetzerin bei *Diogenes*, hat jetzt den Roman *Leise Musik hinter der Wand* übertragen, wieder eine Liebesgeschichte, im Stil vergleichbar mit den Schmonzetten der Rosamunde Pilcher, von Kitsch nicht weit entfernt. Ada, die Protagonistin, wird von einer unersättlichen Sehnsucht getrieben, zu lieben und geliebt zu werden. Sie heiratet erst einen ehrgeizigen Arzt, lebt dann dreißig Jahre lang mit einem Auslandskorrespondenten und KGB-Agenten zusammen und findet danach überraschend schnell einen dritten Partner, einen Bildhauer und Dissidenten, der einige Jahre in Paris gelebt hat. Glaubt man der Erzählerin, ist Adas Glück kaum zu übertreffen, es ist „grell und stabil wie die Hitze im Juli", reift in einer „gleichmäßigen seelischen Wetterlage", ist „wie leise Musik hinter der Wand." Nur an wenigen Stellen gelingt es der Autorin, die Liebesromanze in die große Geschichte des Landes einzubetten. Adas Großeltern beispielsweise gehören zu den „Ehemaligen", die bis ans Lebensende Haltung bewahren, obwohl ihnen die Sowjets Adelstitel, Namen und Besitz wegnehmen. Die 1970er Jahre werden treffend als eine Zeit charakterisiert, die „Sklavenideologie" und „Doppelmoral" schürt. In den „wilden 1990ern" braucht Ada, die ein Restaurant eröffnet, wie viele Unternehmer einen Schutzgeldkassierer als „Beschützer". Tokareva ist jedoch keine politische Schriftstellerin. Sie betrachtet Čechov als ihren literarischen Lehrmeister. Ada ist geistesverwandt mit Ol'ga Plemjannikova, dem *Herzchen* aus Čechovs gleichnamiger Erzählung von 1899, von der es heißt, sie habe „ständig irgend jemand geliebt" und „einfach nicht anders gekonnt".

Seit 1979 schockieren die Werke **Viktor Erofeevs** (*1947), darunter die Romane *Die Moskauer Schönheit* (*S. Fischer* 1990), *Das Jüngste Gericht* (*Berlin Verlag* 1997) und *Der gute Stalin* (*Berlin Verlag* 2004) sowie zahlreiche Erzählungen, durch ein düsteres Weltbild, radikale Entblößung der menschlichen Psyche und ungebremsten Gebrauch obszöner Rede. Auch der neue Roman *Die Akimuden,* wieder von Beate Rausch akribisch genau übersetzt, steht in dieser Hinsicht seinen Vorläufern in nichts nach. Er führt uns in das Moskau unserer Tage. Im Kreml regiert der „Chef", der sich darüber beklagt, dass er in den Augen der Welt als Diktator gilt. Auf den Straßen demonstriert die „systemfremde Opposition". Plötzlich tauchen aus heiterem Himmel die „Akimu-

den“ auf, kriechen aus allen Löchern, verordnen dem „Chef“ Hausarrest, besetzen Banken, Ministerien und Wohnungen, zünden Autos an, schlagen Fenster ein. Nach einem Dreitagekrieg ist Russland in ihrer Gewalt. Die Akimuden sind Zombies, Tote, die auferstehen, wie es der Philosoph Nikolaj Fedorov in seiner Schrift *Die gemeinsame Sache* vorausgesagt hat. Botschafter Akimud, ein Menschgott und zweiter Christus, führt sie an. Seiner Ansicht nach ist das Weltgebäude aus dem Gleichgewicht geraten und der Mensch, einst aus Liebe erschaffen, ein Systemfehler. Russland aber soll seine Wiedergeburt als Großmacht erfahren. Im Ich-Erzähler des Romans erkennt man unschwer den zynischen Spötter Viktor Erofeev selbst: Er würdigt seinen 2011 verstorbenen Vater, der Stalin, Molotov, Aleksandra Kollontaj und Charles de Gaulle verehrte, sowie die Mutter, eine Übersetzerin, die 2012 starb. Drei Ehefrauen Erofeevs treten im Roman auf – die Polin Wiesława Skura unter ihrem richtigen Namen, die ukrainische Fotografin Ženja Prokopjuk mit dem Pseudonym „Dürer“ als untreue Exfrau Sveta und die blutjunge Katja als „Venus von Mytišči“ und KGB-Agentin „Fink“. Der Erzähler avanciert nach dem Überfall der Zombies zum Berater Akimuds und betrachtet sich als „ideologischer Mentor der Versöhnung“ zwischen Lebenden und Toten. Er geizt nicht mit Selbstlob und ist stolz darauf, dass ihn „Kommunisten, Patrioten, Slawophile, Russophobe, Liberale, Feministinnen, Kirchenmänner und sonstige Oberrussen“ nicht mögen und die Intelligencija sich ihm gegenüber misstrauisch verhält, weil er ein Skandalmacher sei, die französische Liebe besinge und Bulgakov nicht für einen großen Schriftsteller halte. Auch in diesem Roman Erofeevs spielen erotische Passagen und Sexszenen eine wichtige Rolle, daneben aber auch zahlreiche literarische Anspielungen. Der versierte Leser findet versteckte Zitate von Tjutčev, Tolstoj, Čechov und Nabokov. Botschafter Akimud trifft sich nach dem Beispiel anderer Herrscher mit den „ersten Schriftstellern des Landes“, den „Prokreml- und Antikreml-Prosaikern“, um die Frage nach der „nationalen Idee Russlands“ zu diskutieren. Da das schief geht, organisiert Akimud ein Treffen mit den „toten Genies“ Bulgakov, Platonov, Pasternak, Achmatova und Šolochov. Erofeevs brutal-realistischer und zugleich phantastischer Roman endet mit einer Allegorie. Nachdem die Akimuden eine „kleine Apokalypse inszeniert“ haben, ziehen sie sich zurück. Der „Chef“, der den Russen die Demokratie verordnet, wie Katharina die Große ihnen die Kartoffel verordnet hat, heiratet zum dritten Mal dieselbe „Braut“, eine „komplizierte Frau mit einer großen Menge natürlicher Ressourcen“ – Öl, Gas, Gold –, die sich dann aber in zwei Hälften spaltet, von denen die untere sich ihm noch eine Weile unterordnet, während die obere Hälfte (das „Gehirn“, „Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler, Regisseure, Popstars, alle möglichen frechen Blogger“) sich an westlichen Werten orientiert und an Europa verkauft. Mit diesem Bild endet Viktor Erofeevs Vision vom Akimudenkrieg.

Auf den Trümmern des Sozialismus

2013 erhielt **Svetlana Aleksievič** (*1948) den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Protokollartige, dokumentarische Werke wie *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht*, *Die letzten Zeugen*, *Zinkjungen*, *Im Banne des Todes* und *Černobyl’* machten die weißrussische Autorin weltweit bekannt. Mit Interviews von Zeitzeugen auf Ton-

bandkassetten kreierte sie Mitte der 1980er Jahre ein Genre, das als „Roman in Stimmen" bezeichnet wird. Den Anstoß dazu erhielt sie durch ein Buch ihrer Landsleute Ales' Adamovič, Janka Bryl' und Vladimir Kolesnik: *Ich komme aus einem brennenden Dorf* (1975) war ein kollektiver Augenzeugenbericht über das Leid der Menschen unter der deutschen Okkupation. Aleksievičs erstes eigenes Buch *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht* (1983), eine Collage von Aussagen sowjetischer Soldatinnen über den Zweiten Weltkrieg, trug ihr von offizieller Seite den Vorwurf ein, sie habe die Ehre der Kriegsteilnehmer beschmutzt. Gerade ist es in einer aktualisierten Neuausgabe bei *Hanser* herausgekommen, übersetzt von Ganna-Maria Braungardt, die auch *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus* mit großer Sorgfalt ins Deutsche übertragen hat. Im Vorwort zu ihrem neuen Buch gibt Aleksievič zu verstehen, dass sie selbst genauso von der Sowjetzeit geprägt sei wie ihre Gesprächspartner. Deshalb wolle sie den „inneren" Sozialismus beschreiben, erkunden, wie er in der Seele des einzelnen Menschen gewirkt habe. Der erste Teil des Buches umfasst das Jahrzehnt von 1991 bis 2001, der zweite Teil die Jahre von 2002 bis 2012. Jeder Teil beginnt mit einem Abschnitt *Aus Straßenlärm und Küchengesprächen*. Er enthält Bruchstücke aus Interviews, die am Rand einer Maidemonstration, auf Kundgebungen, vor einem Bierkiosk, anlässlich einer Protestaktion auf dem Bolotnaja-Platz oder in der Küche von Moskauer Bekannten aufgenommen wurden. Die Straße symbolisiert die anonyme „Stimme des Volkes", die Küche den Ort, der in der Sowjetzeit als Debattierklub der Intelligencija galt. In den 1990er Jahren kommt in vielen Äußerungen die Enttäuschung über die Ergebnisse der Perestrojka zum Ausdruck. Die einen werfen Gorbačev vor, den Kommunismus „verraten" zu haben, andere sehnen sich nach Stalin und dem „Imperium" zurück, dritte schimpfen auf El'cin. In den Nullerjahren treten neue Probleme in den Vordergrund: Die Privatisierung vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich. Zweifel am Putin-Regime kommen auf. Die Oligarchen erscheinen als zwielichtige Gestalten, die ihr Kapital ins Ausland bringen. In beiden Teilen wird das Stimmengewirr der Straßen und Küchen durch zehn „Geschichten" ergänzt, in denen Vertreter aller sozialen Schichten und einst in der Sowjetunion zusammenlebenden Nationalitäten über ihr Leben berichten. Elena S. beispielsweise war Nomenklaturkader, Dritter Sekretär eines Parteikreiskomitees. Heute ist die 49-Jährige verbittert: Obwohl sie „keinen Tropfen Blut an den Händen" habe, werde sie als „Verbrecherin" gebrandmarkt. „Sowjetisch geboren", lebe sie jetzt in einem „fremden Land". Die Ärztin Margarita P., 57 Jahre alt, gesteht, sie habe geglaubt, in einem einzigartigen Land geboren zu sein und zu den glücklichsten Menschen der Welt zu gehören. Heute halte sie sich die Ohren zu, wenn sie höre, die Oktoberrevolution sei eine bolschewistische Verschwörung gewesen und die Revolution hätten Deserteure und betrunkene Matrosen gemacht. Der Sohn eines Wissenschaftlers berichtet, „wie der Kapitalismus in sein Leben kam": Es habe Hoffnung auf absolute Freiheit gegeben, aber alle hätten nur „Kohle machen" wollen. Ein Taxifahrer, früher Ingenieur, zieht ein Resümee, dem implizit viele Figuren des Buches zustimmen:

> Die einen Schweine haben wir vertrieben, und an ihrer Stelle sind andere gekommen. Ob Schwarze, Graue oder Orange – die sind alle gleich. Macht verdirbt bei uns jeden. Ich bin Realist. Ich glaube nur an mich und an meine Familie. Während die nächsten Idioten die nächste Revolution machen, muss ich Geld verdienen.

Aleksievičs Protagonisten sind Opfer und Täter, Gewinner und Verlierer. Mit *Secondhand-Zeit* hat die mutige Autorin den „roten Zyklus“ ihrer Interviews und Reportagen abgeschlossen und den Nachweis geführt, dass das kommunistische „Experiment“ gescheitert ist. Eine Rückkehr zur UdSSR schließt sie aus, ebenso aber ein langfristiges „Leben auf den Trümmern des Sozialismus“.

Sergej Lebedev (*1981) war jahrelang im Norden Russlands als Geologe unterwegs, schrieb nebenbei Gedichte und Essays und legte 2010 mit *Der Himmel auf ihren Schultern* seinen ersten Roman vor, den Franziska Zwerg nun für *S. Fischer* übersetzt hat. Lebedev packt das Lagerthema ganz anders an als seine Vorgänger, er will endlich das Schweigen brechen, hinter dem sich die Täter von gestern verbergen.
Der Ich-Erzähler seines Romans spürt als Tourist in Gibraltar, dass er den „Rand von Europa“ erst überschreiten kann, wenn er die quälende Erinnerung an das „andere Ende Europas“ – den Permafrost, die Sümpfe und Berge, die verlassenen Goldminen, Schädel und Knochen im Wasser, Reste eines vom Fluss unterspülten Lagerfriedhofs – los wird. Er beschließt, „ein Denkmal aus Worten“ zu errichten, das „Tote und Lebende vereint“ und Klarheit über seinen „zweiten Großvater“ bringen soll. Dieser hatte sich in den 1990er Jahren allmählich in die Familie eingeschlichen, hatte nach und nach seine Macht über den „Enkel“ ausgebaut und die beiden echten Großväter, die im Krieg gefallen waren, auf eine perfide Art zu ersetzen versucht. Der Junge wurde später Geologe, reiste viel umher und brauchte lange, bis er die Kraft fand, sich von dem ungewollten „Erbe“ zu befreien. Seine Reisen, die realen durch den Norden Russlands ebenso wie die im Geiste, prägen die Struktur von Lebedevs mitreißendem Roman.
Nach dem Tod des „zweiten Großvaters“ signalisieren Reste eines Spielzeug-Arbeitslagers und zerfledderte Briefe, die der Erzähler in der Wohnung des Verstorbenen findet, wo er dessen Vergangenheit auf die Spur kommen kann. Er fährt in eine Bergbausiedlung auf der Halbinsel Kola jenseits des Polarkreises. Dort findet er nur noch wenige Anzeichen dafür, dass hier einmal ein Straflager war. Die „roten“ Straßennamen sind längst verschwunden, die Baracken haben sich „in der Landschaft aufgelöst und in Einzelteile aufgespalten“. In der Bibliothek gibt es keine Arbeiten zur Stadtgeschichte. Das Archiv der Erzbergbauverwaltung ist leer, das Museum eine „historische Vergnügungseinrichtung“. Die meisten Menschen in der Stadt schweigen, wenn sie nach der Vergangenheit gefragt werden. Lediglich einer der verkrüppelten Bergleute, die einst „den Himmel auf ihren Schultern“ trugen, sagt dem Erzähler, was er wissen will: Der „zweite Großvater“ war zehn Jahre lang Lagerkommandant, Herr über fünfzehntausend Menschen, und sein Briefpartner war der Leiter des Erschießungskommandos. Ein Friedhofswächter erinnert sich noch an den Sohn des Lagerchefs, der kein Spielzeug besaß und keine Lieder kannte. Ein Häftling schnitzte dem Jungen eine Holzflöte, deren Töne ihn so veränderten, dass der Vater ihm die Flöte wegnahm und ein Miniaturstraflager schenkte. Der Junge zerstörte das grausame Spielzeug und nahm sich das Leben. Der Ich-Erzähler lotet die Vergangenheit des „zweiten Großvaters“ bis in alle Verästelungen aus. Jedes Mal, wenn er glaubt, den „Endpunkt der Hölle“ erreicht zu haben, stößt er auf noch schrecklichere Dinge: verstrahlte und zerstörte Natur, Reste eines Deportiertendorfes, vergreiste Häftlinge, die ihr menschliches Antlitz verloren haben, Trichter voller Toter im Permafrostboden.

Lebedevs Protagonist braucht viel Kraft, um sich vom Erbe seines „zweiten Großvaters" zu emanzipieren und den Kampf gegen das Vergessen zu führen. Er ist sich sicher, dass es ohne eine Vergangenheitsbewältigung, die Opfer und Täter einschließt, keine Zukunft geben kann.

Petr Silaev (*1985), der sich DJ Stalingrad nennt, wurde wegen „Rowdytum" angeklagt, nachdem er sich im Sommer 2010 im Moskauer Vorort Chimki an Protestaktionen gegen einen geplanten Autobahnbau beteiligt hatte. Um der Gefängnisstrafe zu entgehen, floh er ins Ausland. Nach einer Vorveröffentlichung im Internet kam im September 2010 in der Zeitschrift *Znamja* Silaevs Tagebuch unter dem Titel *Exodus* als „Roman aus der radikalen Jugendsubkultur" heraus. Chefredakteur Sergej Čuprinin schrieb, die Figuren seien „Redskins", „prinzipielle und überzeugte Marginale", von denen man nicht wisse, welche Ziele sie verfolgen und wie die Gesellschaft sich ihnen gegenüber verhalten soll. Silaev erklärte, mit *Exodus* habe er „eher unsere russische Gesellschaft" als einen „subkulturellen Krieg" beschreiben wollen. Das Buch schildere persönliche Erlebnisse im „Krieg zwischen antifaschistischen Gruppen und Nazis", der zwischen 2003 und 2008 auf den Straßen Moskaus tobte. Der Erzähler trage Züge des Autors, sei aber mit ihm nicht identisch.
Im Buch bleibt der Ich-Erzähler namenlos. Er und seine Freunde fühlen sich als Außenseiter. Sie konsumieren Unmengen von Alkohol und Drogen, lügen, stehlen und wenden ohne Skrupel Gewalt an, eine Haltung, die auch in ihrer Sprache zum Ausdruck kommt. Sie liefern sich Straßenkämpfe mit rechten Skinheads und der Miliz, verprügeln aber auch Unbeteiligte, hassen „Bullen, „Dorfprolls" und „Schwuchteln". Sie betrachten den Bürgerkrieg als einen gesellschaftlich notwendigen Ausleseprozess, verklären die heroischen Momente der sowjetischen Vergangenheit und lehnen die Veränderungen der 1990er Jahre ab:

> Wir alle gehören zu der ekelhaften postsowjetischen Generation. Wir haben nichts, keine Ziele noch Prinzipien, doch als Erbe von hundert Jahren Kommunismus blieb uns die Sehnsucht. Der Sowjetmensch sollte nichts wollen, persönliches Glück, Freude im Alltag, Freizeitvergnügen, all das, alle Lebensziele des westlichen Siegertyps, rief Spott und Naserümpfen hervor. Der sowjetische Gigant lebte, um sein ehrliches einfaches Leben zu opfern – auf der Baustelle, im Gulag, an der Schießscharte, im Bergwerk, in der kinderreichen Familie, im widerwärtigen Fünfgeschosser [. . .] Geblieben ist uns nur ein Abgrund von Verachtung und Zynismus, pragmatischer Nihilismus, müde Raffgier. Doch die Sehnsucht nach Heldentum sitzt irgendwo tief in uns [. . .] Wir sollten im Namen von irgendwas leiden und sterben, aber nun, wo all das egal ist und dumm, ziehen uns nur das Leid und der Tod an.

Zu den Idolen des Erzählers gehören amerikanische Anarchisten, die Gewalt, Hass und brutale sexuelle Phantasien preisen – der Punkrocker Jesus Christ Allin, der Bombenleger von Oklahoma Timothy McVeigh, der radikale Kulturkritiker und Prediger des Primitivismus John Zerzan und der Chicagoer Terrorist Ted Kaczynski. In einem Anhang wirft der Autor einen Blick hinter die Kulissen der Romanhandlung, benennt Hintergründe einzelner Aktionen. Er erklärt, er sei in einer „Welt der Bücher"

in Armut aufgewachsen, während „draußen“ Gangster und Bullen regierten und Nazis ihr Unwesen trieben. Einige Kritiker werteten Silaevs Text als *document humain*, andere als No-Future-Roman mit einer religiösen Dimension.

Text und Musik

Polina Narodezki, eine Petersburger Germanistin, die seit über zwanzig Jahren in Berlin lebt, brachte beim *Frieling* Verlag *Russische Romanzen* heraus. Eine Vorbemerkung informiert darüber, dass die russische Romanze ein Lied über die Liebe sei, das als „Widerhall des realen Lebens in der Seele des Volkes“ aufgefasst werden könne. Die Romanze komme im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts mit der Romantik auf und erreiche im 20. Jahrhundert im Schaffen populärer Künstler wie Aleksandr Vertinskij, Anastasija Vjal'ceva und Izabella Jur'eva ihren Höhepunkt. Bei der Zusammenstellung des Bandes hat sich Narodezki von ihren eigenen Vorlieben leiten lassen und Texte von Aleksandr Puškin, Michail Lermontov, Petr Vjazemskij, Nikolaj Jazykov, Fedor Tjutčev, Jakov Polonskij, Ivan Turgenev, Afanasij Fet, Ivan Surikov, Nikolaj Gumilev, Sergej Esenin und unbekannten Verfassern sowie populäre Volksweisen ausgewählt. Die Noten einiger Romanzen sind im Anhang abgedruckt, darunter Vertonungen von Michail Glinka, Boris Šeremet'ev, Aleksandr Varlamov, Sergej Rachmaninov und Petr Bulachov. Insgesamt hat Narodezki 45 Romanzen übersetzt und die deutschen Fassungen den russischen Originalen gegenübergestellt. Unverständlich bleibt, warum sie auf anerkannte Übersetzungen verzichtet und durchweg eigene Versionen anbietet, die deutlich schwächer sind. Ein Beispiel dafür ist Puškins Gedicht *Ja Vas ljubil* (1829), wie ein Vergleich mit der Nachdichtung von Michael Engelhard zeigt.[6]

Ich liebte Sie, es hat, vielleicht, mein Lieben
In meiner Seele noch nicht aufgehört;
Es soll Sie fürder auch nicht mehr betrüben;
Ich will nicht, dass mein Lieben Sie verstört.
Ich liebte ohne Worte, ohne Hoffen,
War bald zu eifersüchtig, bald zu zag,
Ich liebte Sie, so innig und so offen,
Wie Sie, geb's Gott, ein andrer lieben mag.

Michael Engelhard

Ich liebte Sie, und diese Liebe heute
Glimmt in der Seele wie ein Kerzenlicht.
Sie soll nun keine Sorge mehr bereiten,
Und Sie betrüben, nein, das will ich nicht.
Ich liebte leidenschaftlich, ohne Hoffnung,
Mit Eifersucht und Bangen, was es gibt.
Ich liebte Sie so zärtlich, treu und innig,
Gott gebe, dass ein andrer Sie so liebt.

Polina Narodezki

Mit der Erfindung des Kassettenrecorders Mitte des 20. Jahrhunderts kam auch in der Sowjetunion das Autorenlied in Mode. Text, Musik und Gitarrenbegleitung lagen in der Hand von „Liedermachern“ oder „Barden“, wie Bulat Okudžava, Novella Matveeva, Vladimir Vysockij und Aleksandr Galič. **Oleg Mitjaev** (*1956) gehört einer jüngeren

---

[6] Alexander Puschkin: Die Gedichte. Aus dem Russischen übertragen von Michael Engelhard. Herausgegeben von Rolf-Dietrich Keil. Frankfurt/Main und Leipzig: Insel Verlag 2003, S. 346.

Generation an. Er kommt aus einer Čeljabinsker Arbeiterfamilie, studierte von 1986 bis 1991 an der Theaterhochschule und trat in Filmen und Theaterstücken auf. Er vertont und singt seine Lieder seit 1979 und ist heute mit über zwanzig Alben einer der beliebtesten Liedermacher in Russland. Tourneen führten ihn in viele Länder. Auf einer Deutschlandrundreise im Mai 2013 stellte er das russisch-deutsche Liederbuch *Stille lern ich von den Wolken* vor, das Karl Wolff bei *Pop* herausgegeben und ins Deutsche übertragen hat. Der Petersburger Maler und Grafiker Igor' Šajmardanov hat es mit 19 Bildern illustriert. Im Anhang zu den Texten findet der Leser die Noten. Das Vorwort zitiert den 2003 verstorbenen Künstler Leonid Filatov, der Mitjaevs Stärke in seiner Einfachheit sieht. In seinen Liedern finde man weder große Worte noch Pathos. Er nenne die Dinge beim Namen und gebe ihnen ihren ursprünglichen Sinn zurück.
Der Band *Stille lern ich von den Wolken* enthält 35 Lieder. Den Auftakt bildet das in Russland populäre Lied *Gitarre, gelb und schmiegsam* von 1979, das beim Wiedersehen im Freundeskreis gern gesungen wird. Mitjaevs Lieder behandeln oft ganz alltägliche Geschichten und Figuren: *Lass uns miteinander reden* wendet sich an einen zufälligen Gesprächspartner, *Die Französin* ist eine Russin, die in Paris die „Höfe des Arbats" nicht vergessen kann und ihr Heimweh mit Wodka betäubt, und *Die Nachbarin* eine geschiedene Frau, die sich nach einem neuen Partner sehnt. Doch auch politische Themen spart er nicht aus. So erinnert er in *Passagier der fliegenden Kugel* an die Zeit der Lager, die vielen Menschen „einen roten Stern ins Herz gebrannt" habe. *Mein Vater* ist ein politisches Lied, das sich gegen die „falschen Ideen" richtet: Der Vater „glaubte an Stalin, glaubte Chruschtschow, / glaubte, glaubte, malochte und trank . . ."

Bibliografie 2013

Achmadulina, Bella: Viele Hunde und der Hund (Mnogo sobak i sobaka). Ein Lesebuch – Prosa und Lyrik. H, Ü, N: Erich Ahrndt. Leipzig: Leipziger Literaturverlag 2013. 204 S.

Achmatowa, Anna: Liebesgedichte. H: Ulla Hahn. Auswahl, Ü: Kay Borowsky. N: Elisabeth Cheauré. Ditzingen: Reclam 2013. 96 S.

Alexijewitsch, Swetlana: Secondhand-Zeit (Time Second Hand). Leben auf den Trümmern des Sozialismus. Ü: Ganna-Maria Braungardt. Berlin: Hanser 2013. 570 S.

Amelin, Maxim: Arkadentempel (Chram s arkadoj). Gedichte (russ.-dt.). H, Ü: Alexander Nitzberg. Wien: Klever Verlag 2013. 91 S.

Bulgakow, Michail: Das hündische Herz (Sobač'e serdce). Eine fürchterliche Geschichte. Erstmals auf der Basis des Typoskripts letzter Hand aus dem Russischen übertragen, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Alexander Nitzberg. Berlin: Galiani 2013. 171 S.

Bunin, Iwan: Gespräch in der Nacht (Nočnoj razgovor). Erzählungen 1911. Ü: Dorothea Trottenberg. H, N: Thomas Grob. Zürich: Dörlemann 2013. 261 S.

DJ Stalingrad [Petr Silaev]: Exodus (Ischod). Ü: Friederike Meltendorf. Berlin: Matthes & Seitz 2013. 136 S.

Dobyčin, Leonid: Die Erzählungen. H, Ü: Peter Urban. Berlin: Friedenauer Presse 2013. 216 S.

Gontscharow, Iwan: Herrlichste, beste, erste aller Frauen. Eine Liebe in Briefen. H, Ü: Vera Bischitzky. Berlin: Aufbau-Verlag 2013. 205 S.

Ilf, Ilja/**Petrow**, Jewgeni: Das Goldene Kalb oder Die Jagd nach der Million (Zolotoj telenok). Roman. Ü: Thomas Reschke. Berlin: Die Andere Bibliothek 2013. 469 S.

Jabotinsky, Vladimir: Die Fünf (Pjatero). Roman. Ü: Ganna-Maria Braungardt; Jekatherina Lebedewa (Lyrik). Berlin: Die Andere Bibliothek 2012. 269 S.

Jabotinsky, Vladimir: Richter und Narr (Samson Nazorej). Ü: Ganna-Maria Braungardt. Berlin: Kometen der Anderen Bibliothek Nr. 2, 2013. 384 S.

Jerofejew, Viktor: Die Akimuden (Akimudy). Ein nichtmenschlicher Roman. Ü: Beate Rausch. Berlin: Hanser 2013. 461 S.

Kissina, Julia: Frühling auf dem Mond (Vesna na lune). Roman. Ü: Valerie Engler. Berlin: Suhrkamp 2013. 252 S.

Kotschergin, Eduard: Sechs Jahre sind die Ewigkeit (Kreščënnye krestami). Roman. Ü: Renate und Thomas Reschke, Ganna-Maria Braungardt. Berlin: Aufbau Verlag 2013. 235 S.

Kurkow, Andrej: Der unbeugsame Papagei (Sud'ba popugaja). Roman. (Pawel-Dobrynin-Trilogie, Bd. 2). Ü: Sabine Grebing. Innsbruck: Haymon Verlag 2013. 432 S.

Lebedew, Sergej: Der Himmel auf ihren Schultern (Predel zabvenija). Roman. Ü: Franziska Zwerg. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 2013. 332 S.

Margolin, Julius: Reise in das Land der Lager (Putešestvie v stranu ze-ka). Ü, N: Olga Radetzkaja. Berlin: Suhrkamp 2013. 638 S.

Mityaev, Oleg: Stille lern ich von den Wolken (Skvoz' sebja proseivat' tišinu ja učus' u oblakov). Lieder (russ.-dt.). H, Ü: Karl Wolff. Mit 19 Bildern von Igor Schajmardanov. Ludwigsburg: Pop Verlag 2013. 134 S.

Muchina, Lena: Lenas Tagebuch. Leningrad 1941-1942 (…sochrani moju pečal'nuju istoriju. Blokadnyj dnevnik Leny Muchinoj). Ü, V, N: Lena Gorelik und Gero Fedtke. München: Graf 2013. 375 S.

Odoevskij, Vladimir: Der schwarze Handschuh (Černaja perčatka). Erzählungen. Ü, N: Peter Urban. Zürich: Manesse Verlag 2013. 382 S.

Pelewin, Viktor: Tolstois Albtraum (T). Roman. Ü: Dorothea Trottenberg. München: Luchterhand Literaturverlag 2013. 448 S.

Russische Romanzen (Russkie romansy). Vertonte Gedichte in Deutsch und Russisch. Ü: Polina Narodezki. Berlin: Frieling 2013. 165 S.

Schalamow, Warlam: Das vierte Wologda (Četvertaja Vologda). Erinnerungen. Ü: Gabriele Leupold. H, A, N: Franziska Thun-Hohenstein. Berlin: Matthes & Seitz 2013. 558 S.

Tarkowskij, Arsenij: Reglose Hirsche. Ausgewählte Gedichte (russ.-dt.). Ü, H: Martina Jakobson. Berlin-Hörby (Schweden): Edition Rugerup 2013. 159 S.

Tokarjewa, Viktorija: Leise Musik hinter der Wand (Tichaja muzyka za stenoj). Roman. Ü: Angelika Schneider. Zürich: Diogenes 2013. 171 S.

Tschechow, Anton: Die Dame mit dem Hündchen (Dama s sobačkoj). Aus dem Russischen neu übersetzt von Barbara Conrad. Mit einem Essay von Bernhard Schlink und Bildern von Hans Traxler. Berlin: Insel Verlag 2013 (Insel-Bücherei 2005 im Großformat). 66 S.

Eva Spanka, Andreas Kahrs

Die Bewegung marschiert

Ruch Narodowy und Polens extreme Rechte

Die Rechtsextremisten Polens wurden im In- und Ausland lange ignoriert. Dabei gehören sie zu einer der dynamischsten rechtsextremen Bewegungen in Europa. Im November 2013 marschierten 50 000 Teilnehmer des Unabhängigkeitsmarschs (Marsz Niepodległości) durch Warschau. Kern der Bewegung ist die Nationale Bewegung (Ruch Narodowy). Nun tritt sie zu den Europawahlen an. Sie knüpft dazu Bande mit der ungarischen *Jobbik* sowie anderen Rechtsradikalen und EU-Gegnern. Der organisierte Rechtsextremismus in Polen hat ein neues Stadium erreicht.

Mit der Ankündigung von *Ruch Narodowy* (RN; Nationale Bewegung), an der Europawahl teilzunehmen, hat die polnische extreme Rechte ein neues Stadium erreicht. Nun versucht sie, zu einer parlamentarischen Kraft zu werden. Das zeichnete sich seit einiger Zeit ab. Seit 2010 traten ihre Gründungsorganisationen vor allem rund um den *Marsz Niepodległości* (Unabhängigkeitsmarsch) in Erscheinung. *Ruch Narodowy* versteht sich als Kern des polnischen Rechtsextremismus, einer heterogenen „sozialen Bewegung von rechts", in der altbekannte politische und ideologische Elemente der polnischen Rechten auf neue Formen und Potentiale der Mobilisierung treffen.

Im deutschen Sprachraum blieb diese Entwicklung in Öffentlichkeit und Wissenschaft lange Zeit nahezu unbeachtet.[1] Selbst Agenturmeldungen über die jährlichen Ausschreitungen rund um den *Marsz Niepodległości* haben einer der dynamischsten rechtsextremen Bewegungen Europas kaum Aufmerksamkeit beschert.

Die publizistische und akademische Aufmerksamkeit lag auf der *Liga Polskich Rodzin* (LPR; Liga der polnischen Familien), obwohl sie ihre Bedeutung längst verloren hat. Von 2005 bis 2007 war sie nicht nur im Sejm vertreten, sondern war mit der populistischen *Samoobrona* der zweite Partner in der rechtsnationalistischen Regierungskoalition mit *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS; Recht und Gerechtigkeit) unter Füh-

---

Eva Spanka (1986), M.A., Kulturhistorikerin, Berlin
Andreas Kahrs (1981), M.A., Historiker, Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin

[1] Das stellt Reinhold Vetter zu Recht fest: Reinhold Vetter: Diffus, aber gefährlich. Rechtsradikalismus in Polen, in: OSTEUROPA, 4/2013, S. 49–71. – Es ist unverständlich, dass aktuelle Publikationen, die Europas extremer Rechten gewidmet sind, Polen ignorieren; Martin Langebach, Andreas Speit: Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten. Zürich 2013.

rung von Jarosław Kaczyński.[2] Nachdem diese Regierung scheiterte, galt *Prawo i Sprawiedliwość* als Auffangbecken für die rechten Strömungen des Landes. Der *Marsz Niepodległości* bietet sich als Ausgangspunkt an, um die Analysen der personellen, organisatorischen und ideologischen Strukturen des polnischen Rechtsextremismus zu aktualisieren.[3]

Der *Marsz Niepodległości* als Kristallisationspunkt

Seit 2010 findet am 11. November, dem polnischen Unabhängigkeitstag, der von der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska, MW) und dem Nationalradikalen Lager (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) initiierte *Marsz Niepodległości* in Warschau statt. Gemessen an der wachsenden Zahl von Teilnehmern ist der Marsch zum Kristallisationspunkt rechtsextremer Mobilisierung geworden. Bereits zuvor hatten sich am 11. November kleine Gruppen von Nationalisten und Neofaschisten in Warschau versammelt. 2010 nahmen einige Tausend Personen teil.[4] 2012 kamen 30 000 Teilnehmer, 2013 unter dem Motto „Idzie nowe pokolenie" (Es kommt eine neue Generation) waren es knapp 50 000.[5] Seit 2011 tritt der Verband *Stowarzyszenie Marszu Niepodległości* als Organisator auf. In ihm sind unterschiedliche ultrakatholische, nationalistische sowie Geschichtsorganisationen vereinigt. Doch die *Młodzież Wszechpolska* und das ONR bleiben die Schlüsselorganisationen.

Die *Młodzież Wszechpolska* (MW) wurde als inoffizielle Jugendorganisation der *Liga der polnischen Familien* Mitte der 2000er Jahre bekannt. Nach einer Reihe von Skandalen um einige Mitglieder der Allpolnischen Jugend, die in den Medien große Aufmerksamkeit fanden, trennte sich die Liga von ihrer Jugendorganisation, wodurch diese zunächst aus dem öffentlichen Blickfeld verschwand. Heute gibt sie sich gemäßigter und verzichtet etwa auf offen antisemitische Parolen. Dieser Imagewandel ist eng mit Robert Winnicki verbunden, der 2009 den Vorsitz der MW übernahm.[6] In der Substanz haben sich ihre Positionen indes kaum verändert. Nach wie vor beruft sie sich auf die extrem antisemitische gleichnamige Studentenorganisation des nationalen Lagers in der Zweiten Polnischen Republik.[7] Deren Mitglieder stellt die Allpolnische Jugend vor allem als Widerstandskämpfer gegen die deutschen und sowjetischen Besatzer im Zweiten Weltkrieg sowie gegen das kommunistische Regime dar.[8]

---

[2] Rafał Pankowski: The Populist Radical Right in Poland. The Patriots. London, New York 2011. – Ders: Identität und Bigotterie: Nationalistischer Populismus und die extreme Rechte im heutigen Polen, in: Nora Langenbacher, Britta Schellenberg (Hg.): Europa auf dem „rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Berlin 2011, S. 217–233.

[3] Neben Vetter, Diffus [Fn. 1], besonders: Rafał Pankowski, Marcin Kornak: Radikaler Nationalismus in Polen: Von der Theorie zur Praxis, in: Ralf Melzer, Sebastian Serafin (Hg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Berlin 2013, S.165–180.

[4] Wojciech Szacki: Wieczny student obala republiki, in: Polityka, 47/2012, S. 16–18.

[5] Die Veranstalter sprachen gar von 100.000.

[6] Szacki, Wieczny student [Fn. 4], S. 17.

[7] Zur Geschichte der MW Roman Wapiński: Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej. Wrocław 1980. – Szymon Rudnicki: Obóz Narodowo-Radykalny. Geneza i działalność. Warszawa 1985.

[8] So etwa in zwei Selbstdarstellungsfilmen der MW, <http://mw.org.pl/multimedia/video/>.

Das Nationalradikale Lager ONR, das an die Tradition einer faschistischen Splittergruppe in der Zwischenkriegszeit anknüpft, tritt extremer auf und spricht ein radikaleres Publikum an,[9] jedoch geben sich die ONR-Aktivisten nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren – militant in Springerstiefeln und hellbrauner Uniform, sondern gutbürgerlich mit Anzug und Krawatte.[10]

Das ONR und die MW wollten bereits nach dem Marsch 2011 eine gemeinsame Organisation ins Leben rufen, doch nach den Ausschreitungen am *Plac Konstytucji* und dem verhängnisvollen Presseecho verzichteten sie darauf.[11] Die Vereinigung unter dem Dach der *Ruch Narodowy* erfolgte 2012. Der *Marsz Niepodległości* wurde zum Symbol der fundamentalen Ablehnung der Regierung, der vermeintlich gelenkten Medien, schlicht des gesamten politischen Systems. In seiner Rede zur Gründung von *Ruch Narodowy* unterstellte Winnicki, dass von der letzten Regierung der Volksrepublik Polen unter General Jaruzelski bis zur amtierenden Regierung Kontinuität herrsche. Die Regierung müsse gestürzt werden:

> Was heißt Polen zurückgewinnen? Das bedeutet zweierlei: Die Nation mobilisieren, die Nation organisieren und die Republik des Runden Tisches stürzen! Wir kennen ihre Regierungen. Wir kennen die Regierungen der Jaruzelskis, der Wałęsas, der Kwaśniewskis, der Komorowskis, der Tusks, der Buzeks [. . .] der Geremeks, der Mazowieckis. Wir wollen sie hier nicht. Wir wollen sie in unserem Staat nicht an der Regierung. [. . .] Erstens: Es wird keinen runden Tisch geben. Es wird keine Verständigung geben. Es wird keinen dicken Strich geben. [. . .] Im Namen der jungen Generation der Polen versprechen wir euch: Für alles, was ihr mit diesem Staat gemacht habt, für alles, was ihr mit dieser Nation gemacht habt, werdet ihr bezahlen! [. . .] Ihr werdet für das bezahlen, was ihr die letzten 20 Jahre getan habt.[12]

Für wen in der künftigen Gesellschaft kein Platz sei, macht er deutlich: „Wir werden eine Kraft bilden, vor der sich Linke, Liberale und Schwuchteln fürchten werden.“[13]

---

[9] Rafał Pankowski: Right-Wing Extremism in Poland., in: International Policy Analysis, Oktober 2012, S. 4, <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09409-20121029.pdf>. Zur Entstehung des ONR und den Aktivitäten in der Zweiten Republik Rudnicki, Obóz [Fn. 8].

[10] Malwina Dziedzic: Małżeństwo narodowe, in: Polityka, 48/2012, S. 22–24.

[11] Powstaje nowa formacja skrajnej prawicy Ruch Narodowy, <http://wyborcza.pl/1,76842,10649871,Powstaje_nowa_formacja_skrajnej_prawicy_Ruch_Narodowy.html>.

[12] AntyZSRE: Marsz Niepodległości 2012. Agrykola – Robert Winnicki, <http://www.youtube.com/watch?v=bUfI7JLwmGo>. Als „Republik des Runden Tisches“ bezeichnet Winnicki die Dritte Polnische Republik. Die Verhandlungen zwischen der kommunistischen Regierung und der Opposition am Runden Tisch leiteten im Frühjahr 1989 den politischen Wandel in Polen ein; Andrzej Paczkowski: Politischer Prolog: Die Entstehung der III. Republik, in: Dieter Bingen; Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen. Bonn 2009, S. 129–146, hier S. 129. Mit der Ankündigung, es werde keinen „dicken Strich“ geben, spielt Winnicki auf eine Aussage des ersten postkommunistischen Präsidenten, Tadeusz Mazowiecki, an. Mazowiecki hatte angekündigt, unter die Zeit der Volksrepublik Polens eine „dicke Linie“ zu ziehen. Ihm wird vorgeworfen, damit die Straffreiheit für Kommunisten gefördert zu haben; Tomasz Lis: Polska, głupcze!, Świat Książki. Warszawa 2006, S. 73f.

[13] <www.tvn24.pl/walczyc-z-wrogami-polskosci-az-do-ich-ostatniego-tchnienia-ktore-oby-wktotce nastapilo,288143,s.html>.

Für Robert Winnicki ist alles ganz klar. Hinter jeder Erscheinung lauert der Kommunismus.

> Wenn wir *Gazeta Wyborcza* hören, denken wir an die *Trybuna ludu*, wo wir PO [die Bürgerplattform; Red.] hören, denken wir an PZPR [die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei; Red.], und wo wir einen hochrangigen Vertreter der aktuellen Regierung sehen, ist das erste, was uns in den Sinn kommt: „Nieder mit dem Kommunismus!" Die Dritte Republik nehmen wir nicht als Polen wahr, das wirklich frei, wirklich unabhängig ist, sondern als Ganzes verwaltet von einer Elite, die genauso unterwürfig gegenüber Fremden ist, wie es in der PRL der Fall war.[14]

Diese Gleichsetzung des heutigen politischen Systems mit Kommunismus, Unfreiheit und Fremdbestimmung ist charakteristisch für die politische Rhetorik der *Ruch Narodowy*. Aus der Mitgliedschaft der beiden Organisationen, die *Ruch Narodowy* tragen, rekrutiert sich jedoch nur ein Teil jener Polen, welche die fixe Idee vertreten, man müsse eine wahrhaftige „Unabhängigkeit" Polens erkämpfen werden und das mit dem „Unabhängigkeitsmarsch" demonstrieren.

Die polnische extreme Rechte als „soziale Bewegung"

Bereits bei der Analyse des deutschen Rechtsextremismus hat es sich als fruchtbar erwiesen, Kriterien und Methoden aus der Erforschung sozialer Bewegungen anzuwenden.[15] Ziel einer sozialen Bewegung ist ein „grundlegender sozialer Wandel".[16] Dieter Rucht bezeichnet eine soziale Bewegung als ein „Ensemble von Gruppen und Organisationen", die nicht zwangsläufig in einer organisatorischen oder hierarchischen Beziehung zueinander stehen.[17] Nach diesem Verständnis ist die

> Hauptrichtung [. . .] entscheidend, in die die verschiedenen Elemente einstimmen [sic!] und in der sie nicht durch eine internalisierte konsistente Ideologie oder durch ein bindendes Programm, sondern durch Symbole, durch Idole, durch Slogans [. . .] verbunden sind.[18]

Ein solches Symbol ist das Bild, dass sich die extreme Rechte in einem Kampf um Polens Unabhängigkeit befinde. Zu Idolen werden Angehörige der Untergrundarmee *Narodowe Siły Zbrojne* (Nationale Streitkräfte, NSZ). Diese kämpfte während des

---

[14] Robert Winnicki: List otwarty Prezesa Młodzieży Wszechpolskiej Roberta Winnickiego do Prezesa Związku Powstańców Warszawskich, gen. Zbigniewa Ścibor-Rylskiego, <www.bibula.com/?p=59407>.

[15] Dieter Rucht: Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen 2002, S. 75–86.

[16] Andreas Klärner, Michael Kohlstruck: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: Dies.: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn 2006, S. 7–41, hier S. 31.

[17] Rucht, Rechtsradikalismus [Fn. 15].

[18] Klärner, Rechtsextremismus [Fn. 16].

Zweiten Weltkriegs gegen die deutsche und die sowjetische Besatzung. Gegründet wurde sie durch den Teil der militärischen Untergrundorganisation des nationalen Lagers, der sich 1942 gegen eine Unterordnung unter die *Armia Krajowa* (Heimatarmee) aussprach.[19]

Der *Związek Żołnierzy Narodowych Sił Zbrojnych* (Soldatenverband der Nationalen Streitkräfte; ZŻ NSZ) ist der Ehemaligenverband der NSZ. Er wurde nicht nur in das Organisationskomitee des *Marsz Niepodległości* , sondern 2012 auch in *Ruch Narodowy* aufgenommen. Dort vertritt ihn Artur Zawisza, ein Ex-Abgeordneter der PiS im Sejm, der politische Erfahrung in die jungen Reihen der *Ruch Narodowy* bringt. Die Einbindung der NSZ ist von elementarer symbolischer Bedeutung für die Bewegung. Die NSZ war einer jener Kampfverbände, die ab 1944 den Untergrundkampf gegen die neue kommunistische Regierung fortsetzten. Diese Kämpfer werden heute als *żołnierze wyklęci* (verstoßene Soldaten) bezeichnet, nachdem sie jahrzehntelang aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängt worden waren. In der letzten Zeit genießen sie größere Anerkennung.[20] Allerdings bleibt die Rolle der NSZ im Untergrundkampf umstritten, da sie während des Krieges aus nationalistischen und antisemitischen Motiven auch zahlreiche Verbrechen begingen.[21]

In den Soldaten der *Nationalen Streitkräfte* sieht die polnische Bewegung der extremen Rechten ihre historischen Paten. Kein Wunder, dass nun verschiedene Gruppen versuchen**,** den Tag der Gründung der NSZ am 22. September und den 1. März, der seit 2011 als *Dzien Pamięci „Żołnierzy Wyklętych"* offizieller Gedenktag ist, ähnlich zu begehen wie den Unabhängigkeitsmarsch. Aber die extreme Rechte versucht auch, die Erinnerung an die Verhängung des Kriegsrechts 1981 oder an den Arbeiteraufstand in Poznań 1956 als antikommunistische Gedenktage zu vereinnahmen. An einschlägigen Veranstaltungen nehmen in der Regel zwar nur wenige hundert Aktivisten teil, aber diese Veranstaltungen werden im gesamten Land immer häufiger. Das gestattet es der „Bewegung", die „permanente Mobilisierung" aufrechtzuerhalten und Loyalität zu sichern. So lassen sich Sympathisanten aus dem Umfeld an die Bewegung binden. Da formale Bindungen wie eine Mitgliedschaft fehlen, muss diese Loyalität ständig erneuert werden.[22] Durch dieselben Erfahrungen konstituiert sich die „Bewegung", eine gemeinsame Identität bildet sich unter den Teilnehmern aus.

---

[19] Michał Śliwa: Polska myśl polityczna w I połowie XX wieku. Wrocław 1993, S. 183.

[20] Im Februar 2013 ehrte Staatspräsident Komorowski ehemalige Kämpfer, <http://polska.newsweek.pl/zolnierzom-wykletym-czesc-i-chwala,101954,1,1.html>.

[21] Das Internetportal <http://zolnierzeprzekleci.wordpress.com/about/> bietet Informationen über Verbrechen der NSZ und anderer Verbände gegen jüdische Partisanen und die Zivilbevölkerung; Israel Gutman, Shmuel Krakowski: Unequal victims: Poles und Jews during World War 2. New York 1986, S. 237f., gehen von 120 Morden an Juden aus. Der Untergrundkampf ist sehr schlecht dokumentiert, viele Fragen sind ungeklärt. Zur Beteiligung von Polen an der Ermordung von Juden während des Holocaust: Stefan Zgliczyński: Jak Polacy Niemcom Żydów mordować pomagali. Warszawa 2013.

[22] Thomas Pfeiffer: Medien einer neuen sozialen Bewegung von rechts. Bochum 2000, S. 24f., <www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/PfeifferThomas/diss.pdf>.

Schlüsselakteure der extrem rechten Bewegung

Neben *Ruch Narodowy* gibt es weitere rechtsextremistische Gruppen. Die etablierteste Partei in diesem Spektrum ist *Narodowe Odrodżenie Polski* (NOP; Nationale Wiedergeburt). Sie hatte sich bereits in der Spätphase der Volksrepublik gegründet und im Untergrund agiert. Nach der Wende trat sie an die Öffentlichkeit. NOP beruft sich auf die gleichen historischen Vorläufer wie das *Nationalradikale Lager* (ONR).[23] In den 1990er und 2000er Jahren standen die beiden Organisationen in ständiger Rivalität. Auf lokaler und regionaler Ebene gab meist eine den Ton an. Durch die starke Expansion des ONR ist die *Nationale Wiedergeburt* zwar landesweit ins Hintertreffen geraten. Doch auch sie profitiert punktuell vom Anwachsen des rechten Milieus. Eine Hochburg ist Wrocław. Gleichzeitig mit dem *Marsz Niepodległości* (Unabhängigkeitsmarsch) findet hier der *Marsz Patriotów* (Marsch der Patrioten) statt. 2013 nahmen etwa 10 000 Menschen teil.[24] Im Juni 2013 störten Mitglieder und Sympathisanten der NOP eine Vorlesung des britischen Soziologen polnisch-jüdischer Herkunft Zygmunt Baumann an der Universität Wrocław. Das bescherte der NOP breite öffentliche Aufmerksamkeit und galt im Milieu als Beleg für ihre Handlungsfähigkeit.[25]

Auffällig ist, wie stark sich die *Nationale Wiedergeburt* nun in Form und Inhalt der Aufrufe von früheren neonazistischen Auftritten distanziert und sich an dem Stil orientiert, den der *Marsz Niepodłości* in der rechtsextremen Bewegung hoffähig gemacht hat. Momentan arbeiten die *Nationale Bewegung* und die *Nationale Wiedergeburt* nicht zusammen. Angesichts der jahrlangen Konkurrenz ist das auch eher unwahrscheinlich. Jedoch ist es insofern zweitrangig, als beide Organisationen in der rechtsextremistischen Bewegung mit unterschiedlichen Mitteln in die gleiche Richtung arbeiten.

Eine zentrale Rolle in der erfolgreichen Mobilisierung der rechtsextremen Bewegung spielt die Fußballfanszene. Fußballanhänger treten mit *Ruch Narodowy* und *Narodowe Odrodzenie Polski* in Erscheinung. Sie organisieren vornehmlich zu den genannten Gedenktagen eigene Aktionen. Aus Angst davor, politisch vereinnahmt zu werden, hielten die Fans bislang eine gewisse Distanz zu Organisationen, obwohl die meisten von ihnen sehr weit rechts stehen. Falls sie sich nun in die Bewegung integrieren, wäre das ein Novum. Wenn es zu Gewalt und Ausschreitungen kommt, bezeichnen polnische Medien sie lediglich als „Krawallmacher“ und „Pseudofans“ (Pseudokibice*)*. Öffentlichkeit und Forschung ignorieren ihre aktive Rolle in der rechten Bewegung.[26] Dabei erfüllen die Fußballfans und Hooligans – ob mit oder ohne Absprache – wichtige Aufgaben. Bei Großereignissen wie dem *Marsz Niepodległości* üben sie Gewalt gegen politische Gegner und die Polizei aus.[27] Diese ist wohl kalkuliert. Sie ist wich-

---

[23] Vetter, Diffus [Fn. 1]. – Pankowski, Kornak, Radikaler Nationalismus [Fn. 3].

[24] Gleichzeitig fanden kleinere Aufmärsche in Kraków und Białystok mit jeweils rund 1000 Teilnehmern aus dem NOP-Spektrum statt.

[25] Antyterroryści na wykładzie Prof. Baumana we Wroclawiu, in: Gazeta Wyborcza, 22.6.2013.

[26] Selbst die antirassistische NGO *Nigdy Więcej* (Nie Wieder, <www.nigdywiecej.org>), die sich überwiegend im Fußballbereich engagiert, schenkt diesem Phänomen keine Aufmerksamkeit; exemplarisch Pankowski, Kornak, Radikaler Nationalismus [Fn. 3].

[27] Beim *Marsz Niepodległości* 2013 wurde kurz nach Beginn das besetzte Kulturzentrum *Przychodnia* Ziel einer brutalen, vorbereiteten Attacke, die eine breite öffentlich Debatte auslöste, <www.mmwarszawa.pl/464754/2013/11/12/byli-przygotowani-sklotersi-o-ataku-na-przychodnie-wideo?category=video>.

tig, um das für eine radikale Bewegung nötige Drohpotential aufzubauen. Nach den Vorfällen versuchen die Organisatoren des Marsches einerseits, das Ausmaß der Gewalt herunterzuspielen oder „Provokationen" für die Gewalt verantwortlich zu machen[28], andererseits den Aktionen eine gewisse Legitimität zu verleihen.[29] In jedem Fall versuchen die Verantwortlichen zu vermeiden, den gewaltorientierten Teilnehmern ihre Solidarität aufzukündigen.

Die Fußballszene ist auch jenseits der Aufmärsche ein wichtiger Teil der Bewegung. Im Stadion nutzen die Fans die Bühne, um aufwändige Choreographien zu inszenieren und rechte Geschichtssymbolik zu verbreiten.[30] Im Zentrum steht hier die Verehrung der *żołnierze wyklęci* (der verstoßenen Soldaten). Seit 2011 organisieren Fangruppen verschiedener Vereine Märsche und Veranstaltungen zum offiziellen Gedenktag, die auf öffentliches Echo stoßen.[31]

Dabei spielt das Selbstbild des „modernen Partisanen", der sich dem herrschenden System widersetzt, eine entscheidende Rolle. Die Idee, dass die „verstoßenen Soldaten" in den Fankurven der Stadien fortleben, war für die Fußballszene das Eintrittsticket in die rechte Bewegung. Die repressive Politik der Regierung Tusk im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2012, mit der sie des Gewaltproblems Herr zu werden versuchte, löste in der Fanszene eine starke Politisierung aus. Die Fangruppen machten sich nun den Kampf gegen die Regierung und die mit ihr gleichgesetzten Medien zu eigen. Auch Vertretern der rechtsextremen Szene blieb diese Brücke ins Fußballlager nicht verborgen. Sie biederten sich unverhohlen an: So entdeckte der Ex-Vorsitzende der *Allpolnischen Jugend*, Konrad Bonisławski, die jungen Nationaldemokraten der Zweiten Republik als Fußballfans, als „kibole":

> Wahrscheinlich ist auch der junge Roman Dmowski ein Führer der „kiboli" gewesen [. . .]. Zweifellos waren die Nationalen der Vorkriegszeit, die nicht vor direkten Aktionen auf der Straße zurückgeschreckten, „kibole".[32]

Als Bindeglied zwischen politisch unerfahrenen Fußballfans und der extrem rechten Bewegung dienen die *Autonomen Nationalisten* (AN).[33] Auch diese werden in Polens Öffentlichkeit weitgehend ignoriert. *Nigdy Więcej* behandelt das relativ neue Phänomen, reduziert es jedoch auf eine modische und stilistische Spielart der extremen Rechten.[34] Die *Autonomen Nationalisten* sind in kleinen Gruppen wie den *White Boys Wielko-*

---

[28] <www.pch24.pl/winnicki--zawisza--bosak-i-tumanowicz-o-zajsciach-podczas-marszu-niepodleglosci,19122,i.html>.

[29] Robert Winnicki erklärt, dass es richtig gewesen sei, die Regenbogen-Installation der feministischen Künstlerin Julita Wójcik als Symbol für Frieden und Toleranz zu zerstören, da sie „Symbol der ideologischen Aggression der Linken im polnischen öffentlichen Raum" sei, <http://robertwinnicki.blog.pl/2013/12/18/tecza-musi-zniknac-na-dobre/>.

[30] Einen Überblick über diese Choreographien bietet <http://stadionowioprawcy.net>.

[31] Die Fans von *Sląsk Wrocław* gehören zu den aktivsten, <www.gazetawroclawska.pl/artykul/773105,wroclaw-trwa-dzien-pamieci-zolnierzy-wykletych-wieczorem-marsz-pamieci-z-pochodniami,id,t.html>.

[32] <http://narodowcy.net/kibolami-byli-przedwojenni-narodowcy/2012/08/23/>.

[33] Zu Entstehung und Hintergründen der *Autonomen Nationalisten*: Jan Schedler, Alexander Häusler (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden 2011.

[34] Wiktor Marszałek: Autonomiczni Nacjonaliści – nowe trendy w ruchu neofaszystowskim, <www.nigdywiecej.org/biblioteka/18/23_autonomiczni_nacjonalisci.pdf>.

polska in Poznań oder *Aktyw Północny* in Gdańsk im Land aktiv. Von zentraler Bedeutung ist die Warschauer Gruppe, die in der Fanszene von *Legia Warszawa* stark vertreten ist und den Blog *Droga Legionisty* (Weg des Legionärs) betreibt, der stark frequentiert wird.[35] Die Schnittstelle zwischen politischer und subkultureller Bewegung ist eine Mischung aus Fußball, (politischer) Graffitikunst und (politischer) Musikszene. Welche Bedeutung Musik hat, um junge Menschen anzusprechen und politische Inhalte zu transportieren, ist hinreichend bekannt.
Sehr viel relevanter als die rechtsextreme *Metal*-Szene, auf die Reinhold Vetter hinweist,[36] ist in Polen allerdings der rechts geprägte HipHop. Bands wie *Zjednoczony Ursynów* (Vereinigtes Ursynów)[37] oder *Firma* haben teilweise direkte Kontakte zu extrem rechten Gruppen und sich mit zahlreichen Songs als Ideologieproduzenten für die rechte Szene hervorgetan. Durch sie haben die „verstoßenen Soldaten" auch den Weg in die moderne Musik gefunden.[38] In diesem subkulturellen Spektrum werden Inhalte vermittelt und neue Aktivisten der sozialen Bewegung gewonnen. Das Internet ist der Ort mit einer unüberschaubaren Fülle von Angeboten. Es fällt auf, dass das Spektrum, das ehemals offen neonazistisches Denken vertrat, sich heute nach außen auf einen militanten polnischen Nationalismus konzentriert. Hakenkreuzfahnen, die zu Beginn der 2000er Jahre von Fußballfans geschwungen wurden, sind heute kaum mehr in der Öffentlichkeit zu sehen.

Die *Ruch Narodowy* und wichtige Institutionen

Die *Nationale Bewegung* ist nicht nur zum Zentrum einer heterogenen Bewegung geworden. Sie hat auch feste Bande zu anderen Institutionen, darunter offiziösen, geknüpft. Ein fester Partner der Organisation des *Marsz Niepodległości* ist der Regionalverband „Lubelski" der Gewerkschaft *NSZZ Solidarność*.[39] Geschichtspolitisch verfügt *Ruch Narodowy* über exzellente Kontakte. 2007 veröffentlichte das *Instytut Pamięci Narodowej* (Institut für nationales Gedenken, IPN) eine Broschüre zur „Nationalen Bewegung" in der Zweiten Polnischen Republik, in der auffällig viele Historiker publizieren, die zumindest in regem Kontakt zu rechtsradikalen Kreisen stehen.[40] Die IPN-Mitarbeiter Jan Żaryn, Wojciech Muszyński, Rafał Sierchuła und Krzysztof Kaczmarski gehören alle dem historischen Beirat des ZŻ NSZ an.[41] Ein Autor, Krzysztof Kawalec, trat bei der *Allpolnischen Jugend* als Dozent in einem Schulungslager auf.[42] Żaryn hatte sich bereits vor dem ersten *Marsz Niepodległości* dessen Un-

---

35 <http://drogalegionisty.pl/?p=11115687>.
36 Vetter, Diffus [Fn. 1], S. 61f.
37 Stadtteil im Süden Warschaus.
38 Manche Songs haben z.T. siebenstellige Klickzahlen: Tadek (Firma): Żołnierze wyklęci: <www.youtube.com/watch?v=iHil7koBSII>.
39 <www.kurierlubelski.pl/artykul/700441,lubelski-onr-o-marszu-11-listopada-policja-prowokowala,id,t.html?cookie=1>.
40 Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej: Ruch narodowy, 8–9/2007, S. 25–50, <http://ipn.gov.pl/publikacje/biuletyn-instytutu-pamieci-narodowej/nr-8-92007>.
41 ZŻ NSZ: Władze Związku Żołnierzy Narodowych Sił Zbrojnych, <http://nsz.com.pl/index.php/nsz/wadze-z-nsz>.
42 <www.youtube.com/watch?v=RuXT67HWvTE>, hier Minute: 0:46-0:55.

terstützungskomitee angeschlossen.[43] 2013 rief er per Video zur Teilnahme am Marsch auf.[44] Wojciech Muszyński tritt als Redner bei Veranstaltungen auf, für die das *Nationalradikale Lager* und der *Soldatenverband der Nationalen Streitkräfte* verantwortlich zeichnen.[45] Außerdem ist Muszyński Chefredakteur der rechten historischen Vierteljahrsschrift *Glaukopis*, von deren Webseite Links zu dem von der *Allpolnischen Jugend* betriebenen Portal *Narodowcy.net* und weiteren einschlägigen Seiten führen.[46] Mitarbeiter des Magazins sind auch Żaryn, Sierchuła und Kaczmarski.[47]
Es überrascht kaum, dass sich insbesondere diese Historiker der Geschichte der Vorläufer und Traditionsbestände der heutigen extremen Rechten widmen.[48] Sie versuchen so, diese wieder hoffähig zu machen. Sierchuła stellt die *Narodowe Siły Zbrojne* als „einzige politisch, materiell und ideologisch unabhängige politisch-militärische Organisation im polnischen bewaffneten Untergrund" dar.[49] Die einzige Monographie über die *Allpolnische Jugend* in der Zweiten Republik stammt aus der Feder eines Mitglieds der heutigen *Allpolnischen Jugend*, Jacek Misztal.[50] Auch er ist bemüht, die Geschichte seiner Organisation ins „rechte Licht" zu rücken. So interpretiert er den Antisemitismus von *Młodzież Wszechpolska* in der Zwischenkriegszeit als Antikommunismus und reproduziert gleichzeitig das Stereotyp der *żydokomuna*,[51] wenn er schreibt:

> Um einer Verbreitung der kommunistischen Idee in der polnischen Gesellschaft vorzubeugen, riefen die Nationalen zur größtmöglichen Isolation der Juden auf.[52]

---

43 <www.marszniepodleglosci.org/2010/10/19/prof-jan-zaryn-w-komitecie-poparcia/>.

44 <http://narodowcy.net/polska/8248-jan-zaryn-zaprasza-na-marsz-niepodleglosci>.

45 ONR: Zaproszenie na wykłady, <http://onrslask.pl/zaproszenie-na-wyklady>, ONR: 70-lecie powstania NSZ – relacja, <www.onr.h2.pl/index.php?option=com_content&view=article&id=608:70-lecie-powstania-nsz-relacja&catid=1:gowne-informacje>.

46 Glaukopis: Linki, <http://glaukopis.pl/?page_id=7>.

47 Glaukopis: O nas, <http://glaukopis.pl/?page_id=222>.

48 2008 erschien ein zweibändiges Werk zur Nationaldemokratie. Neben Muszyński ist auch Sierchuła mit einem Beitrag zur Geschichte des ONR in Wielkopolska vertreten. Über die *Allpolnische Jugend* schreiben Rafał Dobrowolski, Tomasz Sikorski, Adam Wątor [Hg.]: Narodowa Demokracja XIX–XX wiek, 2 Bde. Toruń 2012. Dobrowolski publizierte in den 1990er Jahren in der Zeitschrift der Lubliner Organisation der *Allpolnischen Jugend*. Deshalb steht zu vermuten, dass er einst Mitglied war; Czesław Maj, Ewa Maj: Narodowe ugrupowania polityczne w Polsce 1989–2001. Lublin 2007, S. 130; 2006 erschien Dobrowolskis Doktorarbeit zur Geschichte der MW an der Katholischen Universität Lublin: Rafał Dobrowolski: Akademicka młodzież obozu narodowego w Lublinie w latach 1919–1939. Toruń 2006.

49 Rafał Sierchuła: Narodowe Siły Zbrojne (1942–1946), in: Biuletyn [Fn. 40], S. 62–75, hier S. 62.

50 Zur Mitgliedschaft Misztals zur MW: narodowcy.net: Wywiad z Jackiem Misztalem, 18.8.2011, <http://narodowcy.net/wywiad-z-jackiem-misztalem/2011/08/18/>.

51 Das in der Zweiten Polnischen Republik im nationalen Lager verbreitete Feindbild der *żydokomuna* (Judäokommune) unterstellt, die Juden wollten mit Hilfe des Kommunismus ihre Weltherrschaft aufbauen; Agnieszka Pufelska: Die „Judäo-Kommune". Ein Feindbild in Polen. Das Polnische Selbstverständnis im Schatten des Antisemitismus 1939–1948. Paderborn 2007, S. 12.

52 Jacek Misztal: Związek Akademicki Młodzież Wszechpolska. Krzeszowice 2012, S. 146.

Ruch Narodowy und die nationalkonservative Rechte

Vor einem Jahr gab Reinhold Vetter zur Perspektive der polnischen extremen Rechten folgende Prognose ab:

> Die Zukunft der Rechtsradikalen wird nicht zuletzt davon abhängen, welche Strategie die Nationalkonservativen von *Prawo i Sprawiedliwość* einschlagen: ausgrenzen oder integrieren. Vermutlich werden sie die zweite Möglichkeit wählen.[53]

Politiker aus dem nationalkonservativen Milieu trugen anfangs zum Erfolg des *Marsz Niepodległości* maßgeblich bei. Dem Unterstützerkomitee schlossen sich im Jahr 2010 Prominente wie der PiS-Politiker Ryszard Bender oder die Journalisten Rafał Ziemkiewicz und Jan Pospieszalski an, die sich in den rechtskonservativen Zeitungen *Rzeczpospolita* und *Gazeta Polska* einen Namen gemacht hatten.[54] Sie trugen so dazu bei, dem Marsch Legitimität zu verschaffen. Etliche Teilnehmer des Marsches rekrutierten sich auch aus diesem rechtskonservativen Milieu. 2011 warb PiS auf ihrer Internetseite gar für den *Marsz Niepodległości*.[55] Dass die nationalkonservative Rechte den Marsch unterstützte, zeigt, wie weit die Organisatoren auf ihrem Weg vorangekommen sind, ein anderes Image aufzubauen.[56]

Ob das von Vetter vermutete Abhängigkeitsverhältnis der seit 2012 im RN vertretenen Organisationen von nationalkonservativen Gruppen gegeben ist, ist jedoch zu hinterfragen. Mehrfach hat sich gezeigt, dass die Organisatoren des Marsches in der Position sind, selbst zu entscheiden, mit wem sie zusammenarbeiten und mit wem nicht. So wurde der bekannte Politiker Janusz Korwin-Mikke im Sommer 2012 kurzerhand aus dem Ehrenkomitee geworfen, nachdem er gesagt hatte, beim Marsch seien Nationalsozialisten auf der Straße.[57] Ende 2012 kündigte Winnicki die Zusammenarbeit mit dem finanzstarken Unternehmer Ryszard Opara auf.[58]

Nachdem der Marsch erste Erfolge zu verzeichnen hatte, begannen die Organisatoren, sich von der PiS zu distanzieren und damit ihre rechtskonservativen Unterstützer vor den Kopf zu stoßen. Schon vor der Gründung von *Ruch Narodowy* kritisierte Winnicki öffentlich Kaczyński und die PiS: Auch Kaczyński verkaufe Polen an Brüssel, und die PiS unterscheide sich in nichts von der *Bürgerplattform*.[59] Seit *Ruch Narodowy* gegründet wurde, ist allerdings auch die Unterstützung durch jene Kreise weggebrochen, die etwa die *Gazeta Polska* repräsentiert.

---

[53] Vetter, Diffus [Fn. 1], S. 68.

[54] Marcin Kornak: Brunatna Księga 2009–2010. Warszawa 2011, S. 123f., <www.nigdywiecej.org/pdf/bk/BRUNATNA_KSIEGA_2009-2010.pdf>.

[55] Iwona Szpala, Grzegorz Szymanik: PiS też promuje Marsz Niepodległości, in: Gazeta Wyborcza, 9.11.2011, S. 8.

[56] Szacki, Wieczny student . . .[Fn. 4], S. 17.

[57] Wojciech Szacki: Korwinizm wiecznie żywy, in: Polityka, 50/2012, S. 20–22, hier: S. 21.

[58] Als besonders einflussreich gilt Oparas Internetportal *Nowy Ekran*. – Agata Kondzińska: Skłóceni narodowcy, 21.1.2013, <http://wyborcza.pl/1,76842,13266976,Skloceni_narodowcy.html>.

[59] Grzegorz Szymanik: Ukradli nam święto, a chcą zabrać Polskę, in: Gazeta Wyborcza, 10.11.2012, S. 3.

Angesichts dessen scheint Vetters Vermutung, dass die PiS versuchen werde, die im *Ruch Narodowy* gebündelten Akteure zu integrieren, inzwischen überholt. Der letzte *Marsz Niepodległości* hat gezeigt, dass *Ruch Narodowy* nicht mehr auf die konservative Rechte angewiesen ist. Obwohl die nationalkonservativen Kreise den Veranstaltern ihre Unterstützung entzogen, nahm die Zahl der Teilnehmer zu.
Es sieht danach aus, dass sich die *Nationale Bewegung* bemüht, vor der Wahl zum Europaparlament ihr Profil zu schärfen, um sich von der PiS abzuheben. Auf Winnickis Blog hieß es zum Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981:

> Unsere Generation behält den 13. Dezember 2007 vor allem als den größten Akt des Verrats in der neueren Geschichte Polens in Erinnerung. Dies ist schließlich das Datum der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon, der Polen in einer Weise, die keine Illusionen zulässt, seiner Unabhängigkeit beraubt. [. . .] Von polnischer Seite hat die PiS mit den Brüdern Kaczyński an der Spitze bei diesem Akt der Schande eine aktive Rolle gespielt, sowohl bei den Abstimmungen als auch bei der Unterzeichnung des Vertrages. Lissabon hat alle politischen Kräfte des Runden Tisches vereint, unabhängig davon, ob sie ein kosmopolitisches oder „patriotisches" Gesicht zeigen. Dieser Verrat darf nicht vergessen werden. Deshalb wird der wichtigste Akzent der diesjährigen Gedenkfeier am 13. Dezember [. . .] sein: Nieder mit der eurokomuna![60]

Ruch Narodowy im Wahlkampf um die Europawahlen

Im gleichen Ausmaß, in dem sich *Ruch Narodowy* innenpolitisch von der nationalkonservativen Rechten abgrenzte, versuchte sie sich mit rechtsextremen und neofaschistischen Parteien in ganz Europa zu vernetzen. Wichtigster Partner ist die ungarische *Jobbik,* mit der ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet wurde. *Jobbik*-Chef Gábor Vona war eigens dafür im vergangenen November zum „Unabhängigkeitsmarsch" angereist. Nach ungarischem Vorbild bemüht sich die *Ruch Narodowy* zur Zeit, die paramilitärische Organisation *Straż Narodowa* (Nationale Wache) aufzubauen, die sich an der *Magyar Gárda* (Ungarische Garde) orientiert.[61]
Besonders der *Marsz Niepodległości* zeigt, wie stark das internationale Netzwerk unterdessen ist.[62] Auch andere Gruppen aus der rechten Bewegung laden zum Marsch internationale Bündnispartner ein. Das Umfeld der *Autonomen Nationalisten* ist hier besonders aktiv.[63] Zum Netzwerk von *Ruch Narodowy* gehören Organisationen aus den Strukturen der *Alliance of European National Movements* (AENM) und der *European National Front* (ENF). Bei einem Einzug ins EU-Parlament wäre die polni-

---

[60] Robert Winnicki: Albo suwerenność, albo Traktat Lizboński, 5.12.2013, <http://robertwinnicki.blog.pl/2013/12/05/albo-suwerennosc-albo-traktat-lizbonski/>.

[61] Zu Straż Narodowa: <https://pl-pl.facebook.com/StrazNarodowa>. Der Name *Straż Narodowa* ist einer paramilitärischen Kampftruppe aus der Zweiten Republik entlehnt; Rudnicki, Obóz [Fn. 7], S. 21f.

[62] Eine Übersicht über alle internationalen Gruppen, die zum Marsch kamen, bietet: <http://161infocafe.wordpress.com/2014/01/02/neofaszystowska-europa-miedzynarodowe-koneksje-ruchu-narodowego/>.

[63] Ebd.

sche *Nationale Bewegung* sofort gut vernetzt und könnte eine aktive Rolle in einer rechtsextremistischen, EU-feindlichen Fraktion im Parlament spielen. Momentan gelten ihre Wahlchancen in Polen als gering. Meinungsumfragen sehen ein Potential zwischen null und drei Prozent.[64] Wenn sie unter drei Prozent bliebe, hieße das, dass *Ruch Narodowy* die erfolgreiche Straßenmobilisierung und hohe Medienpräsenz nicht in Wählerstimmen umsetzen konnte. Ihr ist es jedoch gelungen, sich als „Partei der Bewegung" zu inszenieren. Dazu gehört die Verpflichtung, dass etwaige Abgeordnetenbezüge zur Hälfte an die „Bewegung" abgeführt werden sollen. Damit versucht sie, ihr Image zu stärken, eine Alternative zu den vermeintlich „korrupten" Abgeordneten der anderen Parteien zu sein.[65] Einen Wettbewerbsvorteil für *Ruch Narodowy* könnte das enge Netz aus Ortsgruppen darstellen, das es gestattet, in fast jeder Kleinstadt Wahlkampf zu führen.

Unterdessen äußert sich *Ruch Narodowy* immer öfter zu wirtschaftspolitischen Themen und bezieht hier ähnliche Positionen wie andere rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien in Europa.[66] Mit dem angekündigten harten Anti-EU-Kurs versucht die *Nationale Bewegung,* die auch in Polen wachsende EU-Skepsis aufzugreifen.[67]

Das rechtsextreme Milieu ist unterdessen so konsolidiert, dass der Ausgang der Wahl für die Stellung von *Ruch Narodowy* sekundär ist. Positionen und Personal aus dem Milieu sind hoffähig geworden. Im Fernsehen treten regelmäßig Vertreter der *Nationalen Bewegung* auf und können ihr rassistisches Gedankengut („Nie dla Immigranta, tak dla repatrianta"/„Nein zum Immigranten, ja zum Repatrianten") oder homophobe Positionen vertreten.[68] Durch die sozialen Medien ist *Ruch Narodowy* vernetzt und jederzeit mobilisierungsfähig.

Dass die rechtsextreme Bewegung ihren Aufschwung erzielte, ohne dass sie bislang von einer zugespitzten ökonomischen Krise in Polen profitiert oder eine fremdenfeindliche Kampagne betrieben hätte, wie dies andere rechtsextreme Parteien und Bewegungen in Europa versuchen, ist eine Besonderheit – aber kein Grund zur Beruhigung.

---

[64] Das Forschungsinstitut TNS Polska ermittelte am 9.2.2014, dass sich der Wählerzuspruch für *Ruch Narodowy* unter der statistischen Wahrnehmbarkeit bewegt, also bei 0 Prozent liegt, <http://ewybory.eu/sondaz-tns-polska-dla-wiadomosci-tvp-09-02-2014/>; andere Umfragen ermittelten drei Prozent, <http://ewybory.eu/sondaz-ewybory-eu-do-parlamentu-europejskiego-23-12-2013/>.

[65] <http://wpolityce.pl/artykuly/69008-ruch-narodowy-wystartuje-w-wyborach-do-parlamentu-europejskiego-udzial-w-zyciu-politycznym-sprawi-ze-haslo-obalimy-republike-okraglego-stolu-nie-bedzie-tylko-pustym-sloganem>.

[66] <www.polskatimes.pl/artykul/1082364,walka-z-eurofederalizmem-i-gender-w-sojuszu-z-jobbikiem-i-le-pen-ruch-narodowy-idzie-do-pe,id,t.html>.

[67] Reinhold Vetter: Polen und der (fehlende) EU-Diskurs, <www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen130.pdf>, S. 2.

[68] PolSat News, 23.8.2013, <www.youtube.com/watch?v=60Vjyr7rD0w>.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Elena Kropatcheva: Russia's Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition. Baden-Baden: Nomos 2010 (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 201). 304 S. 54,– €

Das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine in der Zeit der ersten Präsidentschaft von Vladimir Putin kann zu Recht als ambivalent und die russische Ukrainepolitik nicht immer als glücklich bezeichnet werden. Die zögerliche Beteiligung der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum ist dafür ebenso ein Zeichen, wie es verschiedene territoriale (Tuzla, Krim) und wirtschaftliche Konflikte (Gasstreit) oder Russlands Rolle bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen von 2004 sind. Zur russischen Ukrainepolitik ist bereits vieles publiziert worden. Bislang fehlte jedoch eine breiter angelegte Studie, die sich mit der Politik Russlands gegenüber der Ukraine seit dem Ende der Ära El'cin auseinandersetzt und auf einem theoriegeleiteten Ansatz basiert. Ein solches Buch hat Elena Kropatcheva mit ihrer 2009 an der Universität Hamburg zugelassenen Dissertation vorgelegt. Der Verlag verspricht dem Leser gar die „erste ausführliche Studie, welche die Hauptziele und Strategien der russischen Außenpolitik insgesamt, vor allem aber mit Schwerpunkt auf der Ukraine untersucht". Das weckt Erwartungen, die allerdings in weiten Teilen nicht erfüllt werden.

Im Fokus der Arbeit stehen wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte: Die Autorin befasst sich mit den Handelsbeziehungen der beiden Länder, den russischen Investitionsinteressen in der Ukraine, dem Integrationsprojekt „Einheitlicher Wirtschaftsraum" und mit den Energiebeziehungen. Neben der Reaktion Russlands auf die ukrainische NATO-Politik thematisiert sie die Problematik der russischen Schwarzmeerflotte, die russische Nutzung ukrainischer Radartechnik sowie die militärisch-industrielle Kooperation.

Als Untersuchungszeitraum wählt Kropatcheva die ersten beiden Amtsperioden Vladimir Putins, da unter Putin eine Rekonzeptualisierung der russischen Außenpolitik stattgefunden habe. Zudem geht sie auf den Konkurrenzkampf zwischen Russland und dem Westen in die Untersuchung ein.

Positiv hervorzuheben ist die breite Quellenbasis. Kropatcheva greift nicht nur auf zahlreiche primäre und sekundäre Print- und Onlinequellen zurück. Sie ergänzt diese durch eine Reihe von Interviews mit Vertretern der – wie sie schreibt – „Elite". Die Interviewliste zeigt allerdings, dass es sich vor allem um Experten aus Forschungseinrichtungen und Think Tanks handelt. Interessant wäre gewesen, wenn sie tatsächlich Akteure der russischen und ukrainischen Außenpolitik einbezogen hätte.

Inhaltlich bietet der Band kaum etwas Neues. In dieser Hinsicht hätte man von einer Dissertation durchaus mehr erwarten können. Der empirische Mehrwert der Arbeit beschränkt sich darauf, dass für den mit der Entwicklung wenig vertrauten Leser wesentliche Themen gebündelt abgehandelt werden.

Demgegenüber hätte Kropatchevas Entscheidung für ein originelles theoretisch fundiertes Design ausreichend Potential für einen wissenschaftlich interessanten Beitrag gehabt. Gemäß dem eigenen Anspruch, die russische Ukrainepolitik nicht nur umfassend zu beschreiben, sondern auch zu erklären, wählt Kropatcheva einen theoriegeleiteten empirischen Analyseansatz, der an die Modelle des Rationalismus/Realismus und des Konstruktivismus anknüpft. Die Möglichkeiten einer theoriegeleiteten Herangehensweise, die bei Außenpoli-

tikanalysen zum postsowjetischen Raum immer noch die Ausnahme darstellt, hat sie allerdings nicht genutzt.

Kropatcheva verfolgt trotz ihres theoretischen Anspruchs keinen variablengestützten deduktiv-erklärenden Ansatz. Weite Teile der beiden Hauptkapitel folgen einer deskriptiv-analytischen Logik und weisen keinen Theoriebezug auf. Nach der detaillierten empirischen Darstellung der russischen Sicherheitspolitik (Kapitel 2) und Wirtschaftspolitik (Kapitel 3) gegenüber der Ukraine zieht sie zunächst induktiv Schlussfolgerungen. Erst am Ende der beiden Hauptkapitel liefert sie eine Interpretation und nicht – wie angesichts der im Theorieteil genannten Variablen zu erwarten gewesen wäre – eine systematische Erklärung der herausgearbeiteten Politiken.

Die gewonnenen Erkenntnisse überzeugen aus verschiedenen Gründen wenig. Viele Probleme, die sich in konzeptioneller Hinsicht durch die Arbeit ziehen, sind schon im Theorieteil angelegt. Der Autorin kann keineswegs vorgeworfen werden, dass sie sich nicht mit der einschlägigen Theorieliteratur befasst hätte. Umso erstaunlicher ist es, dass vieles im Theorieteil unscharf bleibt und zu viele Analyseebenen, Begriffe, Variablen und Theorien durcheinander geworfen oder irreführend verwendet werden.

Ein grundlegendes Problem ist etwa Kropatchevas mangelnde Differenzierung zwischen der metatheoretischen Ebene (Rationalismus versus Konstruktivismus) und der Ebene der Theorieschulen der Internationalen Beziehungen des Realismus bzw. Konstruktivismus. Die an manchen Stellen fast synonyme Verwendung von Rationalismus und Realismus lässt vermuten, dass Kropatcheva häufig Metatheorie und Theorie einfach gleichsetzt. Dafür spricht, dass dem Realismus Konzepte zugerechnet werden, die eigentlich dem ebenfalls „rationalen“ Liberalismus entstammen und – was ansonsten mit Blick auf den Realismus kaum nachvollziehbar wäre – auch mit eindeutig dem Liberalismus zuzurechnender Literatur belegt werden.

Daraus ergibt sich bei den Schlussfolgerungen der bemerkenswerte Fall, dass Kropatcheva die zumindest zeitweilige russische Akzeptanz eines rückläufigen sicherheitspolitischen Einflusses auf die Ukraine mit Hilfe des Realismus meint erklären zu können. Dies „gelingt“ ihr letztlich aber nur, indem sie auf wirtschaftliche Überlegungen, Kosten-Nutzen- Kalküle und geänderte politische Präferenzen Russlands verweist und damit eigentlich der Erklärungslogik des Liberalismusmodells folgt.

Klarheit in theoretischer Hinsicht hätte bringen können, wenn Kropatcheva sich explizit für bestimmte Ansätze oder Vertreter der herangezogenen Theorieschulen entschieden hätte. Aber hier lässt sie den Leser ratlos zurück. So verweist sie zwar mehrmals darauf, dass sie sich vor allem auf die systemischen Varianten von Realismus und Konstruktivismus beziehe. Bei der Bestimmung der unabhängigen Variablen greift sie dann auf die Außenpolitiktheorie von Volker Rittberger zurück, und zwar ohne dies näher zu begründen.

So verwundert es nicht, dass auch bei den abhängigen Variablen eine eindeutige Festlegung fehlt. Bis zuletzt bleibt unklar, was genau eigentlich erklärt werden soll, die russische Ukrainepolitik – wie es der Titel nahelegt – oder doch die internationalen Beziehungen im Dreieck Russland-Ukraine-Westen (S. 35). Eine Entscheidung für einen Aspekt und den dazu passenden theoretisch-konzeptionellen Rahmen hätte der Arbeit sowohl in Bezug auf die konzeptionelle Eindeutigkeit wie auch mit Blick auf die Nachvollziehbarkeit für den Leser gut getan.

Am Ende bleiben daher viele Fragen offen. Der Leser erhält zwar viele Informationen über die Entwicklung der russischen Ukrainepolitik in ihren unterschiedlichen Dimensionen. Über die Einflussfaktoren erfährt er aber ebenso wenig wie über die Erklärungskraft eines realistisch-konstruktivistischen Untersuchungsansatzes. *Tobias Meyer*

Anne Hultsch: Ein Russe in der Tschechoslowakei. Leben und Werk des Publizisten Valerij S. Vilinskij (1901–1955). Köln u.a.: Böhlau 2011 (Bausteine zur slavischen Philologie und Kulturgeschichte, Bd. 68). 432 S. 49,90 €

Wer war Valerij S. Vilinskij? So lautet die Ausgangsfrage der Studie von Anne Hultsch,

die auf ihrer 2008 an der Technischen Universität Dresden verteidigten Doktorarbeit beruht. Darin widmet sich Hultsch dem Leben und Werk einer nur einem kleinen Expertenkreis bekannten, ebenso schillernden wie widersprüchlichen Persönlichkeit der tschechoslowakisch-russischen Beziehungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Was macht Vilinskij so faszinierend, dass ihm eine umfangreiche Biographie gewidmet wird?

Vilinskijs Leben bietet eigentlich Stoff für einen Roman: Er wurde Anfang des Jahrhunderts in Odessa geboren und wuchs als Halbwaise bei seinem Vater, einem anerkannten Professor für russische Literatur auf. Wegen seiner adeligen Herkunft floh die Familie 1920 auf abenteuerliche Weise nach Bulgarien und gelangte schließlich 1923 in die Tschechoslowakei. Vilinskij setzte in Prag sein bereits in Odessa begonnenes Jurastudium fort, das er 1927 abschloss. Danach arbeitete er als freier Publizist, später als festangestellter Redakteur unter anderem der *Tschechoslowakischen Presseagentur* und der *Lidové noviny* (Volkszeitung).

1931 erhielt er die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, die ihm später nicht zuletzt den Weg in den öffentlichen Dienst der Tschechoslowakischen Republik ermöglichte, wo er auch während der nationalsozialistischen Okkupation beschäftigt war. Er entschied sich für eine aktive Kollaboration und arbeitete zeitweise als bezahlter Agent der Gestapo. Das Doppelleben führte er nach 1945 unter anderen Vorzeichen fort, als er Agent der tschechoslowakischen Staatssicherheit wurde. Er beteiligte sich aktiv an der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948. Danach begann sein Einfluss in Regierungskreisen zu schwinden. Er befand sich zusehends „außerhalb des Aktionszentrums“, so charakterisiert Hultsch das Ende von Vilinskijs Leben – 1955 beging er in Prag Selbstmord.

Anne Hultsch dokumentiert sein Leben kenntnisreich auf knapp 100 Seiten. Sie zeigt dabei zahlreiche Ungereimtheiten in seiner Biographie auf, verliert sich aber mitunter in Details, die die Lektüre eher langatmig machen. Im zweiten Teil analysiert Hultsch das beachtliche publizistische wie auch das eher unbedeutende literarische Schaffen Vilinskijs, das überwiegend in den späten 1920er und den 1930er Jahren entstand und das angesichts seiner humanitären und religiösen Grundhaltung in einem schwer nachzuvollziehenden Kontrast zu seinem späteren Engagement für die Gestapo und die Staatssicherheit stand.

Zunächst widmet sich Hultsch dem 1931 kurz vor der Einbürgerung erschienenen Buch *Rus se dívá na Č.S.R.* (Ein Russe betrachtet die ČSR), einem interessanten Porträt der Tschechoslowakei aus der Sicht eines russischen Migranten. Vilinskij zeichnet darin ein insgesamt positives, detailreiches Bild der jungen Republik, „der man nur Zeit geben müsse, sich zu festigen“ (S. 109), und betont die Gleichzeitigkeit von „Trennung“ und „Symbiose“ in der multinationalen Gesellschaft. Vilinskijs Hauptinteresse gilt den religiösen Verhältnissen im Land. Als „orthodoxer Philokatholik“ (S. 53) zeigt er offen Sympathien für die katholische Kirche, der er ein hohes integratives Potential in dem „höchst sonderbaren nichtkatholischen“ Land zuschreibt (S. 112). Bereits in diesem, an die tschechoslowakische Öffentlichkeit gerichteten Essay, so Hultsch, wird seine „religiöse“ und „tschechoslowaki(stisch)e“ Geisteshaltung deutlich (S. 152), die er in anderen Abhandlungen weiter vertieft.

Hultsch analysiert zudem die zahlreichen religiös-theologischen Schriften Vilinskijs, unter anderem das von ihm auf Slowakisch verfasste Buch *Unionizmus* (1932), in dem er die Geschichte der Spaltungen und Annäherungen der Konfessionen und die Kulturgeschichte der russischen Kirche skizziert. Aus seiner Sicht kam den „slawischen Völkern“ eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Errungenschaften des Unionismus zu. Wie Hultsch im Schlussteil ihrer Arbeit pointiert, war Vilinskijs Engagement für den Unionismus insofern untypisch, als dessen orthodoxe Anhänger meist zum Katholizismus konvertierten. Vilinskij hingegen blieb trotz Heirat mit einer tschechischen Katholikin der orthodoxen Kirche zugehörig.

1935 trat er in die eher als antiklerikal auftretende Agrarpartei ein. Maßgeblich waren hier seine Nähe zum mährisch-ländlichen Milieu und auch seine Überzeugung, in der Tschechoslowakei endlich Fuß gefasst zu haben, was er

nun durch sein politisches Engagement unterstrich. Dies schlug sich in seinem publizistischen Schaffen nieder, in dem er sich ab Mitte der 1930er Jahre zunehmend politischen Themen zuwandte.

Einen wichtigen Bestandteil bildeten vor allem seine Schriften zur Geschichte und Gegenwart der Sowjetunion, etwa die Bücher *V Rusku boj trvá* (1933) und *Ruská revolúcia* (1936). Vilinskij ging es in diesen Schriften im Unterschied zu anderen Autoren der russischen Emigration weniger darum, gegen die bolschewistische Diktatur anzuschreiben, die er zwar ablehnte und deren Politik er kritisch darstellte – bei ihm überwog eine patriotische, prorussische Haltung, wie Hultsch überzeugend herausarbeitet. Seine Schriften richteten sich daher primär an ein tschechoslowakisches bzw. europäisches Publikum, um Interesse für die Vergangenheit und Zukunft Russlands zu wecken.

Hultsch legt eine akribisch recherchierte Monographie zu Leben und Werk Vilinskijs vor. Schade ist, dass sie sich weitgehend auf das „Auffinden, Darstellen und Systematisieren des Materials“ (S. 359) konzentriert und sein Schaffen nur ansatzweise in einen größeren Zusammenhang einordnet. Hultsch verfügt über ein profundes Wissen zu Politik und Kultur der tschechoslowakischen Zwischen- und Nachkriegszeit ebenso wie zu den intellektuellen Milieus der russischen Migration. Leider fehlt eine methodisch-theoretische Reflexion des Genres Biographie völlig – dies hätte geholfen, die über weite Strecken künstliche Trennung zwischen Leben und Werk bzw. zwischen Rekonstruktion und Interpretation und damit auch die zitierte Selbstbeschränkung zu überwinden.

Ines Koeltzsch

Philipp Blom, Veronica Buckley, Hg.: Das russische Zarenreich. Eine fotografische Reise 1855–1918. Wien, München: Christian Brandstätter Verlag 2012. 248 S. 49,90 €

Man kann sie noch heute zu moderaten Preisen in Antiquariaten und auf Flohmärkten erstehen: farbige Postkarten aus dem „alten Russland“, auf denen Standardmotive wie der Moskauer Kreml, die Mole von Jalta oder die Richelieu-Treppe in Odessa abgelichtet sind.

Die nostalgische Aura solcher Stadtansichten verdankt sich weniger der Abwesenheit typischer Elemente der modernen Stadt als dem Umstand, dass auf ihnen das Weißblau des Himmels und das Flaschengrün von Baumwipfeln oder Rasenflächen auf eine heute, im Zeichen von Photoshop und Digitalkolorierung, vorsintflutlich wirkende Weise handgefärbt wurde.

Das Bedürfnis nach farbigen Lichtbildern ist so alt wie die Geschichte der Fotografie. Nach ersten Versuchen um die Mitte des 19. Jahrhunderts gelang Adolf Miethe zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer Wechselschlittenkamera der entscheidende Durchbruch. Zeitgleich experimentierte in Russland der Chemiker Sergej Michajlovič Prokudin-Gorskij (1863–1944) mit Farbdiapositiven. Nachdem er 1902 in Berlin bei Adolf Miethe dessen Dreifarbentechnik studiert hatte, entwickelte er in Petersburg ein eigenes Verfahren mit einem neuen Silberbrom-Sensibilisator zur Verbesserung der Farbwiedergabe.

Weder Miethes noch Prokudin-Gorskijs Aufnahmen waren jedoch für Abzüge tauglich. Zur Präsentation benötigten sie Diaprojektoren. Nachdem sich Nikolaj II. in einer Diaschau persönlich von den Künsten des Meisters überzeugt hatte, beauftragte er Prokudin-Gorskij 1909 mit einer Fotoexpedition durch sein Imperium. Farbfotografien versprachen dessen Größe und Vielfalt zeitgemäßer und suggestiver ins Bild zu bringen als der in die Jahre gekommene Zeichentypus der Landkarte, die seit Peter dem Großen bevorzugtes Medium der Veranschaulichung und massenhaften Verbreitung des russischen Reichsgedankens gewesen waren. Für seine Reisen stellte der Zar Prokudin-Gorskij einen Sonderzug mit Fotolabor und für die unwegsamen Regionen Sibiriens ein Spezialschiff zur Verfügung.

Die Ausbeute dieser Expedition sind einige hundert, z.T. sensationell gute Farbfotos, die den Grundstock des vorliegenden Bandes bilden. 1922 ging Prokudin-Gorskij ins französische Exil, wo er 1944 starb. Die von ihm hinterlassenen fast 2000 belichteten Platten wurden 1948 von der Library of Congress in

Washington erworben, wo sie lange im Archiv schlummerten, bis sie in den 1990er Jahren mithilfe eines speziellen Computerprogramms aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt und in reproduktionsfähige Bilder umgewandelt werden konnten.

Philipp Blom und Veronica Buckley präsentieren in ihrem Band einige Dutzend von Prokudin-Gorskijs Fotos, deren technische Qualität trotz gelegentlicher Blaustichigkeit und inkongruenter Farbaufträge beeindruckend ist. Neben Landschaften und Architekturdenkmälern zählen Bilder aus der Welt der Arbeit (Mäher, Holzfäller, Brückenbauer, Schienenbauer, Flößer, Treidler, Händler, Teepflückerinnen etc.) und Straßenszenen zu den bevorzugten Motiven. Schnappschüsse sind wegen der zwangsläufig hohen Belichtungsdauer von Prokudin-Gorskijs Kamera selten. Fast alle Personengruppen wurden für die Aufnahme sorgfältig arrangiert, oft um mittig postierte Sippenoberhäupter oder Würdenträger herum.

Trotz dieses künstlichen Arrangements ist der Informationswert der Bilder beträchtlich. Details der Kleidung, des Schmucks, speziell der bunten Trachten von Frauen und Männern der verschiedenen Regionen und Ethnien des Imperiums wären in Schwarzweiß nicht wahrnehmbar. Den ästhetischen Mehrwert des Farbfotos demonstrieren aber auch großartige, an Isaak Levitan erinnernde Landschaftsbilder wie das der Umgebung des Gorickij-Klosters bei Pereslavl'-Zalesskij oder Stadtansichten wie die Panorama-Aufnahme von Zlatoust im Ural. Einmal mehr zeigt sich hier, dass die Fotografie die Fortsetzung des malerischen Realismus mit anderen Mitteln bzw. umgekehrt der Realismus Fotografie und Kinematografie *avant la lettre* gewesen ist.

Dem Verlag war die Ausbeute von Prokudin-Gorskijs Fotoexpeditionen für einen repräsentativen Bildband über „Das russische Zarenreich" offenbar zu wenig. Deshalb wurde das Buch mit weiterem Bildmaterial angereichert, teils mit Werken namhafter Fotografen wie Carl Bulla, Murray Howe und Roger Fenton, teils mit Postkarten und anonymen Fotos, teils mit Aufnahmen von Hobbyfotografen wie denen des Dramatikers Leonid Andreev, der Hofdame Anna Vyrubova oder der kaiserlichen Familie. Auf diese Weise entsteht ein in sozialer wie in ethnisch-kultureller Hinsicht äußerst facettenreiches Bild vom Russland Nikolajs II., das geeignet ist, die Vorstellungswelt auch akademisch gebildeter Russlandexperten zu bereichern.

Die „fotografische Reise", zu der das Buch den Leser im Untertitel einlädt, beginnt in Petersburg, führt dann in großen Schleifen über den russischen Nordwesten und die westrussischen Reichsgebiete (Polen, Weißrussland, Ukraine), in den Südwesten (Schwarzes Meer und Kaukasus) nach Zentralasien, Sibirien, den fernen Osten und den Ural, um schließlich in Moskau zu enden. Die moderierenden Texte zwischen den einzelnen Kapiteln informieren knapp, aber prägnant und solide über Geschichte, Geographie, Wirtschaft und Kultur der jeweiligen Region.

Das Buch verheißt eine Zeitreise von „1855 bis 1918". Mit Ausnahme dreier Fotos von Roger Fenton aus dem Krimkrieg sowie dreier „Arme-Leute-Porträts" aus Moskau „um 1860" stammt jedoch das gesamte Bildmaterial aus den 1890er bis 1910er Jahren. Der im Titel angekündigte historische Rahmen erscheint also stark übertrieben.

Die einzelnen Bildgruppen sind pro Doppelseite mit Texten unterschiedlicher Provenienz unterlegt, teilweise mit literarischen Zitaten, teilweise mit Auszügen aus Memoiren, Tagebüchern oder Briefen. Als Entrée zum Buch dient Lermontovs Gedicht *Heimat* (Rodina), bedauerlicherweise in einer spröden deutschen Prosaübersetzung, zu der es poetisch ansprechendere Alternativen gegeben hätte, z.B. die Nachdichtung von Erich Weinert.

Problematischer als solche literarischen Stolpersteine sind Text-Bild-Zuordnungen, deren Sinn schleierhaft bleibt. So wird einem jungen bäuerlichen Ehepaar, das gutgelaunt und selbstbewusst in die Kamera blickt, das Čechov-Zitat unterlegt: „Wenn du wüsstest, wie verzweifelt russische Dörfer gute, intelligente, gebildete Lehrer brauchen." Ebenso unklar bleibt die Bild-Text-Relation bei einem Foto von Roger Fenton.

Der Aufnahme, die eine englische Krankenschwester bei der Versorgung eines Schwerverwundeten auf einem Schlachtfeld des Krimkrieges zeigt, werden Zitate aus Lermontovs Gedicht *Ein Traum* (Son) und aus Tolstojs

Roman *Die Kosaken* (Kazaki) zugeordnet, mithin zwei literarische „Militaria“ mit ganz anderer historischer Referenz. Ein Gruppenfoto von Goldschürfern an der Lena wird mit einem Satz aus Dostoevskijs *Aufzeichnungen aus einem Totenhaus* über das Elend der Zwangsarbeit kommentiert. Auch hier stimmt die Referenz nicht, denn die dargestellten Schürfer sind erkennbar freie Arbeiter, während die Insassen des „Totenhauses“ an Ketten geschmiedete Sklaven waren.

Man wäre den Herausgebern zudem dankbar gewesen, wenn sie den Leser etwas ausführlicher über die einzelnen Fotografen und die fotohistorische Einordnung ihres Schaffens unterrichtet hätten. Die diesbezüglichen Informationen der Einführung (S. 20f.) sind zu knapp.

Trotz solcher Monita ist das Fazit positiv. Die Herausgeber haben ein weniger lesens- als sehens- und staunenswertes Buch vorgelegt, in dem man mit Vergnügen blättert und auf nahezu jeder Seite eine Entdeckung machen kann. *Andreas Guski*

Wladislaw Hedeler, Hg.: Vom Schmieden neuer Menschen. Artikel der Lagerzeitung des Karlag „Putjowka“. Leipzig: Leipziger Literaturverlag 2011. 108 S. 19,95 €

Wladislaw Hedeler hat sich in den letzten Jahren durch mehrere Veröffentlichungen als Kenner des sowjetischen Lagersystems präsentiert. Nicht nur verdankt die Gulag-Forschung ihm und seinem Kollegen Meinhard Stark eine der rar gesäten umfassenden Einzeldarstellungen zum sogenannten Karagandinsker Besserungsarbeitslager – Karlag (Das Grab in der Steppe. Leben im Gulag: Die Geschichte eines sowjetischen Zwangslagers in Kasachstan 1939–1959. Paderborn 2008). Ebenfalls aus seiner Feder erschien 2008 eine Übertragung ausgewählter Archivdokumente zum Karlag ins Deutsche. Damit stellte er erstmals auch Lesern, die keine Russisch-Kenntnisse haben, einen direkten und repräsentativen Einblick in die Aktenlage zum Gulag zur Verfügung.

Diese verdienstvolle Arbeit hat Hedeler nun mit der Übersetzung einer bisher weitgehend unbekannten Quellengattung fortgeführt. *Vom Schmieden neuer Menschen* umfasst insgesamt 41 Artikel und zahlreiche Illustrationen der Jahrgänge 1933–1935 der Zeitung *Putevka*, die im Karlag für die Häftlinge ab 1932 bis 1937 erschien. Der Titel, abgeleitet von dem sowjetischen Film *Putevka v žizn'* (Der Weg ins Leben), stand für eines der vorgeblichen Ziele der Lager: „die Erziehung und Umerziehung der Häftlinge“ (S. 14). In den Lagern müssten, so die Zeitung, die „gesellschaftlich-schädlichen Elemente“ sowie „alle anderen Rechtsverletzer [. . .] alle Phasen der Erziehung und Umerziehung durch Arbeit durchlaufen, um sich vom Erbe des Alten zu reinigen und die erforderlichen Arbeitsgewohnheiten anzueignen, die Voraussetzung für die innere Umwandlung des ‚verrenkten‘, auf die schiefe Bahn geratenen Individuums und seine Wandlung in ein nützliches Mitglied der freien Arbeitsgesellschaft sind“ (S. 23).

In diesem Artikel von 1933 spiegelt sich deutlich die Anfang der 1930er Jahre durchaus verbreitete Vorstellung, Kriminelle durch erzwungene Arbeit und das Leben im Kollektiv disziplinieren und in die Gesellschaft reintegrieren zu können. Die Presseorgane, die anders als die „freie“ Presse von offizieller Seite unterstützt wurden (S. 6), sollten unter anderem diese Umerziehung oder Umschmiedung vorantreiben. Und tatsächlich, so lassen uns die ausgewählten Artikel glauben, fanden ehemalige Kriminelle durch den Aufenthalt in den Lagern in die sowjetische Gesellschaft zurück. Ihr aufrichtiger, ja „flammender Dank“ (S. 87) gilt der Lagerverwaltung, die u.a. durch ihre Teilhabe an der Umwandlung und ihre „Menschlichkeit“ den Weg ins Leben unterstützt habe.

Artikel wie diese sind der Grund dafür, dass die Gulag-Forschung die in allen größeren Lagern existierenden Zeitungen bisher ignoriert oder zu bloßen Propagandablättern herabgewertet hat. Die zwar kaum repräsentativ zu nennende Auswahl – Hedeler selbst räumt ein, dass nicht alle Facetten der Berichterstattung abgedeckt wurden und dass vor allem für die späteren Jahre ausreichend Ausgaben fehlen – zeigt jedoch sehr deutlich, dass die Presseorgane der Lager als ergänzende Quelle von der Gulag-Forschung herangezogen werden sollten. Denn neben der propagandistischen Aus-

breitung der sogenannten Besserungsarbeitspolitik spiegeln die ausgewählten Artikel die Sicht der Häftlinge und der Lageradministration auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen wider. Beide Seiten sparen dabei nicht an Kritik, etwa wenn Unterkünfte als dreckig bezeichnet, der Mangel medizinischer Versorgung, das Fehlen eines Kessels für die Essenszubereitung und der Amtsmissbrauch durch niedere Verwaltungskader beklagt werden.

Besonders eindrucksvoll kommen die Missstände bei der Versorgung in dem Artikel „Das Geheimnis der Köche aus Karaganda" von 1934 zum Ausdruck. Das Geheimnis bestand in einer „besseren Ausnutzung der in der Küche anfallenden Abfälle von Fisch (Schuppen, Innereien und Rogen), Kartoffelschalen und Zuckerrüben". Der Autor des Artikels hielt es für „angebracht, die [. . .] Empfehlungen [der Köche] durchzuarbeiten, zu präzisieren, mit den Medizinern abzustimmen und den Köchen aller Lagerpunkte zur Verfügung zu stellen" (S. 58).

Während in Artikeln wie diesen die Mangelversorgung in den Lagern deutlich anklingt, stellt sich die Frage, ob sich jedem Leser der „menschenverachtende Charakter und die Ineffizienz des Besserungsarbeitslagersystems" (S. 10) erschließt. Ein Leser, der wenig über den Gulag weiß, wird in der Bewertung der Artikel weitestgehend allein gelassen – und gerade auf diesen, nicht auf ein Fachpublikum, scheint das Buch ausgerichtet, wie die Wahl der Duden-Transkription nahelegt. Die kurzen Vorbemerkungen Hedelers liefern kaum Informationen über das Lagersystem. Vielmehr legt die Auswahl der Artikel, die in einer Reihe von Läuterungsberichten endet, unkommentiert eine in sich schlüssige Darbietung der „Umerziehungskonzeption" vor. Die beklagten Mängel im Lageralltag scheinen aufgrund der z.T. deutlich denunziatorischen Berichterstattung zudem eher Einzelpersonen der niederen Lagerverwaltung, nicht aber dem System anzulasten zu sein.

Den Leser irritiert zudem das Fehlen eines direkten Bezugs zwischen Text und der teilweise in den Text eingebauten Illustration, zumal er bibliographische Angaben sowie die Übersetzung der russischen Illustrationsunterschriften erst am Ende des Buches findet. Auch wären umfassendere Informationen etwa über Autorenschaft und Zielsetzung der *Putevka* und über das Pressewesen in den Lagern insgesamt wünschenswert gewesen.

Trotz dieser Mängel bleibt *Zum Schmieden neuer Menschen* in Ergänzung zu Hedelers anderen Werken ein wichtiger Beitrag für das Verständnis des sowjetischen Lagersystems.

Felicitas Fischer von Weikersthal

Grenzverkehr. I: Literarische Streifzüge zwischen Ost und West. II: Unterwegs. III: Aufbruch – wohin. Herausgegeben von KulturKontakt Austria. Klagenfurt: Drava 2006/2010/2012. 320 S., 351 S., 294 S., je 21,– €

Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus Ost- und Südosteuropa loten in der Reihe *Grenzverkehr* das asymmetrische Verhältnis zwischen Ost und West aus. In allen Formen von Kurzprosa, vereinzelt auch in Gedichten, machen sie sich Gedanken über politische und mentale Grenzen, über Grenzübertritte, über unverhoffte Begegnungen und über Erwartungen, die einem Realitäts-Check unterzogen werden. Unter den Autorinnen und Autoren finden sich einige bekannte, wie der Ukrainer Jurij Andruchowytsch oder der Bulgare Alek Popov; mit den meisten wird ein deutschsprachiges Publikum allerdings zum ersten Mal Bekanntschaft schließen.

Die Reihe ist aus einem Writer-in-Residence-Programm hervorgegangen, das von Kultur KontaktAustria 1996 ins Leben gerufen wurde. Der Verein wurde bereits 1989 gegründet, kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs; er wird vom österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur finanziert und hat die Aufgabe, den Kulturaustausch Österreichs mit Ost- und Südosteuropa zu fördern.

Die Schriftstellerinnen und Schriftsteller wurden gebeten, einen Text zu verfassen, der sich produktiv mit der Thematik der Reihe auseinandersetzt; über die Zeitspanne von 13 Jahren (1996–2009) sind solcherart 61 Texte zustande gekommen. In diesen Jahren hat sich in Europa vieles verändert, und der sogenannte Osten wurde mehrmals verschoben, was sich unter anderem an den Herkunftsländern der Auto-

rinnen und Autoren ablesen lässt: Im Band III kommen viele aus Südosteuropa, also aus Staaten, die sich bei Redaktionsschluss 2009 noch im Vorhof der EU befanden, während Vertreter solcher Länder, die in der Zwischenzeit in der Europäischen Union Fuß gefasst haben, kaum mehr anzutreffen sind. Vereinzelt finden sich Autoren aus Georgien, Belarus oder Russland.

Dem Sitz des Vereins in Wien ist es wohl zuzuschreiben, dass viele Texte auf die eine oder andere Art mit dieser Stadt verbunden sind – ein Österreich außerhalb der Hauptstadt scheint allerdings weder bei den Veranstaltern noch bei den Autorinnen und Autoren zu existieren. Sehr wohl geht es aber in vielen Texten um eine Auseinandersetzung mit dem größeren Gebilde eines Europa, das für die Neuankömmlinge unerwartete Inklusionen und Exklusionen bereit hält.

Beim Tonfall der Texte wird eine stattliche Variationsbreite geboten: Einige schlagen einen humorvoll-distanzierten Ton an, in anderen klingt eine fundamentale Kränkung durch, und wieder anderen merkt man an, dass sie pflichtschuldigst verfasst wurden. Manche Autorinnen und Autoren machen sich Gedanken über gesellschaftspolitische Entwicklungen, über die Veränderungsprozesse in den eigenen Ländern oder den Stellenwert von Literatur, andere wiederum konzentrieren sich auf ein genau beobachtetes Detail oder eine Situation, um Wesentliches auf den Punkt zu bringen.

Aus literaturwissenschaftlicher Sicht ist es interessant zu beobachten, dass dokumentarisch-essayistische Formen gegenüber fiktionalen eindeutig überwiegen. Wenn ein Ich-Erzähler eingeführt wird, dann ist er meist recht nahe am Ich des Autors. Bei aller Heterogenität bieten die Texte in ihrer Gesamtheit aber auf sprachlich hohem Niveau einen konzisen Einblick in einen Abschnitt der jüngsten europäischen Geschichte, der sonst noch wenig aufgearbeitet ist.

Für alle Liebhaber zweisprachiger Lektüre birgt die Serie noch ein weiteres Asset: In der zweiten Hälfte des jeweiligen Bandes sind die Texte in ihrer Originalsprache und -schrift abgedruckt. Die Übersetzerinnen und Übersetzer sind alle für die jeweilige Sprache bestens ausgewiesen und haben die Beiträge in ein lebendiges, ansprechendes Deutsch übertragen. Ihre Biographien, die wie die der Autorinnen und Autoren am Schluss des jeweiligen Bandes angeführt sind, zeigen, dass viele von ihnen eine Verkörperung von ost-westlichen bzw. mitteleuropäischen Mischungsverhältnissen sind. Dabei können genealogische Verbindungen eine Rolle spielen, was zum Beispiel Clemens Prinz humorig auf den Punkt bringt: „geb. 1973 in Freistadt, Oberösterreich, als fünftjüngster Spross einer ukrainisch-tschechisch-österreichischen Fleischhauer- und Tagelöhnerdynastie. [. . .] Lebt als Übersetzer in Budapest und ist als Lehrbeauftragter tätig.“ (Bd. II, S. 350)

Alles in allem zeugen die Texte von einem beachtlichen kreativen Potential, das zu einer Erweiterung der literarischen Landkarte beitragen sollte.

Christine Engel

A.N. Burmejster: Duchovnost’ i prosveščenie u istokov russkogo samosoznanija. Tjumen’: TjumGASU 2010. 644 S.

Das vorliegende Buch von Alexandre Bourmeyster basiert auf der 2001 in Grenoble erschienenen Studie *L’Idée russe entre lumières et spiritualité sous le règne de Nicolas Ier* und war zunächst als deren russische Übersetzung gedacht. Den zeitlichen Rahmen seiner Untersuchungen zur russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts hat Bourmeyster dann aber für die russische Fassung vom Ende der Ära Nikolajs I. bis 1870, dem Todesjahr von Aleksandr Gercen (Herzen) erweitert.

Der Ansatz bleibt unverändert; die Basis seiner Darstellung bilden fast ausschließlich Primärquellen: Archivmaterialien, die er zu einem großen Teil bereits während eines Forschungsaufenthalts 1981 zusammengetragen hat, Korrespondenz, persönliche Aufzeichnungen, Manuskripte und Entwürfe, zeitgenössische Veröffentlichungen in Periodika sowie philosophische und politische Texte.

Auf eine Auseinandersetzung mit vorhandener Forschungsliteratur zu dem Thema verzichtet er zugunsten einer Rekonstruktion des intellektuellen Diskurses sowie der intellektuellen

Entwicklung einzelner Persönlichkeiten. Als Keimzelle der philosophischen und politischen Debatten, die das spätere 19. Jahrhundert prägten, nimmt Bourmeyster den Hegelianer-Kreis um Nikolaj Stankevič (K. Aksakov, Belinskij, Katkov, Bakunin, Botkin, Granovskij u.a.) sowie mit diesem verbundene Personen wie Gercen und Ogarev in den Blick. Mehr als ein Drittel des Buches beschäftigt sich mit den 1830er Jahren – den philosophischen Studentenzirkeln der Moskauer Universität (Kapitel zwei), der Studienzeit Stankevičs und Granovskijs in Berlin (Kapitel drei), Wandel und Ausdifferenzierung der Hegel-Rezeption am Ende des Jahrzehnts unter dem Eindruck äußerer Ereignisse und der Veränderung persönlicher Verhältnisse (Kapitel vier). Hier wie in fast allen Teilen des Buches trennt Bourmeyster nicht zwischen Person und Idee, er verfolgt nicht nur die intellektuelle Entwicklung einzelner Denker, sondern verdeutlicht ihre Lebensumstände, Begegnungen und Beziehungen, berichtet über Reisen, Lektüren, literarische und publizistische Projekte, den Kampf mit der Zensur und staatliche Repressionsmaßnahmen.

In der zweiten Hälfte des Buches bildet die Bauernfrage eines der Leitthemen. So zeichnet der Autor in Kapitel sieben das Wirken des Grafen Kiselev nach, der schon 1816 dem Zaren Aleksandr I. Maßnahmen zur Bauernbefreiung empfahl und als Minister unter Nikolaj I. einige Reformen realisieren konnte. Bourmeyster sieht in ihm ein Beispiel eines Staatsmannes im Dienste der „aufgeklärten Revolution von oben“ (S. 450), wobei der Schwerpunkt der Darstellung auf den gesetzgeberischen Maßnahmen und deren Wirkung liegt. Im achten Kapitel geht es um die ideologische Radikalisierung und Zersplitterung der intellektuellen Szene in der Zeit der Reformen (1856–1864), deren wichtigste – die Bauerbefreiung von 1861 – auch eines der zentralen Themen des Briefwechsels zwischen Turgenev und Gercen in den 1860er Jahren bildet (Kapitel neun). In diesem Kapitel beschäftigt sich Bourmeyster darüber hinaus mit den Diskussionen um Turgenevs Roman *Väter und Söhne* und den Begriff des Nihilismus.

Insgesamt hat das Buch eine durchgängige erzählerische Linie. Sie zielt zum einen darauf ab, die Vorgeschichte der sozialistischen Diktatur des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen, den „Sieg der Maximalisten“ (S. 593), die meinten, die Phase „politischer Freiheit und des konstitutionellen Staates“ (S. 592) überspringen zu können. Zum anderen hat der narrative Ansatz seinen Eigenwert, indem er ein äußerst lebendiges Bild von rund einem halben Jahrhundert russischen Geisteslebens entstehen lässt. *Frank Göbler*

Michael Kemper, Stephan Conerman, Eds.: The Heritage of Soviet Oriental Studies. London, New York: Routledge 2011 (Routledge Contemporary Russia and Eastern Europe Series). 336 S. 95.– £ (hardback), 27.99 £ (paperback)

Orientalistik und Orientforschung spielten in der Sowjetunion eine besondere Rolle, die weit über ihre Funktion und Aufgabenstellung als Fachdisziplin hinausging. Sie waren enger als andere Wissenschaften an die politischen Konjunkturen gebunden, wurden im Kontext des Ost-West-Konfliktes instrumentalisiert und für ideologische Auseinandersetzungen genutzt. Schon deshalb ist die Frage nach dem Ausmaß der Einflussnahme auf die Orientforschung durch die Sowjetideologie angebracht.

Darüber hinaus unternehmen die Herausgeber des vorliegenden Buches, der Amsterdamer Historiker Michael Kemper und der Bonner Islamwissenschaftler Stephan Conerman, den Versuch, die sowjetische Beschäftigung mit dem Orient in die allgemeine Debatte über Edward Saids Orientalismus-Vorwurf einzubinden. Sie wollen prüfen, ob die sowjetische Orientalistik wie etwa die britische und französische Orientforschung einen „Diskurs mit unterstützenden Institutionen“ darstellte, „zur Beherrschung, Neuordnung und als Kontrollinstanz über den Orient“ (S. XIII), die Herausgeber haben daran wenig Zweifel. Sie beleuchten die Spezifika der Orientforschung in der Sowjetunion: die repressiven und zerstörerischen Strukturen des Sowjetregimes sowie vor allem auch die Tatsache, dass nicht wenige der Orientalisten selber Orientalen und Muslime waren und die sowjetische Orientalistik gemäß ihrem Selbstverständnis von Anbeginn an das

Ziel der „Befreiung des Ostens“ verfolgte. Der breite heuristische Ansatz macht dann auch den besonderen Reiz des Buches aus, dessen Beiträge sich keineswegs nur auf die Folgen der sowjetischen Tradition in den Nachfolgestaaten der UdSSR beschränken.

Untergliedert ist der Sammelband in zwei Teile. Der erste ist „Metropolitan Oriental Studies“ betitelt und umfasst zehn Beiträge mit ganz unterschiedlichen Themen und Fragestellungen. Ihren Subtext bildet die Abhängigkeit der Wissenschaftsdisziplinen von historisch-politischen Strukturen, von der Staatsmacht und institutionellen und ideologischen Interessen, denen die Wissenschaftler unterlagen. David Schimmelpenninck van der Oye, dem wir sehr luzide Arbeiten zum literarisch-künstlerischen russischen Orientalismus der Zarenzeit verdanken, behandelt die imperialen Wurzeln der sowjetischen Orientalistik in einer sehr lückenhaften und reduktionistischen Art und Weise. Michail Rodionov und Aleksej Asvaturov untersuchen die repressiven Bedingungen und teils absurden ideologischen Vorgaben, die die Entwicklung der sowjetischen Orientalistik nach 1917 bestimmten.

Weitere Untersuchungen gehen der wechselnden Rolle der Orientalistik und der Orientalisten in den Atheisten-Kampagnen gegen den Islam nach (Vladimir Bobrovnikov) und beschreiben den grundlegenden Beitrag der Sowjetforschung bei der Entwicklung der Kurdologie und ihrer Formierung als eine von der Iranistik unabhängige Forschungsdisziplin (Michiel Leezenberg). Dem folgt eine biographische Skizze Evgenij M. Primakovs, des ehemaligen Ministerpräsidenten der Russländischen Föderation, der weder als Arabist noch als KGB-Mann oder Politiker eine exzeptionelle Erscheinung war, wie Michail Roščin in seinen Ausführungen zu erkennen gibt.

Der Islamkunde in der UdSSR sowie der politischen Bedeutung und Funktion des Islam aus sowjetischer Sicht sind Untersuchungen von Stanislav M. Prozorov bzw. Hanna E. Jansen und Michael Kemper gewidmet. Letztere arbeiten dabei sehr überzeugend heraus, wie schwer sich sowjetische Analytiker damit taten, die wechselnden politischen Erscheinungsformen des Islam mit den Kategorien des Marxismus zu erfassen und zu bewerten. In einer sehr überzeugenden Analyse der sowjetischen Afghanistan-Forschung und Afghanistanpolitik kommt Anna R. Paterson zu dem gut begründeten Schluss, dass das gegenwärtige westliche Engagement in Afghanistan erfolgversprechender wäre, wenn sich Wissenschaftler, Experten und Berater intensiver mit den Lektionen der sowjetischen Invasion beschäftigt hätten.

Der zweite Teil versammelt sieben Beiträge zu Geschichte und Historiographie der Orientalistik in den Sowjetrepubliken und ihren Nachfolgestaaten. Aus der Feder des vor kurzem verstorbenen Mirkasym A. Usmanov stammt eine materialreiche Abhandlung zur Entwicklung der Orientforschung in Kazan’, in der er auf die Anfänge in der Zarenzeit eingeht und die Aufbrüche sowie vor allem die zahlreichen Rückschläge bei der Erforschung zentraler Aspekte der tatarischen Geschichte skizziert, die durch massive ideologische Restriktionen bedingt waren. Daher suchte man die Kooperation mit ausländischen Forschungseinrichtungen, als sich mit der Perestrojka und dem Ende der Sowjetherrschaft neue vielversprechende Perspektiven eröffneten.

Wie schwer es die Arabistik und die Islamstudien in Dagestan hatten, veranschaulicht der Beitrag von Amri R. Shikhsaidov. Deutlich wird aber auch, wie erfolgreich die Orientalistik in der postsowjetischen Zeit reorganisiert und neu ausgerichtet wurde und welche Forschungsleistungen dadurch ermöglicht wurden. Ganz anders dagegen ist die Situation in Tadschikistan, das sozusagen als ein sowjetisches Konstrukt sowjetische Wissenschaftsparadigmen in der Tradition Bobodzan Gafurovs bis in die Gegenwart hinein bewahrt hat. Sie scheinen sich zudem mit dem inzwischen verordneten tadschikischen Historizismus zu vertragen, der aus Arianismus, Zoroastrismus und anderen Versatzstücken der regionalen Geschichte eine neue eklektizistische tadschikische Identität liefern soll, wie Lisa Yountchi in ihrer Untersuchung zeigt.

Den unterschiedlichen Neuansätzen zu Konzeption, Methodik und Forschungsaspekten der Geschichte von Kasachen und Kirgisen sind Abhandlungen von Zifa-Alua Auezova und Till Mostowlansky gewidmet, wobei sich Auezova auf die 1920er und 1930er Jahre

beschränkt, Mostowlansky zudem auch institutionelle und politisch bedingte Entwicklungen der vergangenen Jahre untersucht. Schließlich enthält der Band eine umfangreiche Analyse von Devin DeWeese über die Rezeption von Hodscha Ahmad Yasavi und seiner mystischen Sufi-Poesie *Divan-i hikmat* in der sowjetischen Forschung. Antireligiöse Vorbehalte standen dabei der historisch-geistesgeschichtlichen Bedeutung gegenüber, die Yasavis Poesie als einem frühen Zeugnis turksprachiger Literatur ohne Zweifel zukommt. Abgeschlossen wird der Textteil mit einer Skizze zur sich wandelnden Rolle der Azeri-Intelligencija im Prozess der Reislamisierung Aserbaidschans seit der Unabhängigkeit.

Der Sammelband füllt eine bis dato bestehende Lücke in der Literatur zur Orientforschung der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Zwar sind nicht alle Beiträge von gleicher Qualität, aber informativ sind sie dennoch. Die wichtigste Erkenntnis, die man aus der Lektüre gewinnt, ist nicht zuletzt die, dass ungeachtet der vielfältigen Restriktionen und Abbrüche der Sowjetzeit in der Regel genügend wissenschaftliche Kompetenz und Infrastruktur erhalten geblieben sind, die einen Neubeginn ermöglicht haben – selbst wenn in der einen oder anderen Region das sowjetische Erbe auch in seinen fragwürdigen Erscheinungsformen weiter virulent bleibt. Die Publikation kann man nur begrüßen.

Rudolf A. Mark

Arman Kirakossian, Hg.: Armenija i sovetsko-tureckie otnošenija v diplomatičeskich dokumentach 1945–1946 gg. Nacional'nyj Archiv Armenii. Erevan: Verlag Tigran Mets 2010. 330 S., 9 Karten

Wollte die Sowjetunion die Türkei unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs angreifen? Diese Frage blieb lange Zeit unbeantwortet. Der armenische Historiker und Diplomat Arman Kirakossian entdeckte neue historische Dokumente, die belegen, dass die Sowjetunion unter Führung von Iosif Stalin tatsächlich einen Angriff vorbereitet hatte. Der Diktator begründete sein Vorhaben damit, dass die armenischen Siedlungsgebiete in Ostanatolien zur Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit Teil der Armenischen SSR werden sollten. Bereits im April 1945 hatte Stalin befohlen, dieses Ziel seiner Türkeipolitik entsprechend propagandistisch und diplomatisch vorzubereiten, um möglichst schnell nach dem Sieg über Hitler-Deutschland und der Einverleibung Osteuropas neue Territorien in Kleinasien zu erobern. Wie der Leiter des sowjetischen Außenamtes, Vjačeslav Molotov, andeutete, „gefiel" Stalin die sowjetische Südgrenze am Transkaukasus nicht. Deshalb ließ der Kremlherr seine Verbündeten wissen, er überlege noch, ob er die sowjetischen Truppen überhaupt aus dem Iran abziehen solle. Zugleich forderte er die Türkei auf, sich mit der sowjetischen Kontrolle über den Bosporus und die Dardanellen einverstanden zu erklären. Als gebürtiger Georgier kannte er die Geschichte der territorialen Verschiebungen im Südkaukasus nur zu gut, schließlich hatte er als Volkskommissar für Nationalitätenfragen eine wichtige Rolle dabei gespielt. Jetzt nutzte er den Gang der Geschichte, um sich die internationale Zustimmung für seine Politik zu sichern.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die Türkei die unabhängige Republik Armenien (1918–1920) angegriffen und dabei die armenischen Provinzen Kars und Ardahan erobert. Angesichts der militärischen Erfolge der Türkei sah sich Armenien im Oktober 1921 gezwungen, den „Friedensvertrag" von Kars zu unterschreiben und dabei auf große Gebiete zu verzichten. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die „Siegernation" Sowjetunion die Gunst der Stunde, um die unrechtmäßig okkupierten Gebiete für die „georgischen und armenischen Völker" zurückzufordern.

Davon träumt jeder Historiker: Einmal *die* Mappe mit Archivmaterialien auf den Tisch zu bekommen, die vorher noch kein Wissenschaftler lesen durfte und die zu einer Neuinterpretation der historischen Ereignisse führt oder sie bestätigt. Eine solche Mappe des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der Armenischen SSR (Narodnyj Komissariat Inostrannych Del Armjanskoj SSR, Delo Nr. 410 s[pecial'noe] n[aznačenie]) aus dem Jahr 1946 fand der armenische Historiker Arman Kirakossian im

Privatarchiv seines verstorbenen Vaters: Džon Kirakossian war von 1975 bis 1985 Außenminister der Armenischen SSR gewesen; er galt als renommierter Experte für die Geschichte der Armenischen Frage und des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich (1915).

Wie sich herausstellte, hatten alle Außenminister der Armenischen SSR von 1945 bis 1985 ein gemeinsames Geheimnis streng gehütet: Sie hatten die besagte 473 Seiten umfassende Mappe nicht archiviert, obwohl sie dazu dienstlich verpflichtet gewesen wären. Stattdessen hatten sie die Dokumente immer ihrem Nachfolger übergeben. Die Minister waren bestens vertraut mit dem sowjetischen System, das regelmäßig die Vernichtung historischer Dokumente in den Archiven der Unionsrepubliken vorsah. Diese wichtige Akte wollten sie jedoch retten.

Der erste Minister, der sich diese gefährliche Art der Aktenübergabe ausgedacht hatte, war unter Stalin in Amt und Würden gekommen. Sahak Karapetjan riskierte damit nicht weniger als sein Leben, schließlich konnten Personen mit dem Tod bestraft werden, die nationalistischer Umtriebe verdächtigt wurden. Selbst in der relativ „milden“ Phase unter Brežnev mussten sie zumindest mit langjährigen Haftstrafen wegen Dienstverrats und anti-sowjetischer nationalistischer Agitation rechnen.

Den armenischen sowjetischen Außenministern – allesamt Vertreter der Nomenklatura, jeder einzelne war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Armeniens – war bewusst, welch brisantes Material der Zeitgeschichte sie in Händen hielten. Immerhin war es der einzige schriftliche Beweis dafür, dass Stalin in den 1940er Jahren die Armenische Frage gegenüber der Türkei instrumentalisieren wollte. Allein diese Mappe belegt, dass die Sowjetunion die Türkei in den Jahren 1945 und 1946 tatsächlich anzugreifen plante und dass es sich nicht um eine Legende handelte, wie sowjetische Historiker lange Jahre behaupteten. Damit bestätigen die Archivdokumente die Aussagen der zuvor veröffentlichten türkischen und amerikanischen Akten über Stalins Pläne. Solange das Russische Außenpolitische Archiv nicht frei zugänglich ist, bleiben die armenischen Dokumente der einzige Beweis für den gescheiterten Versuch der Sowjetisierung der Türkei.

Welche Dokumente enthält die Mappe im Einzelnen? In einem streng geheimen Brief vom 17. April 1945 hatte der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Sergej Kavtaradze, den armenischen Volkskommissar aufgefordert, ein Dossier anzufertigen. Darin sollte es um die Darstellung der ethnologischen, historischen und politischen Geschichte der Armenischen Frage gehen, außerdem um die Rückkehr der Flüchtlinge in die armenischen Gebiete, die an die Türkei abgetreten worden waren; die Vertreter der armenischen Diaspora hätten Stalin gebeten, ihnen „zu helfen, in die Heimat zurückzukehren“. In seinem Briefverkehr mit Moskau wies das armenische Außenamt ausdrücklich auf den zweifelhaften russisch-türkischen Vertrag vom März 1921 hin, in dem Sowjetrussland die armenischen Territorien der Türkei zugesprochen hatte.

Neben Briefen enthält die Archivmappe auch Dokumente, die das ganze Ausmaß der weltweiten Propaganda-Kampagne für die Rückkehr der armenischen Flüchtlinge zeigen: Sie betreffen vor allem die Armenier, die vor dem Völkermord 1915 hatten fliehen können, und Forderungen nach Rückgabe der armenischen Gebiete. Die Repatriierung der Armenier wurde von den sowjetischen Botschaften organisiert – die Aktion sollte international ihr Recht auf die armenischen Territorien beweisen. Dabei präsentierte sich die Sowjetunion als Verteidigerin der historischen Gerechtigkeit, indem sie sich der Armenischen Frage bediente, um die Türkei angreifen zu können.

Herausgeber Arman Kirakossian ergänzte den Sammelband um Archivmaterialien und Dokumente aus den USA und Großbritannien, die sich mit der sowjetischen Politik gegenüber der Türkei direkt nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen. Die Folgen dieser Politik sind bekannt: Die USA stoppten die globalen Ambitionen der UdSSR nicht nur mit ihrer Machtdemonstration in Hiroshima und Nagasaki im August 1945, sondern sie

unterstützten die Türkei gegen die drohende „Sowjetisierung“ mit massiven Waffenlieferungen. Um künftigen militärischen Drohgebärden der Sowjetunion gegen die Südflanke der NATO die Spitze zu nehmen, durfte die Türkei 1952 NATO-Mitglied werden. Nach Stalins Tod verzichteten Armenien und Georgien im Juli 1953 in einer Note an die Türkei auf jegliche territoriale Forderungen. Damit hatte sich die Armenische Frage erledigt.

Aschot Manutscharjan

Stephen F. Jones, Ed.: War and Revolution in the Caucasus – Georgia Ablaze. London, New York: Routledge 2010. 158 S. 114,99 €

Der Titel des Sammelbands *War and Revolution in the Caucasus* steckt den Bogen viel weiter, als es die Inhalte rechtfertigen. Tatsächlich geht es in dem Buch nur um *einen* Krieg und *ein* Land, und zwar um Georgien und den Krieg gegen die Russländische Föderation im August 2008 – wie zumindest der Untertitel des Buches *Georgia Ablaze* (Georgien in Flammen) andeutet. Das Thema der Revolutionen beschränkt sich auf die georgische Rosenrevolution als historischen Kontext des Krieges.

Bei der Aufarbeitung des „Augustkrieges“ legt der Herausgeber Stephen Jones, intimer Kenner des Landes und seiner jüngeren Geschichte, besonderen Wert auf den „lokalen Kontext des Krieges“ (S. 2). Dies geschieht in bewusster Abgrenzung zu dem vorherrschenden Ansatz, der die globalen geopolitischen Faktoren in den Vordergrund stellt. In der Tat fokussieren die meisten Konfliktanalysen auf makropolitische Faktoren wie den Kampf um politischen Einfluss im Kaukasus zwischen der Russländischen Föderation und dem Westen sowie den Wettlauf um energetische Ressourcen. Hier schließt die Studie eine Lücke und ermöglicht einen dringend notwendigen Perspektivenwechsel.

Der Sammelband ist in fünf Unterthemen aufgeteilt. Im ersten Abschnitt geht es um das sowjetische Erbe. Laurence Broers beschreibt auf überzeugende Art und Weise, dass die sowjetische Kolonialisierung Georgiens auf unterschiedlichen Prämissen beruhte und wie unterschiedlich sie erlebt wurde. Während georgische Eliten Russland als Kolonisatoren empfanden, stellte das Land für viele Abchasen und Süd-Osseten das Tor zur Moderne dar. Die georgische Hauptstadt hingegen galt als das Zentrum kolonialer Bestrebungen.

Jonathan Wheatley untersucht in seinem Beitrag die georgische Minderheitenpolitik von der Unabhängigkeit bis in die Gegenwart, kann das aber aufgrund der beschränkten Seitenzahl nur recht oberflächlich tun.

Der folgende Abschnitt ist dem „revolutionären Staat“ gewidmet, also dem Georgien der Rosenrevolution. Julie A. George nimmt sich ebenfalls der Minderheitenpolitik an. Trotz glaubhafter Bemühungen der Rosenrevolutionäre zur besseren Integration von Minderheiten in den georgischen Staat ist deren politische Teilhabe in den letzten Jahren der Saakaschwili-Regierung eher geschwunden, so die Autorin. Ein Grund seien Maßnahmen im Zuge der Staatskonsolidierung, die eine Entmachtung lokaler politischer Gremien nach sich zögen.

Vicken Cheterian präsentiert eine überzeugende Analyse des „Augustkrieges“ und zeigt auf, dass dieser nicht als ethnischer Konflikt zu verstehen ist, sondern als staatlicher Konflikt um Souveränität und die Kontrolle von Territorien. Der georgische Staat sei mittlerweile stark genug, eine militärische Niederlage zu überstehen, ohne zu kollabieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich dieser Kollaps vielleicht doch noch einstellt, wenn auch mit deutlicher zeitlicher Verzögerung.

Der dritte Teil gilt „einer polarisierten Demokratie“ und damit dem postrevolutionären Georgien zwischen Staatsaufbau und Demokratisierung. Wie die meisten Autoren in diesem Sammelband kommt auch Lincoln Mitchell zu dem Ergebnis, dass die Priorisierung des „starken Staates“ auf Kosten demokratischer Strukturen geht. Das ist sicher richtig; allerdings hat derselbe Autor an anderer Stelle auch schon dem „starken Georgien“ das Wort geredet (Lincoln Michtell: Interpreting November 2007, in: Harvard International Review, 6.2.2008).

Nana Sumbadze zeigt anhand statistischer Daten sehr anschaulich, dass die georgische Bevölkerung die Politik von Präsident Saakaschwili und seiner Regierung durchaus differenziert bewertet. Auf der einen Seite honoriere man Erfolge in der Korruptionsbekämpfung und bringe der reformierten Polizei deutlich mehr Vertrauen entgegen als früher, auf der anderen Seite halte man zentrale staatliche Institutionen wie Gerichte oder das Parlament für unfähig.

Im vierten Teil geht es um Wirtschaft und Korruption. Vladimer Papava bedauert, dass es für Gewerbetreibende im gegenwärtigen Georgien keine Rechtssicherheit gibt. Alexandre Kukhianidze stellt fest, dass die sichtbare Korruption in Georgien seit der Rosenrevolution zwar deutlich abgenommen hat, dass aber immer wieder ranghohe Regierungsmitarbeiter beschuldigt werden, neue korrupte Netzwerke aufzubauen. Wäre es nicht schön, wenn Korruptionsexperten hier mehr liefern könnten als Gerüchte?

Im letzten Teil des Buches, einer „alternativen Perspektive", blickt Paula Garb auf die abchasische Wahrnehmung des „Augustkrieges" und der Situation in Süd-Ossetien. Die Abchasen hätten wie die Süd-Osseten Angst vor einer gewaltsamen Vereinnahmung durch Georgien, so die Autorin, und diese Ängste müssten ernst genommen werden.

Die Beiträge des Sammelbandes sind durchgehend auf hohem Niveau und alle lesenswert. Allerdings hätte der Herausgeber für etwas mehr Geschlossenheit sorgen müssen. Fast jeder Beitrag enthält eine Rekapitulation der politischen Entwicklung Georgiens von der Unabhängigkeit bis zur Rosenrevolution. Das ist ermüdend und hindert die Autoren daran, ihre jeweiligen Ansätze tiefer zu verfolgen. Überhaupt fehlt es manchmal an herausgeberischer Sorgfalt. So listet das Autorenverzeichnis allein fünf Autoren und Autorinnen auf, die in dem Sammelband gar nicht vertreten sind. Angesichts des überzeugenden Ansatzes und der Qualität der versammelten Beiträge fällt das aber nicht weiter ins Gewicht. Wer den „Augustkrieg" und seinen Kontext wirklich verstehen will, kommt an diesem Buch nicht vorbei.

Florian Mühlfried

Zuzanna Bogumił: Pamięć GUŁagu. Kraków: Universitas 2012. 401 S.

„Die Geschichte des Gulag wurde aus dem Vergessen hervorgeholt und trat in all ihrer Unverständlichkeit ans Tageslicht." (S. 317) Die Warschauer Soziologin Zuzanna Bogumił stellt in ihrer beeindruckend recherchierten und verständlich geschriebenen Arbeit die Frage, wie sich seit dem Ende der 1980er Jahre die Erzählung der Geschichte des Gulag in Russland entfaltet hat und worin die Spezifik des Umgangs mit dieser Geschichte bis heute besteht. Von wesentlicher Bedeutung ist für sie der Zeitraum der „demokratischen Revolution in den achtziger Jahren" (S. 326), den sie in Anlehnung an die Formel von Padraic Kenney als „Gulag-Karneval" (S. 26) bezeichnet. Mit dieser Formulierung hebt Bogumił vor allem auf Kenneys Beschreibung vom vielfältigen und bunten Aufkommen sozialer Bewegungen und Organisationen jenseits der Staatsparteien in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR ab, in dessen Folge das Verhältnis von Staat und Gesellschaft neu verhandelt wurde. (Padraic Kenney: Carnival of Revolution. Central Europe 1989. Princeton 2002). Bogumił zufolge gibt es ein ebenso buntes „Feld für die Gestaltung von Umgangsformen" (S. 27) mit dem Gulag.

Die Arbeit verbindet verschiedene methodische Zugänge aus Kulturwissenschaft, Soziologie und Geschichtswissenschaft. Bogumił sprach für ihre Recherchen mit Besuchern von Denkmälern und Friedhöfen, Künstlern und NGO-Vertretern, Ausstellern, einzelnen Initiatoren und Vertretern der lokalen Administration. Sie sammelte Beiträge etlicher regionaler Zeitungen und Dissidenzschriften. Es gelingt ihr auf imposante Weise, dieses Potpourri an Quellen mit Hilfe von Ansätzen der westlichen, der polnischen und der russischen Forschung zu Erinnerung und historischer Repräsentation zu strukturieren. Hervorzuheben sind vor allem die intensiv diskutierten Ansätze der Gegenerinnerung von Michel Foucault und das Konzept der Semiosphäre des russischen Literaturwissenschaftlers Jurij M. Lotman – beide Forscher fragen nach den Folgen von gesellschaftlichem Wandel für die Deutung historischer Ereignisse. Mithilfe eines umfang-

reichen Begriffsinstrumentariums – Erinnerungsort, Ritual, Akteur, Entwurf und Netzwerke der Erinnerung – entwirft Bogumił ein Panorama der Gulag-Repräsentationen auf Friedhöfen, an Denkmälern, Kapellen und macht deren Nutzung und vielfältige Bedeutungszuschreibung durch die lokale Bevölkerung und Besucher sichtbar.

Das Werk widmet sich den wichtigsten und bekanntesten Erinnerungs- und Gedenkprojekten Russlands auf den Solovecki-Inseln sowie den unterschiedlichen Ausdrucksformen der Gulag-Geschichte in den landeskundlichen Museen, auf Friedhöfen und in den Städten der Republik Komi. Zwei weitere Kapitel setzen sich kritisch mit den lokalen Erinnerungsinitiativen und -praktiken in der Permer Region und der Region um den Fluss Kolyma auseinander. Neben der Menschenrechtsorganisation *Memorial* und der Russisch-Orthodoxen Kirche sind es vor allem Einzelpersonen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion dafür sorgten, dass der Gulag nicht in Vergessenheit geriet.

Für die Republik Komi und die Permer Region weist Bogumił eine funktionierende Kooperation von zivilgesellschaftlichen und lokal-administrativen Akteuren nach. Insbesondere in Magadan und der Komi-Region wurde zudem der Versuch unternommen, die Geschichte des Gulag als Zivilisationsgeschichte der Region positiv aufzuladen – so kommt es, dass dort sowohl ein Denkmal für Eduard Berzin, von 1931–1937 Direktor von Dalstroj und Gründer von Magadan, wie auch ein Denkmal des Steinhauers Ernst Neizvestnyj, die „Maske des Schmerzes", zu besichtigen sind. Bogumił zufolge bemühen sich im Wesentlichen *Memorial* und die Kirche um die Bewahrung der Erinnerung an den Gulag – wobei die Kirche eine heilsgeschichtlich gedeutete und in sich geschlossene Erzählung der Gulag-Geschichte liefere.

Wiederholt macht Bogumił deutlich, dass die Erinnerung an den Gulag vor allem von der Literatur und mündlich überlieferten Geschichten geprägt ist. Die Sprache über den Gulag sei in Russland bis heute von einem „Täter"-Jargon durchzogen, der Begriffe wie „Kulak", „fünfte Kolonne", „Volksfeind" nutze – eine weltliche und reflektierte Sprache der Geschichte des Gulag gibt es in der russischen Öffentlichkeit nicht.

Die größte Stärke des Buches – die intensive Beschreibung und Befragung lokaler Erinnerungsinitiativen – ist zugleich auch eine Schwäche. Über die Konzentration auf die Regionen vernachlässigt Bogumił den Staat als geschichtspolitischen Akteur. Ohne diesen jedoch wäre die Errichtung der Infrastruktur der Gulag-Erinnerung in den neunziger Jahren nicht möglich gewesen. Die aktuelle skeptische Haltung zu Erinnerungsformen jenseits national-religiöser Deutung drängt etwa die lokalen *Memorial*-Vereinigungen in politisierte Muster der Darstellung und verhindert einen russlandweiten Dialog über den Umgang mit der Geschichte und den Spuren des Gulag.

Insgesamt stellt das Buch einen überaus gelungenen Beitrag zur Erforschung der Gulag-Erinnerung dar. Dabei verfällt es nicht in westliche Interpretationsmuster, nähert sich auf sensible Weise den Problemen russischer Geschichtskultur und macht diese auch für ein westliches Publikum nachvollziehbar. Daher ist dem Buch eine Übersetzung für einen nicht-polnischen Leserkreis ausdrücklich zu wünschen. *Martin Müller-Butz*

Lucian N. Leustean, Ed.: Eastern Christianity and the Cold War, 1945–1991. London, New York: Routledge 2010. 363 S. 155,– $ (hardback), 44,95 $ (paperback)

In der Forschung über den Kalten Krieg sind die orthodoxe Kirche und ihre vielen zumeist mit großer Selbständigkeit ausgestatteten Lokalkirchen bislang nur selten als eigenständige Akteure untersucht worden. Dies liegt wohl zum einen an ihrer Zersplitterung, den komplexen rechtlichen Abhängigkeiten und historischen Bindungen untereinander, aber zum anderen auch an dem vorherrschenden Bild von einer traditionellen Staatsnähe der Orthodoxie. Ein solcher Untersuchungsgegenstand scheint weniger attraktiv als eine Kirche in Opposition. Häufig wird dabei allerdings übersehen, dass gerade die orthodoxen Kirchen unter allen christlichen Konfessionen während der kommunistischen Herrschaft den wohl höchsten Blutzoll bezahlen mussten. Ein

gewisser Grad an systemkonformem Verhalten mag daher unabdingbar gewesen sein, um das Überleben von Menschen und der Institution Kirche zu sichern.

Dies gilt es bei aller berechtigten Kritik nicht aus den Augen zu verlieren. Insofern ist Lucian Leusteans Ansatz, vor allem das Verhältnis von Staat und Kirche in das Zentrum des Bandes zu stellen, durchaus einleuchtend. Denn aus dieser Perspektive entsteht ein vielschichtiges und weit ausdifferenziertes Bild von der politischen Lage der Lokalkirchen in den einzelnen Ländern während der Zeit des Kalten Krieges.

Das aus 20 Einzelkapiteln bestehende Buch gliedert sich in zwei Teile. Zunächst werden die orthodoxen Kirchen im sowjetischen Machtbereich behandelt, der zweite Abschnitt befasst sich mit denjenigen außerhalb des „Eisernen Vorhangs", insbesondere mit dem ökumenischen Patriarchat, den orthodoxen Patriarchen im Nahen Osten und den Kirchen in Griechenland, Zypern, Finnland und Äthiopien. Am Ende jeden Teils gibt Leustean einen summarischen Überblick über die kleineren Kirchen. Die Gründe, warum eine Kirche lediglich summarisch, eine andere aber in einem eigenen Kapitel gewürdigt wird, sind nicht immer erkennbar und verständlich. Unierte Kirchen und Abspaltungen wie die Altgläubigen bleiben völlig ausgeklammert.

Zwischen den einzelnen Beiträgen fallen zuweilen deutliche Qualitätsunterschiede auf, doch in der Gesamtheit geben sie einen guten Überblick über die jeweiligen Entwicklungen. Viele Beiträge fokussieren sehr auf die vierziger und fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts, die zumeist von staatlichen Repressionen geprägt waren, während die späteren Jahre, in denen die Kirchen eher die Freiheit hatten, auch transnational selbständiger zu agieren, vielfach blass bleiben. Mitunter treten die Fragen nach Kollaboration, Mittäterschaft und Nutznießerschaft der Kirchen zu sehr in den Hintergrund, etwa wenn es um die Unterdrückung der unierten Kirchen oder die Beschränkung der Tätigkeit anderer christlicher Konfessionen geht. Hier wäre sicherlich manch kirchliches Opfernarrativ kritisch abzuwägen.

Eine unmittelbare Bezugnahme auf den Kalten Krieg findet sich nicht in allen Beiträgen. Leser, die einen Beitrag zu den *Cold-War-Studies* erwarten, werden deshalb nicht immer auf ihre Kosten kommen. Andererseits gibt die Perspektive des Kalten Krieges dem Herausgeber die Möglichkeit, den Blick auch auf die orientalischen, afrikanischen und die Exilkirchen zu erweitern und somit das traditionelle Schema zu durchbrechen und neue Zusammenhänge aufzuzeigen.

Der Band bietet eine in weiten Teilen detailreiche und informative Bestandsaufnahme der Lage der orthodoxen Kirchen in der Zeit zwischen 1945 und 1991. Darin liegt sein besonderer Wert. Jeder Beitrag schließt mit einer Aufstellung der wichtigsten Archive, der zentralen Publikationsorgane, der Bevölkerungsangaben, der Gemeindezahlen sowie des politischen und des kirchlichen Führungspersonals. Nicht zuletzt dadurch erhält das Buch nahezu den Charakter eines Handbuchs und dürfte damit ein wichtiges Referenzwerk für alle sein, die auf diesem Forschungsfeld arbeiten. *Wolfram von Scheliha*

Abstracts

Pavel Felgengauėr

Operation “Russian Crimea”
Who Shoots First Loses

Russia has occupied the Crimea. The aim is to prevent the Ukrainian government elected after the fall of President Viktor Yanukovych'sregime from stabilising the situation in Ukraine. The defence of the allegedly endangered Russian-speaking population in the Crimea is just a flimsy pretext. The Kremlin needs this pretext to sow discord among the Western countries so that they accept the occupation and quickly get back to business as usual.

Andrii Portnov

War and Peace
The “Euro-Revolution” in Ukraine

After Ukrainian President Viktor Yanukovych unexpectedly declined to sign the association agreement with the European Union in November 2013, tens of thousands of people gathered on Kiev’s Independence Square to protest this about-face. The protest turned into a broad movement against the corrupt regime and for a life in dignity. The Yanukovych regime tried to stop the protests by using force. In the conflict, over 80 people died. In the protestors’ eyes, the regime lost all legitimacy; shortly thereafter, parliament deposed the president. Ukraine is in a deep crisis of sovereignty and is facing its greatest political, economic, and social challenges since the collapse of the Soviet Union.

Gerhard Simon

State Crisis in Ukraine
From Citizens Protest for Europe to Revolution

After two months, the popular protests against the decision to break off negotiations between the Ukrainian government and the European Union have ended in revolutionary unrest and led to a state crisis. The image of Europe became the surface for

projecting outrage over corrupt elites in the form of president's "family", which has exploited the country and led it to the brink of collapse. The opposition established an exterritorial political space on Kiev's Independence Square and defended itself against repression and violence. The opposition and the protest movement called for the president's resignation, as well as free and fair elections. A consolidation of authoritarian presidential rule is impossible. The alternative is: dictatorship or a democratic new start.

Hans-Joachim Spanger

Unholy Alliance
Putin and Values

For years, the Russian head of state has objected to criticism of his contempt for democracy and rule of law. But now the Kremlin has gone on the offensive. Russian President Vladimir Putin claims not only an independent way for Russia, he has declared his country guardian of "traditional values". The attempt to evoke Russia's 19th-century role as "gendarme of Europe" is obvious. Thus the Kremlin is also finding new allies, namely on the right of Western Europe's political spectrum. The search for partners for a long-term democratic course of development in Russia has become more difficult. This search must not be abandoned.

Gemma Pörzgen

"Soft Power" and Image Building from Moscow
An Easy Job for a PR Offensive during the Media Crisis

Russia has been trying to improve its image for years. To this end, its foreign media have been expanded, PR firms contracted. But an overall strategy and a basic understanding of how a democratic public works is lacking. Despite partial successes, Moscow will not achieve much without political change and social modernization in Russia. A look at some of the players in state image policy in Germany shows this as well.

Lorenz Erren

Research on Germany without Books

An Absence of Books in Russia, Hardships for Researchers

Russian historians of Germany face a problem. Russia's research libraries now barely acquire German-language books. This finding also applies to other languages and disciplines. The decline continues despite the economic boom. The fact that some libraries have access to periodical databases does not compensate for this. Only a few benefit from them, because there is a lack of infrastructure and transparency for users. Serious scholarly work or even participation in international research is impossible under these conditions. State policy is responsible for this absence of books. It is grotesque that years celebrating German-Russian cultural exchange are observed and strategic partnerships evoked, while today, fewer books are acquired than during the Brezhnev era. Relief is needed.

Karlheinz Kasper

"Find Optina Pustyn'!"

Russian Literature in German Translation in 2013

The number of first-time and new translations from Russian for the German book market declined slightly in 2013. Nonetheless, the balance is positive. Finds from the literature of the 19th century (Odoevskii, Goncharov) caused a stir. New translations of Bulgakov, Dobychin, Tarkovsky, and Akhmadulina, but also first-time translations of works by Maksim Amelin will stimulate discussion about innovative translation techniques. There were new editions of long-forgotten books by Jewish writers such as Zhabotinskii and Margolin, gripping memoirs on childhood and youth by Kochergin and Kisina, daring experiments in language from cult writers such as Pelevin and Erofeev.

Eva Spanka, Andreas Kahrs

The Movement Marches
Ruch Narodowy and Poland's Extreme Right

Poland's rightwing extremists were long ignored at home and abroad. And this although they rank among the most dynamic rightwing movements in Europe. In November 2013, 50,000 participants marched through Warsaw in the "March of Independence" (Marsz Niepodległości). The core of the movement is the National Movement (Ruch Narodowy), which is competing in the European elections in May 2014. This movement maintains ties with the Hungarian party Jobbik and other rightwing extremists and opponents of the European Union. Organized rightwing extremism in Poland has reached a new stage.